

# Der Bürgerbeteiligungsprozess bei den Darmstädter Konversionsflächen

Eine Untersuchung zur Eigenlogik Darmstadts

vom Fachbereich Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften  
der Technischen Universität Darmstadt zur Erlangung des Grades  
Doctor philosophiae (Dr. phil.)

genehmigte Dissertation von Dipl. Soz. Michèle Bernhard  
geboren in Seeheim-Jugenheim

Tag der Einreichung: 07.03.2014  
Tag der mündlichen Prüfung: 16.04.2015

Referenten: Prof. Dr. Martina Löw  
Prof. Dr. Karsten Zimmermann

Darmstadt 2015

D 17



# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>7</b>
<b>2</b>	<b>Theoretische und methodologische Einordnung der Untersuchung</b>	<b>11</b>
2.1	Stadtforschung als Gemeindeforschung in der Tradition der Chicago School . . . . .	13
2.1.1	Die Darmstadt Studien des Darmstädter Instituts für Sozialforschung . . . . .	16
2.1.2	Kritik an der Gemeindestudienforschung . . . . .	17
2.2	Die Eigenlogik der Städte . . . . .	17
2.2.1	Die Erforschung der Eigenlogik . . . . .	22
2.2.2	Kritik an dem Forschungsansatz der Eigenlogik der Städte	24
<b>3</b>	<b>Bürgerbeteiligung</b>	<b>27</b>
3.1	Bürgerbeteiligung – ein Eingrenzungsversuch . . . . .	28
3.2	Historischer Abriss – Das Verhältnis zwischen Staat, Verwaltung und Bürgern . . . . .	31
3.3	Bürgerbeteiligung bei der Stadtentwicklung . . . . .	36
3.3.1	Wunsch und Wirklichkeit - Bürgerbeteiligung in der Praxis und die Umsetzung in den Kommunen . . . . .	38
3.3.2	Gründe für Bürgerbeteiligung und Engagement – aus Sicht der Bürger . . . . .	41
3.3.3	Gründe für die Beteiligung von Bürgern - aus Sicht der Politik und Verwaltung . . . . .	45
3.3.4	Formen der Umsetzung . . . . .	47
3.4	Kriterien einer erfolgreichen Bürgerbeteiligung . . . . .	51
3.5	Stand der Forschung . . . . .	56

<b>4</b>	<b>Die methodische Vorgehensweise</b>	<b>61</b>
4.1	Die Erhebungsmethode . . . . .	63
4.2	Die Auswertungsmethode . . . . .	69
<b>5</b>	<b>Die Stadt Darmstadt und der Konversionsprozess</b>	<b>73</b>
5.1	Die wichtigsten am Prozess beteiligten Akteure . . . . .	78
5.1.1	Die städtische Verwaltung . . . . .	78
5.1.2	Die Stadtverordneten . . . . .	80
5.1.3	Der Oberbürgermeister . . . . .	81
5.1.4	Die Bürger . . . . .	82
5.1.5	Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) . . .	84
5.1.6	Die Presse . . . . .	85
5.1.7	Investoren und Architekten . . . . .	85
5.2	Wichtige Prozessstationen . . . . .	86
5.2.1	Tag des Offenen Tores – September 2009 . . . . .	87
5.2.2	Nach dem „Startschuss der Beteiligung“ . . . . .	89
5.2.3	Erste Planungswerkstatt – August 2010 . . . . .	90
5.2.4	Gründung der Interessengemeinschaft Wohnen auf den Konversionsflächen (IG WaK) . . . . .	96
5.2.5	Fachforen Konversion der Schader-Stiftung – September 2010 . . . . .	97
5.2.6	Wohnprojektetag – September 2010 . . . . .	100
5.2.7	Veranstaltung im Offenen Haus – November 2010 . . . .	101
5.2.8	Planungswerkstatt der Interessengemeinschaft „Wohnen auf den Konversionsflächen“ – November 2010 . . . . .	102
5.2.9	Diskussionsrunde mit den Oberbürgermeisterkandidaten – Januar 2011 . . . . .	106
5.2.10	Zweite Planungswerkstatt – Februar 2011 . . . . .	108
5.2.11	Kommunal- und Oberbürgermeisterwahl in Darmstadt .	113
5.2.12	Koalitionsvertrag der neuen Regierung . . . . .	114
5.2.13	Ausschusssitzungen der Stadtverordneten – Juni 2011 . .	116
5.2.14	Bürgerforum Stadt und Quartier – Oktober 2011 - April 2012 . . . . .	120

5.3	Überlegungen zur Eigenlogik Darmstadts . . . . .	132
5.3.1	Faktor Zeit . . . . .	132
5.3.2	Institutionalisierter Konflikt . . . . .	136
5.3.3	Annäherung an eine Bewertung . . . . .	139
5.3.4	Zwischenfazit . . . . .	141
<b>6</b>	<b>Fazit und Schlussfolgerungen für die Eigenlogik Darmstadts</b>	<b>147</b>
6.1	Die Residenz- und Beamtenstadt Darmstadt . . . . .	148
6.2	Die Wissenschaftsstadt Darmstadt . . . . .	151
6.3	Die Eigenlogik der Stadt Darmstadt . . . . .	153
	<b>Abbildungsverzeichnis</b>	<b>157</b>
	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>160</b>



# 1 Einleitung

Roland Roth (2012) widmet sich in einem Aufsatz den Protesten und Bewegungen des Jahres 2011 und stellt dabei fest, dass sich die Protestformen und Themen weltweit unterscheiden. Ist in Deutschland die Umweltbewegung stark ausgeprägt und gilt als Vorbild für die japanische Anti-Atomkraftbewegung, finden in Deutschland keine massiven Proteste gegen die wachsende soziale Ungleichheit – besonders bezüglich der Bildungschancen und der Verteilung des Einkommens und Vermögens (vgl. Hradil 2012) – statt, wie etwa in Israel (vgl. Roth 2012: 35). Im Gegenteil: Versuche, das Schulsystem zu reformieren, die auf die Verbesserung der Bildungschancen für bildungsferne Schichten abzielen, scheitern, beispielsweise durch eine Volksabstimmung in Hamburg<sup>1</sup>. „Erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern der europäischen Gemeinschaft/Union in Bezug auf legale und illegale politische Beteiligung deuten [...] darauf hin, dass es im Rahmen allgemeiner Entwicklungstendenzen [...] länderspezifische Partizipationsvorlieben und -bedingungen gibt“ (Kaase 2003: 498). Die Beobachtung Roths und Kaases, dass es internationale Unterschiede gibt, wie protestiert wird und welche Themen die Bewegungen aufgreifen, kann auch auf die unterschiedlichen nationalen Proteste und Bewegungen in den Städten übertragen werden. Der geplante Umbau des Stuttgarter Bahnhofs führte dort zu großen Protesten. Viele Bürger<sup>2</sup> gingen regelmäßig auf die Straße, der Schlosspark wurde von Parkschützern besetzt. Als jedoch in Darmstadt eine Umgehungsstraße gebaut werden sollte (die so genannte Nord-Ost-Umgehung), was ebenfalls die Abholzung vieler Bäume zur Folge gehabt hätte, war die Form des Protestes eine andere. Es entstand eine Bürgerinitiative, die durch Aufklärung auf ihre Anliegen aufmerksam machte. In Stuttgart sind die Pro-

---

<sup>1</sup>Dort stimmten die Bürger gegen das längere gemeinsame Lernen bis zur 6. Klasse und für das Elternwahlrecht der Schulform nach der 4. Klasse.

<sup>2</sup>Aufgrund der besseren Lesbarkeit wird in dieser Arbeit auf die weibliche Form verzichtet, sie wird jedoch stets mitgedacht.

teste vor allem durch die Präsenz der Gegner auf der Straße geprägt, während in Hamburg die Proteste „traditionell“ durch verschiedene Aktionen, wie etwa der Besetzung von Häusern wirken (vgl. Füllner/ Templin 2011: 91). „So können sich neue Aktivisten in eine mehr oder weniger ruhmreiche Geschichte linker Bewegungen in Hamburg einreihen, ohne wirklich dabei gewesen zu sein“ (Butzlaff/Hoeft/Kopp 2013: 54). Die Art und Weise, wie in den Städten protestiert wird und die Bürger beteiligt werden, hängt nicht mit dem Thema an sich zusammen, sondern mit der historischen Entwicklung der Protest- und Partizipationskultur. „Wenn man ein bisschen links tickt und überlegt, in welche Stadt man zieht, dann zieht man nach Hamburg. Und man zieht hier auch hin, weil es die Hafenstraße und die Flora gibt“ (Butzlaff/Hoeft/Kopp 2013: 54). So lassen sich unzählige Beispiele aufführen, die darauf hindeuten, dass es in den Städten spezifische Formen des Protests gibt und darüber hinaus lokale Eigenheiten und Probleme, die dafür sorgen, dass in den Städten jeweils unterschiedliche Themen zu Protesten führen und auf die politische Agenda gelangen. Ein mögliches Forschungsfeld, um die Unterschiede zu analysieren, könnte die Occupy-Bewegung sein, die es weltweit in tausend Städten und 80 Ländern gibt und überall anders in Erscheinung tritt, wobei ihre verschiedenen Erscheinungen die Kritik an dem etablierten Finanzsystem verbindet (Geiges/ Neef/van Dijk 2013: 178).

Zurück nach Deutschland: Die politischen Parteien verzeichnen seit Jahren weniger Mitglieder, gleichzeitig steigt die Bereitschaft kurzfristiger politischer Beteiligung etwa in Form von Bürgerinitiativen (vgl. Niedermayer 2012: 383). Ein Feld der Bürgerinitiativen ist die Stadtentwicklung und die Forderung nach mehr Mitbestimmung. Die kommunalen Verwaltungen und die Politik reagieren darauf mit einem größeren Angebot an informellen Beteiligungsmöglichkeiten. Forschungsbedarf besteht hinsichtlich der Frage, wie groß der Einfluss der Bürgerbeteiligung auf die Stadtentwicklung tatsächlich ist. Dabei muss ebenfalls berücksichtigt werden, warum sich die Bürger engagieren und ob sich dadurch die soziale Ungleichheit weiter verschärft, da die unteren Schichten die Beteiligungsangebote viel weniger wahrnehmen als die höheren. Die vorliegende Untersuchung fokussiert jedoch auf eine andere, bisher fast völlig vernachlässigte Frage. Gesetzlich ist Bürgerbeteiligung bei Planungsprozessen



---

geregelt, inwieweit die Beteiligung darüber hinaus geht, bleibt den Entscheidungsträgern überlassen. Hier setzt die Forschung zur Eigenlogik der Städte an, die auf das Stadtspezifische und die strukturellen Besonderheiten fokussiert. Das Ziel ist es, zu verstehen, warum beispielsweise die Proteste in Stuttgart auf der Straße stattfinden und in Hamburg durch Hausbesetzungen zum Ausdruck kommen.

### **Ziel der Arbeit**

Die vorliegende Untersuchung analysiert einen Bürgerbeteiligungsprozess in Darmstadt. Seit dem Abzug der US-Armee stehen in Darmstadt rund 122 Hektar innenstadtnah gelegene Konversionsflächen zur Verfügung. Diese gilt es, neu zu planen und in die Gesamtstadt zu integrieren. Für Darmstadt ist dies eine Chance, da der Bedarf an neuem Wohnraum hoch ist. Es ist eine große Aufgabe für die Stadtentwicklung, die gemeinsam mit den Bürgern gelöst werden soll. Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, durch die Analyse dieses Bürgerbeteiligungsprozesses die stadtspezifischen Strukturen aufzudecken und damit auf die Eigenlogik der Stadt schließen zu können. Es gilt die Frage zu beantworten, was das spezifische, die strukturelle Besonderheit des Prozesses ist. Forschungsleitend sind die Zeit-, Gefühls-, Sozial-, Raum- und politischen Strukturen. Methodisch handelt es sich um eine qualitative Analyse mit „horizontaler Perspektive“<sup>3</sup>. Die teilnehmende Beobachtung aller Veranstaltungen in Darmstadt, die sich mit Bürgerbeteiligung befassen, ist dabei der Schwerpunkt. Darüber hinaus wird die lokale Presseberichterstattung inklusive Leserbriefe und Kommentare auf der Website einer Zeitung mittels der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring ausgewertet.

### **Aufbau der Arbeit**

Zunächst wird die Untersuchung in Kapitel zwei theoretisch und methodologisch eingeordnet. Dabei wird das Darmstädter Forschungsprogramm der Eigenlogik der Städte vorgestellt und in die Tradition der soziologischen Stadt-

---

<sup>3</sup>Die horizontale Perspektive stellt ein Vergleich der aktuellen Gegebenheiten mit den historischen dar (vgl. Rodenstein 2008: 265).

forschung verortet. Besonders die Forschungsmethoden der Gemeindestudien der Chicago School sind für diese Arbeit von Interesse. Im dritten Kapitel wird die Bürgerbeteiligung näher beleuchtet. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Bürgerbeteiligung bei der Stadtentwicklung, sowohl der Begriff als auch die historische Entwicklung werden erläutert. Darüber hinaus werden sowohl die Gründe der Bürger, sich zu beteiligen als auch Gründe der städtischen Verwaltung bzw. der jeweils Verantwortlichen, die Bürger zu beteiligen, dargestellt. Um sich dem Thema Bürgerbeteiligung umfassend zu nähern, werden Kriterien für eine erfolgreiche Beteiligung benannt und der Stand der Forschung erfasst.

Den Hauptteil der Arbeit bildet die Darstellung der empirischen Untersuchung. Die einzelnen „Meilensteine“ der Bürgerbeteiligung bei dem Konversionsprozess werden beschrieben, damit eigenlogische Strukturen gedeutet werden können. Den Abschluss bilden zwei Erklärungsansätze, was zu dem spezifischen Darmstädter Prozess geführt haben könnte.

## 2 Theoretische und methodologische Einordnung der Untersuchung

„Die Stadt ist ein äußerst komplexer Gegenstand, an dem sich alle gesellschaftlichen Entwicklungen ablesen lassen“ (Häußermann/ Siebel 2004: 217). Die Untersuchung von Städten - vielmehr von städtischer Gesellschaft - hat in der soziologischen Forschung eine lange Tradition. Durch die Industrialisierung und das damit verbundene immense Städtewachstum<sup>4</sup> stellten sich neue soziale Fragen. Ein extremer Gegensatz zwischen Stadt und Land wurde deutlich. Als einer der Begründer der Stadtsoziologie gilt Georg Simmel, der sich in seinem Aufsatz „Die Großstädter und das Geistesleben“ mit dem Zusammenleben in der Großstadt beschäftigte. Simmel beobachtete ein spezifisches großstädtisches Verhalten und Denken, das er mit Blasiertheit, Reserviertheit und Distanz umschreibt (vgl. Simmel 1903: 190). Im Gegensatz zu dem Leben auf dem Land oder in einer Kleinstadt begegnen den Menschen in der Großstadt unzählige andere Menschen und Eindrücke, so dass Simmel zufolge zum eigenen Schutz eine gewisse Gleichgültigkeit gegen diese Reize aufgebaut wird. Die sozialen Bindungen verändern sich ebenfalls. War das Zusammenleben in einer kleinen Nachbarschaft oder in der Familie durch einen engen Zusammenhalt, der eine gewisse Kontrolle und Erwartungshaltungen mit sich brachte, geprägt, ist das Leben in der Stadt freier und anonym. Neben dem Sozialverhalten der Stadtbewohner waren die soziale Ungleichheit und die damit verbundenen Wohnverhältnisse Thema der sich herausbildenden Disziplin. Dabei war die Stadt selbst nur selten Gegenstand der wissenschaftlichen Analyse (vgl. Löw 2012: 304).

Es lassen sich zwei Traditionslinien festmachen, an die die heutige soziologisch geprägte Stadtforschung anschließt. Bezugnehmend auf Simmel, der

---

<sup>4</sup>Berlin etwa hatte 1860 563.000 Einwohner und 1890 bereits 1.953.800 (vgl. Häußermann/ Siebel 2004: 25).

in seinem oben erwähnten Aufsatz die Stadt zum Untersuchungsgegenstand machte, um die gesellschaftlichen Veränderungen aufzuzeigen, wird nicht die Stadt an sich untersucht, sondern „als Laboratorium für Gesellschaftsprozesse jedweder Art“ verstanden (vgl. Berking/Löw 2008: 7). Dabei werden Entwicklungen wie Segregation oder Gentrifizierung als städtische Phänomene erkannt, die als Ausdruck für eine Gesellschaft, die sich immer mehr sozial spaltet, betrachtet werden können<sup>5</sup>. Diese Phänomene werden in allen Städten gleichermaßen analysiert, ohne die Besonderheiten einer Stadt zu berücksichtigen und nicht differenziert bewertet. Die gesellschaftlichen Gegebenheiten in der einen Stadt können auf alle Städte übertragen werden. Dieser Ansatz wird von Löw (2008) als subsumtionslogisch bezeichnet (vgl. ebd.: 32 ff.).

Die zweite Entwicklungslinie schließt an die Mikrostudien der Chicago School an (vgl. Frank 2012: 291). Anhand von Milieustudien in den Städten werden die Lebensverhältnisse einzelner sozialer Gruppen erforscht. Dadurch werden jedoch ebenfalls keine Ergebnisse gewonnen, die sich auf die Stadt an sich beziehen lassen. Harth et al. (2012) stellen in ihrer Studie<sup>6</sup> zum Stand gemeindesoziologisch orientierter Forschungen fest, dass „die eindeutige Mehrheit der Studien im Untersuchungsmaterial [Anm. Verf.: 18 von 22] die Stadt eher paradigmatisch<sup>7</sup> zur Analyse allgemeiner gesellschaftlicher Probleme verwendet“ (ebd. 2012: 77). In der Studie von Harth et al. wurden allerdings so genannte Stadtbioographien, die sich explizit mit einer Stadt beschäftigen, nicht einbezogen.

Laut Häußermann und Siebel (2004) ist die Stadt „nicht mehr Ursache für gesellschaftliche Entwicklungen, sondern deren Bühne“ (ebd. 100). Demgegenüber folgt der Stadtforschungsschwerpunkt der TU Darmstadt der Annahme, dass es eine stadtspezifische Eigenlogik gibt, die sowohl die Bewohner als auch alle anderen Strukturen, etwa die bauliche, beeinflusst und es somit erforderlich

---

<sup>5</sup>Zum Thema zur sozialen Spaltung und Ungleichheit in den Kommunen siehe beispielsweise Hanesch 2011; Holm 2010; Goebel/Gornig/Häußermann 2012

<sup>6</sup>In der Studie wurden 22 Gemeindestudien im deutsch- und englischsprachigen Raum untersucht.

<sup>7</sup>Die Unterscheidung der Erforschung einer Gemeinde als Objekt und als Paradigma geht auf Arensberg (1967) zurück. Wird die Gemeinde als Objekt betrachtet, ist sie der Untersuchungsgegenstand. Wird die Gemeinde zum Paradigma, werden allgemeine Phänomene untersucht, die in jeder Gemeinde gefunden werden können (vgl. Dörner/ Vogt 2008: 72).

ist, die Stadt an sich zu erforschen. „In diesem raumtheoretischen Zugriff ist ‘Eigenlogik’ zunächst relativ einfach als der für diese im Unterschied zu jener Stadt typische Modus der Verdichtung: von bebauter Umwelt, von Material- und Stoffströmen, Verkehrs- und Menschenströmen et cetera zu operationalisieren“ (Berking 2008: 23).

### **2.1 Stadtforschung als Gemeindeforschung in der Tradition der Chicago School**

Häußermann und Siebel (2004) unterscheiden in ihrer Einführung zur Stadtsoziologie zwischen der Untersuchung einer Gemeinde als „Fallbeispiel stellvertretend für die Totalität der gesamten Gesellschaft“, der Gemeinde als Repräsentant „für einen speziellen Gegenstand, einen Teilaspekt des sozialen Lebens in seinen Bezügen zu anderen Aspekten, Institutionen und Prozessen“ – also paradigmatisch und subsumtionslogisch – und zuletzt der Gemeinde als Forschungsgegenstand, um deren Besonderheiten näher zu analysieren (ebd. 78). Letzteres, die Gemeinde bzw. Stadt selbst als Forschungsgegenstand zu betrachten, geschieht in den seltensten Fällen. Auch wenn dies die so genannten Gemeindestudien (Community Studies) der Chicago School durch ihre Bezeichnung suggerieren, sind sie der eben genannten ersten und zweiten Kategorie zuzuordnen. Die Vertreter der Chicago School betrachten die Stadt als „natürlichen Lebensraum des zivilisierten Menschen“ und sie gilt damit als „pars pro toto für die Gesellschaft überhaupt“ (Lindner 2007: 94). Zwischen 1895 und 1940 legte die Chicago School zahlreiche Studien vor, die sich mit den Lebensbedingungen, hauptsächlich von Randgruppen, in Chicago befassen. Sie gelten als die ersten empirischen soziologischen Untersuchungen. Erklärtes Programm war, die Folgen des gesellschaftlichen Wandels aufzudecken und die Handlungslogiken der Individuen unter den Bedingungen des Wandels zur Industriegesellschaft und des damit verbundenen Wachstums der Städte zu verstehen. „Sie untersuchten – am Beispiel der Stadt Chicago und unter den Bedingungen von Kapitalismus und Demokratie – die Wechselwirkung zwischen ökonomischen und politischen Entwicklungen (Industrialisierung, Urbanisierung und Einwanderung) und dem Wandel sozialer und kultureller Ordnungen“ (Schubert 2007:

120).

Im Wesentlichen war Robert Park dafür verantwortlich, dass die Untersuchungen vor Ort durchgeführt wurden. Er forderte seine Studierenden auf, ihre Schreibtische zu verlassen, um mit den Menschen in Kontakt zu treten und vor allem um sich selbst einen Eindruck zu verschaffen. „To see and to know life“ gilt als Leitspruch Parks (vgl. Lindner 2007: 230). Dieser Forschungsanspruch muss vor dem biographischen Hintergrund Parks verstanden werden. Bevor er an die Universität kam, arbeitete er als Journalist und schrieb Reportagen (vgl. ebd.: 51). Dabei waren auch Undercover-Arbeiten keine Seltenheit. Obwohl fast alle Studien in Chicago durchgeführt wurden, ist Chicago an sich nicht der Untersuchungsgegenstand. „Chicago stand dabei exemplarisch für die Städte und die Städte für die Moderne“ (Vortkamp 2003: 7). Das Forschungsinteresse richtete sich nicht an der Erforschung der Stadt selbst, vielmehr wurden die gesellschaftlichen und sozialen Gegebenheiten in bestimmten Vierteln und Milieus „aufgedeckt“. Eine Erkenntnis, die sich auch in der heutigen Stadtentwicklung wiederfinden lässt, ist der Zusammenhang von Wohnort und sozialer Stellung in der Gesellschaft. In seinem Aufsatz „Die Stadt als räumliche Struktur und als sittliche Ordnung“ beschreibt Park (orig. 1925), wie sich die Stadt um das Stadtzentrum in konzentrischen Kreisen entwickelt und wer in welchem Bereich lebt bzw. welche Funktion dem jeweiligen Bereich zugeordnet werden kann. Dabei stellte er einen Kampf um die Standorte fest. Die Verbesserung des sozialen Status ist Park zufolge mit einem Umzug verbunden, was dazu führt, dass Menschen mit ähnlichem sozialem Status zusammenleben (vgl. ebd. 94). Ausgehend von diesen Beobachtungen stellte Park eine Analogie zur Tier- und Pflanzenwelt her. Tiere und Pflanzen bevorzugen bestimmte Standorte, die ihrer Art am besten entsprechen. Dabei setzt sich stets eine Spezies gegen die andere durch. Diese Anlehnung an den Sozialdarwinismus ist einer der Hauptkritikpunkte an Park.

Ein weiterer wichtiger Vertreter der Chicago School ist der Kollege und Mentor Parks William Isaac Thomas. Er formulierte das so genannte „Thomas-Theorem“, wonach das, was als wirklich angesehen wird, d.h. als real definiert wird, dies auch in der Konsequenz so ist (vgl. Lindner 2003: 220). In Bezug auf die Eigenheiten einer Stadt heißt das etwa, wenn die Bevölkerung eine Stadt

## *2.1 Stadtforschung als Gemeindeforschung in der Tradition der Chicago School*

---

als besonders offen und tolerant empfindet, werden dort auch entsprechende Veranstaltungen wie etwa der Christopher-Street-Day stattfinden.

Für die Soziologie allgemein sind jedoch nicht nur die Forschungsergebnisse der Chicago School, sondern besonders deren Forschungsmethodologie von Bedeutung. Die empirischen Mikrostudien und die damit verbundenen Prozessanalysen werden als vorbildlich betrachtet. Nicht von dem Schreibtisch des Forschers, sondern durch die Interaktion im Feld werden Ergebnisse gewonnen. Die theoretische Beschäftigung mit Gesellschaft wird abgelöst durch den Forscher, der sich vor Ort selbst einen Eindruck verschafft. Die Grundlage der Forschungsergebnisse ist die empirische Arbeit.

Dieser Sichtweise schließt sich die vorliegenden Untersuchung an, indem die Stadt zum Forschungsobjekt wird. Solange die Stadt nur als Paradigma untersucht wird, um gesellschaftliche Entwicklungen oder soziale Bedingungen zu verstehen, bleibt ein „Rest“, der nicht erklärt werden kann. „Zwar unterliegen alle Kommunen den gleichen globalen und nationalen Entwicklungstrends, diese schlagen sich jedoch in jeweils unterschiedlicher Weise in den einzelnen Regionen und Gemeinden nieder“ (Hanesch 2011:7). So verorten sich Dörner und Vogt (2008) in ihrer „Stadtstudie zur Zivilgesellschaft im Ruhrgebiet“ zwar eindeutig dahingehend, dass sie die untersuchte Stadt als Paradigma erforschen, um Erkenntnisse bezüglich der Engagementbereitschaft in einer stark von Arbeitslosigkeit geprägten Stadt zu erlangen. Damit der exemplarische Charakter der Untersuchung hervorgehoben wird, wird der Name der untersuchten Stadt nicht genannt. Dennoch stellen sie fest, dass es Entwicklungen gibt, die nicht auf andere Städte übertragbar sind, da es sich um lokale Besonderheiten handelt. Dies zeigt, dass auch strukturell ähnlichen Städte spezifische Unterschiede aufweisen.

Ausgehend von diesem Befund ist mein Ansatz, die gesellschaftliche Relevanz der community studies in Tradition der Chicago School auf das Konzept der Eigenlogik der Städte zu übertragen. Das bedeutet, die Stadt selbst zum Forschungsobjekt zu machen und sich von der Annahme leiten zu lassen, dass jede Stadt von bestimmten Strukturen durchwoben ist, die einen Einfluss auf das Verhalten der Akteure und auf Entscheidungen haben. Durch die Verknüpfung dieser beiden Ansätze wird eine Lücke geschlossen und ein anderer, ein

neuer Anspruch an eine Stadtstudie gestellt. Nicht die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Städte ist das primäre Ziel, vielmehr geht es darum zu verstehen, warum in dieser einen Stadt auf diese spezifische Weise ein Prozess gestaltet wird. So können die gesellschaftlichen Prozesse vor der Folie dieser einen Stadt verstanden werden. Im Sinne des Forschungsprogramms der Chicago School werden besonders die Wechselwirkungen zwischen den politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen fokussiert. Die Frage, wie groß der Einfluss der Politik und der engagierten Bürger auf die Stadtentwicklung, auch bei geringem finanziellen Handlungsspielraum sein kann, wird dabei ebenso berücksichtigt wie die Frage, welche gesellschaftlichen Gruppen sich engagieren und welche nicht.

### 2.1.1 Die Darmstadt Studien des Darmstädter Instituts für Sozialforschung

Eine der ersten deutschen Gemeindestudien nach amerikanischem Vorbild waren die Darmstadt Studien des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung Darmstadt, die zwischen 1948 und 1954 durchgeführt wurden (vgl. Dörner/Vogt 2008: 73). Insgesamt erschienen neun Monographien, die sich schwerpunktmäßig mit den Lebenswelten bestimmter gesellschaftlicher Gruppen auseinandersetzten, etwa der Landbevölkerung oder der Jugend (vgl. Arnold 2010: 202 ff). Die Darmstadt Studie von Lindemann (1952) analysiert das Verhältnis zwischen der Verwaltung und den Bürgern. Dabei wird die historische Entwicklung Darmstadts von der Residenzstadt ab 1567 bis zur Landeshauptstadt des Volksstaates Hessen (1918-1945) und dann zum Verwaltungssitz des Regierungspräsidiums nachgezeichnet. Zudem werden die Verwaltungsabläufe von zwei Behörden erforscht. Die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere „ähnliche“ Städte wird betont. Darmstadt wurde für die Studie ausgewählt „da es typisch für eine vom Krieg stark betroffene Mittelstadt“ gewesen sei (ebd. 3), d.h. die Ergebnisse sollten auf andere Städte mit den gleichen Bedingungen übertragbar sein. Ziel war es nicht, Darmstadt an sich zu erforschen, sondern Erkenntnisse zu gewinnen, die man auch in anderen Städten gefunden hätte. Dennoch wird Darmstadt namentlich benannt und die Untersuchung in den historischen und räumlichen Kontext eingebettet. Für die vorliegende Untersu-



chung sind die Darmstadt Studien beispielhaft für eine umfassende empirische Erforschung der Stadt, auch wenn deren Ansatz ein paradigmatischer ist.

### 2.1.2 Kritik an der Gemeindestudienforschung

An der Gemeindestudienforschung wird von vielen Seiten kritisiert, dass sie nicht valide sei (vgl. Harth et al. 2012: 131 ff). Zudem sei die Reliabilität nicht gewährleistet, da jeder Forscher zu anderen Ergebnissen kommen könne (vgl. Häußermann 1994: 235). Diesem Problem kann durch eine Gruppe von Forschern entgegengewirkt werden sowie durch den Einsatz unterschiedlicher Methoden. Vor allem dient jedoch die Reflektion des Forschers als Korrektiv. „Der wichtigste Punkt aber scheint uns die Konsistenz der Arbeit und vor allem die selbstreflexive und auch Einschränkungen benennende Darstellung des methodischen Vorgehens, denn hier kann Kritik und intersubjektiver Diskurs ansetzen“ (Harth et al. 2012: 133). Die vorliegende Untersuchung wurde von mir alleine durchgeführt. Indem die Ergebnisse regelmäßig anderen vorgestellt und diskutiert wurden, konnte eine intersubjektive Nachvollziehbarkeit hergestellt werden. Methodisch wurde schwerpunktmäßig mit der teilnehmenden Beobachtung gearbeitet, die ergänzt wurde durch eine Zeitungs- und Dokumentenanalyse. Alle schriftlichen Dokumente wurden mit der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet.

Kritiker der Gemeindeforschung sehen ein weiteres Problem in der Repräsentativität der Studien. Sobald die Stadt als Paradigma betrachtet wird, ist damit der Anspruch verbunden, die Ergebnisse auf andere Städte übertragen zu können. Dieser Problematik muss sich die vorliegende Untersuchung nicht stellen, da sie dem Forschungsansatz der Eigenlogik der Städte folgt. Die Ergebnisse der Studie können zwar möglicherweise auf andere ähnliche Städte übertragen werden, aber das muss im Sinne der Eigenlogik jeweils überprüft werden.

## 2.2 Die Eigenlogik der Städte

Bislang konzentrierte sich die soziologische Stadtforschung mehrheitlich auf die Untersuchung gesellschaftlicher Phänomene in den Städten. Demnach werden

beispielsweise Protestbewegungen als gesellschaftliches Phänomen betrachtet, das in Städten zum Ausdruck kommt. In welcher Stadt und auf welche Weise protestiert wird, spielt dabei keine Rolle und wird nicht oder zumindest nur am Rande berücksichtigt. Der Forschungsansatz der Eigenlogik der Städte fokussiert hingegen die Bedingungen in den Städten und analysiert, welchen Einfluss die Stadt auf die Proteste beziehungsweise deren Formen hat. Das Anliegen ist es, zu verstehen, warum die Prozesse in der einen Stadt anders verlaufen als in der anderen Stadt. „Eigenlogik fragt nicht – wie viele sozialwissenschaftliche Pfadabhängigkeitsstudien – nach den Akteurskonstellationen, sondern sucht gemeinsame Bezugspunkte im Handeln der verschiedenen Gruppen und Individuen“ (Löw 2008: 95). Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es, diese Bezugspunkte aufzudecken. Im Anschluss an das politikwissenschaftliche Interesse an der Eigenlogik geht es um die „Suche nach Erklärungsmöglichkeiten für die offenkundige Differenz der Städte in der Problemlösung in ihrer sachlichen und politischen Dimension“ (Zimmermann 2008: 208).

Indem der Forschungsansatz der Eigenlogik die Stadt selbst in den Fokus der wissenschaftlichen Analyse rückt, schließt er an die im Alltag selbstverständliche Annahme an, dass beispielsweise Hamburg anders ist als Berlin. Die Eigenlogikforschung hat nicht nur zum Ziel, dieses Anderssein zu beschreiben und zu verstehen. Das Wissen über die Eigenarten der Stadt, das heißt auch über die Akteure und deren Verhalten, kann darüber hinaus dazu beitragen eingeübte Muster aufzudecken und möglicherweise durch die Bewusstwerdung auch zu ändern. Die Erforschung der Eigenlogik umfasst dabei sämtliche Bereiche der Stadt – angefangen von der Architektur bis hin zum Zusammenleben und der Art und Weise, wie Entscheidungen getroffen werden.

Berking/ Schwenk (2011) zeigen anhand der vergleichenden Untersuchung der Hafenstädte Rostock und Bremerhaven, dass es auch bei ähnlichen Stadttypen erhebliche Unterschiede der Entwicklung und strategischen Ausrichtung gibt. Beide Städte sind von einem Strukturwandel betroffen, der vor allem durch den Bedeutungsverlust des Hafens für den Welthandel befördert wurde. Trotz ähnlicher Ausgangsbedingungen haben die Städte unterschiedliche Lösungsstrategien entwickelt, um mit den Problemen der Arbeitslosigkeit und der Schrumpfung umzugehen (vgl. Berking/ Schwenk 2011). Dies kann als

Beleg dafür gelten, dass nicht allgemein von „den“ Hafenstädten gesprochen werden kann. Zimmermann (2008) nennt verschiedene Studien der lokalen Politikforschung, die bestätigen, dass vielerorts trotz gleicher Bedingungen andere Entscheidungen und Politikergebnisse zu finden sind (vgl. ebd.: 214). Um die unterschiedlichen Lösungsstrategien zu verstehen, müssen die Städte zum Forschungsgegenstand werden.

Theoretisch bezieht sich das Konzept einer Eigenlogik der Städte vor allem auf *kultur- und wissenssoziologische, raumtheoretische* sowie *praxissoziologische* Annahmen. Der *kultur- und wissenssoziologischen* Annahme zufolge wird die Stadt an sich zum Gegenstand der wissenschaftlichen Analyse, da sie einen Einfluss auf die Alltagswirklichkeit und Alltagspraxis der Bewohner hat (vgl. Frank et al. 2013: 206). So ist es kein Zufall, dass das Göttinger Institut für Demokratieforschung in einer Studie über die aktuellen Protestbewegungen in Deutschland erhebliche Unterschiede der Protestformen und Ziele in Hamburg und in Stuttgart findet (vgl. Marg et al. 2013). Berger und Luckmann (2007 orig. 1966) stellen fest, dass „alles menschliche Tun dem Gesetz der Gewöhnung unterworfen“ ist (56). Demnach ist es die logische Konsequenz, dass sich die Bewohner einer Stadt den dortigen Gebräuchen anpassen und sich entsprechend verhalten, sobald sie lange genug dort leben und sich eingewöhnt haben. Damit ist das weiter oben erwähnte alltägliche Wissen verbunden, was eine Stadt ausmacht oder wofür sie bekannt ist. „Dadurch, dass einzelne Städte als Hochburgen bestimmter Szenen oder als Standorte bestimmter Industrien gelten, verstärkt und verfestigt sich die Präsenz dieser Szenen oder Industrien“ (Frank et al. 2013: 204). Das Wissen über eine Stadt und deren Ruf hat reale Folgen für das Handeln und Einfluss auf Entscheidungen (Thomas-Theorem).

*Raumtheoretisch* wird die Stadt „als besondere Vergesellschaftungsform [...], genauer, als raumstrukturelle Form der Organisation von Größe, Dichte und Heterogenität“ begriffen (vgl. Berking 2013: 225). Damit ist der Stadtbegriff, dem die Eigenlogik folgt, definiert. Jede Stadt kann mit Hilfe dieser Kategorien beschrieben und unterschieden werden. In Anlehnung an Simmel stellt Berking (2008) aufgrund der Dichte der Stadt eine gesteigerte Kontakthäufigkeit fest und erweitert diesen quantitativen Aspekt durch einen qualitativen (vgl. ebd.: 20). „Erst eine bestimmte (und bestimmbare?) Proportionalität zwischen al-

len drei Größen ‘macht’ Großstadt – und das immer und überall“ (Berking 2008: 18f.). Dabei bleibt es nicht bei der Beschreibung der Form, sondern vielmehr geht es um die sozialen Prozesse, die innerhalb des Raumes Stadt auf spezifische Weise ablaufen. Der Stadtraum bildet sich prozessual, d.h. er entwickelt sich und wird zugleich entwickelt. Nach Löw ist der Raum „eine relationale (An)Ordnung sozialer Güter und Menschen (Lebewesen) an Orten“ (Löw 2001: 224). Diese Anordnung geschieht durch zwei zentrale Vorgänge: „Syntheseleistungen“ und „Spacing“. Erstere sind die Verbindungen bzw. Verknüpfungen von Materiellem, wie Gebäuden oder Dingen und Menschen oder Tieren zu einem Raum durch die Wahrnehmung, Erinnerung und Vorstellung. Zweiteres ist die Platzierung von sozialen Gütern und Menschen. Beide Vorgänge können nicht getrennt voneinander betrachtet werden und konstituieren den Raum (vgl. Löw 2001: 224 ff.). Der Annahme einer Eigenlogik der Städte zufolge heißt das, „dass ein geteiltes Wissen darüber zur Verfügung steht, welche Elemente zu einer spezifischen Raumkonstitution gehören und wie diese Elemente platziert sein müssen“ (Frank et al. 2013: 205). Dieser Vorgang nennt sich „Institutionalisierung“. Anders ausgedrückt: Die eine Stadt wird dadurch unterscheidbar von anderen Städten, dass die Individuen durch ihr Handeln und Wahrnehmen sie zu dem machen und es dabei eine große Schnittmenge der Wahrnehmungsmuster gibt.

„‘Eigenlogik’ erfasst praxeologisch die verborgenen Sinnstrukturen der Städte, als vor Ort eingespielte, zumeist stillschweigend wirksame Prozesse der Sinnformung mitsamt ihrer körperlich-materiellen Einschreibung“ (Löw 2011: 63). Der Forschungsansatz der Eigenlogik der Städte nimmt an, dass sich die Sinnstrukturen in die Bewohner der Stadt einschreiben und somit aus *praxissoziologischer* Sicht deren ‚Habitus‘<sup>8</sup> prägen. Löw spricht in diesem Zusammenhang von Habitualisierung (vgl. Löw 2011: 62). Angelehnt an das Habitus-Konzept von Bourdieu handelt es sich dabei nicht um einen bewussten Vorgang. Vielmehr verfestigen sich die Sinnstrukturen durch die routinierten Handlungen des Alltags. Die Stadt als Lebenswelt ist demnach prägend und

---

<sup>8</sup>Bourdieu versteht unter dem Begriff des Habitus das gesamte Auftreten einer Person, was sowohl den Geschmack, z.B. kulturelle Vorlieben als auch das soziale Verhalten beinhaltet. Geprägt wird der Habitus durch die Sozialisation, d.h. wo und wie man aufwächst und besonders in welcher sozialen Klasse (vgl. Kraus 2004: 191 f.).

wird zugleich geprägt. Darüber hinaus haben die eigenlogischen Strukturen nicht nur Einfluss auf die Bewohner, sondern auch auf alle anderen „Felder der städtischen Wirklichkeit“ (Berking 2013: 228), etwa auf die Art und Weise, wie politische Aushandlungsprozesse ablaufen oder sich die Stadt präsentiert. Berking (2013) beschreibt dies als „Ganzes der Stadt“, das er metaphorisch mit einem Webmuster vergleicht. Aussehen und Form dieses Webmusters werden sowohl durch die Vergangenheit als auch durch die Gegenwart geprägt. „Eigenlogiken entstehen als im historischen Prozess sich verfestigende kulturelle Ordnungen an einem und in Bezug auf einen Ort. Sie erzielen ihre Stabilität durch Habitualisierung, Institutionalisierung und Materialisierung“ (Löw 2011: 57). Unabhängig von Herkunft oder Milieu sind diese stadtspezifischen Prägungen zu finden und setzen sich fort, das heißt, dass sich etwa bürgerschaftliches Engagement in München anders zeigt als in Berlin. Die Materialisierung zeigt sich durch den baulichen Ausdruck der Stadt, das heißt vor allem in der Architektur und Denkmalpflege.

Im Anschluss an den Hypotheserahmen der Eigenlogik der Städte und dem damit verbundenen Erkenntnisinteresse, die Strukturen einer Stadt zu erforschen, wird bei der vorliegenden Untersuchung die Stadt Darmstadt selbst zum Untersuchungsgegenstand, ohne dabei den Anspruch zu erheben, die Ergebnisse auf andere Städte übertragen zu können. Die Annahme ist, dass es in jeder Stadt spezifische Strukturen gibt, die sich in allem wiederfinden, was eine Stadt ausmacht: In der Architektur, der Stadtplanung, der Politik und auch im Verhalten der Bewohner. Löw (2008) spricht von „Grundstrukturen [...]“, die alle Lebensbereiche durchziehen“ (ebd.: 40). Diese eigenlogischen Strukturen schreiben sich unabhängig von den Akteuren fort und entwickeln sich weiter. Durch diese Betrachtung der Stadt eröffnen sich neue soziologische Erkenntnisse und ein anderes Verständnis von Stadtsoziologie. Die erwähnten Protestbewegungen in den Städten können auf diese Weise anders eingeordnet und verstanden werden. „In den späten 1970er und frühen 1980er Jahren kam es in vielen westeuropäischen Städten zu eigentlichen urbanen Revolten, zunächst in verschiedenen italienischen Städten, dann auch in Berlin, in Amsterdam, in Frankfurt, aber auch an Orten, wo man sie überhaupt nicht erwartet hätte, so z.B. in Zürich, Freiburg im Breisgau oder Lausanne“ (Schmid 2011: 28). Der

eigenlogische Forschungsansatz leistet es, dieses „Unerwartete“ zu erklären.

### 2.2.1 Die Erforschung der Eigenlogik

Worin unterscheiden sich Städte voneinander? Wie kann dies empirisch eingeordnet werden? „Das *Was* und das *Wie* von Verdichtung und Heterogenisierung zu fassen, ist die erste und vorrangige Aufgabe empirischer Forschung“ (Berking 2013: 226).

Es scheint in den Städten „etwas“ zu geben, das sowohl der Stadtbewohner als auch der Tourist im Alltag spürt und ihn beeinflusst, worauf er umgekehrt auch selbst Einfluss nimmt. Für den eigenlogischen Ansatz ist von Interesse dieses „etwas“ zu fassen und zu beschreiben. Ziel ist es zu analysieren, was jede Stadt ausmacht und dazu beiträgt, dass Prozesse auf spezifische Weise verlaufen. Es gilt die eigenlogischen Strukturen aufzudecken. Dabei werden fünf verschiedene Arten von Strukturen in der Analyse von Städten unterschieden, die alle eine Form von gesellschaftlicher Struktur sind: *Raumstrukturen*, *Zeitstrukturen*, *Sozialstrukturen*, *politische Strukturen* sowie *Gefühlsstrukturen* (vgl. Löw/Noller: 259). Als *Raumstrukturen* werden sowohl die baulichen und die physischen Gegebenheiten – also die materiellen – als auch die sozialen Bedingungen verstanden. Gibt es Grünflächen und Parks in der Stadt und wer hält sich dort auf? Welche ästhetischen Vorstellungen bezüglich der Architektur herrschen vor? Wie ist die technische Infrastruktur gestaltet? Hier ist die weiter oben beschriebene Institutionalisierung maßgeblich (vgl. Kapitel 2.2). Die *Zeitstrukturen* beziehen sich zum einen auf die Historie der Stadt und der gebauten Umwelt und zum anderen auch auf die Zeitverhältnisse. Wie lange dauern Stadtentwicklungsprozesse? Wie wird die zeitliche Dimension von den Akteuren eingeschätzt? Wie schnell bewegen sich die Menschen durch die Stadt? Levine und Norenzayan (1999) zeigten in ihrer Studie, dass es einen Zusammenhang zwischen der Laufgeschwindigkeit und den spezifischen Bedingungen in der jeweiligen Stadt gibt. „Hotter cities were slower than cooler ones, places with more vital economies were faster, and individualistic cultures

were faster than those emphasizing collectivism“ (vgl. ebd.: 199)<sup>9</sup>. Die *Sozialstrukturen* beschreiben die so genannten ‘hard facts’ einer Stadt, das heißt alle statistischen Werte von der Einwohnerzahl bis hin zur Arbeitslosenquote. Dabei spielt ebenfalls eine Rolle, welche Lösungsstrategien entwickelt werden. Was wird für die große Wohnraumnachfrage getan? Wie wird mit einem hohen Migrationsanteil umgegangen? Diese Fragen und die daraus resultierenden Handlungen betreffen zugleich die Analyse der *politischen Strukturen*. Des weiteren ist von Interesse, welche Partei regiert und wie die Mehrheitsverhältnisse aussehen. Wie werden Entscheidungen getroffen? Gibt es eine Kultur der Bürgerbeteiligung? Was wird auf die politische Agenda gesetzt und von wem? Die *Gefühlsstrukturen* finden sich in allen Kategorien wieder, da die emotionale Komponente nie ausgeblendet werden kann. Darüber hinaus beschreiben sie die emotionale Bindung an die Stadt und wie diese von den Bewohnern erlebt wird. Gilt die Stadt als besonders hektisch? Haben die Bewohner den Ruf besonders gastfreundlich zu sein? Taylor/Evans/Fraser (1996) stellten in ihrer Studie über Manchester und Sheffield fest, dass es lokale Besonderheiten bezüglich des Alltagserleben in der jeweiligen Stadt gibt und sich dies auf die „structure of feeling“ auswirkt.

Um die teilweise unbewussten und von den Akteuren nicht abrufbaren Sinnstrukturen einer Stadt zu erforschen, sollte der Forscher im Sinne von Park und in der Tradition der Chicago School sich selbst ein Bild des Untersuchungsgegenstands machen. Dafür eignet sich besonders die teilnehmende Beobachtung und die Analyse der Presse. „Eigenlogik fragt nach den Mustern, den Verknüpfungs-Regeln, die sich zwischen materialer Struktur, kulturellen Dispositionen und Alltagsroutinen herstellen und auf diese Weise den individuellen Charakter dieser Stadt und ihrer Wirklichkeit prägen“ (Berking 2013: 227). Mit anderen Worten besteht die Eigenlogik einer Stadt „aus einer spezifischen Form der Verdichtung aller oben genannten Strukturen und den zugehörigen

---

<sup>9</sup>Wobei konstatiert werden muss, dass es nicht um einen Vergleich von Städten in einem Land ging, sondern von Städten in 31 verschiedenen Ländern. Für die Erforschung der Eigenlogik sind die Ergebnisse jedoch dennoch signifikant, da gezeigt werden konnte, dass sowohl die klimatischen Bedingungen – je kälter desto schneller –, die individualistische Kultur und besonders die wirtschaftliche Lage einer Stadt einen Einfluss auf die jeweilige „Lebensgeschwindigkeit“ haben (vgl. Levine/ Norenzayan 1999: 199).

Praxisformen“ (Löw/Noller 2010: 261). Die Untersuchung dieser Strukturen kann innerhalb eines bestimmten Feldes geschehen, damit hat man jedoch, um es metaphorisch auszudrücken, noch kein Bild von dem Muster – von der Eigenlogik der Stadt –, sondern lediglich eine Ahnung davon, aus welchen Farben das Muster besteht oder welches Material verwendet wurde (vgl. Berking 2013: 231). Um das gesamte Muster sehen zu können, und die Eigenlogik einer Stadt herauszuarbeiten, müssen die relevanten Felder und Strukturen untersucht werden (vgl. Frank 2012: 305). Welche Felder relevant sind, kann nicht für alle Städte gleichermaßen beantwortet werden. Die vorliegende Untersuchung analysiert das Feld der Stadtentwicklung. Im Anschluss an Gehring (2008), die dies beispielhaft anhand der Untersuchung von Obdachlosigkeit aufzeigt, werden dadurch Erkenntnisse über die Darmstädter Stadtentwicklung und nicht über die Stadtentwicklung im Allgemeinen gewonnen. Diese lassen Rückschlüsse auf die eigenlogischen Strukturen Darmstadts in anderen Feldern zu. So stellt Gehring fest: „Hat man die Offenbacher Obdachlosigkeit verstanden, hat man womöglich gute Chancen, auch die – sagen wir: Offenbacher Kulturpolitik besser zu verstehen“ (ebd.: 157).

### 2.2.2 Kritik an dem Forschungsansatz der Eigenlogik der Städte

Der Forschungsansatz der Eigenlogik der Städte, die Stadt selbst zum Untersuchungsgegenstand zu machen und als Ganzes zu betrachten und der damit verbundene Perspektivenwechsel der Stadtsoziologie, führte zu einer Kontroverse innerhalb der Disziplin sowie darüber hinaus. Berking (2013) stellt erleichtert fest: „Endlich [...] streitet man wieder“ (ebd.: 224). Der Schwerpunkt der Kritik an dem Eigenlogik-Ansatz bezieht sich auf die Frage nach dessen soziologischer Relevanz (vgl. Siebel 2013: 249; Häußermann 2011: 159). „Politische, ökonomische und soziale Faktoren werden offensichtlich nur dergestalt in die Betrachtung aufgenommen, dass sie als Ausdruck einer ‘kulturellen Eigenart’ bzw. eines ‘Charakters’ der jeweiligen Stadt erscheinen können“ (Kemper/Vogelpohl 2011: 32). Dabei würden Macht- und Herrschaftsdiskurse und die Thematik der sozialen Ungleichheit ausgeblendet. Durch die Betrachtung einer Stadt als gebaute Umwelt und die Annahme, dass sich Strukturen unabhängig von den Akteuren fortschreiben, bleibe es bei Deskription ohne gesellschaft-



liche Relevanz und Problemdeutung. Die Ergebnisse der Studien im Rahmen der Eigenlogikforschung seien relevant für das Stadtmarketing, weniger für den wissenschaftlichen Diskurs (vgl. Michel 2011: 132).

Andererseits ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Stadtsoziologie bisher Soziologie ohne ihren Gegenstand Stadt betrieben hat und stets deren Einfluss auf die *Stadtgesellschaft* verneint hat. Als Bezugsebene für die Vergesellschaftung wird lediglich der Nationalstaat betrachtet (vgl. Frank et al. et al. 2013: 208). Doch Armut beispielsweise fühlt sich in verschiedenen Städten unterschiedlich an und die Lösungsstrategien mit der Problematik umzugehen sind ebenfalls stadtspezifisch. „Die Forschung zur Eigenlogik der Städte kann die soziale Ungleichheitsforschung um eine weitere Perspektive ergänzen: die unterschiedliche Verteilung von Lebenschancen je nach Stadt, gebunden an die jeweiligen städtischen Praxisformen“ (Löw 2011: 64). Damit leistet die Erforschung der Eigenlogik einer Stadt durchaus einen Beitrag, um zu verstehen, wie soziale Ungleichheit reproduziert wird.

Weiterhin wird das Fehlen empirischer Studien bemängelt, die das Konzept der Eigenlogik stützen und aufzeigen, wie es operationalisiert werden kann (vgl. Frank 2012: 304). Bisher bliebe es bei theoretischem Nachdenken ohne hinreichende Belege und ausgearbeitetes Forschungsprogramm (vgl. Kemper/Vogelpohl: 36). Siebel (2013) hält den Anspruch alle Bereiche der Stadt erforschen zu wollen für nicht handhabbar (ebd.: 251). „Ohne eine theoretische begründete Selektion dessen, was beobachtet werden soll und was vernachlässigbar ist, gerät empirische Forschung in die Falle der Beliebigkeit oder in einen Regress ins Unendliche“ (Siebel 2013: 251). Diese Kritik geht hier ins Leere, da in der vorliegenden Untersuchung gezielt ein für die Stadt prägender Bereich ausgewählt wurde, um die eigenlogischen Strukturen zu erforschen. Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung sind zentral, um die Raum-, Zeit-, Sozial-, Gefühls- und politischen Strukturen herauszuarbeiten. Die Untersuchung des sozialen Handelns ist geeignet lokale Besonderheiten sichtbar zu machen. So kann ein Beitrag zur empirischen Forschung der Eigenlogik geleistet werden, der soziologisch relevant ist, da es sich um eine gesellschaftlich bedeutende Thematik handelt.



### 3 Bürgerbeteiligung

Die Proteste im Rahmen des Bauprojektes „Stuttgart 21“ gegen den geplanten Umbau des Stuttgarter Bahnhofs vom Kopf- zum Tiefbahnhof 2010 und 2011 verdeutlichen, welches Widerstandspotenzial die Bevölkerung birgt, besonders auch Bevölkerungsgruppen, die in der Vergangenheit nicht zu dem klassischen Protestmilieu gezählt wurden (vgl. Göttinger Institut für Demokratieforschung 2011)<sup>10</sup>. In Bezug auf Stadtentwicklung<sup>11</sup> und die Akzeptanz von großen Bauprojekten in der Gesellschaft wird daher von einer Welt vor und nach „Stuttgart 21“ gesprochen. Im folgenden Kapitel wird die Welt vorher beschrieben. Der Blick zurück macht eines deutlich: Auch vor „Stuttgart 21“ gab es massive Proteste, der eklatante Unterschied scheint zu sein, dass diese nicht von der breiten Bevölkerung getragen wurden. Die Proteste in der Vergangenheit waren politisch ideologisch geprägt und mobilisierten dementsprechend nur eine bestimmte Bevölkerungsgruppe, als Beispiel sind Studentenproteste der 68er-Generation zu nennen (vgl. Kuhn 2011).

Das Kapitel dient als Einführung in die Thematik der Bürgerbeteiligung. Der Schwerpunkt liegt auf Partizipationsprozessen bei der Stadtentwicklung. Bürgerbeteiligung wird dabei synonym mit Partizipation und Teilhabe verwendet und schließt sich dem Verständnis von Selle (2010) an: „Dabeisein, beteiligt werden, sich beteiligen, mitwirken, mitgestalten etc. [...] kann [...] ein sehr breites Spektrum von Aktivitäten und eine sehr unterschiedliche Reichweite von Einflussnahmen bezeichnen“ (ebd.: 4).

---

<sup>10</sup>Die explorative Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung ergab, dass über 70% der 1.280 online Befragten „Stuttgart 21-Gegner“, die an den Protesten aktiv teilnahmen, Abitur haben und 40% einen Hochschulabschluss vorweisen können. 75% waren über 35 Jahre und 20% über 55 Jahre alt (vgl. ebd. 2011: 5).

<sup>11</sup>Es wird in dieser Arbeit nicht von Stadtplanung gesprochen, sondern von dem weiter gefassten Begriff Stadtentwicklung. „Im Gegensatz zu Stadtplanung, die sich hauptsächlich auf baulich-räumliche Komponenten beschränkt und den Bürgern lediglich als Betroffenen einbezieht, umfasst Stadtentwicklung heute zunehmend die Steuerung der Gesamtentwicklung der Stadt“ (Becker/ Runkel 2010: 125).

#### 3.1 Bürgerbeteiligung – ein Eingrenzungsversuch

Bürgerbeteiligung ist „in“. Die lokale Politikforschung attestiert die Konjunktur von Partizipation auf politischer Ebene (vgl. z.B. Braun 2001: 83, Bernt/ Fritsche 2008: 237, Geißel 2008: 29, Zimmer/ Nährlich 2000: 9, Osthorst/ Prigge 2003: 14). Zumindest kann aus den Äußerungen vieler Politiker und den Programmen der politischen Parteien geschlossen werden, dass die Bürger in vielen Bereichen stärker beteiligt und die Engagementbereitschaft gefördert werden sollen (vgl. Bündnis 90/ Die Grünen Darmstadt, CDU Darmstadt 2011: 5). Grundsätzlich ist nicht eindeutig definiert, was unter Bürgerbeteiligung verstanden wird. „Bürgerbeteiligung hat viele Gesichter, von Bürgerbefragungen über Bürgerversammlungen bis hin zu direktdemokratischen Elementen, deliberativen Verfahren sowie relativ neuen Modellen der Co-Governance, zum Beispiel Bürgerhaushalte (‘partizipatives budgeting’) oder kollaboratives lokales Ressourcenmanagement“ (Geißel 2008: 33). Im Unterschied zur formellen Beteiligung bei der Stadtplanung (siehe Kapitel 3.3), die gesetzlichen Vorgaben folgt, kann die so genannte informelle Beteiligung, die von den Kommunen freiwillig angeboten wird, unterschiedliche Formen annehmen. Bischoff et al. (1996) empfehlen zur besseren Abgrenzung die Begriffe *Information*, *Beteiligung* und *Kooperation* zu verwenden. Dabei ist die *Information* von einer passiven Aufnahme geprägt, die den Bürger lediglich über den Sachstand aufklärt. Die (informelle) *Beteiligung* dient dazu, die Meinungen und Positionen der Bevölkerung abzufragen und gemeinsam zu diskutieren, die Entscheidungsbefugnis liegt weiterhin bei Politik und Verwaltung. Unter *Kooperation* wird die tatsächliche Zusammenarbeit, d.h. auch die Übernahme von Aufgaben und Verantwortung seitens der Bürger verstanden, was in der Konsequenz Mitentscheidung bedeutet. Als Beispiel sei hier der Verein K.I.O.S.K<sup>12</sup> in Freiburg-Rieselfeld genannt, der die städtische Aufgabe der Sozial- und Jugendarbeit im Stadtteil übernimmt. Selle (2010) nutzt ebenfalls nicht den Begriff Bürgerbeteiligung, um die Mitwirkung der Bürger bei der Stadtentwicklung zu beschrei-

---

<sup>12</sup> „Der gemeinnützige Trägerverein K.I.O.S.K auf dem Rieselfeld e.V. organisiert die soziale und kulturelle Stadtteilarbeit, verantwortet die bürgerschaftliche Nutzung des Stadtteilstreff *glashauss* und die dezentrale Kinder- und Jugendarbeit“ ([www.rieselfeld.org](http://www.rieselfeld.org)). Der Vorstand besteht aus ehrenamtlich tätigen Bewohnern des Stadtteils.

ben, sondern spricht von *Teilhabe*. Er bezieht sich dabei auf den Governance-Begriff von Mayntz (2009): „Unter Governance [wird] eine Form des Regierens verstanden, bei der nicht nur der Staat, sondern auch private korporative Akteure an der Regelung beteiligt sind“ (ebd. 8). Geißel versteht unter *Beteiligung*, „wenn eine aktive Rolle der BürgerInnen in (fast) allen Phasen des Willens- und Entscheidungsprozesses zu beobachten ist“ (Geißel 2008: 29). Einige Politikwissenschaftler teilen die politische Partizipation in ein fünfteiliges Klassifikationsschema ein, das von Wählen (1), parteiorientierter Partizipation (2), problemorientierter Partizipation (3), zivilem Ungehorsam (4) bis zu politischer Gewalt gegen Personen und Sachen (5) reicht (vgl. Kaase 2003: 497). Dabei wird zwischen verfassten und unverfassten Partizipationsformen differenziert (vgl. Vetter 2008a: 4).

Unscharf ist die Abgrenzung der Begriffe Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement, häufig werden sie synonym verwendet. Evers (2009) stellt gar eine „inflationäre Verwendung“ des Begriffs „bürgerschaftliches Engagement“ fest, der für alle Formen der „aktiven Partizipation“ verwendet wird (vgl. ebd. 66). Kersting (2008) bezeichnet das bürgerschaftliche Engagement als „gemeinwohlorientierte Selbsthilfe“ (ebd. 2008: 21). Der Engagierte möchte anderen helfen oder sich für eine Sache einsetzen, etwa für die Stadtteilbibliothek oder ehrenamtliche Nachhilfe. Das Ziel ist es explizit nicht, bei Entscheidungen eingebunden zu werden, sondern seine Zeit zur Verfügung zu stellen, um etwas Gutes zu tun. Bürgerbeteiligung, zum Beispiel bei der Stadtentwicklung, bedeutet Einfluss nehmen zu wollen und mitzugestalten. Dass die Grenzen zwischen Engagement und Beteiligung oft fließend sind, soll an einem Beispiel verdeutlicht werden. Angenommen eine Person engagiert sich für eine Stadtteilbibliothek, indem sie dort ehrenamtlich arbeitet. Daran ist zunächst kein politisches Handeln geknüpft. Nun wird beschlossen, dass aufgrund von Haushaltskonsolidierung die Stadtteilbibliothek geschlossen werden soll. Engagiert sich die gleiche Person für den Erhalt des Angebots und mobilisiert möglicherweise andere dafür zu kämpfen, ist das Engagement politisch. Von Bürgerbeteiligung kann in diesem Fall jedoch nicht gesprochen werden. Diese hätte vor dem Beschluss stattfinden müssen. Die Bürger hätten über die Pläne informiert werden müssen, um mögliche Alternativen erarbeiten zu kön-

nen, etwa eine andere Trägerschaft, das heißt eine Finanzierung, die nicht den kommunalen Haushalt belastet.

Kritisch setzt sich Evers (2009) mit dem Begriff des „bürgerschaftlichen Engagements“ auseinander, indem er darauf verweist, dass nicht alles, was unter dieser Begrifflichkeit firmiert, per se allen Einwohnern zugute kommt, sondern gleichzeitig bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgeschlossen werden und nicht vom Gegenstand des Engagements profitieren, dadurch gar benachteiligt werden könnten (vgl. ebd. 66). Weiterhin argumentiert er, dass sich der Einzelne nicht nur als *Bürger* engagiert, sondern auch als Interessenvertreter und es somit zu empfehlen ist, das Adjektiv *bürgerschaftlich* nicht automatisch mit dem Begriff Engagement zu verknüpfen.

Grundsätzlich wird deutlich, dass es sich bei dem Terminus Bürgerbeteiligung um eine wolkige Konstruktion handelt. Die Begrifflichkeiten Partizipation, Bürgerbeteiligung und -engagement werden verwendet, ohne sie zu definieren und klar zu unterscheiden. Eine Trennung ist auf theoretischer Ebene möglich, wie sie etwa Kersting (2008) für politische Partizipation<sup>13</sup> vornimmt, in der Praxis ist dies, wie bereits erläutert nur schwer möglich. Die program-matische Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung kann von mehr Information bis zu mehr Verantwortung und Mitentscheiden reichen. Vor dem Hintergrund, dass bei Bürgerbeteiligungsprozessen unterschiedliche Akteure beteiligt sind, ist es wichtig zu unterscheiden, welches Verständnis von Bürgerbeteiligungsprozesse sie haben bzw. welchen Anspruch sie daran stellen (vgl. Schröder 2010). Aufgrund von unterschiedlichen Definitionen kann es zu erheblichen Missverständnissen kommen und Konflikte sind unvermeidlich. So kann eine Informationsveranstaltung aus Sicht des Verwaltungsmitarbeiters als Form der Beteiligung verstanden werden, wohingegen der Bürger nur die Möglichkeit der tatsächlichen Einflussnahme als Bürgerbeteiligung anerkennt. Die Erwartungshaltungen sind völlig andere und können zu Frustrationen auf beiden Seiten führen.

Wenn in dieser Untersuchung von Bürgerbeteiligung gesprochen wird, wird darunter Folgendes verstanden: jeglicher Einbezug der Bürger in die Entschei-

---

<sup>13</sup>Unter politischer Partizipation versteht Kersting die Beteiligung an Entscheidungsfindungen.

dungsfindung der Verwaltung sowie der Entscheidungsträger, der über die reine Information hinausgeht.

### 3.2 Historischer Abriss – Das Verhältnis zwischen Staat, Verwaltung und Bürgern

Um die Bürgerbeteiligung allgemein und vor allem bei der Stadtentwicklung analysieren zu können, wird das veränderte Verhältnis zwischen Staat, Verwaltung und Bürgern seit Mitte der 60er Jahren nachgezeichnet. Dabei wird schlaglichtartig auf die sich wandelnde Rolle des Sozialstaats, das Selbstverständnis von Verwaltungen und die Protestkultur der Bürger eingegangen.

Zunächst sei auf den Titel der Regierungserklärung von Willy Brandt aus dem Jahr 1969 hingewiesen: „Mehr Demokratie wagen“. In der Erklärung selbst heißt es:

„Mitbestimmung, Mitverantwortung in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft wird eine bewegende Kraft der kommenden Jahre sein. Wir können nicht die perfekte Demokratie schaffen. Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert“ (Brandt 1969: 4).

Nach Brandts Auffassung von Demokratie ist die aktive Teilnahme der Bürger an der Gestaltung der Gesellschaft ein wichtiger Bestandteil. Dabei ging es vor allem um die politische Teilhabe. Dies kann als Reaktion auf das sich bereits zu dieser Zeit abzeichnende wachsende Misstrauen und das abnehmende Vertrauen der Bürger gegenüber der parlamentarischen Demokratie betrachtet werden (vgl. Klages/Daramus/Masser et al. 2004: 4). Es entstand, geprägt von den Neuen sozialen Bewegungen<sup>14</sup>, eine Protestkultur, die sich gegen die etablierten Parteien wendete und Kritik an den bürokratischen Organisationsformen formulierte (vgl. Rucht 2003: 422). Stadtentwicklung war dabei ein Thema von vielen, spielte aber eher eine untergeordnete Rolle. Die Folge war

---

<sup>14</sup>Die so genannten „Neue Soziale Bewegungen“ setzte sich für eine solidarische Gesellschaft und ein selbstbestimmtes Leben ein. Wichtige Themen waren unter anderem die Gleichstellung der Frau, Umwelt und Naturschutz, Pazifismus und globale Gerechtigkeit.

die so genannte „Partizipatorische Revolution“<sup>15</sup>, die zur mehr Bürgerbeteiligung auf der lokalen Ebene führte (vgl. Vetter 2008b: 11).

Eine weitere Entwicklung, die für das Verhältnis zwischen Bürgern und Verwaltung bedeutend ist, ist das seit den 70er Jahren praktizierte Leitbild der Bürgernähe in den öffentlichen Verwaltungen. „Bürgernähe bezieht sich dabei in erster Linie auf den Prozess der Politikumsetzung, nicht auf den der Politikformulierung“ (Bogumil/ Jann: 228). Die kommunalen Verwaltungen verstanden sich als Dienstleister und der Bürger wurde als Kunde betrachtet (vgl. Bogumil/ Jann 2005: 214). Konsequenz waren die in den 80er und 90er Jahren eingeführten so genannten Bürgerämter, bei denen die zentralen Dienstleistungen der Verwaltungen gebündelt wurden.

„Erst in den letzten ca. 20 Jahren hat sich das Konzept einer Zivilgesellschaft als drittes gesellschaftliches Aktionsfeld neben Markt und Staat so weit entwickelt, dass es politisch handlungsleitend und praktisch anwendbar erscheint“ (Gualini 2010: 4). Ein wichtiger Schritt dorthin war die 1992 stattfindende Konferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro. Sie gab den Anstoß für Lokale-Agenda-21 Prozesse in den Kommunen. Gemeinsam mit Bürgern sollten auf lokaler Ebene klimapolitische Ziele diskutiert und nachhaltige Entwicklungskonzepte ausgearbeitet werden – auch heute noch gibt es zahlreiche dieser Gruppen (vgl. Becker/ Runkel 2010: 158). Indes wird kritisiert, dass sich nur ein ganz bestimmter Akteurskreis – bereits aktive Bürger mit überdurchschnittlichem Bildungsniveau – in diesen Agenda-Gruppen engagiert und diese geschlossen auftreten, so dass es anderen Engagementwilligen schwer fallen dürfte, sich diesen Kreisen anzuschließen. In einer empirischen Studie zum tatsächlichen Einfluss der Bürgerbeteiligungsprojekte im Rahmen der Lokalen-Agenda kamen Bogumil/ Jann (2013) zu dem Schluss, dass dieser kaum vorhanden war.

Werden heute Begriffe wie Bürger- und Zivilgesellschaft ganz selbstverständlich gebraucht, um den Bürgern zum einen mehr Mitsprachemöglichkeiten einzuräumen und zum anderen mehr Verantwortung zu übertragen, steht dahinter die seit Ende der 90er Jahre geprägte Debatte um den *aktivierenden Staat*

---

<sup>15</sup>Hervorzuheben ist die damals entstandene gesetzliche Verpflichtung der formalen Beteiligung bei Planungsprozessen (vgl. Kapitel 3.3).



(vgl. Bogumil/ Jann 2005: 212). „Aktivierender Staat bedeutet, die Selbstregulierungspotenziale der Gesellschaft zu fördern und ihnen den notwendigen Freiraum zu schaffen. Im Vordergrund muss deshalb das Zusammenwirken staatlicher, halbstaatlicher und privater Akteure zum Erreichen gemeinsamer Ziele stehen“ (BMI 1999: 8). Diese Aussagen aus der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung von 1998 machen deutlich, dass die Politik auf neue Formen der Zusammenarbeit setzt, in denen nicht der Staat allein die Verantwortung trägt, sondern sich unter anderem als Mittler versteht, um gesellschaftliche Probleme zu lösen. Allerdings kann dies als positive Formulierung für einen Abbau von sozialstaatlichen Leistungen verstanden werden. Um die neuen Formen der Zusammenarbeit noch weiter voran zu bringen und das bürgerschaftliche Engagement als Querschnittsaufgabe zu implementieren, wurde 1999 die Enquete-Kommission „Zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ gegründet. In deren Abschlussbericht heißt es: „Für die Zukunftsfähigkeit einer demokratischen Gesellschaft ist bürgerschaftliches Engagement eine wesentliche Voraussetzung“ (Deutscher Bundestag 2002: 24). Allerdings wird nicht nur das soziale Engagement als förderungswürdig benannt, sondern ebenso die politische Teilhabe.

Erklärt werden kann dieser Wandel vom „Vaterstaat“, der sich um alle Belange der Bürger kümmert, zum sich zurückziehenden Sozialstaat damit, dass die Haushaltslagen des Bundes, der Länder und der Kommunen immer prekärer werden und die bisherigen Aufgaben nicht mehr in vollem Umfang erfüllt werden können (vgl. Alscher 2010: 66). Auf kommunaler Ebene sind etwa Schwimmbäder oder Stadtteilbibliotheken zu nennen, die mancherorts nicht mehr von der Kommune getragen werden können und nur durch das Engagement der Bürger weiter betrieben werden (vgl. Becker/ Runkel 2010: 155). Auch werden Kinderkrippen durch engagierte Bürger realisiert und dafür Vereine gegründet. „Der Bürger wird nicht nur als Klient und Konsument, sondern mit seinem alltäglichen Engagement als wichtige Säule im gesellschaftlichen Bedarfsausgleichssystem betrachtet“ (Braun 2001: 86). Diese Entwicklung ist problematisch. „Aktivierungskonzepte gleichen einer Quadratur des Kreises, weil sie ihre eigentliche Zielgruppe gar nicht erreichen, während andere, eher privilegierte Kreise davon zusätzlich profitieren“ (Butterwegge 2012: 339). Bei-

spielsweise werden in der von Bürgern betriebenen Kinderkrippe die meisten Kinder über eine ähnliche soziale und ökonomischer Ausstattung verfügen wie die engagierten Gründer. Neben den Bürgern sind es vor allem private Investoren und Unternehmen, die durch Privatisierungen vormals staatliche oder kommunale Aufgaben übernehmen. Zu nennen ist der Wohnungsbau, der in den letzten Jahren fast ausschließlich von privaten Unternehmen betrieben wurde. Die Förderung des sozialen Wohnungsbau ist seit den 70er Jahren kontinuierlich gesunken (vgl. Ginski/Koller/Schmitt et al. 2012: 10).

Vor diesem Hintergrund muss die Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung betrachtet werden. „Bezogen auf die Bürger ergibt sich ein zwiespältiges Bild. Einerseits haben die Bürger immer mehr Möglichkeiten, sich in das politische System einzubringen, andererseits wird es aufgrund der geringeren Handlungsspielräume durch Privatisierung und Haushaltskrise immer unwahrscheinlicher, dass dies Auswirkungen auf den Output des kommunalpolitischen Systems hat“ (Bogumil/ Jann 2005: 182).

Neben diesen kritischen Aspekten kann die Einbeziehung der Gesellschaft in die soziale Verantwortung auch als Chance betrachtet werden, dass die Abhängigkeit vom Staat und die damit zusammenhängende „top down-Mentalität“ aufgegeben werden muss (vgl. Bogumil/ Jann 2005: 214). Für die Kommunalverwaltungen und -politik bedeutet dies, ein neues Selbstverständnis zu entwickeln. Sie gelten dann nicht mehr länger als Dienstleister und der Bürger als reiner Kunde, vielmehr ist der Bürger darüber hinaus politischer Auftraggeber und Mitgestalter des Gemeinwesens (vgl. Osthorst/ Prigge 2003: 19). Resultat kann die Bürgerkommune oder Bürgergesellschaft sein. In der Bürgerkommune nimmt der Einzelne Aufgaben wahr, die dem Allgemeinwohl dienen, und ist gleichzeitig in die politische Entscheidungsfindung eingebunden. „Die Demokratie wird verstanden nicht nur als Organisationsform des Staates, sondern auch, wo immer möglich, als eine Form der Selbstorganisation der Gesellschaft, als Einmischung der Bürger in ihre eigenen Angelegenheiten, als Rückgewinnung wichtiger Handlungsfelder durch das Gemeinwesen und seine Bürger“ (Dettling 2007: 8). Wie die Forschung zeigt, ist die Bürgerkommune jedoch weiterhin mehr ein theoretisches Konstrukt als eine tatsächlich verwirklichte Organisationsform (vgl. Dettling 2007: 7). Zudem gibt es Kritiker, die in dem

Modell der Bürgerkommune die Rechtfertigung für die Zurücknahme des Sozialstaats und den damit verbundenen Verpflichtungen sehen (vgl. Butterwegge 2012: 340). Darüber hinaus kann sich die soziale Ungleichheit noch weiter verstärken. Die Chance, sich vermehrt in politische Entscheidungen einzubringen, wird von bestimmten Bevölkerungsgruppen, etwa von Männern und gut gebildeten Bürgern, stärker als von anderen genutzt, um die eigenen Interessen zu vertreten. Sozial benachteiligte Gruppen nehmen diese Möglichkeit viel weniger wahr.

Eine weitere Entwicklung, die für das Thema Bürgerbeteiligung eine Rolle spielt, ist die stetig sinkende Wahlbeteiligung besonders auf kommunaler Ebene. In Darmstadt beispielsweise lag die Wahlbeteiligung von 1946 bis 1989 um 70%, seit 1993 ist sie kontinuierlich gesunken bis sie 2006 nur noch bei 44% und 2011 bei 49% lag (vgl. Bachmann 1/2010: 70). Die Legitimation der Politiker und ihrer Entscheidungen kann also immer weniger durch Wahlen erlangt werden (vgl. Geißel 2008: 34). Häußermann (2008) erklärt die darin zum Ausdruck kommende Unzufriedenheit der Bürger mit der zunehmenden Diskrepanz zwischen dem Eingreifen des Staates in das Leben der Bürger und dem Einfluss, den die Bürger auf die Politik haben (vgl. ebd.: 584). Die Bürger partizipieren politisch also immer weniger durch Wahlen, sondern vermehrt durch problemorientiertes Engagement, etwa in Form von Bürgerinitiativen<sup>16</sup>.

Die aufgeführten Entwicklungen – weniger Vertrauen in die Politik, Privatisierungen, sinkende Wahlbeteiligung – sind sicherlich einige der Gründe, warum es immer mehr Befürworter direktdemokratischer Verfahren gibt. In Deutschland sind in den Verfassungen der Bundesländer in der Regel das Initiativrecht und Volksabstimmungen über näher eingegrenzte Gesetzesvorlagen als direktdemokratische Mittel verankert (vgl. Schmidt 2010: 337). Vor allem auf der kommunalen Ebene gibt es direktdemokratische Elemente. Im Gegensatz zum Bundeskanzler werden die Bürgermeister der Kommunen vom Volk direkt gewählt und die Möglichkeit der Bürgerbegehren und -entscheide ist in einigen Kommunalverfassungen festgelegt (vgl. ebd. 338). In Deutschland fand

---

<sup>16</sup>Bürgerinitiativen sind lose Zusammenschlüsse von Bürgern zu einem konkreten Anlass. Sie können als Gegengewicht zu etablierten Parteien betrachtet werden (vgl. Guggenberger 2003: 48). Es handelt sich dabei um unkonventionelle Formen der Beteiligung.

nach 1945 kein einziges nationales Referendum statt, da die deutsche Verfassung ein Plebiszit nur bei einer Neugliederung vorsieht — im Vergleich dazu gab es in der Schweiz zwischen 1945 und 2006 390 nationale Referenden und Volksinitiativen (vgl. ebd. 341). Die Bedingungen, die erfüllt werden müssen, um auf kommunaler Ebene ein Plebiszit durchzuführen, sind in den Bundesländern sehr unterschiedlich geregelt. Ebenso verschieden sind die Themen, über die nicht abgestimmt werden darf, etwa über den Haushalt wie in Hessen oder Bayern. Der Konflikt um „Stuttgart 21“ führte letztlich auch zu einer Volksabstimmung in Baden-Württemberg, deren Ausgang für die Ausbaueegner nicht erfolgreich war<sup>17</sup>.

### 3.3 Bürgerbeteiligung bei der Stadtentwicklung

Mit der Verabschiedung des Städtebauförderungsgesetzes (1971), das eine finanzielle Unterstützung durch Bund und Länder für die Kommunen im Bereich des Städtebaus bezweckte, wurden die betroffenen Bewohner erstmals als wichtige Akteure vor Ort begriffen und deren Beteiligung gesetzlich festgeschrieben (vgl. Haller/Janke/Pietschmann 2011: 22). Auslöser für diese Entwicklung waren unter anderem die Sanierungen von Stadtquartieren ohne Rücksicht auf die Belange der Bewohner, was massive Proteste bis hin zu Hausbesetzungen zur Folge hatte (vgl. Siebel 2010: 27). Die nächste Etappe der gesetzlichen Festschreibung bildete die Novellierung des Baugesetzbuches 1987, das seitdem die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung regelt (vgl. Bogumil/ Jann 2005: 229). In § 3 Baugesetzbuch heißt es zur Beteiligung der Öffentlichkeit:

(1) Die Öffentlichkeit ist möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebiets in Betracht kommen, und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten; ihr ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben. (§ 3 Abs. 1 BauGB)

---

<sup>17</sup>59% stimmten für den Um- und Ausbau des Bahnhofs. Die Beteiligung lag bei 48% (vgl. [www.statistik-bw.de](http://www.statistik-bw.de))

- (2) Die Entwürfe der Bauleitpläne sind mit der Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. (§ 3 Abs. 2 BauGB)

Das zweistufige Verfahren bietet den Bürgern die Möglichkeit, sich vor Baubeginn zu informieren und Bedenken zu äußern. Zu diesem Zweck finden im ersten Schritt häufig öffentliche Informationsveranstaltungen statt, bei denen die Anwesenden direkt nachfragen und Anmerkungen machen können. Im zweiten Schritt werden nach der Prüfung und eventuellen Berücksichtigung der Hinweise die Planentwürfe vier Wochen öffentlich ausgelegt. In diesem Zeitraum können erneut schriftliche oder mündliche Stellungnahmen abgegeben werden. Die Erfahrungen zeigen allerdings, dass das Interesse an den Veranstaltungen und den ausgelegten Plänen in der Regel gering ist. Auch hier sei „Stuttgart 21“ genannt. Formell wurden die Bürger beteiligt, die großen Widerstände konnten dadurch nicht verhindert werden.

Auffallend ist, dass das Interesse an der Bürgerbeteiligung bei der Stadtentwicklung über die Zeit wellenförmig abgebildet werden kann. Seit den 70er Jahren kam es immer wieder zu Hochphasen, in denen die Bürger mehr Beteiligung einforderten und die Politik darauf reagierte. Danach sank anscheinend das Interesse der Bürger und das Beteiligungsangebot von Seiten der Politik und Verwaltung nahm wieder ab. Durch Auslöser wie „Stuttgart 21“ beginnt eine neue Hochphase. Parallel zu diesen Entwicklungen änderte sich sowohl das Selbst- als auch das Fremdverständnis von Stadtplanern und Architekten (vgl. Selle 2005: 19). Selle (2005) stellt fest, dass in den 70er Jahren Planung für die einen als „Fortschrittssignal“, für die anderen als „Feindbild“ galt (vgl. ebd: 15). Diese Lager standen sich unversöhnlich gegenüber und der Umgang war von tiefem Misstrauen geprägt. Ganz im Gegensatz dazu wird heute an den Hochschulen und Universitäten durchgehend vermittelt, dass „räumliche Entwicklung [...] eine Gemeinschaftsaufgabe [ist], die des Handelns vieler bedarf“ (Selle 2005: 18). Inwiefern dies tatsächlich in der Planungspraxis umgesetzt wird, ist jedoch unterschiedlich. Selle (2011) weist auf die Problematik hin, dass zwar allerorten die Bürger bei der Stadtentwicklung beteiligt werden sollen, aber hierbei die Beteiligung an sich zum Selbstzweck mutiert und dies

zu Frustrationen führen kann. Er stellt provokant die Frage „Beteiligen wir uns zu Tode?“ und spricht von „Particitainment“. Damit umschreibt er die Beobachtung, dass es viele Bürgerbeteiligungsveranstaltungen gibt, bei denen die unterschiedlichsten Methoden angewendet werden. Die Bürger nutzten die Angebote und nahmen zahlreich daran teil, aber die Ergebnisse, die erarbeitet würden, verschwänden in der Schublade und könnten aufgrund der finanziellen Lage der Kommunen nicht umgesetzt werden (Selle 2011: 3). Eine weitere Entwicklung bezüglich der Stadtplanung bezeichnet Siebel (2010) als die „Pädagogisierung der Planung“ (ebd.: 30). Damit ist der erzieherische Ansatz der Planer gemeint, der etwa in dem Bestreben zum Ausdruck kommt das Verkehrsverhalten zu ändern, indem der ÖPNV oder der Radverkehr gefördert wird oder Einzelhandelsstandorte in den Quartieren gestärkt werden sollen. „Baulich-physische Eingriffe erscheinen dann nicht mehr als Endzweck, sondern als mögliches Mittel, um pädagogische Ziele zu erreichen“ (ebd.: 31).

#### **3.3.1 Wunsch und Wirklichkeit - Bürgerbeteiligung in der Praxis und die Umsetzung in den Kommunen**

Bereits 1977 heißt es in dem Vorwort einer Publikation der Schriftenreihe „Städtebauliche Forschung“ des damaligen Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: „Unsere Kommunen sollen ihre städtebaulichen Entwicklungen nicht allein durch die Verwaltung, sondern zusammen mit ihren Bewohnern planen“ (ebd. 7). Wie in Kapitel 3.3 gezeigt, ist die Einbeziehung der Bürger in die Stadtplanung keineswegs neu, sondern befindet sich aktuell in einer Hochphase.

„Die Bürgergesellschaft hat ‘Karriere’ gemacht, spätestens seit der Enquete-Kommission ‘Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements’ des 14. Deutschen Bundestages, aber zu einem Leitbild der Politik hat sie es nicht geschafft“ (Dettling 2007: 7). Die Gründe, warum sich die Bürgergesellschaft nicht durchgesetzt hat, sind vielfältig und teilweise widersprüchlich. Zum einen könnte es damit zusammenhängen, dass Politik und Verwaltung befürchten Einfluss und damit Macht zu verlieren. Zum anderen werden die Handlungsspielräume der Kommunen immer geringer, was unter anderem mit der hohen Verschuldung zusammenhängt. Werden die Bürger stärker beteiligt, verändert sich damit

auch die Rolle der gewählten Repräsentanten. Es kann keine reine Top-Down-Politik mehr betrieben werden. Vielmehr findet ein Austausch mit Angeboten zur Mitgestaltung statt (vgl. Nanz 2012: 13). Selle (2010) stellt ebenfalls fest, „dass die ‘gute Praxis’ immer noch eine Ausnahme – räumlich, zeitlich, sachlich und/oder institutionell beschränkt – ist und viele Städte und ihre Bürger vom Zustand des vertrauensvollen und kommunikativen Umgangs miteinander noch weit entfernt sind“ (ebd. 2010: 26). Auf der einen Seite sind die Bürger skeptisch und glauben nicht an eine tatsächliche Einflussnahme. Auf der anderen Seite wird die Beteiligung der Bürger selten als Chance und Bereicherung betrachtet, sondern vielmehr als störender Faktor, der den Prozess verlangsamt.

„Bezüglich des Tempos und der Breite der Umsetzung kooperationsdemokratischer Verfahren ist in der kommunalen Praxis jedoch eine erhebliche Varianz zu beobachten“ (Bogumil/ Jann 2005: 4). So gibt es Kommunen, die eine ausgeprägte Beteiligungskultur haben und andere, die bisher nur den gesetzlichen Vorgaben folgen. Als positive Beispiele gelten etwa Hannover oder Freiburg. In Hannover wurde bereits 1972 eine so genannte Anwaltsplanung (siehe Kapitel 3.3.4) erfolgreich durchgeführt, die auch in der Folge immer wieder zum Einsatz kam. Seit 1995 gibt es das „Bürgerbüro Stadtentwicklung“, das die Bürger aktiv bei Stadtentwicklungsprozessen unterstützt (vgl. [www.bbs-hannover.de](http://www.bbs-hannover.de)). In Freiburg werden die sehr aktiven Bürgervereine bei der Stadtteilgestaltung einbezogen (vgl. Bernhard 2012: 36). Becker/ Runkel (2010) stellen in ihrer Untersuchung zur Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgergesellschaftlichem Engagement fest, dass Politik und Verwaltung einer anderen Handlungslogik folgen als die Zivilgesellschaft und es dadurch zu vielen Missverständnissen und Konflikten kommen kann. Dies kann beispielsweise zu Problemen bei der Terminfindung von Planungswerkstätten führen. Die Bürger haben nur abends oder am Wochenende Zeit, wenn die Verwaltungsmitarbeiter normalerweise frei haben. In der Untersuchung beschreiben die Bürger die Verwaltungen „allen Klischees entsprechend als bürokratisch und unflexibel“ (Becker/ Runkel 2010: 180). In den Städten, in denen bereits positive Erfahrungen mit der Beteiligung der Bürger gemacht wurden, hat sich diese in den meisten Fällen verstetigt. Als Beispiel sei hier etwa die Stadt Mannheim genannt, die sich

als „Bürgerstadt Mannheim“ bezeichnet (vgl. [www.mannheim.de](http://www.mannheim.de)). Um diesem Leitbild gerecht zu werden, ist unter anderem eine Koordinationsstelle „Bürgerschaft und Beteiligung“ geschaffen worden. Darüber hinaus entwickelten einige Kommunen Verfahrensregeln, wie die Beteiligung der Bürger sicher gestellt werden kann. In Heidelberg beispielsweise sind das die so genannten „Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung“, die per Satzung definieren, wie der Einbezug der Bürger bei Vorhaben der Stadt sichergestellt wird. Das Ziel solcher systematischen Ansätze ist, Transparenz herzustellen und die partizipatorische Ansätze zu fördern (vgl. Klages 2013: 69).

Grundsätzlich ist neben Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft die Wirtschaft, das heißt private Investoren und Unternehmen, ein wichtiger Akteur der Stadtentwicklung. Infrastrukturprojekte in Größenordnungen wie „Stuttgart 21“ sind mit großen wirtschaftlichen Interessen verbunden, die nur einen geringen Handlungsspielraum zulassen. Außerdem führt die prekäre finanzielle Lage der Kommunen dazu, dass Städtebau und besonders Wohnungsbau schwerpunktmäßig von privaten Investoren betrieben werden (vgl. Streich 2011: 144). Demnach funktioniert kommunale Steuerung nur noch gemeinsam mit den unterschiedlichen Akteuren, wie Bürgern und privaten Unternehmen. Wie die Aushandlungsprozesse in den Kommunen verlaufen, ist lokal divergent (vgl. Zimmermann 2008: 212). Die Planungshoheit – ein wichtiges Steuerungsinstrument – liegt bei der Kommune. Inwieweit dies genutzt wird oder den privaten Investoren freie Hand gelassen wird, ist sehr variabel. Ebenso vielfältig ist die Bereitschaft der Investoren, die Bürger zu beteiligen und deren Anregungen aufzunehmen. Letztlich handeln sie entsprechend dem wirtschaftlichen und finanziellen Druck. „Privates Engagement in der Stadtplanung ist durchweg projektbezogen und auf rasche Realisierung ausgerichtet“ (Streich 2005: 144). Als veranschaulichendes Beispiel können hier die Stadtumbau-Prozesse genannt werden. Das vom Bund geförderte Programm Stadtumbau-Ost beinhaltet explizit in seiner Ausschreibung die Einbeziehung und Aktivierung der Bewohner. Doch kann in manchen Fällen ein Bürgerbeteiligungsverfahren kontraproduktiv sein, da die Bürger sich nicht ernst genommen fühlen und wegen der schlechten Erfahrungen sich wahrscheinlich nicht wieder beteiligen werden. Beispielsweise fand eine Bürgerbeteiligung statt, aber von dem geplanten Ab-



riss der eigenen Häuser erfuhren die Bewohner erst aus der Zeitung (vgl. Bernt 2008: 249). Diese Entscheidung traf das Wohnungsbauunternehmen aufgrund von wirtschaftlichen Interessen. Selbst wenn von Beginn an deutlich gemacht wurde, dass es bei der Beteiligung etwa um die Freiraumgestaltung geht und nicht um die Entscheidung, welche Häuser erhalten werden sollen, ist diese thematische Beschränkung vermutlich nicht für jeden Bürger nachvollziehbar.

Es kann abschließend festgehalten werden, dass die Bürgermitwirkung theoretisch gewünscht ist, aber die Umsetzung in die Verwaltungspraxis noch unzureichend realisiert wird. Notwendig ist ein verändertes Selbstverständnis der Akteure. Die Verwaltungsmitarbeiter und die Politiker müssen die Bürger ernst nehmen und ihre Entscheidungen hinreichend begründen – nur so können die Bürger Vertrauen aufbauen. Von einer Beteiligungskultur kann nur in wenigen Städten gesprochen werden. Kritiker befürchten, dass sich immer nur die „üblichen Verdächtigen“ engagieren und ihre eigenen Interessen vertreten, ohne dass sie das Allgemeinwohl im Blick behalten. Daher ist es wichtig deutlich zu machen, wo die Grenzen der Beteiligung und Mitgestaltung liegen und an welcher Stelle die politischen Gremien entscheiden. Im Koalitionsvertrag der Darmstädter Regierung heißt es dazu: „Grundsätzlich gilt für uns, dass nach Bürgerbeteiligungsprozessen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung die letztendliche Verantwortung über die politischen Entscheidungen in unserer Stadt haben“ (ebd. 2011: 8).

#### **3.3.2 Gründe für Bürgerbeteiligung und Engagement – aus Sicht der Bürger**

Persönliche Motive für Engagement sind vielfältig erforscht worden (vgl. Gen-sicke/ Geiss 2010: 11 ff.), spielen jedoch für die Fragestellung der vorliegenden Untersuchung nur eine untergeordnete Rolle und werden daher lediglich kurz umrissen. Für ein erweitertes Verständnis sollen an dieser Stelle jedoch die Ursachen, Partizipationsangebote anzunehmen oder einzufordern, summarisch beleuchtet werden. Wie bereits in Kapitel 3.1 erläutert, sind die Grenzen zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Bürgerbeteiligung fließend, eine Differenzierung der Beweggründe scheint nur stellenweise sinnvoll und möglich zu sein. Die Teilnahme an einer Planungswerkstatt im Rahmen eines Bürger-

beteiligungsprozesses kann durchaus als ehrenamtliches Engagement gewertet werden.

Der gesellschaftliche Wandel, der sich nach der Industrialisierung vor allem durch die Auflösung von „soziale[n] Klassen, Familienformen, Geschlechtlagen, Ehe, Elternschaft, Beruf“ (Beck 1986: 115) zeigte, führt zu Individualisierungsprozessen. Im Anschluss an Beck (1986) und dessen Annahme, dass sich die „Großgruppengesellschaft“ auflöst und der Einzelne nicht mehr in Strukturen wie etwa Klasse und Familie eingebunden ist, könnte angenommen werden, dass damit auch das Verantwortungsbewusstsein und die Bereitschaft, sich für andere einzusetzen und zu engagieren, abnimmt. Die Ergebnisse des Freiwilligensurveys<sup>18</sup> widerlegen dies jedoch. „In symbolischer Hinsicht gewinnt bürgerschaftliches Engagement also in einer Zeit an Konjunktur, in der Verlustdiagnosen das vorherrschende Deutungsmuster vom sozialen Zustand der Gesellschaft abbilden“ (Braun 2001: 93). Beck (2008) macht deutlich, dass zwischen Individualisierung und Individualismus oder Egoismus unterschieden werden muss. „Während Individualismus gewöhnlich als eine persönliche Attitüde oder Präferenz verstanden wird, meint Individualisierung ein makro-soziologisches Phänomen, das sich möglicherweise — aber vielleicht eben auch nicht — in Einstellungsveränderungen individueller Personen niederschlägt. Das ist die Krux der Kontingenz: Es bleibt offen, wie die Individuen damit umgehen“ (Beck 2008: 303). In diesem Zusammenhang sei auch auf die Diskussion um den Wertewandel<sup>19</sup> hingewiesen (vgl. Müller 2012: 194). Offenbar ist das Bedürfnis, sich zu engagieren bei bestimmten Gruppen umso ausgeprägter, je mehr sich die sozialen Bindungen auflösen. Als Gegengewicht zu diesen Entwicklungen wird ein Ausgleich im persönlichen Engagement gesucht (vgl. Osthorst/Prigge 2003: 30). Durch das Engagement verständigt man sich auf gemein-

---

<sup>18</sup> „Der Freiwilligensurvey wird im Auftrag des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend seit 1999 alle fünf Jahre erhoben und stellt detaillierte Informationen zum freiwilligen, bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagement der Wohnbevölkerung in Deutschland zur Verfügung. Befragt wurden in der 3. Welle deutschlandweit 20.000 Personen“ (Gensicke 2010).

<sup>19</sup> Klages (2001) stellt einen erheblichen Unterschied zwischen der öffentlichen Wahrnehmung des Wertewandels und den empirischen Daten fest. So betrachteten 85% der Befragten des Speyerer Werte- und Engagementsurveys den ‘Egoismus zwischen den Menschen’ als großes gesellschaftliches Problem. Gleichzeitig engagieren sich jedoch 34% der Befragten ehrenamtlich (vgl. ebd. 8).

same Werte, Solidarität und Hilfsbereitschaft (Braun 2001: 94). Der Prozess der Individualisierung bedeutet nicht, dass sich der Einzelne überhaupt keiner Gruppe mehr zugehörig fühlt, vielmehr muss diese Gruppenzugehörigkeit aktiv hergestellt werden. In diesem Zusammenhang wird von sozialen Milieus<sup>20</sup> gesprochen. Gleichzeitig fühlt sich der Einzelne als Teil der gesamten Gesellschaft. Für einige Individuen ist dies die Maxime, an die das Handeln angepasst wird. Als „guter Bürger“<sup>21</sup> gibt es bestimmte Pflichten dem Allgemeinwohl gegenüber. Wie der Freiwilligensurvey zeigt, sind es ganz bestimmte Akteure, die sich als „gute Bürger“ beteiligen, nämlich solche mit überdurchschnittlichem sozialen, kulturellen und ökonomischen Kapital<sup>22</sup> (vgl. Pfenning/ Benninghaus 2009: 4). Dadurch besteht die Gefahr, dass „politisch bereits aktive Segmente (Männer, Gebildete, Mittelschicht), ressourcen- und organisationsstarke Gruppen sowie Basis-Eliten [...] auch partizipative Verfahren [übernehmen]“ (Geißel 2008: 31). Diese Personen haben eine größere Lobby und können ihre Interessen viel besser vertreten. Klatt und Walter et al. (2011) untersuchten, inwiefern sich sozial Benachteiligte in die Bürgergesellschaft einbringen und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass es Arbeitslose besonders schwer haben, sich zu engagieren. Der Zugang und die Integration in soziale Netzwerke geschieht besonders häufig durch Arbeitskollegen. „Arbeitsplatz- und materielle Sicherheit, darauf weisen die Befragungen hin, sind konstitutive Voraussetzungen für Engagement“ (Klatt/Walter/Bebnowski 2011: 204). Sind die eigenen Le-

---

<sup>20</sup> „Soziale Milieus sind Gruppen Gleichgesinnter, die ähnliche Werthaltungen, Prinzipien der Lebensgestaltung und Mentalitäten aufweisen. Diejenigen, die dem gleichen sozialen Milieu angehören, empfinden einander als ähnlich, haben ähnliche kulturelle Wertorientierungen, interpretieren und gestalten ihre Umwelt in ähnlicher Weise und unterscheiden sich dadurch von Menschen anderer sozialer Milieus“ (Müller 2012: 194).

<sup>21</sup> Evers (2009) stellt fest, dass es zum einen international ähnliche Definitionen gibt, was für die Allgemeinheit gut und förderwürdig ist, zum Beispiel sich für die Gleichstellung der Frau zu engagieren, zum anderen ist es jedoch völlig beliebig, was die „guten Bürger“ verbindet (ebd.: 75).

<sup>22</sup> Bourdieu teilte die Gesellschaft nach diesen Kapitalformen ein, um zu zeigen, wie soziale Ungleichheit entsteht und reproduziert wird. Je nach Kapitalvolumen und -zusammensetzung des Einzelnen sind unterschiedliche Chancen und Einflussmöglichkeiten vorhanden. Bei dem sozialen Kapital handelt es sich um das Eingebundensein in Netzwerke und die darauf aufbauenden Beziehungen. Das kulturelle Kapital bezieht sich sowohl auf die formalen Bildungsabschlüsse als auch auf die inkorporierte Bildung, die u.a. durch das Elternhaus vermittelt wird. Das ökonomische Kapital bezieht sich auf die finanzielle Ausstattung (vgl. Bourdieu 1983: 185 f).

bensverhältnisse prekär, ist die Wahrscheinlichkeit gering, dass man sich mit gesamtgesellschaftlichen Problemen auseinander setzt. Gleichzeitig hat die politische Sozialisation einen großen Einfluss darauf, inwiefern die Partizipationsangebote angenommen oder gar eingefordert werden (vgl. Kersting 2008c: 274).

Weitere Veränderungen, die in den letzten Jahren zu beobachten sind, beziehen sich auf die Tätigkeitsfelder und die Dauer des Engagements. Das Engagement der Bürger ist projektbezogen und damit zeitlich begrenzt. Ein Beispiel für solche Formen des Engagements sind Bürgerinitiativen, die sich aus einem bestimmten Grund zusammenschließen und nach Erreichung ihrer Ziele wieder auflösen (vgl. Busch 2009: 13). Daran schließt die Beobachtung an, dass das Engagement nicht mehr ausschließlich an Institutionen, wie zum Beispiel Vereine, geknüpft ist (vgl. Alscher 2010: 72, Pfenning/ Benninghaus 2009: 2). Ein Erklärungsmodell für die Engagementbereitschaft, das sich an die Rational-Choice-Theorie anschließt, besagt, dass der Einzelne sich dann engagiert, wenn er selbst daraus einen Nutzen ziehen kann (vgl. Zimmer/ Nährlich 2000: 10). So geben immer mehr Engagierte an, dass sie sich ehrenamtlich betätigen, um sich weiter zu qualifizieren und ihre Chancen im Berufsleben zu verbessern (vgl. BMFSFJ 2010:13).

Ein weitaus gewichtiger Grund ist jedoch die persönliche Betroffenheit. Die Engagementbereitschaft steigt signifikant, sobald das eigene Umfeld betroffen ist. Wenn die Bewohner darüber hinaus den Eindruck haben, dass ihre Interessen nicht oder nicht genügend vertreten werden, steigt die Bereitschaft, sich informell zu beteiligen und wenn es keine entsprechenden Angebote gibt, werden diese eingefordert. In dem in dieser Arbeit untersuchten Bürgerbeteiligungsprozess rekrutierten sich die Veranstaltungsteilnehmer zum größten Teil aus potenziellen Bewohnern oder Anwohnern, was die persönliche Betroffenheit als gewichtigen Grund für das Engagement bestätigt. Dabei scheint es auch keine Rolle zu spielen, dass die Entscheidung letztlich bei den politischen Gremien liegt und formal kein Einfluss genommen werden kann (Pfenning/ Benninghaus 2009: 4).

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Obwohl die Mitgliederzahlen der Vereine und Parteien sowie die Wahlbeteiligung, besonders auf kommunaler

Ebene, zurück gehen, steigt die projektbezogene Engagementbereitschaft (vgl. Koop/Röß/Tillmann et al. 2011: 106). Eine repräsentative Studie von Emnid (2012) ergab, dass sich jeder zweite Befragte im Rahmen eines Infrastrukturprojektes beteiligt hat und sich die Mehrheit (84%) mehr Mitsprachemöglichkeiten bei der Planung und Durchführung von Infrastrukturvorhaben wünscht. 72% befürworten mehr Mitsprache von Politikern im Vergleich zu Investoren bei solchen Projekten (vgl. ebd.: 4). Demnach ist noch viel Beteiligungspotenzial vorhanden und ein großes Interesse an Stadtentwicklungsthemen erkennbar.

#### 3.3.3 Gründe für die Beteiligung von Bürgern - aus Sicht der Politik und Verwaltung

Die Gründe, warum Bürger bei der Stadtentwicklung beteiligt werden – nicht, warum die Bürger sich beteiligen – werden im Folgenden benannt. An erster Stelle steht die *gesetzliche Verpflichtung*, wie sie in Kapitel 3.3 erläutert wurde. Darüber hinaus beteiligen einige Kommunen die Bürger auch informell (siehe Kapitel 3.3.4). Die im Folgenden genannten Motive für die Implementation partizipativer Prozesse bei der Stadtplanung beziehen sich hauptsächlich auf die informellen Beteiligungsformen, diese sind nicht gesetzlich geregelt und können ganz unterschiedlich gestaltet werden. Als wichtiges Argument, warum die Bürger beteiligt werden, ist die *Förderung der Identifikation* mit der Stadt zu nennen (vgl. Renner 2006: 1). Dort, wo man mitentscheiden kann und mitverantwortlich für die Gestaltung ist, fühlt man sich zugehörig. „Können Bürgerinnen und Bürger ihre eigenen Vorstellungen in die Planungs- und Umsetzungsprozesse einbringen, so trägt dies in der Folge zur Identifikation mit ihrer Stadt bei“ (Renner 2007: I). Besonders für Kommunen, die stark von Schrumpfung und Abwanderung betroffen sind, sind solche weichen Standortfaktoren wichtig. Durch das Engagement und die Zusammenarbeit bei Beteiligungsverfahren können soziale Netze (soziales Kapital) entstehen, die über den Bürgerbeteiligungsprozess hinaus Bestand haben. Beispielsweise hängten in Darmstadt einige Bürger nach der ersten Planungswerkstatt eine Liste aus, auf der sich Interessierte eintragen konnten, die sich selbständig, das heißt über das Beteiligungsangebot der Stadtverwaltung hinaus, mit dem Thema auseinandersetzen wollen. Daraus hat sich eine Interessengemeinschaft gegründet, die

so genannte IG LaK (Interessengemeinschaft Leben auf den Konversionsflächen). Diese hat bereits zwei größere Veranstaltungen selbst organisiert (siehe Kapitel 5.2.8). Dreht sich die Planung um ein spezifisches Quartier, können zudem „gute“ Nachbarschaften gefördert werden. Ein lebendiges Stadtquartier zeichnet sich durch funktionierende soziale Kontakte aus, was die Lebensqualität erhöht und die Verantwortung für das eigene Wohnumfeld fördert (vgl. Putnam 2001: 21).

Ebenfalls ein wichtiger Effekt, den die Einbeziehung der Bevölkerung bei der Planung mit sich bringt, ist die größere *Akzeptanz* von Planungsprozessen. Auf Widerstand stoßen Bauvorhaben vor allem dann, wenn die Bürger vor vollendete Beschlüsse gestellt werden und keine Möglichkeiten zur Mitgestaltung haben. Die formelle Beteiligung wurde in solchen Fällen zwar durchgeführt, aber häufig findet diese Form nur wenig Interesse bei den Bürgern. Die Umsetzung von großen Bauprojekten kann durch den Protest der Bürger stark verzögert, etwa bei „Stuttgart 21“, oder gar verhindert werden, zum Beispiel der Bau eines Museums in Darmstadt. In beiden Fällen beschlossen die politischen Gremien die Bauvorhaben mehrheitlich. Durch Proteste oder Bürgerentscheide können solche Projekte gestoppt bzw. verzögert werden. Eine frühzeitige Bürgerbeteiligung kann die Entscheidungen der politischen Vertreter legitimieren. Die möglichen Widerstände und Interessenskonflikte werden vor dem Planungsprozess deutlich und nicht nachdem die Entscheidungen getroffen wurden. Kontraproduktiv ist die Bürger zu beteiligen, wenn sie faktisch keinen Einfluss mehr haben und die Entscheidungen oder Planungen bereits fest stehen. Die Gefahr ist groß, die engagierten Bürger zu enttäuschen und zu verärgern. Es muss gewürdigt werden, dass die Bürger Zeit investieren, um Lösungen zu erarbeiten. Wird die Erfahrung gemacht, dass es tatsächlich die Chance gibt Einfluss zu nehmen und mitzugestalten, kann dem Phänomen der Politikverdrossenheit entgegen gewirkt werden. Eine gelungene Bürgerbeteiligung kann dazu führen, dass neues Vertrauen entsteht und die Demokratie insgesamt gestärkt wird.

Ein wesentlicher Faktor, warum der Einbezug der Akteure vor Ort die Stadtentwicklung inhaltlich bereichert, sind deren *Alltagswissen und -erfahrungen*. Besonders bei Planungen auf Stadtteilebene profitieren Verwaltung und Politik

von der Kenntnis der Nutzungsansprüche der Bewohner. Das spezifische Wissen der Bürger kann den Planungsprozess bereichern und inhaltlich stärken. Außerdem können die Anregungen der Bürger den Blick auf Dinge lenken, die Politik und Verwaltung vielleicht nicht beachtet hätten, da sie eine andere Herangehensweise und Problemsicht haben (vgl. Becker/ Runkel 2010: 150). Dabei bleibt es die Pflicht der Entscheidungsträger dafür zu sorgen, dass das Allgemeinwohl nicht aus dem Blick gerät. Im Idealfall treffen die unterschiedlichsten Bürgerinteressen in einem Beteiligungsprozess aufeinander und die Bürger verstehen dadurch, dass es einen Kompromiss geben muss. Nicht immer ist ein Kompromiss die Lösung, da es auch ein ‘Entweder Oder’ geben kann.

Der Wunsch die Bürger stärker zu beteiligen und mehr Mitsprache zu ermöglichen, kann durchaus mit politischem Kalkül verbunden sein. „Auch zeigt sich, dass die Bürgermeister in der Regel die Bürgerbeteiligungsmaßnahmen sehr gut für ihre eigenen Zwecke nutzen und damit häufig die kommunalen Vertretungskörperschaften unter Druck setzen können“ (Bogumil/ Jann 2005: 182).

Zusammenfassend können abgesehen von der gesetzlichen Verpflichtung zur formellen Beteiligung, folgende Gründe für die informelle Beteiligung der Bürger benannt werden: die Förderung der Identifikation der Bewohner mit ihrer Stadt, die Legitimation politischer Entscheidungen, das Nutzen des Wissens der Menschen vor Ort, die Nutzung als strategisches Mittel und die erhöhte Zufriedenheit der Bürger. Sicherlich wirken in den meisten Fällen mehrere Faktoren zusammen. Besonders hervorgehoben werden sollte das verbesserte Verhältnis und neu gewonnene Vertrauen der Bürger gegenüber der Verwaltung und den politischen Vertretern.

#### 3.3.4 Formen der Umsetzung

Es gibt viele Möglichkeiten, wie die Bürger an der Stadtentwicklung informell beteiligt werden können. Welche Methode am besten geeignet ist, hängt haupt-

sächlich von dem Ziel der Beteiligung und dem Beteiligungsgegenstand<sup>23</sup> ab. Was soll mit der Bürgerbeteiligung erreicht werden? Wie offen ist der Prozess bezüglich der Einflussnahme der Bürger? Häufig spielen finanzielle, zeitliche und personelle Ressourcen eine entscheidende Rolle bei der Wahl der Methode. Hier sollen nur einige Möglichkeiten benannt werden, die für die vorliegende Untersuchung des Konversionsprozesses in Darmstadt relevant waren<sup>24</sup>. So veranstaltete die städtische Verwaltung Planungswerkstätten für die Bürger. Außerdem organisierte eine Bürgerinitiative gemeinsam mit der lokalen Agenda-Gruppe einen Diskussionsabend, bei dem die World Café Verfahren angewandt wurde. Eine weitere Methode, die im aktuellen Beteiligungsprozess nicht mehr eingesetzt wurde, in den achtziger Jahren jedoch zweimal zum Einsatz kam, ist die so genannte Anwaltsplanung. Die genannten Verfahren werden im Folgenden näher erläutert, damit die Veranstaltungen, die teilnehmend beobachtet wurden, besser nachvollziehbar sind. Die Möglichkeiten und Grenzen von Online-Beteiligung vervollständigen das Bild.

#### **Anwaltsplanung**

Die Anwaltsplanung hat zum Ziel, die Bürger gegenüber der Politik und der Verwaltung zu vertreten. Dabei sollen vorrangig auch die Bürger unterstützt werden, die ihre Interessen nicht artikulieren und nicht an den klassischen Beteiligungsangeboten teilnehmen. Häufig sind die aktiven Bürger der Ansicht, sie verträten das Interesse aller und engagierten sich für eine bessere Welt (vgl. Butzlaff/Hoeft/Kopp et al.: 83). Aber besonders einkommensschwache und bildungsferne Bürger werden dabei oft nicht mitgedacht, beziehungsweise deren

---

<sup>23</sup>Der Beteiligungsgegenstand beschreibt, worum es bei der Bürgerbeteiligung geht und an welcher Stelle die Bürger mitgestalten können. Die Stadt Heidelberg entwickelte so genannten Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung, in denen es heißt „Mit der Beschreibung des Beteiligungsgegenstandes werden die gemeinsamen Erwartungen an den Beteiligungsprozess geklärt und mögliche spätere Enttäuschungen vermieden“ (ebd. 2012). Alle Akteure sollten dabei das gleiche Verständnis von Zielsetzung und Themenstellung haben. Beispielsweise können die Bürger bei der Entscheidung, ob eine Stadt ein Konferenzzentrum bauen soll, beteiligt werden. Gegenstand des Beteiligungsprozesses ist in diesem Fall eine Grundsatzentscheidung zu treffen, Architektur oder andere Faktoren werden insoweit nicht thematisiert.

<sup>24</sup>Es sind viele Praxisratgeber erschienen, die ausführlich die Bürgerbeteiligungsmethoden erläutern (z.B. Bischoff/Selle/Sinning 1996 et al., Nanz 2012).



Anliegen vor dem eigenen sozialen Hintergrund gedeutet. Beispielsweise kann die Aufwertung des Wohnumfelds zu Mieterhöhungen führen, was zur Folge haben kann, dass bestimmte Gruppen wegziehen müssen (vgl. Brech et al. 1977: 56). Die Anwaltsplaner sorgen für die Einbeziehung aller Interessen, auch wenn bestimmte Gruppen nicht zu den Veranstaltungen kommen. Auftraggeber und Finanzierer der Anwaltsplaner sind mehrheitlich die Kommunen (vgl. Bischoff/Selle/Sinning 1996: 81).

#### **Planungswerkstatt**

Planungswerkstätten werden in der Regel von externen Experten moderiert und geleitet. Sie eignen sich, um mit vielen Teilnehmern über die Planungen für einen bestimmten Ort oder ein Gebiet zu diskutieren und Anregungen und Ideen zu sammeln (vgl. Bischoff/Selle/Sinning et al. 1997: 77). Zumeist werden die Teilnehmer durch fachliche Inputs in das Thema eingeführt. Ergänzend kann es Besichtigungen geben, um allen Beteiligten zu verdeutlichen, um welches Gebiet es sich handelt. An einer solchen Werkstatt können bis zu 300 Personen teilnehmen. Um die Ideen vertiefend diskutieren zu können, werden die Teilnehmer in der Regel in kleine Arbeitsgruppen eingeteilt. Hier gibt es unterschiedliche Ansätze. Entweder leiten ein professioneller Moderator und fachliche Experten die Arbeitsgruppen oder die Kleingruppen organisieren sich selbst. Anhand von Modellen oder Plänen können die Ideen konkretisiert und visualisiert werden. Die Ergebnisse werden auf Flipcharts festgehalten. Damit alle Teilnehmer über den Stand der Diskussionen in den anderen Gruppen informiert werden können, bietet sich eine Abschlussrunde im Plenum an. Aufgabe der Moderation und Planer ist es, anschließend die Ergebnisse aufzubereiten und in die Fachplanung einfließen zu lassen. An einem weiteren Termin wird diese den Teilnehmern vorgestellt und erläutert, welche Ideen aus welchem Grund nicht aufgegriffen werden konnten.

#### **World Café Methode**

Bei der World Café Methode diskutieren kleine Gruppen an einem gemeinsamen Tisch zu einem bestimmten Thema. Parallel dazu finden auch an an-

deren Tischen Gespräche zu weiteren Themen statt. Nach einer vorgegebenen Zeit, in der Regel 20 bis 30 Minuten, wechseln die Teilnehmer den Tisch und widmen sich dem dortigen Thema. An jedem Tisch bleibt eine Person sitzen und fungiert als Gedächtnis des Tisches. So kann eine Verknüpfung zu den vorangegangenen Diskussionen hergestellt werden. Als „Grundprinzipien und Ziele“ des World Cafés nennen Steier et al. (2008) unter anderem eine gemeinsame Kontextdefinition, ein gastfreundliches Ambiente, die Ermunterung zur Diskussion, den Perspektivenaustausch und die -verknüpfung sowie eine gemeinsame Ergebnisernte. Durch die kleinen Gruppen und begünstigt durch die Café-Atmosphäre sollen alle Beteiligte zu Wort kommen. Die Ideen, Kommentare und Ergebnisse werden direkt auf den Papiertischdecken festgehalten. Dadurch stehen auch nach dem Wechsel die Informationen aus der Vorrunde zur Verfügung. Ein großer Vorteil dieser Methode ist, dass durch den Tausch der Tische und einer immer wieder neuen Durchmischung der Teilnehmer innerhalb kurzer Zeit viele Beteiligte intensiv miteinander ins Gespräch kommen.

#### **Online-Beteiligung**

Als Hoffnungsträger, andere Gruppen zu erreichen, die nicht an den klassischen Beteiligungsformen, wie etwa Planungswerkstätten, Runde Tische u.a., teilnehmen, gelten internetbasierte Partizipationsmethoden. Eines der Ergebnisse der Studie von Klatt und Walter (2010) ist, dass sich sozial Benachteiligte Engagement nicht zutrauen (vgl. ebd.: 202). Dies bezieht sich auf jegliche Form der Beteiligung, d.h. auch das Internet gleicht keine soziale Ungleichheit aus. Bestimmte Gruppen, z.B. Jugendliche können vermutlich gut über das Internet erreicht werden, andere nur schwierig (vgl. Kubicek/Lippa/Koop 2011: 23). Die Erfahrungen der Stadt Darmstadt mit einem auf ihrer Website eingerichteten Diskussionsforum zum Thema Bürgerhaushalt waren ernüchternd. Es meldeten sich 142 Teilnehmer an, die 170 Ideen formulierten. Zu den Ideen gab es 125 Kommentare und 778 Stimmabgaben<sup>25</sup>. Bei knapp 150.000 Einwohnern hatten sich nur 0,01 Prozent der Einwohner eingebracht.

Grundsätzlich unterscheiden sich Beteiligungsangebote im Internet stark von

---

<sup>25</sup>vgl. <http://da-bei.darmstadt.de/discuss/Buergerhaushalt2012>

der persönlichen Teilhabe. Im Internet besteht die Gefahr einer bloßen Abgabe von einzelnen Meinungen, die keine Bereitschaft zu persönlichem Engagement beinhalten. Häufig wird eine Kombination an Beteiligungsangeboten empfohlen, um möglichst viele zu erreichen und niemanden auszugrenzen. Bei dem untersuchten Prozess wurde keine Online-Beteiligung eingesetzt, obwohl dies angekündigt worden war.

### 3.4 Kriterien einer erfolgreiche Bürgerbeteiligung

Wenn von Bürgerbeteiligung und deren Erfolg beziehungsweise Misserfolg gesprochen wird, muss zunächst geklärt werden, woran man diesen festmachen kann. Wann gilt eine Beteiligung als *funktionierend* oder *erfolgreich*? Bislang werden die wenigsten Beteiligungsprozesse evaluiert. Zum einen liegt das an dem mangelnden Instrumentarium, mit dem eine Evaluation durchgeführt werden kann und zum anderen fehlt der politische Wille etwas dagegen zu tun. Dementsprechend fehlt es an einer ausreichenden finanziellen und personellen Ausstattung für diesen Aufgabenbereich (vgl. Kersting 2008: 33). „Es gibt [...] zwar hohe Erwartungen an positive Effekte von Bürgerbeteiligung; Evaluationen, die diese aufzeigen können, finden jedoch in den seltensten Fällen statt“ (Kubicek et al. 2011: 23).

Die Bertelsmann Stiftung (2011) hat eine Studie von Kubicek et al. herausgegeben, die den bezeichnenden Titel „Erfolgreich beteiligt?“ trägt. Die Studie fokussiert internetgestützte Beteiligungsverfahren und evaluiert den Nutzen und die Wirkung solcher Verfahren. In Anlehnung an den methodischen Rahmen der Untersuchung von Pratchett et al. (2009), die über 100 Bürgerbeteiligungsprojekte analysierten, wurden 12 Best-Practice Beispiele beleuchtet. Grundsätzlich wird zwischen Erfolgs- und Einflussfaktoren unterschieden. Dabei werden unter Erfolgsfaktoren „Maßnahmen oder Bedingungen, die den Zuwachs an Einfluss und Verantwortung befördern oder behindern“ (Kubicek et al. 2011: 28) verstanden. Die Erfolgskriterien beziehen sich auf: „A recognisable impact on participants, on communities, on decision making“ (Pratchett et al. 2009: 5 f.). In den untersuchten Praxisbeispielen zeigten sich insbesondere die Faktoren „klare Zielsetzung“, „dringliches Thema“, und „ausreichende

Ressourcen“ als maßgeblich für den Erfolg, weniger die „Verbindlichkeit bzw. Verpflichtung der politischen Entscheidungsträger“ (vgl. Kubicek et al. 2011: 77). Abschließend stellen Kubicek et al. (2011) fest, dass der Vergleich des Erfolgs von unterschiedlichen Beteiligungsverfahren nicht immer mit den gleichen Maßstäben möglich ist, vor allem dann nicht, wenn Erfolgskriterien gemessen werden, die nicht erreicht werden sollen (vgl. ebd. 104). Ist es etwa nicht das Ziel, eine Entscheidung gemeinsam mit den Bürgern zu treffen, sondern vielmehr die Akzeptanz einer bereits getroffenen Entscheidung zu fördern, gelten als Erfolgsfaktoren beispielsweise Transparenz und Nachvollziehbarkeit und nicht der Einfluss der Bürger.

Auch Geißel (2008) entwickelte einen Analyserahmen, mit dessen Hilfe der Erfolg von Bürgerbeteiligungsprozessen gemessen werden kann. Dabei stützt sie sich auf die Kriterien Effektivität, Legitimität, Sozialkapital und Qualifizierung der Bürger (Geißel 2008: 34). Je nach Beteiligungsform müssen diese Kriterien unterschiedlich gewichtet werden. Bezüglich der Vergleichbarkeit von Städten stellt Geißel fest, dass ein Vergleichen oft nicht sinnvoll ist. Als Beispiel nennt sie die geringe Aussagekraft der Arbeitslosenquote an sich: Die Einschätzung, ob 13% hoch oder durchschnittlich ist, hängt mit der Lage der Stadt zusammen (vgl. Geißel 2008: 43). Dementsprechend sind die Rahmenbedingungen für Bürgerbeteiligung in jeder Stadt anders und es scheint wenig aufschlussreich zu sein, die Städte zu vergleichen und daran den Erfolg zu messen. Prinzipiell könnte von Erfolg gesprochen werden, sobald ein Mehrwert nachweisbar ist. „Was konkret ‘Mehrwert’ sein kann, reicht von ‘Aufbau von Sozialkapital’ bis zu ‘qualitativer Verbesserung der Ergebnisse’ und stellt sich für die Akteure jeweils unterschiedlich dar“ (Fuchs et al. 2002: 2).

#### **Effektivität**

Grundsätzlich kann ein Bürgerbeteiligungsverfahren als erfolgreich bewertet werden, wenn die damit verbundenen Ziele erreicht wurden. „Effektiv ist ein Verfahren, wenn das Problem gelöst wurde“ (Geißel 2008: 37). Es muss also im Einzelfall geprüft werden, was mit der Beteiligung überhaupt erreicht werden sollte, welches die vorab definierten Probleme waren, die gelöst werden sollten. Sollte ein Konflikt gelöst werden und ein wechselseitiges Verständnis erzeugt

werden oder ging es darum, bei einer konkreten Planung mitzuarbeiten? Im Umkehrschluss bedeutet dies, wenn vorab keine Ziele festgelegt wurden, kann im Nachhinein auch nicht geprüft werden, ob diese erreicht wurden (vgl. Vetter 2008: 17). Selle (2010) bezeichnet Beteiligung als erfolgreich und sinnvoll, wenn die „Ergebnisse Eingang finden in Entscheidungen der Politik und des Handelns der Verwaltung“ (ebd.: 2). Darüber hinaus spielt der Einsatz der eingebrachten Ressourcen eine Rolle, das heißt, war der Einsatz von Personal, Zeit und Geld angemessen?

#### **Legitimität**

Aus politischer Sicht geht es bei der Bürgerbeteiligung vor allem darum, Akzeptanz für Entscheidungen bzw. Projekte zu erlangen (vgl. Hierlemann/Vehrkamp/Wohlfahrt 2010: 52). Für die Politik kann Bürgerbeteiligung als erfolgreich gewertet werden, wenn die getroffenen Entscheidungen akzeptiert werden. Dies kann bedeuten, dass die Entscheidungen bereits getroffen sind und die Bürger nur zu Informationszwecken eingebunden werden. In der vorliegenden Arbeit wird in einem solchen Fall nicht von Bürgerbeteiligung gesprochen, da die Ergebnisoffenheit nicht gewahrt ist. Allerdings gehen die Bürger damit unterschiedlich um. Je nachdem, wie ausgeprägt die Beteiligungskultur in einer Kommune ist, akzeptieren die Bürger ein solches Vorgehen oder nicht. Umgekehrt ist ebenfalls denkbar, dass die Kommune die Bevölkerung partizipieren lassen möchte, aber diese kein Interesse daran hat.

Problematisch hinsichtlich der Legitimität ist, dass Beteiligungsverfahren nicht die Interessen aller Teile der Gesellschaft widerspiegeln und sich Bürgerbeteiligung instrumentalisieren lässt, um die eigenen Interessen zu vertreten. Ein Beispiel in Bezug auf geringe Legitimität war das direktdemokratische Verfahren zur Abstimmung über die Schulreform in Hamburg. Dabei wurden die Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen besonders stark vertreten – nämlich die des Bildungsbürgertums – sie befürchteten u.a. durch die Verlängerung der Grundschulzeit seien ihre Kinder benachteiligt. An dem Volksentscheid nahmen nicht diejenigen Familien im gleichen Umfang teil, die von dem

gemeinsamen Lernen und der Schulreform am meisten profitiert hätten<sup>26</sup> (vgl. Renkamp 2011: 25).

Auch in anderen Städten gibt es bestimmte Personen, die sich in besonderem Maß einbringen. Dadurch, dass sie immer wieder öffentlich in Erscheinung treten oder sich schriftlich äußern, etwa in Leserbriefen oder Online-Kommentaren prägen sie das öffentliche Meinungsbild. In diesem Zusammenhang ist die Begrifflichkeit der schweigenden Mehrheit entstanden. Die Volksabstimmung über das Bauprojekt „Stuttgart 21“ gilt für dieses Phänomen als prominentes Beispiel. Auf den Straßen fand ein medienwirksamer Protest statt, so dass der Eindruck entstand, dass *die Bevölkerung* gegen das Bauprojekt ist. Die Volksabstimmung ergab jedoch eine Mehrheit von knapp 60% für den Ausbau. Auch wenn das Projekt nicht gestoppt wurde, hat es Einfluss auf den Wahlausgang der Landtagswahl. So findet sich in fast jeder Stadt ein Beispiel für ein Referendum, das – erfolgreich oder nicht – Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger nahm.

#### Sozialkapital

Wie bereits beschrieben, gibt es bestimmte Gruppen, die sich nicht oder weniger intensiv beteiligen. Die Gründe hierfür haben Klatt und Walter (2011) untersucht und Handlungsempfehlungen erstellt, wie das Engagement sozial Benachteiligter aktiviert werden kann. So kann es als Erfolg gelten, wenn diese Gruppen sich an einem Prozess beteiligen und ihre Interessen einbringen konnten. Bewertet werden könnte, ob es gelungen ist die breite Bevölkerung oder zumindest alle Betroffenen zu hören. Dabei sollte es keine Hierarchisierung geben. Einige Förderprogrammen, etwa das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“, zielen darauf ab, das soziale Kapital<sup>27</sup> der Bewohner in benachteiligten Stadtquartieren zu fördern (vgl. Siebel 2010: 34). Durch die Hilfe zur Selbsthilfe sollen die Lebensqualität und die Teilhabechancen verbessert werden. Studien in den USA und Großbritannien ergaben, dass soziale Netzwerke zu einer nied-

---

<sup>26</sup>So beteiligte sich nur jeder zehnte in Billbrook an der Abstimmung – die Arbeitslosenquote ist dort am höchsten – und über 60% in Nienstedten, dem reichsten Stadtteil Hamburgs (vgl. Renkamp 2011: 25).

<sup>27</sup>Das Soziale Kapital wird bei „Soziale Stadt“ mit sozialen Netzwerken gleichgesetzt.

rigeren Kriminalitätsrate beitragen können (vgl. Putnam 2001: 19). Darüber hinaus stellt Putnam (2001) fest, dass das Sozialkapital eine Antriebskraft für die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft ist (ebd. 19).

#### **Qualifizierung**

„Partizipation schafft ein Verständnis für politische Prozesse und schärft das demokratische Bewusstsein aller Beteiligten“ (Nanz 2012: 9). Durch die Mitwirkungsmöglichkeit, etwa bei Fragestellungen zur Stadtentwicklung, lernt der Beteiligte, wie Planungsprozesse ablaufen und auf welcher Grundlage Entscheidungen getroffen werden. Darüber hinaus können die eigenen Gedanken und Ideen eingebracht werden und die Kompromissfähigkeit eingeübt werden. Erfolgreich ist ein Beteiligungsprozess vor allem dann, wenn es gelingt, dass die Bürger ihre Partikularinteressen im Sinne des Allgemeinwohls zurückstellen. Im Idealfall verstehen sich die Bürger als Vertreter der gesamten Gesellschaft und nehmen entsprechend ihre Verantwortung wahr. Entscheidungen werden vor dem Hintergrund abgewogen, dass nicht alle sozialen Gruppen anwesend sind, aber deren Interessen ebenfalls zu berücksichtigen sind. Die Bürger, die sich beispielsweise bei den Planungswerkstätten der Konversionsflächen engagieren, sind wahrscheinlich nicht diejenigen, die dort leben werden, da der Prozess noch sehr lange dauert, bis die ersten Bewohner dort einziehen können. Im Idealfall fungieren die Bürger als ehrenamtliche Anwaltsplaner, indem sie das „öffentliche Wohl betonen und die Bedürfnisse aller Bürger stärken“ (Evers 2009: 69).

#### **Fazit**

Erfolg ist eine relative Größe und nur schwer messbar. Je nachdem, welcher Standpunkt eingenommen wird, kommt es in der Einschätzung durch die Akteure zu unterschiedlichen Ergebnissen, die sich regelrecht widersprechen können. Allerdings sollte festgehalten werden, dass dann von Erfolg gesprochen werden kann, wenn die meisten Akteure mit dem Ergebnis zufrieden sind. Das Ziel ist nicht immer ein Konsens, jedoch die Vergrößerung der Schnittmenge geteilter Interessen. Bürgerbeteiligung kann sehr emotional für die einzelnen

Akteure sein, besonders wenn ihr Gegenstand das persönliche Umfeld und die eigene Lebensqualität betrifft. Wichtig ist es, einen Rahmen zu schaffen, der es allen beteiligten Akteure ermöglicht miteinander zu kommunizieren, und ihre Interessen zu artikulieren.

## 3.5 Stand der Forschung

Bislang lässt sich der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements hauptsächlich in die politische Debatte einordnen. In der wissenschaftlichen Forschung kann er an keine direkte Tradition anknüpfen. „So wie der Terminus in Deutschland verwandt wird, ist bürgerschaftliches Engagement weder international anschlussfähig, noch besteht ein Bezug zu Traditionen und Debatten der Sozial- und Geisteswissenschaften“ (Zimmer 2009: 80). Wie bereits weiter oben angeführt, sind die Begriffe *Bürgerbeteiligung*, *Partizipation* sowie *bürgerschaftliches Engagement* nur schwer zu trennen, so dass die Aussage von Zimmer auf alle Bereiche zutreffen dürfte. Auch Alscher (2010) stellt fest: „Informelle Formen der Beteiligung, die die Stadtentwicklung betreffen, sind unzureichend untersucht“ (ebd.: 63).

Die Analyse von Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung berührt unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen. Die Betrachtung von Bürgerbeteiligung als gesellschaftliches Phänomen ist vor allem für die soziologische Forschung von Interesse. Die Protestbewegungen gegen Infrastrukturmaßnahmen werfen etwa Fragen auf, welche Gruppen daran beteiligt und tonangebend sind oder wer durch ein Mehr an Bürgerbeteiligung sozial benachteiligt wird. Die Forderung nach mehr Mitbestimmung bei der Stadtentwicklung hat Folgen für das Zusammenleben in der Stadt. Damit zusammen hängen jedoch auch Fragen der politischen Steuerung und Entscheidungsfindung. So beschäftigt sich die Politikwissenschaft mit den Auswirkungen der Bürgerbeteiligung – und der damit verbundenen Forderung nach mehr Mitsprache – auf das demokratische System. Die Governance-Forschung fokussiert die Aushandlungsprozesse. So sind nicht mehr allein Politik und Verwaltung verantwortlich, sondern private Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft machen, in einem Geflecht aus Märkten, Hierarchien und Netzwerken ihre Interessen geltend (vgl. Kühn 2010: 88).



Gerade in Bezug auf Bürgerbeteiligung bei der Stadtentwicklung spielt dieser Wandel eine entscheidende Rolle. Die Entscheidungsprozesse finden unter dem Einfluss eines weit gefassten Akteurskreises statt, zu dem neben Verwaltung und Politik auch die Wirtschaft und die Bürger gehören. Für die Politikwissenschaft ist die Beschäftigung mit dem Thema Bürgerbeteiligung besonders auch auf demokratietheoretischer Ebene interessant. Dabei steht unter anderem die Frage im Mittelpunkt, was es für das demokratische System bedeutet, wenn die repräsentative Demokratie durch die sinkende Wahlbeteiligung nicht mehr ausreichend legitimiert ist und eine deutliche Zunahme von unkonventionellen Partizipationsformen<sup>28</sup> zu beobachten ist (vgl. Kuhn 2011: 71). Der Stellenwert, der Bürgerbeteiligung eingeräumt wird, ist je nach theoretischem Hintergrund ein anderer. Die Spannbreite reicht von der Auffassung, dass es Bürgern am Verständnis für Politik fehle und es somit richtig und wichtig sei, dass sie lediglich die Möglichkeit hätten zu wählen, bis hin zu dem Verständnis, dass der Einzelne am besten wisse, was gut für ihn und die Gesellschaft sei (vgl. Vetter 2008b: 11).

Die historische Erforschung der Protestkultur ist Gegenstand der Geschichtswissenschaften (vgl. Haumann 2011). Aus planungswissenschaftlicher Sicht interessieren vor allem die Umsetzungsmöglichkeiten der Bürgerbeteiligung und die sich damit veränderte Disziplin Stadtplanung sowie die Rolle der Stadtplaner. Dem Planungsverständnis von Selle zufolge, sind die Bürger Teil der Stadt und müssen damit selbstverständlich in die Planung einbezogen werden.

Es sind interdisziplinäre Sammelbände und Aufsätze erschienen, die sich mit Wunsch und Wirklichkeit der Umsetzung der Bürgergesellschaft auseinandersetzen (vgl. z.B. Bode/Evers/Klein 2009, Forschungsjournal NSB 2007, Vetter 2008a). Gleichzeitig finden vermehrt Tagungen statt, die sich mit den Möglichkeiten und Grenzen der Partizipation beschäftigen. Die Bertelsmann Stiftung sowie die Stiftung Mitarbeit gründeten Netzwerke, in denen durch gute-Praxis-Beispiele Nachahmer Anregungen finden sollen. Das erklärte Ziel der Netzwerke ist es, mehr Bürger zu aktivieren und Kommunen, die sich zu

---

<sup>28</sup>Die Unterscheidung von konventionellen und unkonventionellen Partizipationsformen bezieht sich auf verfasste und nicht verfasste Formen der Beteiligung. Erstere beinhalten die Beteiligung an Wahlen und dem damit zusammenhängenden Wahlkampf. Die unkonventionellen Formen sind Proteste, Streiks oder ähnliches (vgl. Kaase 2003: 496).

Bürgerkommunen entwickeln, zu fördern (vgl. CIVITAS). Auffallend ist, dass sich zunehmend Wohnungsbauunternehmen mit den Forschungsergebnissen im Bereich Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung beschäftigen und in ihren Verbandsmagazinen entsprechende Artikel publizieren und ganze Ausgaben dem Thema widmen (vgl. vhw FWS 1/2010, 2/2009). Der vhw-Verband für Stadtentwicklung und Wohnungswirtschaft analysiert mittels der Sinus-Milieus<sup>29</sup>, welches Potenzial in der Bevölkerung für Bürgerbeteiligung liegt.

Die bisherige wissenschaftliche Forschung, die sich mit Bürgerbeteiligungsprozessen beschäftigt, vernachlässigt die spezifischen Bedingungen in den Städten. „Die Frage nach dem Erfolg der lokalen Bürgerbewegung wurde nur selten zu den externen Strukturen und Bedingungen des jeweiligen politisch-administrativen Umfeldes gesehen“ (Paulsen/Stallmann/Zimmer Annette 2008: 162). So wurde noch nicht systematisch erfasst, wieso die Bürger in der einen Stadt besonders stark eingebunden werden und eine Beteiligungskultur vorherrscht und woanders überhaupt nicht. Vielmehr wurden die individuellen Gründe und die Engagementbereitschaft erforscht. Dabei wurden durchaus lokale Unterschiede festgestellt (vgl. Becker/ Runkel 2010: 160). Die Erfolgsbedingungen der unterschiedlichen Beteiligungsmethoden wurden in einigen wenigen Studien untersucht (vgl. Kersting 2008a). Allerdings blieben auch dabei die lokalen Besonderheiten vollständig unberücksichtigt. Der Planungswissenschaftler Selle (2010) fasst den Forschungsbedarf wie folgt zusammen: „In Deutschland sind auch Städte zu nennen, die auf besondere Traditionen – etwa im Verhältnis von Bürgerschaft und Stadtregierung (Ulm) oder hinsichtlich dessen was man heute corporate citizenship nennen würde (Hamburg) – zurückblicken können. Insgesamt wäre es eine lohnende Forschungsaufgabe, lokale Governance mit solchen Traditionen in Verbindung zu bringen und so womöglich spezifische örtliche Formen des Umgangs der Akteure untereinander als Teil der ‘Eigenlogik’ (Löw 2008) der Städte zu identifizieren (ebd. 2010: 29 ).“ Einen ersten Impuls setzt die Vorstudie „Wissensgenerierung im Rahmen partizipativer Stadtentwicklungsprozesse am Beispiel von München und

---

<sup>29</sup>Das Sinus-Institut verbindet die soziale Lage mit der persönlichen Grundorientierung (Lebensweise und -einstellung), um die deutsche Bevölkerung in verschiedene Mileus einzuteilen (vgl. Geißler 2006: 109 ff).

Frankfurt“, die im Rahmen des Forschungsschwerpunktes der Eigenlogik der Städte durchgeführt wurde (vgl. Dopfer/Below/Führ 2011). Die soziologische Perspektive auf die Forschungsgegenstände Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung wurde bis dahin systematisch vernachlässigt. „Bisher gibt es [...] kaum Forschungsansätze, in denen die beiden Themenkomplexe Stadtentwicklung und Zivilgesellschaft interdisziplinär in ihren Zusammenhängen behandelt werden“ (Gualini 2010: 5). Diese Arbeit trägt dazu bei den soziologischen Blick auf das gesellschaftliche Phänomen Bürgerbeteiligung zu schärfen und den Gegenstand Stadt zu fokussieren. Ziel ist es, zu untersuchen, wie Stadtentwicklung in einer bestimmten Stadt verhandelt wird und welche Akteure dabei welche Rolle spielen bzw. wie groß deren Einfluss tatsächlich ist. Es wird gezeigt, dass es Verhaltensmuster gibt, die sich sowohl in vergangenen als auch in aktuellen Prozessen wiederfinden.

#### **Ausblick**

Die Annahme, dass die Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung bei der Stadtentwicklung ein neues Phänomen ist, erweist sich bei näherer Betrachtung als nicht richtig. Bereits in der jüngeren Vergangenheit, etwa bei der Ausweisung von Sanierungsgebieten oder bei Großprojekten wie bei der Startbahn-West am Frankfurter Flughafen, brachten sich die Bürger ein und forderten Mitbestimmung. Es wäre lohnend zu untersuchen, worauf sich die populäre Annahme gründet, dass heute mehr Bürgerbeteiligung eingefordert wird als in der Vergangenheit. Deutlich zu erkennen ist, dass zur Zeit vermehrt Tagungen angeboten werden und die Zahl der wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu der Thematik steigt. Sicherlich hat sich seit den starken Protesten um „Stuttgart 21“ insofern die Beteiligungskultur verändert, als die Ausdauer und der Personenkreis, der den Protest unterstützt, erheblich größer geworden sind. Die mediale Aufmerksamkeit war sehr groß. Die Schlichtungsgespräche wurden live im Fernsehen übertragen. Der Einsatz der unterschiedlichen Medien hat die Proteste um „Stuttgart 21“ geprägt. Das Internet macht eine schnelle Verbreitung von Informationen möglich.

Auf den zahlreichen Tagungen, die zum Thema Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement stattfinden, wird immer wieder ein neues Selbst-

verständnis von den politischen Vertretern und der Verwaltung gefordert. Es wird sich zeigen, ob es sich um eine weitere Welle und Hochphase der Bürgerbeteiligung handelt, die wieder abklingt oder ob hier tatsächlich ein nachhaltiger Wandel in der Denkweise und Planungskultur eingeleitet wurde.

## 4 Die methodische Vorgehensweise

In der Tradition der Stadtforschung der Chicago School, insbesondere im Anschluss an die Forschungsmethode von Robert E. Park wird untersucht, wie der Partizipationsprozess bei den Darmstädter Konversionsflächen verläuft und darauf fokussiert, welche Rolle *die Stadt*<sup>30</sup> dabei spielt. Die Hintergrundfolie ist das Konzept der Eigenlogik der Städte. Der Schwerpunkt der Analyse liegt auf der Genese des Prozesses und den Aushandlungsprozessen zwischen den beteiligten Akteuren. Der empirische Rahmen ist die teilnehmende Beobachtung und die Auswertung der lokalen Presse. Folgende Fragen waren forschungsleitend:

- Wie werden Stadtplanungsprozesse in Darmstadt gestaltet und welche Akteure beeinflussen den Prozess?
- Können anhand des Prozesses Strukturen erkannt werden, die es erlauben, auf eine Eigenlogik zu schließen?

In diesem Abschnitt wird die Erhebungs- und Auswertungsmethode näher erläutert. Um die Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit beantworten zu können, wurde eine qualitative Methode gewählt. „Offenheit im Prozess bedeutet, dass die einzelnen Forschungsschritte immer wieder überprüft und korrigiert werden. Somit entsteht ein Dialog zwischen der Fragestellung, den Methoden, Daten, den Hypothesen und der Theorie. Auf diese Weise ist es möglich, auch auf unerwartete Ereignisse angemessen zu reagieren“ (Düsener 2010: 76). Die umfassende Analyse des Bürgerbeteiligungsprozesses in Darmstadt erfordert unterschiedliche Zugänge. Die teilnehmende Beobachtung bei entsprechenden Veranstaltungen, etwa den Planungswerkstätten, ist dabei ein Baustein. Das Hauptaugenmerk der Beobachtung liegt auf den Veranstaltungsteilnehmern,

---

<sup>30</sup>Als *die Stadt* wird in diesem Zusammenhang sowohl die räumliche Verortung als auch die Akteure, d.h. sowohl die Bewohner als auch die Stadtverwaltung und -politik bezeichnet.

das heißt den interessierten Bürgern. Darüber hinaus werden Beobachtungsprotokolle von internen Sitzungen der Stadtverwaltung sowie von Stadtverordnetenversammlungen verfasst, hier rückt die Stadtverwaltung und die Stadtpolitik in den Fokus der Betrachtung. Die Analyse der lokalen Presse inklusive Leserbriefe und Kommentare war ein weiteres Element der empirischen Arbeit und diente dazu, ein öffentliches Stimmungsbild zu erhalten.

### Die Forschungsfrage

„Eine Forschungsfrage muss eine theoretische Wissenslücke beschreiben“ (vgl. Gläser/ Laudel 2009: 62). Die Wissenslücke, zu deren Füllung die vorliegende Arbeit beiträgt, bezieht sich auf die empirische Anwendung des Konzeptes der Eigenlogik der Städte. Der Forschungsgegenstand *Stadt* erhält dadurch einen anderen Stellenwert für die Soziologie. So wird ein Bürgerbeteiligungsprozess analysiert, um zu verstehen, wie in dieser einen Stadt Stadtentwicklung mit den Bürgern verhandelt wird. Darüber hinaus soll erklärt werden, warum Bürgerbeteiligungsprozesse in Städten auf unterschiedliche Weise ausgeprägt sind. Bisher wurden die in den Städten ablaufenden sozialen Prozesse auf vielfältige Weise betrachtet, dabei ist immer ein Rest Unerklärbares übrig geblieben. Dieser Rest wird häufig als lokale Besonderheiten beschrieben, jedoch nicht näher untersucht. Der Ansatz der Eigenlogik der Städte fokussiert auf diesen bisher vernachlässigten Bereich des Lokalen, dessen Einfluss bisher nicht hinreichend betrachtet wurde. Um diesen *Rest* erklären zu können, braucht es einen konkreten Untersuchungsgegenstand, der hinreichend Anschauungsmaterial liefert. Die vorliegende Untersuchung betrachtet einen Bürgerbeteiligungsprozess bei einem großen Stadtentwicklungsprojekt. Dieser eignet sich besonders um die lokalen Besonderheiten einer Stadt aufzuzeigen, da viele Akteure in solche Prozesse involviert sind: die Stadtverwaltung und Politik, da die Stadt die Planungshoheit besitzt, die engagierten Bürger, die Einfluss auf die Stadtentwicklung nehmen möchten, und die Presse als Berichterstatler und Beobachter. Natürlich sind nicht alle Bürger an der Stadtentwicklung interessiert und engagieren sich, vielmehr ist eine bestimmte Kerngruppe zu beobachten.

Die Analyse orientiert sich an den folgenden Fragen: *Was ist das Besondere,*

*das „Eigenlogische“ an den Bürgerbeteiligungsprozessen in Darmstadt? Wie läuft die Kommunikation ab? Welche Besonderheiten lassen sich beschreiben? Wie wird mit Konflikten umgegangen?*

## 4.1 Die Erhebungsmethode

### Die teilnehmende Beobachtung

Um einen Prozess zu analysieren und um zu verstehen, wie in einer Stadt Planung mit den Bürgern funktioniert, eignet sich besonders die teilnehmende Beobachtung. Amann und Hirschauer (1997) bezeichnen die teilnehmende Beobachtung als Ethnographie. „Ethnographie [ist] durch einen Erkenntnisstil gekennzeichnet, der in einer zunächst naiv anmutenden Weise auf (disziplinäre) Wissensinnovationen zielt: es ist der des Entdeckens“ (Amann/ Hirschauer 1997: 8). Die ethnographische Forschung dient dazu, soziale Phänomene zu beobachten und zu verstehen. Ursprünglich handelte es sich dabei um Beobachtungen von fremden Kulturen. Amann und Hirschauer sind überzeugt, dass diese Methode auch auf die eigene Kultur und Gesellschaft angewendet werden kann und insbesondere für soziologische Fragestellungen geeignet ist (ebd. 1997: 12). Unsere Gesellschaft hat sich so weit ausdifferenziert, dass „spezielsprachliche Expertengemeinschaften und Subkulturen methodisch als fremde Kulturen“ (Amann/ Hirschauer 1997: 12) behandelt werden können. Hierbei werden besonders Teile der Gesellschaft betrachtet, zu denen nur wenige Zugang haben, wie z.B. das Milieu der Prostituierten und Zuhälter (vgl. Girtler 2004) oder das von Kriminalbeamten (Reichert 1992). Der neugierige, ethnographische Blick sollte jedoch ebenfalls dazu beitragen, vermeintlich bekannte Felder neu zu betrachten und das soziale Handeln der Akteure neu zu deuten und zu verstehen. So nehme ich an Planungswerkstätten für Darmstädter Bürger teil und bin selbst Darmstädter Bürgerin. Durch die persönliche Teilnahme und die genaue Beobachtung sollen die Interaktionsmuster und Wertvorstellungen exploriert werden (vgl. Lamnek 2010: 499). Grundsätzlich bestimmt die erkenntnisleitende Idee des Entdeckens die Herangehensweise und das Verhalten im Feld.

Da in der einschlägigen Literatur der qualitativen Sozialforschung der Ter-

minus der teilnehmenden Beobachtung benutzt wird, wird dieser in der vorliegenden Studie ebenfalls gebraucht, jedoch mit dem erweiterten Verständnis der Ethnographie von Amann und Hirschauer (vgl. Lamnek 2010, Flick 2005, Przyborski/ Wohlrab-Sahr 2009). Besonders die Betonung des sich ergänzenden theoretischen und methodischen Vorgehens ist zielführend für die vorliegende Untersuchung. Die „reine“ Beobachtung ohne theoretische Einbettung ist nicht möglich und kann zudem die Forschungsfrage nicht hinreichend beantworten. Dabei wird die Theorie als Denkwerkzeug betrachtet, die als „Gütemerkmal der Ethnographischen Forschung“ gilt (Amann/ Hirschauer 1997: 37).

Die teilnehmende Beobachtung ist, wie der Name impliziert, von der Teilnahme des Forschers im Feld geprägt. Dessen Anwesenheit kann einen Einfluss auf das zu Beobachtende haben (vgl. Przyborski/ Wohlrab-Sahr 2009: 58). Wenn der Forscher selbst Einfluss auf den Prozess nimmt, ist es wichtig, dass dies dokumentiert und reflektiert wird. Verdeutlicht wird dies an einem Beispiel aus der eigenen Praxis. Im Rahmen der teilnehmenden Beobachtung von organisatorischen Abstimmungsgesprächen der Darmstädter Verwaltung konnte ich selbst Stellung beziehen oder mich bewusst dagegen entscheiden. Die Organisatoren der zweiten Planungswerkstatt für Darmstädter Bürger diskutierten bei der letzten vorbereitenden Zusammenkunft, ob den Bürgern die Möglichkeit geboten werden sollte, sich an der Jury für den landschaftsplanerischen und städtebaulichen Wettbewerb zu beteiligen. Konsens war, dies nicht zu tun. Ich selbst hielt eine Beteiligung jedoch für ein wichtiges Signal, um zu verdeutlichen, dass die Bürger ernst genommen werden. Ich habe mich dazu entschlossen, nichts zu sagen. Während der Planungswerkstatt wurde von einer Vertreterin der Interessengemeinschaft Leben auf den Konversionsflächen (IG LaK) genau diese Einbeziehung der Bürger gefordert, was dazu führte, dass am Ende der Planungswerkstatt der Dezernent die Bürger aufforderte, sich zu bewerben, um mittels Losverfahren an der Jury teilzunehmen. Für das Forschungsvorhaben war diese Entwicklung viel erkenntnisreicher, als wenn der Prozess durch mich beeinflusst worden wäre. Im Folgenden wird entsprechend gekennzeichnet, bei welchen Gelegenheiten ich Einfluss auf den Prozess genommen habe oder nehmen konnte.

Lamnek (2010) empfiehlt, unstrukturiert zu beobachten, das heißt ohne Be-



obachtungsschema, um möglichst offen und flexibel für Unvorhergesehenes zu sein. Dies ist in der vorliegenden Untersuchung bei den ersten Beobachtungseinheiten geschehen. Nachdem sich Besonderheiten zeigten und Hypothesen entwickelten, wurden die Beobachtungen systematisiert und die Aufmerksamkeit auf die entdeckten Besonderheiten gelenkt (vgl. Schnell/Hill/Esser 1995: 356).

### **Teilnehmende Beobachtung als Strategie des kontrollierten Fremdverstehen**

Die Schwierigkeit der teilnehmenden Beobachtung besteht vor allem darin, das Beobachtete möglichst genau zu beschreiben und dadurch intersubjektiv nachvollziehbar zu machen. Anders als bei quantitativen Methoden können keine „Beweise“, z.B. in Form von Statistiken angeführt werden. Das Beobachtete kann nicht wiederholt werden (vgl. Reichertz 1992: 334). Der Schritt in die Interpretation sollte erst im Anschluss an eine möglichst genaue Beschreibung erfolgen (vgl. Geertz 1994: 10).

Jeder Forscher beschäftigt sich aus einem bestimmten Motiv mit einer Forschungsfrage und vor allem aus einem spezifischen Blickwinkel. Die Wahrnehmung des Forschers ist immer selektiv, sei es aufgrund des eigenen Vorwissens oder aufgrund der Forschungsfrage (vgl. Lamnek 2010: 537). Es ist daher notwendig selbstreflexiv zu sein, um die eigene Arbeit nachvollziehbar zu gestalten. Whyte (1996) ergänzte aus diesem Grund die zweite Auflage seiner Untersuchung über ein Einwandererviertel in Boston mit einer ausführlichen Erläuterung seiner Methode. Dabei gab er auch Persönliches und Biographisches preis, damit sein Verhalten und seine Interpretationen vor diesem Hintergrund verstanden werden konnten (ebd. 282 ff.). Je nach Standpunkt und wissenschaftlicher Disziplin hat die Beobachtung einen anderen Stellenwert. So ist es nicht nur wichtig dem Leser den eigenen Standpunkt immer wieder deutlich zu machen, sondern auch sich selbst zu „befremden“ und das Vertraute aus einem anderen Blickwinkel – aus der Ferne – zu betrachten. Befremdung spielt eine bedeutende Rolle bei der teilnehmenden Beobachtung (vgl. Amann/Hirschauer 1997: 29). Gerade bei der Beobachtung der eigenen Kultur und vermeintlich bekannten sozialen Situationen ist es wichtig, einen Schritt zurückzugehen und

zu versuchen die Handelnden als Fremde, ohne entsprechende Erfahrungen, zu betrachten.

### **Teilnehmende Beobachtung und die Eigenlogik der Städte**

Das Konzept der Eigenlogik der Städte geht davon aus, dass sich die Sinnstrukturen einer Stadt in die Bewohner der Stadt einschreiben und somit in deren „Habitus“ übergehen. Angelehnt an das Habitus-Konzept von Bourdieu handelt es sich dabei nicht um etwas Bewusstes. Daher eignen sich besonders qualitative Methoden, um diese Strukturen aufzudecken. „Befremdete Beobachter können lokales Wissen explizieren, das für Teilnehmer weder in Handlungssituationen, und erst recht nicht auf vage Nachfragen hin sprachlich verfügbar ist, weil sie es im Modus des Selbstverständlichen und der eingekörpertten Routine haben“ (Amann/ Hirschauer 1997: 24). Auf das Verstehen dieser „eingekörpertten“ Routinen zielt die eigenlogische Forschung ab und folgt dabei dem Verständnis, dass diese in jeder Stadt unterschiedlich ausgeprägt sind.

### **Die eigene Rolle und der Feldzugang**

Die teilnehmende Beobachtung zeichnet sich besonders durch ihre Offenheit aus. „Gesucht wird stets nach Möglichkeiten, die eigenen Selektionen bis auf Weiteres für das Unerwartete offen und begriffliche Festlegungen für das Überraschende reversibel zu halten“ (Amann/ Hirschauer 1997: 20). Die Methode eignet sich demzufolge besonders für die eigenlogische Erforschung von Städten, d.h. um Strukturen zu erkennen, die das Verhalten der Stadtbewohner, der politischen Akteure und der städtischen Verwaltung beeinflussen. Die Schwierigkeit besteht darin, Zugang zu dem untersuchten Feld zu erlangen. Im Folgenden wird beschrieben, wie ich diesen bekam und meine Rolle als Forscherin näher erläutert.

Nach Abschluss meines Soziologie-Studiums war ich als wissenschaftliche

Volontärin der Schader-Stiftung<sup>31</sup> tätig. Mein Ziel war es, einen Einstieg in das außeruniversitäre Berufsleben zu finden und gleichzeitig wissenschaftlich zu arbeiten, indem ich promoviere. Um diese doppelte Aufgabe pragmatisch zu lösen, entschloss ich mich ein Thema zu suchen, das sowohl für die Stiftungsarbeit von Interesse war als auch wissenschaftlich erforscht werden konnte. Gleichzeitig wählte ich eine Methode, die teilnehmende Beobachtung, die dieser Doppelrolle gerecht werden konnte. Der Hypotheserahmen meiner Dissertation sollte die eigenlogische Erforschung von Städten bilden. Ich konnte selbst entscheiden, bei welchem Projekt der Schader-Stiftung ich mitarbeiten wollte. Zu diesem Zeitpunkt fanden erste Gespräche mit städtischen Verwaltungsmitarbeitern über den Bürgerbeteiligungsprozess bei den Konversionsflächen und einer möglichen Mitwirkung der Schader-Stiftung statt. Die Begleitung eines Bürgerbeteiligungsprozesses erschien mir für mein Forschungsvorhaben als geeignete empirische Basis. So wurde ich von Seiten der Schader-Stiftung projektverantwortlich für Informations- und Diskussionsveranstaltungen im Rahmen des Konversionsprozess. Meine Aufgabe war, Veranstaltungen zu konzipieren, die alle Akteure des Prozesses durch inhaltlichen Impulse bereichern sollten, und im Sinne des Stiftungszwecks den Dialog zwischen den unterschiedlichen Beteiligten zu fördern. Den zuständigen Verwaltungsmitarbeitern erläuterte ich von Anfang an mein Dissertationsvorhaben. Diese Transparenz führte dazu, dass ich zu verwaltungsinternen Sitzungen eingeladen wurde, zu denen ich als Mitarbeiterin der Schader-Stiftung keinen Zugang gehabt hätte. Allerdings hätte ich die Kontakte und das Vertrauen nicht oder nur sehr schwer herstellen können, wenn wir uns nicht aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit kennengelernt hätten. Darüber hinaus lud die Schader-Stiftung Mitarbeiter der städtischen Verwaltung regelmäßig zum „Jour Fixe Konversion“ ein. Diese Termine dienten dazu das weitere Vorgehen abzustimmen, die Stiftung auf den neuesten Stand der Entwicklungen zu bringen und die Veranstaltungsformate zu entwickeln. Auch diese Treffen nutzte ich für die vorliegende Untersuchung

---

<sup>31</sup>Die Schader-Stiftung mit Sitz in Darmstadt ist eine gemeinnützige, operativ tätige Stiftung. Stiftungszweck ist die Förderung des Dialogs zwischen den Gesellschaftswissenschaften und der Praxis im Kontext des „Lebens in urbanen Gesellschaften“. Es werden Workshops, Tagungen usw. veranstaltet, die dem Austausch von Wissenschaftlern und Praktikern dienen.

und nahm daran nicht nur in meiner Rolle als Mitarbeiterin, sondern auch als Forscherin und damit teilnehmende Beobachterin teil. Im Anschluss wurden Beobachtungsprotokolle erstellt<sup>32</sup>.

Die teilnehmende Beobachtung der Bürgerbeteiligung bezog sich hauptsächlich auf

- die Teilnahme an den Jour Fixe Konversion
- die Teilnahme bei internen Abstimmungsgesprächen der städtischen Verwaltung
- die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen (Planungswerkstatt usw.)
- Gespräche mit Mitarbeitern der Verwaltung und engagierten Bürgern
- die Teilnahme an Versammlungen der politischen Gremien (Stadtverordnetenversammlung)

#### **Die Analyse der Tagespresse**

Die Analyse der lokalen Presse ist ein weiterer empirischer Bestandteil, der Aufschluss darüber geben kann, wie die Darmstädter Bevölkerung informiert wird und welche Wertung damit transportiert wird. In Darmstadt gibt es nur eine Tageszeitung, das „Darmstädter Echo“. Es nimmt somit eine Monopolstellung ein, was die Berichterstattung und Informationsvermittlung betrifft. Es hat eine Auflage von 52.867 (vgl. IVW-Nr.: 1131611000, ZIS-Schlüssel: 100948). Darüber hinaus berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in ihrem Lokalteil über Darmstadt, diese wurde jedoch nicht in der Untersuchung berücksichtigt. Mithilfe der qualitativen Inhaltsanalyse wurden alle Zeitungsartikel des Darmstädter Echos ausgewertet, die während des Untersuchungszeitraums zum Thema Konversion und Bürgerbeteiligung erschienen waren. Darüber hinaus ergänzten die Leserbriefe und Kommentare zu den Online-Artikeln die Analyse. So konnten zusätzliche Informationen über die Reaktionen der Bürger ausgewertet werden.

---

<sup>32</sup>Die Beobachtungsprotokolle beinhalten immer eine Zeichnung, die verdeutlichte, wer wo saß, den Ablauf, die Beschreibung der Geschehnisse, was besonders aufgefallen ist und eine Selbstreflektion.

## 4.2 Die Auswertungsmethode

### Qualitative Inhaltsanalyse

Die Auswertung des Materials mittels der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring ist aus verschiedenen Gründen für das Forschungsvorhaben sinnvoll. Die oben beschriebenen Bausteine – teilnehmende Beobachtung und Analyse der Presse – erfordern ein Auswertungsverfahren, das den verschiedenen Erhebungsbereichen gerecht wird, um Schlüsse ziehen zu können, die vergleichbar sind. Die besondere Stärke der qualitativen Inhaltsanalyse liegt genau darin, dass sie die „Analyse von Material, das aus irgendeiner Art von Kommunikation stammt“ ermöglicht (vgl. Mayring 2010: 11). So können sowohl die Beobachtungsprotokolle als auch die Presse inklusive Leserbriefe und Kommentare mittels der gleichen Methode analysiert werden. Ursprünglich handelte es sich um eine rein quantitative Methode, um große Textmengen handhabbar zu machen und die Häufigkeiten von Aussagen oder Themen auszuwerten. Problematisch daran war die Vernachlässigung des Kontextes (vgl. Gläser/ Laudel 2009: 200). Dieser Kritik stellte sich Mayring und modifizierte die Inhaltsanalyse, damit sie auch für die qualitative Forschung nutzbar wurde.

Schwerpunkt der vorliegenden Untersuchung ist sowohl die Analyse von Inhalten als auch des Stimmungsbildes. Da hierbei auf die Gefühlsstrukturen rekuriert wird, eignet sich besonders eine Methode, die es erlaubt diese aus dem ursprünglichen Text herauszuarbeiten. Vor allem die Beobachtungsprotokolle der öffentlichen Veranstaltungen, aber auch die Presseberichterstattung dienen dazu Erkenntnisse zu gewinnen, wie die Diskussionen verlaufen sind und auf welche Weise Themen diskutiert wurden. Das *wie* ist besonders bei der Beobachtung der Veranstaltungen von Bedeutung: Wie wurde diskutiert? Wie äußerten sich die Teilnehmer, etwa verärgert, empört oder gelassen interessiert? Die Bildung von Kategorien ermöglicht es, eine Vergleichbarkeit zwischen den Texten<sup>33</sup> herzustellen. Zu diesem Zweck werden vorab theoretische Annahmen getroffen, die anhand des empirischen Materials überprüft werden. Die Kategorien werden an den Text herangetragen und nicht nur aus

---

<sup>33</sup>Während bzw. nach allen Veranstaltungen und Gesprächen, die teilnehmend beobachtet wurden, wurden Protokolle angefertigt.

dem Material selbst entwickelt, da die Untersuchung einem theoretischen Verständnis, dem Hypothesenrahmen der Eigenlogik, folgt. Berücksichtigt wird stets, in welchem Zusammenhang das Material entstanden ist. „Der Text wird immer innerhalb seines Kontextes interpretiert“ (Mayring 2010: 48). Das bedeutet zum einen, dass eine Aussage nicht für sich steht, da das vorher und nachher Gesagte betrachtet wird und zum anderen muss berücksichtigt werden, wer, was zu wem und in welcher Situation sagt. Mayring bezeichnet das als die „Analyse der Entstehungssituation“.

Die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring läuft nach einem bestimmten Schema, einem Ablaufmodell der Analyse, ab. Dabei werden drei Analysetechniken unterschieden: Reduktion (Zusammenfassung), Explikation (Ausweitung) und Strukturierung (Interpretation). Diese differenziert Mayring weiter aus, so dass er acht verschiedene Analyseformen vorschlägt, die explizit nicht als vollständig gelten, sondern erweitert und kombiniert werden können (vgl. ebd. 2010: 66). Je nach Fragestellung muss entschieden werden, welche Analyseform geeignet ist.

Die Reduktion zielt darauf, den Text nach vorab definierten Regeln durchzuarbeiten und nicht relevante oder sich wiederholende Aussagen zu streichen. Dabei werden Kategorien gebildet. Beispielsweise wurden die Beobachtungsprotokolle der vorliegenden Untersuchung in Hinblick auf die thematischen Schwerpunkte der Wortbeiträge analysiert. Dies ist der erste Schritt bei der Reduktion: Die Bestimmung der Analyseeinheiten, d.h. die Setzung der thematischen Schwerpunkte. Alle Passagen der Protokolle, die eine einschlägige Aussage enthalten, werden nun entsprechend paraphrasiert, d.h. einheitlich formuliert. Dabei entfallen unwichtige Ausschmückungen. Daran schließt sich die Generalisierung an. Sie dient dazu in klarer Sprache die Aussage im Ursprungstext neu zu formulieren. Zuletzt werden Kategorien gebildet, die aus den generalisierten Aussagen entstanden sind. Das dadurch gewonnene Material muss letztendlich noch einmal anhand des Ausgangsmaterials geprüft werden (Mayring 2010: 68).

Die Explikation dient dazu, unklare und nicht aus sich selbst heraus verständliche Textstellen oder sehr widersprüchliche Aussagen zu erklären. Zunächst wird mithilfe der gängigen Lexika versucht den tatsächlichen Inhalt der

Textpassage zu ermitteln. Darüber hinaus gibt es zwei Möglichkeiten, die Mayring im Anschluss an Volmert als weite und enge Kontextanalyse bezeichnet (vgl. ebd. 2010: 86). Bei der engen Kontextanalyse wird innerhalb des Textes, zunächst unmittelbar vor und nach der fraglichen Stelle, nach erklärenden Aussagen gesucht. Ist dies nicht zielführend, wird im gesamten Material nach Textstellen gesucht, die helfen sollen, die Aussage verständlich zu machen. Die weite Kontextanalyse hingegen lässt auch zusätzliches Material zu, wie z.B. Informationen über den Sprecher. Beispielsweise wurde während einer Veranstaltung in einem Nebensatz auf eine bauliche Maßnahme in Darmstadt hingewiesen, die nicht weiter erläutert wird, sondern exemplarisch genannt wird. Notwendigerweise muss recherchiert werden und zusätzliches Material genutzt werden, um die Aussage einordnen und verstehen zu können, etwa um welches Gebiet handelte es sich, wie lautete der politische Beschluss, welche Partei stimmte dafür oder dagegen, gab es eine Bürgerinitiative, beteiligte die Stadt die Bürger? Je nach Fragestellung muss entschieden werden, ob die enge Kontextanalyse ausreicht oder ob zusätzliches Material notwendig ist. Im Fall der vorliegenden Untersuchung ist die weite Kontextanalyse sinnvoll. Die Aussagen der engagierten Bürger und der Stadtverwaltung implizieren häufig ein Wissen, dass nur durch die weite Kontextanalyse verständlich wird. Für die Ergebnisse dieser Studie ist dies wichtig.

Die Strukturierung, die „wohl zentralste inhaltsanalytische Technik hat zum Ziel, eine bestimmte Struktur aus dem Material herauszufiltern“ (Mayring 2010: 92). Wie bei der Reduktion wird mit einem Kategoriensystem gearbeitet, das sich durch die Untersuchungsfrage ergibt. Dadurch wird definiert, welche Textstellen von Interesse sind. Sobald passende Passagen gefunden werden, dienen diese als Ankerbeispiele für die jeweilige Kategorie. Finden sich Textstellen, die in keine der Kategorien passen und trotzdem relevant für die Fragestellung sind, werden diese zu Ankerbeispielen für neu zu definierende Kategorien. Beispielsweise ist für meine Fragestellung wichtig, das Verhältnis zwischen der städtischen Verwaltung und den Bürgern zu untersuchen, alle Textstellen, die dazu etwas aussagen, werden der Kategorie *Verhältnis Bürger-Verwaltung* zugeordnet. Die so genannten Kodierregeln machen eine eindeutige Zuordnung möglich. Zusammengefasst finden sich die definierten Kodierregeln mit Anker-

beispielen im Kodierleitfaden.

Durch die Definition von Kategorien lassen sich die Beobachtungen strukturieren und intersubjektiv nachvollziehbar machen. Praktisch heißt das, der Forscher arbeitet sich durch das Material mit vorab definierten Kategorien, die nicht starr sind, sondern durch das Material jederzeit ergänzt und verändert werden. Die Erweiterung und Modifizierung von Kategorien muss kenntlich gemacht werden.

Die vorliegende Untersuchung orientiert sich an zwei Analysemodellen von Mayring: An der Explikation, immer dann, wenn die zu analysierenden Stellen nicht genügend Textmaterial zum Verständnis liefern, und an der inhaltlichen Strukturierung. Die Auszählung von Häufigkeiten spielt dabei keine Rolle. Weiterhin grenzt sich die vorliegende Analyse von den „Vorgaben“ Mayrings insofern ab, als die Kategorien nur bedingt in einzelne Ausprägungen unterteilt werden. Mayring hat zum Ziel, skalierbare Ausprägungen zu formulieren. In dieser Untersuchung ist dies nicht relevant und wird nur in bestimmten Fällen angewendet.

Die Auswertung erfolgte computergestützt mit dem Programm MaxQDA.



## 5 Die Stadt Darmstadt und der Konversionsprozess

Mit dem Abzug der US-Armee 2008 aus Darmstadt sind rund 314 Hektar Flächen frei geworden, davon sind 122 Hektar innenstadtnah gelegen. Diese Flächen werden als Konversionsflächen bezeichnet. Auf dem Gelände befinden sich Kasernen, Mannschaftsunterkünfte, Funktionsgebäude und Infrastruktureinrichtungen. Die für die Untersuchung relevanten Areale liegen im Süden von Darmstadt und grenzen direkt an den Stadtteil Bessungen. Es handelt sich um zwei Gebiete, die durch eine stark befahrenen Straße und ein Naturschutzgebiet getrennt sind: die Cambrai-Fritsch-Kaserne mit der Jefferson-Siedlung und die Lincoln-Siedlung.



Abbildung 5.1: Luftbild der Konversionsflächen

Die Cambrai-Fritsch-Kaserne wurde 1938, ein Jahr vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, errichtet, als Darmstadt zum „Hauptwaffenplatz des Wes-

tens“ durch das NS-Regime aufgerüstet wurde (Dozert 2006: 561). Der Kasernenname erinnert zum einen an die Panzer-Schlacht im französischen Cambrai während des Ersten Weltkriegs und zum anderen an den Oberbefehlshaber des Heeres General Freiherr von Fritsch (Dozert 2006: 561). Nach dem Zweiten Weltkrieg nutzten die amerikanischen Streitkräfte die Kasernen und behielten auch den Namen bei. Zwischen 1951 und 1955 wurden westlich der Cambrai-Fritsch-Kaserne die Lincoln- und südlich die Jefferson-Siedlung als Wohnsiedlungen für die amerikanischen Familien erbaut und ab 1998 schrittweise komplett saniert. Neben den Wohnungen war eine vollständige Infrastruktur vorhanden – Schulen, Supermarkt, Kino, Nachtclub und vieles mehr.

Infolge des Anschlags auf das World Trade Center am 11.9.2001 änderten sich die Sicherheitsvorkehrungen und die Zugangsmöglichkeiten. Die bis dahin frei zugänglichen Wohnsiedlungen wurden eingezäunt und bewacht. Dieser Zustand besteht bis heute. Nachdem das amerikanische Militär aus Darmstadt abgezogen ist, sind die Flächen 2008 in den Eigentum des Bundes übergegangen und werden von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA)<sup>34</sup> verwaltet. Um Vandalismus zu verhindern, wird das Gelände weiterhin durch einen Sicherheitsdienst überwacht.

Die Stadt Darmstadt besitzt die Planungshoheit und ist an einer nachhaltigen Stadtentwicklung interessiert, die BImA hingegen an einem möglichst hohen Vermarktungswert. Die Eigentumsverhältnisse und unterschiedlichen Interessenlagen führen zu einem institutionalisierten Konflikt und prägen den gesamten Entwicklungsprozess. Die Stadt Darmstadt handelte 2010 mit der BImA einen städtebaulichen Vertrag aus, um die Einflussmöglichkeiten der Stadt zu sichern. „So wird vereinbart, dass die BImA, bevor sie Areale zum Verkauf ausschreibt oder verkauft, die Stadt informieren muss“ (Görg 02.02.2010). Das Ziel der Stadt ist es, eine bedarfsgerechte zukunftsorientierte Nachnutzung der Flächen mit der Unterstützung der Bürger zu verwirklichen (vgl. Kron 2010:

---

<sup>34</sup> „Die grundsätzlich öffentlich angebotenen Verkaufsobjekte der BImA werden grundsätzlich [sic] an den höchstbietenden Erwerbsinteressenten veräußert, sofern der BImA keine Gründe bekannt sind, die einem Verkauf entgegenstehen. Solche Ausschlussgründe sind zum Beispiel die erkennbare Zugehörigkeit eines Kaufbewerbers zu extremistischen Gruppen oder anderen verfassungswidrigen Vereinigungen.“ (Deutscher Bundestag 2009: 1). Bis 2005 galt der so genannte Waigl-Erlass, nach dem es möglich war, Grundstücke für gesellschaftlich wünschenswerte Nutzungen zu besonderen Konditionen zu erwerben.

1).

Für die Konversionsareale wurde 2010 ein Rahmenplan erstellt, der auf zwei Planungswerkstätten unter Mitwirkung von interessierten Bürgern qualifiziert wurde. Als nächster Verfahrensschritt ist für die Cambrai-Fritsch-Kaserne und die Jefferson-Siedlung ein städtebaulicher und landschaftsplanerischer Wettbewerb geplant. Die Lincoln-Siedlung sollte schon vorher entwickelt und veräußert werden.



Abbildung 5.2: Rahmenplan der Konversionsflächen

Die städtische Verwaltung will das Potenzial, das die Neugestaltung der Flächen für die Darmstädter Stadtentwicklung birgt, sinnvoll nutzen, indem der Gesamtkontext der allgemeinen städtischen Entwicklung betrachtet wird. Die Anforderungen an die Planung sind vielfältig, d.h. sie müssen den aktuellen Bedürfnissen nach Wohnraum entsprechen und zugleich anpassungsfähig für gesellschaftliche Entwicklungen sein. Darmstadt zählt zur Metropolregion Frankfurt/ RheinMain. Die Bevölkerungsprognosen fallen im Gegensatz zu an-

deren deutschen Städten positiv aus<sup>35</sup>. 2012 war die Geburtenzahl höher als die Zahl der Sterbefälle (vgl. Bachmann 2012: 26). Das Institut Wohnen und Umwelt (IWU)<sup>36</sup> legte eine wohnungswirtschaftliche Entwicklungsperspektive für Darmstadt bis zum Jahr 2020 vor. Danach gehört Darmstadt zu den wachsenden Städten und benötigt jährlich bis zu 600 Wohnungen (vgl. IWU 2008: 32)<sup>37</sup>. Der Wohnungsmarkt ist angespannt, günstiger Wohnraum beispielsweise für Studierende ist kaum vorhanden. Das Wachstum der Stadt über ihre Stadtgrenzen hinaus ist nur noch sehr begrenzt möglich. Die Siedlungserweiterung Richtung Norden ist aufgrund von Fluglärm eingeschränkt. „In den anderen Stadtteilen ist wegen der Landschaftsschutzgebiete und Waldflächen sowie durch übergeordnete Rahmenbedingungen wie das EU-Recht ebenfalls keine Ausweisung von größeren neuen Siedlungsflächen möglich“ (Stadt Darmstadt 2006: 7). Die Stadt Darmstadt folgt dem Leitbild „Wachstum im Bestand“ und setzt zum einen auf Nachverdichtung und zum anderen auf die Bebauung von Brachen bzw. die Konversion von Flächen.

Der Konversionsprozess der Stadt Darmstadt wird von verschiedenen Ämtern der Stadtverwaltung gestaltet, allen voran dem Planungsamt und dem Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung. Jeweils ein Ansprechpartner der Ämter wird sowohl auf der Homepage der Stadt Darmstadt als auch auf der Seite der BImA kommuniziert. Darüber hinaus sind drei Dezernenten zuständig. Eingebunden in den Prozess sind des Weiteren das IWU, das die wohnungswirtschaftliche Untersuchung vorlegte, die Hessenagentur und die Schader-Stiftung. Zur Durchführung der Konversion sind verschiedene Gutachten notwendig, um z.B. die Altlasten oder den Zustand der Bausubstanz festzustellen. Zum Teil

---

<sup>35</sup>Für die Stadt Darmstadt prognostizierte die HessenAgentur bis 2050 ein Wachstum von 8%. In ganz Hessen hingegen wird die Bevölkerungszahl voraussichtlich um 10% sinken (vgl. van der Busch 2007: 19).

<sup>36</sup>Das Institut Wohnen und Umwelt GmbH (IWU) mit Sitz in Darmstadt wurde 1971 gegründet und beforscht u.a. die Entwicklung von Wohnen und Verkehr in der Stadt unter umweltgerechten und energetischen Gesichtspunkten.

<sup>37</sup>Der Raumbedarf gliedert sich wie folgt auf: 49% des Bedarfs besteht aus Wohnungen mit drei und vier Räumen, 32% aus fünf und mehr sowie 19% aus einem und zwei Räumen. Etwas mehr als die Hälfte des Wohnbedarfs besteht aus Geschosswohnungsbau zur Miete und Eigentum, etwa 14% beträgt die Nachfrage nach hochpreisigen Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen, 21% nach kostengünstigen Reihenhäusern und 13% nach Sozialwohnungen (vgl. IWU 2008: 32).

---

werden diese Gutachten oder andere notwendige Schritte durch Fördergelder mitfinanziert, hierbei ist es schon zu Beginn des Prozesses zu Verzögerungen gekommen. Als Steuerungsinstrument für den Konversionsprozess richtete die städtische Verwaltung einen Lenkungskreis Konversion ein, dieser dient als Schnittstelle zwischen Verwaltung und Politik und ist beratend und unterstützend tätig (vgl. Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung (15.01.2010)). Mitglieder des Lenkungskreises sind der Dezernent für Bauen, Planen und Verkehr, der Dezernent für Soziales und Wohnen sowie je ein Vertreter der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung. Laut der Geschäftsordnung des Lenkungskreises umfasst sein Arbeitsbereich vor allem die Weiterentwicklung der Ziele der Konversion und die Beratung zur Vorbereitung von Entscheidungen des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung im Konversionsprozess (Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung 15.01.2010). Daneben gibt es verwaltungsinterne Arbeitsgruppen. Die Komplexität des Konversionsprozesses führt zu einer Beteiligung vieler Verwaltungsmitarbeiter, die Arbeitsgruppen ermöglichen eine Ämter übergreifende Kommunikation (vgl. Stadtplanungsamt 28.10.2009).

Als die US-Armee 2008 Darmstadt verließ, stellte die SPD den Oberbürgermeister und regierte gemeinsam mit der FDP und den Grünen die Stadt Darmstadt. Das Baudezernat leitete ein Mitglied der SPD. Der 2011 zum Oberbürgermeister gewählte Kandidat der Grünen war zu diesem Zeitpunkt Sozialdezernent. Die Bürger bei dem Prozess einzubeziehen, um „echte Quartiere der Bürgerschaft zu schaffen“ (Kron/ Grüger 2010: 1) war von Anfang an das erklärte politische Ziel. Dies wurde bereits in einem der ersten Zeitungsberichte zum Konversionsprozess deutlich. „Auch bei der Konversion wolle man einen eigenen ‘Darmstädter Weg’ mit Bürgerbeteiligung und Hinzuziehung von externem Sachverstand gehen“ (Baczyk 15.05.2009). Vor der Kommunalwahl 2011 verlangte besonders die sich in der Opposition befindende CDU eine Beschleunigung des Prozesses. Interessanterweise war die gleiche Forderung nach der Wahl von der SPD zu hören, die nicht mehr an der Regierung beteiligt war. Die ersten Beschlüsse zum Konversionsprozess fasste die Stadtverordnetenversammlung einstimmig, um Geschlossenheit gegenüber der Eigentümerin, der

BImA zu demonstrieren<sup>38</sup>. Lediglich die kleinen Fraktionen<sup>39</sup> enthielten sich bei einigen Beschlüssen. Der Beobachtungszeitraum der vorliegenden Studie umfasste einen Zeitraum von September 2009 bis April 2012 und endete, bevor Entscheidungen bezüglich des weiteren Vorgehens getroffen wurden. Die vorbereitenden Untersuchungen für eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme<sup>40</sup> wurden erarbeitet, aber es wurde noch keine Entscheidungen getroffen, ob diese zum Tragen kommen sollte.

### 5.1 Die wichtigsten am Prozess beteiligten Akteure

Im Folgenden werden die wichtigsten Akteure des Konversionsprozesses näher erläutert und deren Interessen und Einflussmöglichkeiten aufgezeigt, um die Genese des Prozesses nachvollziehen zu können. Wer beeinflusst wie und warum den Prozess? Dabei wird herausgearbeitet, welches Verständnis von Beteiligung die jeweiligen Akteure haben. Wie in Kapitel 3.1 gezeigt, kann dies von reiner Information bis hin zu Mitbestimmung reichen.

#### 5.1.1 Die städtische Verwaltung

Von Seiten der städtischen Verwaltung sind federführend das Planungsamt und das Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung für die Entwicklung der Kon-

---

<sup>38</sup>Beschluss zur Mittelanmeldung zum Nachtragshaushalt – Konversion (vgl. Stadtplanungsamt 19.08.2009), Beschluss zur gemeinsamen Erklärung mit der BImA (vgl. Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung 07.01.2010), Beschluss der Rahmenplanung Bessungen Süd mit Entwicklungskonzept Lincoln Siedlung (vgl. Stadtplanungsamt 18.05.2011)

<sup>39</sup>Zu den kleinen Fraktionen zählen *UFFBASSE* (Unabhängige Fraktion Freier Bürger – Aufrecht, Spontan, Subkulturell, Eigensinnig), die mit fünf Sitzen sowie *UWIGA* (Unabhängige Wählervereinigung IG-Abwasser), die mit drei Sitzen in der Stadtverordnetenversammlung vertreten sind. Die Mehrheit stellen die Grünen mit 22 Sitzen, die eine Koalition mit der CDU eingegangen sind (18 Sitze). Die SPD hat 15 Sitze, FDP 2, Piraten 2, Die Linke 2 (Stand November 2013).

<sup>40</sup>Die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme ist ein planungsrechtliches Instrument, das nur dann eingesetzt werden darf, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Eine Bedingung ist beispielsweise, dass ein erhöhter Bedarf an Wohnungen nachgewiesen werden kann und es sich um ein für die gesamte Stadt bedeutendes Gebiet handelt, dessen Entwicklung dem Allgemeinwohl zu Gute kommt. Das Instrument ermöglicht es der Stadt die Flächen zum Anfangswert zu kaufen und sie nach der Entwicklung zum Endwert zu verkaufen. Mittels der Differenz werden die nötigen baulichen Erschließungsmaßnahmen und Infrastrukturen finanziert. Falls ein Gewinn erzielt wird, erhält diesen der ursprüngliche Eigentümer (vgl. Streich 2011: 555 f.).

versionsflächen zuständig. Noch vor dem Abzug der US-Armee fand Anfang des Jahres 2008 ein verwaltungsinternes Werkstattgespräch statt, bei dem „von städtischer Seite bereits im Vorfeld künftiger Planungen erste Rahmenbedingungen einer möglichen Entwicklung definiert wurden“ (Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung 23.07.2008). Die Fachämter – neben den genannten federführenden Ämtern nahezu alle Ämter, die in die Entwicklung eines neuen Stadtquartiers einzubinden sind, etwa das Grünflächen- und Umweltamt bis hin zum Schulamt und dem Amt für Wohnungswesen – erläuterten jeweils aus ihrer fachlichen Perspektive den Sachstand und die daraus ableitbaren Planungserfordernisse. Die Ergebnisse wurden dokumentiert und den Stadtverordneten vorgelegt. Ein Erwerb der Flächen wurde zu diesem Zeitpunkt nicht empfohlen (vgl. Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung 2008: 2). Der Zeitpunkt des Workshops war frühzeitig angesetzt, um sich bereits vor dem Abzug von Verwaltungsseite mit dem Thema zu beschäftigen und vorbereitet zu sein.

Wie die politikwissenschaftliche Forschung zeigen konnte, hat die Verwaltung einen erheblichen Einfluss auf die politischen Entscheidungen (vgl. Bogumil 2005: 27). „Man kann sogar argumentieren, dass zumindest in Europa die Verwaltung als der professionelle Staatsapparat eine weitaus längere Geschichte hat als die Politik, zumindest als das, was heute als demokratische Politik und deren Institutionen wahrgenommen wird“ (ebd. 2009: 28). Stadtentwicklungsprozesse brauchen Zeit und überdauern häufig – wie auch im Fall der vorliegenden Untersuchung – eine Wahlperiode. Damit wechseln gegebenenfalls die politischen Entscheider, aber nicht die Verwaltungsmitarbeiter. Grundsätzlich verfügen diejenigen über Einfluss und Macht, die Zugang zu Informationen und Wissen haben (vgl. Foucault 1992). In städtischen Verwaltungen sind das vor allem die langjährigen Mitarbeiter. Deren Verständnis von Bürgerbeteiligung kann von erheblichem Einfluss sein.

Die teilnehmende Beobachtung und die damit verbundenen Gespräche zeigten, dass Bürgerbeteiligungsveranstaltungen in Darmstadt in erster Linie als Information für die Bürger verstanden werden. Das Selbstverständnis der Verwaltungsmitarbeiter ist von der eigenen fachlichen Kompetenz geprägt. Die Bürger werden nicht als Experten wahrgenommen, sondern als Vertreter be-

stimmter Interessengruppen. Daher legt die Verwaltung Wert darauf, dass Entscheidungen den zuständigen politischen Gremien vorbehalten bleiben. Prägend für die Einstellung gegenüber Bürgerbeteiligungsprozessen sind die eigenen Erfahrungen. In Darmstadt gibt es eine engagierte Gruppe von Bürgern, die sich bei verschiedenen Stadtentwicklungsprozessen beteiligen möchten. Von Seiten der Stadtverwaltung wird dies problematisiert, da dieser Personenkreis nicht als Stellvertreter für die gesamte Bürgerschaft angesehen werden kann und dieser Teil der Bürger meistens gegen Stadtentwicklungsprozesse argumentiert. Die lokale Presse greift die Themen auf und berichtet – so die Sicht der Stadtverwaltung – zu einseitig im Sinne der Bürgerinitiativen, etwa über den Wegfall von Kleingärtneranlagen zu Gunsten von Parkplätzen für ein benachbartes Krankenhaus. Den Verwaltungsmitarbeitern zufolge wird sowohl von den engagierten Bürgern als auch von der Presse vernachlässigt, dass es so etwas wie das Allgemeinwohl gibt, hinter dem einzelne Interessengruppen zurück stehen müssten. Damit verbunden ist ein Verständnis von Allgemeinwohl, das die Interessen der Gesamtgesellschaft über die des Einzelnen stellt.

### 5.1.2 Die Stadtverordneten

Die politischen Entscheidungen treffen die Stadtverordneten. Dementsprechend bedeutend ist ihre Rolle für den Prozess. Im Gegensatz zu den städtischen Verwaltungsmitarbeitern, die durch ihre Ausbildung und Anstellung legitimiert sind, sind es die Stadtverordneten durch die Wahlentscheidung der Darmstädter Bürger. Entscheidungsgrundlage der Stadtverordneten sind Informationen in Form von Vorlagen, die sie vom Magistrat und der städtischen Verwaltung erhalten.

Die Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung änderte sich während des Beobachtungszeitraums, da 2011 Wahlen stattfanden. Die Entwicklung der Konversionsflächen und die damit verbundene Bürgerbeteiligung machten nahezu alle Parteien zum Wahlkampfthema. Besonders die Grünen setzten den Schwerpunkt ihrer Kampagne auf das Thema Bürgerbeteiligung.

Dennoch können die Stadtverordneten bezüglich ihres Verständnisses von Bürgerbeteiligung nicht als eine homogene Gruppe gefasst werden. Bei einer Veranstaltung der Schader-Stiftung erläuterte eine Referentin, dass Bürger-



beteiligung nicht nur Information, sondern auch Teilhabe bedeute. Daraufhin formulierte eine Stadtverordnete die Frage, welche Rolle die kommunalen Volksvertreter noch hätten, wenn die nicht gewählten Bürger auch direkt mitentscheiden könnten. Bei den Stadtverordneten handle es sich schließlich auch um ehrenamtlich tätige Bürger. Aus Sicht der Referentin liegt genau hier das Problem. Das Selbstverständnis der Entscheider lasse nicht zu, dass die Bürger ebenfalls Einfluss nehmen und damit ein Machtverlust einhergehe (vgl. Schader-Stiftung 2010: 2). Andere Stadtverordnete sind bereit sich dieser veränderten Rolle zu stellen und wollen die Bürgerbeteiligung weiter voranbringen. Sie sehen dadurch ihre Entscheidungen besser legitimiert. Für die städtische Verwaltung kann die Bürgerbeteiligung und deren Ergebnisse ein Gegengewicht bzw. eine Unterstützung gegenüber den Stadtverordneten darstellen. Bezüglich der Teilnahme der Stadtverordneten bei den Planungswerkstätten befürchteten die Verwaltungsmitarbeiter jedoch, dass sie die anderen Veranstaltungsteilnehmer zu stark beeinflussen könnten. Zudem könnten die Bürger schlussfolgern, dass durch die Anwesenheit der politischen Vertreter die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung legitimiert und beschlossen werden. Aus diesem Grund wog die Verwaltung genau ab, ob die Stadtverordneten zu den Planungswerkstätten für die Bürger eingeladen werden sollten oder nicht. Letztlich wurden sie eingeladen. Diejenigen, die teilnahmen, setzten sich dann auch in den Ausschusssitzungen für das erarbeitete Ergebnis und die Bürgerbeteiligung ein.

### 5.1.3 Der Oberbürgermeister

Eine weitere zentrale Rolle spielt der Oberbürgermeister, der direkt von den Darmstädtern Bürgern gewählt wird. Er ist das Oberhaupt der Verwaltung und bekleidet gleichzeitig ein politisches Amt. Seine Einstellung bezüglich Bürgerbeteiligung ist entscheidend. Die beiden Oberbürgermeister, die während des Beobachtungszeitraums für den Konversionsprozess verantwortlich waren, kommunizierten in der Öffentlichkeit, wie wichtig ihnen der Einbezug der Bürger ist. Die Anwesenheit bei den Planungswerkstätten signalisierten ebenfalls die Unterstützung von Seiten der Verwaltungsspitze und räumten diesen einen entsprechend hohen Stellenwert ein. Das Verständnis von Bürgerbeteiligung

ist ein kooperatives, d.h. die Bürgerschaft wird einbezogen und deren Ideen sollen in die Fachplanung einfließen, die letztliche Entscheidung bleibt jedoch bei der Politik.

### 5.1.4 Die Bürger

Die Bürger, die sich für die Entwicklung der Flächen interessieren und an den Bürgerbeteiligungsveranstaltungen teilnehmen, können in verschiedene Gruppen unterteilt werden. Dabei muss zunächst festgehalten werden, dass sich wie in anderen Städten auch grundsätzlich nur eine bestimmte Bevölkerungsgruppe für den Prozess interessiert und andere nicht daran teilhaben (vgl. Geißel 2008: 31). Zu letzteren zählen vor allem die bildungsfernen Schichten sowie Jugendliche und Menschen mit Migrationshintergrund. Die teilnehmende Beobachtung der verschiedenen Veranstaltungen hat dieses Ergebnis bestätigt. Die Gruppe, deren Präsenz und Engagement am deutlichsten spürbar war, war die der Initiativen, die gemeinschaftliche Wohnprojekte<sup>41</sup> auf den zu entwickelnden Flächen realisieren wollen. Mindestens ein Vertreter dieser Gruppe nahm an allen öffentlichen Veranstaltungen teil, sei es bei den Planungswerkstätten oder den Ausschusssitzungen der Stadtverordneten. Ihr Interesse und Ziel an dem Entwicklungsprozess der Konversionsflächen ist deutlich erkennbar: Die Wohngruppen möchten auf den Konversionsflächen leben und deshalb an deren Entwicklung partizipieren. Allerdings befürchten die Wohnprojektinitiativen, dass sie auf dem freien Immobilienmarkt nicht bestehen können und wünschen sich Unterstützung von Seiten der Stadt. In einem Zeitungsartikel, der sich allein den Wohnprojekten und ihren Plänen bezüglich der Konversionsflächen widmet, wird ein so genannter „geschützter Markt“ gefordert. „Der würde bedeuten, dass die Immobilien für die Wohngruppen zu einem ‘nichtspekulativen, möglichst niedrigen Festpreis’ an die Interessenten verkauft werden“ (Görg 08.02.2011: 9). Als Argument, weshalb die Wohnprojekte bevorzugt behandelt werden sollten, wird deren positive Wirkung auf das gesamte

---

<sup>41</sup>Gemeinschaftliche Wohnprojekte definiert Mensch (2011) durch sechs Kriterien: 1. Gemeinschaftsräume und -flächen ergänzen abgeschlossene Räume, 2. Zusammensetzung der Gruppe ist selbst gewählt, 3. Prinzip der Selbstorganisation, 4. Regeln des Miteinanders werden von den Gruppen entwickelt, 5. Bewohner unterstützen sich gegenseitig, 6. Gruppenmitglieder gelten als Gleiche.

Quartier genannt. Die Wohnprojektgruppen formulierten ihr Interesse an den Grundstücken gleich zu Beginn des Bürgerbeteiligungsprozesses (siehe Kapitel 5.2.1). Bereits bei dem ersten Planungstreffen der städtischen Verwaltung waren die Akteure bekannt und deren Interessen artikuliert. Die verschiedenen Wohngruppen haben sich 2005 zum „Runden Tisch-Gemeinschaftliches Wohnen Darmstadt“ zusammengeschlossen. Nach eigenen Angaben engagiert sich der Runde Tisch seit diesem Zeitpunkt für die Nutzung der Konversionsflächen durch gemeinschaftliche Wohnprojekte (vgl. <http://www.wohnprojekte-darmstadt.de/runder-tisch/chronik>. Letzter Zugriff 13.11.2012). Ein weiterer Hinweis für die Bedeutung des Konversionsprozesses aus Sicht des Runden Tisches sind die Themenschwerpunkte der fünf Sitzungen im Jahr 2011: Jeder zweite Termin behandelte die Konversion. Das große Interesse und die Hoffnungen, die mit dem Abzug der US-Armee aus Darmstadt verbunden sind, müssen vor dem Hintergrund der Flächenentwicklung in Darmstadt betrachtet werden. Gemeinschaftliche Wohnprojekte brauchen Platz und einen geeigneten Ort zur Verwirklichung ihrer Wohnvorstellungen. Dabei sind unter anderem die Innenstadtnähe und ein Anschluss an den ÖPNV bedeutend. Die Lage der Konversionsflächen ist demnach ideal.

Als weitere aktive Bürgergruppe haben sich die an das Gebiet grenzenden Anwohner an den Diskussionen beteiligt. Durch ihre räumliche Nähe haben sie ein Interesse an der Entwicklung und sind direkt berührt, was die Infrastrukturplanung – etwa die Verlängerung der Straßenbahn – anbelangt. Die Konversionsflächen selbst sind zur Zeit unbewohnt und daher gibt es hier noch keine unmittelbar Betroffenen. Für die zukünftige Entwicklung ist dies nicht unkritisch, da die benachbarten Anwohner durchaus andere Interessen vertreten können als die späteren Bewohner selbst. Besonders aus verkehrlicher Sicht wird dies deutlich. Ein Teil der Anwohner befürchten ein höheres Verkehrsaufkommen und setzt sich dafür ein, dass ihre Straße nicht zu einer Durchgangstraße wird. Die zukünftigen Bewohner hingegen werden ein Interesse daran haben, möglichst zügig nach Hause zu kommen. Daran wird deutlich, dass es bei Bürgerbeteiligung nicht möglich ist, von *den* Bürgern zu sprechen, die alle ein gemeinsames Ziel haben.

Eine weitere Gruppe besteht aus grundsätzlich Engagierten, die an der

Stadtentwicklung partizipieren möchten und dies themenunabhängig tun. Sie folgen dem Verständnis vom „guten Bürger“, das heißt sich in einer demokratischen Gesellschaft einzubringen, ist für sie Bürgerpflicht (vgl. Evers 2009: 75). Zudem gibt es die Lokalen-Agenda-Gruppen, die sich für eine nachhaltige Stadtentwicklung einsetzen.

Alle engagierten Bürger, ganz gleich aus welchem Interesse sie sich engagieren, verstehen unter Bürgerbeteiligung nicht nur Information, sondern vor allem Teilhabe. Sie möchten auf die Entscheidungsprozesse direkten Einfluss nehmen können. Die investierte Zeit, um sich an der Planung zu beteiligen sowie die Entwicklung von Ideen machen aus Sicht der Bürger nur Sinn, wenn das Engagement entsprechende Folgen und Einfluss hat.

Wie in Kapitel 3.3.2 „Gründe für Bürgerbeteiligung“ gezeigt, dürften die „guten Bürger“ auch in Darmstadt den größten Anteil in allen genannten Gruppen stellen. Sie sind der Ansicht, dass ihr Engagement und ihre Wünsche dem Allgemeinwohl zu Gute kommen. Sie verfügen über überdurchschnittliches kulturelles und soziales Kapital. Insbesondere die gemeinschaftlichen Wohnprojektgruppen sind in viele Netzwerke eingebunden und nutzen ihre weitreichenden Kontakte.

### 5.1.5 Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA)

Einer der wichtigsten Akteure des Prozesses ist die Eigentümerin der Flächen, die BImA. Ihr Verhältnis zur Stadt Darmstadt, das heißt zu den Mitarbeitern der Stadtverwaltung und den politischen Vertretern, ändert sich im Prozessverlauf deutlich. Zu Beginn des Prozesses setzte man auf eine konstruktive Zusammenarbeit, um die Entwicklung und den Verkauf der Flächen gemeinsam zu gestalten. Diese Zusammenarbeit wird unter anderem in Pressemitteilungen öffentlich gemacht, aber auch bei persönlichen Gesprächen. Im weiteren Verlauf kam es jedoch an verschiedenen Stellen zum Dissens.

Sowohl das Verständnis als auch das Interesse der BImA an der Bürgerbeteiligung muss vor deren gesetzlichem Auftrag betrachtet werden. An den von der Stadt angebotenen Planungswerkstätten für die Bürger beteiligte sich die BImA nicht nur personell, sondern auch finanziell. Der Verkaufsleiter der BImA nahm teil und ermöglichte den Teilnehmern Fragen zu stellen. Durch eine Aus-

sage des Verkaufsleiters drohte jedoch die Stimmung auf der Veranstaltung zu kippen. Von Seiten der städtischen Verwaltung wurde dies als Kalkül gewertet, die Bürgerbeteiligung zu nutzen, um die eigenen Interessen durchzusetzen. An den Bürgerforen der Schader-Stiftung (vgl. 5.2.14) waren ebenfalls Mitarbeiter der BImA anwesend, die sich jedoch nicht äußerten. Die Interessen der BImA an der Bürgerbeteiligung können mit denen eines Investors verglichen werden. Sind die Wünsche der Bürger zu groß und führen dazu, dass die Investoren hohe Folgekosten, etwa für die Infrastruktur tragen müssen, ist die Bürgerbeteiligung nur eingeschränkt gewünscht. In anderen Städten mit großen Konversionsgebieten fanden ebenfalls Bürgerbeteiligungsprozesse gemeinsam mit der BImA statt.

### 5.1.6 Die Presse

Eine bedeutende Rolle für den gesamten Konversionsprozess spielt die lokale Presse. Als kritische Beobachterin berichtet sie über die Veranstaltungen, Verhandlungen und Entscheidungen. Dabei entscheidet die Redaktion, was thematisiert wird und wer zu Wort kommt. In Darmstadt gibt es, wie bereits erwähnt, nur eine lokale Tageszeitung, das Darmstädter Echo.

Die Mitarbeiter der städtischen Verwaltung Darmstadts haben nach eigenen Angaben ein ambivalentes Verhältnis zum Darmstädter Echo, da sie schon häufig die Erfahrung machten, dass nicht das geschrieben wurde, was sie sich erhofft hatten. In Bezug auf die Berichterstattung der Bürgerwerkstätten waren sie jedoch sehr zufrieden. Grundsätzlich wird über Bürgerbeteiligung weitgehend positiv berichtet.

### 5.1.7 Investoren und Architekten

Wie bereits beschrieben ist der Wohnraumbedarf in Darmstadt hoch. Die Nachfrage wird den Prognosen zu Folge auch in den nächsten Jahren weiterhin stabil bleiben (vgl. IWU 2008). Aus Sicht der Investoren sind hier also hohe Renditen zu erwarten. Auf den Bürgerbeteiligungsveranstaltungen selbst sind die potenziellen Investoren nicht direkt in Erscheinung getreten, bei der städtischen Verwaltung wurde jedoch schon Interesse angemeldet. Die Architekten

hingegen, die ebenfalls wirtschaftliche Interessen haben, sind offensiv aufgetreten. Dabei artikulierten anwesende Architekten bei einer Veranstaltung große Sorge und Skepsis in Bezug auf die Beteiligung der Bürger an Fragen der Stadtentwicklung. Den Bürgern gestanden diese Architekten besonders hinsichtlich ästhetischer Grundsätze keine Kompetenz zu. Die Befürchtung scheint zu sein durch die Bürgerbeteiligung an Deutungshoheit und kreativer Freiheit zu verlieren.

### 5.2 Wichtige Prozessstationen

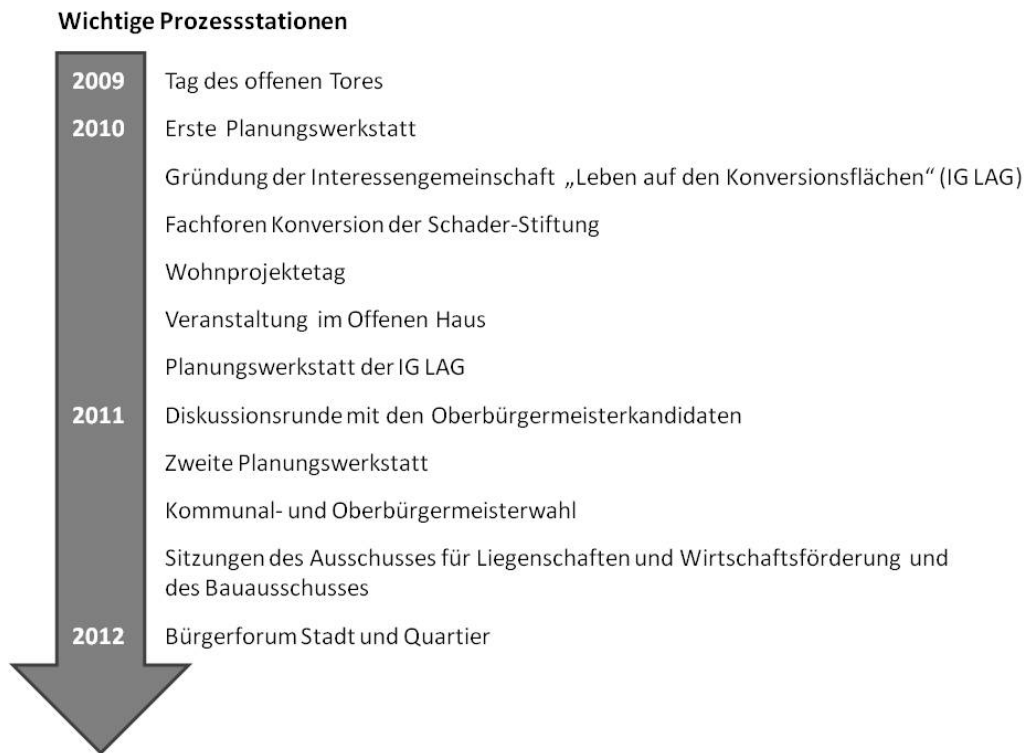


Abbildung 5.3: Prozessablauf

Die Entwicklung der Konversionsflächen zu neuen Stadtquartieren soll mit der Beteiligung der Bürger gestaltet werden, äußerten sowohl der amtierende Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt als auch sein Vorgänger.

„Der Anspruch ist hoch. Nichts weniger als ‘das Darmstadt der Zukunft’ soll nach Ansicht von Oberbürgermeister Walter Hoffmann auf den von der US-Armee geräumten Militärflächen entstehen“ (Görg 27.09.2010).

Im Folgenden werden die einzelnen Prozessmeilensteine analysiert und mit den Ergebnissen der teilnehmenden Beobachtung angereichert. Dabei werden auch die internen Sitzungen beschrieben, die vor und nach den „Meilensteinen“ stattfanden und für die Prozessbeobachtung relevant sind. Die Berichterstattung der lokalen Tageszeitung sowie die Kommentare und Leserbriefe ergänzen dies.

Ziel ist es, den gesamten Verlauf möglichst nachvollziehbar und dicht zu beschreiben, um die strukturellen Besonderheiten und Konflikte hervorzuheben (vgl. Geertz 1994: 10). Dabei wird analysiert, inwieweit die fünf dargestellten Arten von Strukturen – Raum-, Zeit-, Sozial-, politische und Gefühlsstrukturen – sich in dem untersuchten Bürgerbeteiligungsprozess zeigen (vgl. Kapitel 2.2.1). Eine chronologische Vorgehensweise ist dafür unerlässlich, damit die zeitliche Dimension sichtbar wird. Stellenweise werden implizite Vergleiche zu anderen Konversions- oder Bürgerbeteiligungsprozessen angestellt, um zum Schluss Thesen zur Eigenlogik Darmstadts zu entwickeln. Der Beobachtungszeitraum beginnt mit dem „Tag des offenen Tores“ (September 2009), schließt die ersten beiden Planungswerkstätten (August 2010 und Februar 2011) der Stadtverwaltung für die Bürger ein und endet mit der letzten Veranstaltung der Reihe „Bürgerforum Stadt und Quartier“ der Schader-Stiftung (April 2012). Die Verhandlungen mit der BImA führten – aus Sicht der nicht direkt Beteiligten – zu einem scheinbaren Stillstand des Prozesses. Ursprünglich war geplant alle vier von der Stadt angekündigten Planungswerkstätten zu beobachten, da jedoch nicht abzusehen war, wann diese stattfinden würden, wurde die Beobachtung nach der ersten Phase der Bürgerbeteiligung abgeschlossen.

### 5.2.1 Tag des Offenen Tores – September 2009

Der damals amtierende Oberbürgermeister sowie der Stadtbaurat Wenzel hoben bei verschiedenen Gelegenheiten die Bedeutung der Umwandlung der Kon-

versionsflächen für die Stadt Darmstadt hervor.

„Wenzel betonte gestern erneut, dass die Umnutzung (Konversion) der US-Flächen in Darmstadt mit seiner stetig wachsenden Einwohnerschaft das ‘wichtigste Stadtentwicklungsprojekt der nächsten Jahre’ sei“ (Baczyk 15.05.2009).

Meinen Beobachtungen zufolge wird diese Einschätzung nicht nur von Seiten der Politik und der Verwaltung, sondern auch von den Bürgern geteilt. Als Hinweis hierfür gilt der rege Zuspruch zu den von der Stadt angebotenen Veranstaltungen.

Im September 2009 lud die Stadt zum „Tag des offenen Tores“ ein, bei dem Bustouren über das Kasernengelände angeboten wurden. Dafür meldeten sich über 900 Personen an. Im Hinblick auf den angespannten Wohnungsmarkt in Darmstadt kann davon ausgegangen werden, dass viele Teilnehmer ein Interesse am Erwerb von Grundstücken oder Wohnungen haben und die Bustour als Besichtigungsmöglichkeit nutzten. Seit dem 11. September 2001 ist das Gelände nicht mehr frei zugänglich und durch einen Zaun abgesperrt. Die große Resonanz ist demnach auch durch Neugier erklärbar. Diejenigen, die schon länger in Darmstadt leben, erinnern sich daran, wie sie mit dem Fahrrad durch das Kasernengelände fuhren oder in dem dortigen Tanzclub feierten. Für das räumliche Gefüge der Stadt bedeutete die Errichtung des Zauns eine Zäsur. Bis dahin frei zugängliche Gebiete konnten nicht mehr von den Bürgern betreten werden, was durch den für alle präsenten Zaun sicht- und spürbar war und auch heute noch ist. Für einige Teilnehmer war die Bustour eine Erinnerungsfahrt und die Möglichkeit hinter den Zaun zu gelangen.

Die Teilnehmer hatten die Möglichkeit, auf Postkarten zu notieren, wie sie sich die Entwicklung der Konversionsflächen wünschen. Der Oberbürgermeister bezeichnete dies als den Startschuss des Bürgerbeteiligungsprozesses. Die Auswertung der „Wunsch-Postkarten“ wurde nicht veröffentlicht – weder auf der Website der Stadt Darmstadt noch in Form einer Pressemeldung. Als Grund hierfür nannte die Stadtverwaltung, dass das Ergebnis verfälscht sei, da eine Gruppe von Bürgern, die sich für gemeinschaftliches Wohnen einsetzen, mehrere Postkarten ausgefüllt hätten und dadurch überrepräsentiert seien. Da die



Schader-Stiftung die Stadt Darmstadt bei der Bürgerbeteiligung unterstützen sollte, bekam ich als Mitarbeiterin Einsicht in die Auswertung der Postkarten und kann sie nach Rücksprache auch für meine Untersuchung nutzen. Tatsächlich bestätigt die Auswertung das von der Stadtverwaltung wahrgenommene Bild<sup>42</sup>. Auf die Fragen „Welche ganz persönlichen Wünsche haben Sie an den Konversionsprozess in Darmstadt? Was sollen die Konversionsflächen zur Zukunft in Darmstadt beitragen?“ gaben 26,2%<sup>43</sup> „bezahlbares Wohnen für Familien“ und 42,7% „Mehrgenerationen Wohnen und Mischung unterschiedlicher Wohnformen“ an, ein Ergebnis, das sich damit erklären lässt, dass es in Darmstadt eine ausgeprägte Wohnprojekteszene gibt. Ebenfalls deutet das Durchschnittsalter der Umfragebeteiligten auf diesen Personenkreis hin, da Wohnprojekte häufig für das Wohnen im Alter geplant werden: 40,8% sind zwischen 60 und unter 75 Jahre (Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung 2009). Die formulierten Wünsche sollten ursprünglich an die Rahmenplaner weitergegeben werden, so dass sie diese in die Pläne einarbeiten können. Dies ist aus den bereits genannten Gründen nicht geschehen.

### 5.2.2 Nach dem „Startschuss der Beteiligung“

Nach dem so genannten „Startschuss der Beteiligung“ wurde in der Öffentlichkeit nicht kommuniziert, wie der Prozess fortgesetzt werden und in welcher Form die Beteiligung stattfinden sollte. Erst ein halbes Jahr später (im Februar) erschien in der Tageszeitung ein Artikel, in dem von den geplanten Werkstätten für die Bürger berichtet wurde. Ausführlich wurde über die Aushandlung eines Rahmenvertrags mit der BImA informiert. Dieser Rahmenvertrag sollte sicherstellen, dass die Stadt Darmstadt Einfluss auf den Verkauf der Flächen nehmen kann, da sie aus finanziellen Gründen nicht in der Lage sei die Flächen selbst zu erwerben (vgl. Görg 02.02.2010; Görg 19.02.2010). Festgelegt ist in der Rahmenvereinbarung, dass die zukünftigen Investoren die Kosten für die Infrastrukturmaßnahmen tragen müssen. Weiterhin wurden die Leser der Zeitungsartikel über die Planungshoheit der Stadt und deren Vorkaufs-

---

<sup>42</sup>Da den städtischen Mitarbeitern mein Forschungsinteresse bekannt war, wurden mir die Auswertungsergebnisse zur Verfügung gestellt.

<sup>43</sup>An den Bustouren nahmen über 900 Personen teil und 103 Postkarten wurden ausgefüllt.

recht informiert. Als nächste Schritte wurden Bestandsaufnahmen genannt, die besonders dann notwendig seien, falls die Stadt eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme einleite. Die Zusammenarbeit zwischen BImA und Stadt wird positiv beschrieben und ist durch die Vereinbarung geregelt. Außerdem wurde über die Einrichtung des Lenkungskreises Konversion berichtet, der aus Vertretern der Fraktionen sowie dem Dezernenten für Bauen, Planen und Verkehr und dem Dezernenten für Soziales und Wohnen besteht (vgl. Kapitel 5). „Dabei soll vor allem auch der Informationsfluss über das weitere Vorgehen gewährleistet werden“ (Görg 08.02.2010).

Nach dem Artikel über die geplante Bürgerwerkstatt erschien fünf Monate später, im Juli 2010, die Ankündigung und Einladung. Der „Startschuss der Beteiligung“ lag fast ein Jahr zurück.

### 5.2.3 Erste Planungswerkstatt – August 2010

Das Stadtplanungsamt sowie das Amt für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung planten die erste Planungswerkstatt Konversion für interessierte Bürger<sup>44</sup>. An einem der organisatorischen Treffen der Stadtverwaltung mit den externen Stadtplanungsbüros<sup>45</sup> und dem Moderatorenteam<sup>46</sup> konnte ich teilnehmen. An diesem Vorbereitungstreffen nahm kein Mitarbeiter der BImA teil. Der Zweck dieses Termins war die inhaltliche Vorbereitung der Planungswerkstatt und die Abstimmung mit den externen Auftragnehmern. Aus Sicht der Stadtverwaltung sollte das Ziel der Planungswerkstatt sein, den Bürgern den Ablauf des Konversionsprozesses deutlich zu machen und die damit verbundenen Fachbegriffe, beispielsweise den des Rahmenplans, zu erläutern. Zudem sollte die Möglichkeit bestehen, die Flächen noch einmal zu besichtigen, so dass die Teilnehmer selbst einen Eindruck bekommen, über welches Gebiet und über welche Gebäude bei der Planungswerkstatt gesprochen wird. Die Vermittlung

---

<sup>44</sup>Wie in Kapitel 3.3.4 beschrieben, sollten bis zu 200 Bürger an zwei Tagen die Möglichkeit haben, ihre Wünsche und Vorstellungen zu diskutieren. Die Ergebnisse sollten in die Rahmenplanung eingearbeitet werden.

<sup>45</sup>Für die Erstellung des Rahmenplans wurden externe Planungsbüros beauftragt.

<sup>46</sup>Die Moderation der Bürgerwerkstatt wurde öffentlich ausgeschrieben. Ausgewählt wurde ein Büro aus Freiburg, das bereits vielfältige Erfahrungen mit der Moderation von Bürgerbeteiligungsprozessen bei Stadtentwicklungsprojekten hat.

der Zusammenhänge, etwa welche Auswirkungen der Denkmalschutz oder der alte Baumbestand auf die Gesamtentwicklung haben, sollte im Mittelpunkt stehen.

Grundsätzlich wurde diskutiert, welche Einflussmöglichkeiten die Bürger überhaupt auf den Planungsprozess haben sollten und könnten. Es herrschte Konsens darüber, dass die Bürger Gestaltungsmöglichkeiten hätten, aber die Beschlüsse letztlich die Politik treffe. Aufschlussreich war die Frage einer Verwaltungsmitarbeiterin, was denn überhaupt das Ziel der gesamten Bürgerbeteiligung sei. Die Teilnehmer verständigten sich darauf, dass durch die Bürgerbeteiligung ein Meinungsbild der Bevölkerung abgefragt und von dem Erfahrungsschatz und dem Alltagswissen der Bürger profitieren werden könne. Die von der Stadt entworfenen Planungsszenarien/ -varianten<sup>47</sup> böten die Möglichkeit erste Interessenlagen herauszufiltern.

Ein weiterer Schwerpunkt des Vorbereitungstreffens war die Frage, wie die Teilnehmer für die Planungsworkstätten rekrutiert werden sollten. Einige Gruppen hatten bereits ihr Interesse bei der Stadt bekundet, darunter viele Privatpersonen und die Wohnprojektgruppen, die auf den Flächen wohnen und/oder Eigentum erwerben möchten. Diese könne man gezielt anschreiben und einladen. Daneben gab es bereits eine Interessengemeinschaft von Anwohnern, die sich für bzw. gegen die Durchfahrt des Kasernengeländes engagierten, da sie mit dem Neubezug der Konversionsflächen ein erhöhtes Verkehrsaufkommen in ihrem Wohngebiet befürchteten. Die Zusammensetzung der Teilnehmer sollte möglichst aus jeweils einem Vertreter einer Institution oder eines Verbandes und „freien“ interessierten Bürgern bestehen. Das Los sollte entscheiden, falls sich zu viele Teilnehmer anmeldeten.

Das beauftragte Moderationsbüro verfügte bereits über Erfahrungen in der Anleitung zweitägiger Bürgerveranstaltungen in anderen Kommunen und erlebte oft am zweiten Tag eine deutliche Reduzierung der Teilnehmerzahl. In Darmstadt wäre dies sehr wahrscheinlich nicht der Fall, vermutete die Modera-

---

<sup>47</sup>Das Planungsamt erarbeitete gemeinsam mit den externen Planungsbüros drei Planungsvarianten für das Konversionsgebiet, die auf der Bürgerwerkstatt zur Diskussion stehen sollten. Dabei sollte deutlich werden, dass keine Variante solitär für sich betrachtet werden kann, sondern einzelne Aspekte herausgegriffen werden können, um eine neue Variante zu erarbeiten.

torin. Zu dieser Annahme konnte sie nicht aus eigener Erfahrung gelangt sein, da es ihr erster Auftrag in Darmstadt war. Einen entsprechenden Hinweis wird sie von der städtischen Verwaltung erhalten haben. Aus deren Sicht und Erfahrungshintergrund sind die Darmstädter Bürger sehr aktiv und nutzen die Möglichkeiten beteiligt zu werden. Dabei kann auf Erfahrungswerte aus anderen Stadtentwicklungsprojekten zurückgegriffen werden, etwa bei dem Bau einer ICE-Trasse oder bei der so genannten Nord-Ost-Umgehung, bei denen sich die Bürger bis hin zu einem Bürgerentscheid aktiv einbrachten.

Das Verhältnis zwischen der Verwaltung und den engagementbereiten Bürgern scheint vor diesem Hintergrund angespannt zu sein. Dies zeigte sich unter anderem auch an der Äußerung, dass man schon wisse, was sich die Mehrzahl der Bürger wünschten, nämlich günstige Einfamilienhäuser mit Garten. Generell ist eine gewisse Skepsis der Verantwortlichen gegenüber den Bürgern herauszuhören — nicht bezüglich ihres Engagements, sondern gegenüber ihren Wünschen und ihrem Abstraktionsniveau. Es wird befürchtet, dass sie sich „Wolkenkuckucksheime“ vorstellen. Das Moderationsbüro nannte die Presse als wichtigen Partner, um die Bürger zu informieren und für das Thema zu sensibilisieren. Die Stadtverwaltung beschreibt das Verhältnis zur lokalen Presse jedoch als schwierig. Tatsächlich war der Artikel, in dem zur Planungswerkstatt eingeladen wurde, leicht zu übersehen. Er war auf der unteren Hälfte der letzten Seite des Lokalteils zu finden. Der Blick der Lesers wurde auf die obere Hälfte gelenkt, da dort ein Artikel mit großem Bild zu sehen war.

Die Planungswerkstatt für die Bürger fand dann am 21. und 22. August 2010 statt. Ziel der Veranstaltung war laut Einladung:

„Gemeinsam mit einem externen Planungsbüro und Fachleuten aus der Verwaltung [...] mit Bürgerinnen und Bürgern in kleinen Dialogrunden wichtige Fragestellungen zu beantworten und Botschaften für die weitere Bearbeitung des Rahmenplans zu erarbeiten“ (Wissenschaftsstadt Darmstadt 12.07.2010 Einladungsschreiben).

Es nahmen über 220 Bürger an der Veranstaltung teil. Die Einschätzung der Stadtverwaltung, es werde einen großen Zulauf geben, bestätigte sich demnach. Ich selbst nahm offiziell als Vertreterin der Schader-Stiftung teil und konnte

problemlos teilnehmend beobachten und Notizen machen.

In seiner Begrüßung erinnerte der Oberbürgermeister die Teilnehmer daran, nicht allein ihre Partikularinteressen zu vertreten, sie sollten vielmehr daran mitarbeiten, dass „echte Quartiere der Bürgerschaft“ entstehen. Weiter sprach er von einem „Darmstädter Weg“, der für eine neue Qualität der Beteiligung stehe (vgl. Kron/ Krüger 2010: 1). Der Appell an die Bürger, ihre eigenen Interessen zurückzustellen, drückt die Skepsis der Verwaltung gegenüber den Bürgern aus. Es wird nicht davon ausgegangen, dass die Bürger per se an das Allgemeinwohl denken, sondern sie müssen bei der Begrüßung daran erinnert werden. Dies könnte als Bevormundung und Unterstellung verstanden werden, von Seiten der Teilnehmer war aber keine Unruhe zu spüren. Im Gegenteil, die Begrüßung des Oberbürgermeisters erntete Applaus und wurde demnach nicht als unangemessen empfunden. Theoretisch wäre durch die bevormundende Haltung des Oberbürgermeisters gleich zu Beginn der Veranstaltung Konfliktpotenzial vorhanden gewesen. Nach der Begrüßung, in der die Bedeutung der Konversionsflächen für die Darmstädter Stadtentwicklung betont wurde, stand ein so genannter Infotalk<sup>48</sup> auf dem Programm, bei dem die Amtsleiter des Planungsamtes und des Amtes für Wirtschaft und Stadtentwicklung sowie der Verkaufsleiter der BImA dem Publikum Rede und Antwort standen. Dabei wurde u.a. geklärt, was unter Planungshoheit zu verstehen ist, wem die Flächen gehören, wer sie verkauft. Das Publikum wollte insbesondere wissen, ob einzelne Parzellen gekauft werden können oder ob die Flächen als Gesamtpaket an einen großen Investor verkauft werden. In der Regel würden große Flächen an einen Investor vergeben, aber auch eine kleinteiligere Vermarktung sei laut dem Vertreter der BImA denkbar. Abschließend könne diese Frage erst beantwortet werden, wenn die Nutzungskonzepte festgelegt seien. Das Interesse an der Verkaufsstrategie lässt auf die Intention der Teilnehmer schließen: Eigentümer oder Mieter auf den Konversionsflächen zu werden.

Bereits in der ersten Fragerunde bezeichneten einige Teilnehmer das Gebiet der ehemaligen Cambrai-Fritsch Kaserne als „Filetstück“. Hier wurde von Seiten der Stadt darauf hingewiesen, dass die Bürgerwerkstätten dazu dienen,

---

<sup>48</sup> Anstatt einen einführenden Vortrag mit Informationen zu halten, wurden den wichtigsten Akteuren Fragen gestellt.

gemeinsam über die Gestaltung nachzudenken und dass der Begriff „Filetstück“ bewusst nicht mehr verwendet werden solle. Wie die Bebauung aussehen werde, sei offen und entsprechend sollten keine wertenden Begriffe verwendet werden. Möglicherweise befürchteten die städtischen Vertreter, dass sich die Gebiete unterschiedlich entwickeln könnten: das „Filetstück-Gebiet“, in dem jeder leben möchte und das andere Gebiet, das der soziale Wohnungsbau dominiert und sich zu einem Problemviertel entwickeln könnte. Auch hier ist, ähnlich wie bei der Begrüßung, die Verwaltung sinnbildlich als Lehrer aufgetreten und hat den „Schülern“ – den Veranstaltungsteilnehmern – ein Wort verboten. Der Tonfall war dabei ebenfalls „belehrend“. Ein Begriff darf in einem speziellen Kontext nicht mehr benutzt werden. Dennoch entsteht keinerlei Unmut darüber. Die Presse ließ sich jedoch nicht davon abhalten, in dem Bericht über die Planungswerkstatt wieder vom „Filetstück“ zu schreiben (vgl. Baczyk 23.08.2010).

Der nächste Punkt auf der Tagesordnung war die Vorstellung der Voruntersuchungen der externen Planungsbüros zum Thema Verkehr, Landschaft und Städtebau. Damit sich die Teilnehmer selbst ein Bild machen konnten, fand zum Abschluss des ersten Tages der Planungswerkstatt eine Begehung der Flächen in kleinen geführten Gruppen statt. Die Führungen – per Fahrrad, zu Fuß oder mit einem Bus – übernahmen Mitarbeiter der städtischen Verwaltung und der BImA. An verschiedenen Stellen waren wiederum Planer bzw. Mitarbeiter platziert, die zu bestimmten Themen einen kleinen Vortrag vorbereitet hatten und Fragen der Bürger beantworteten, etwa zur Verkehrsplanung, dem alten Baum- und Gebäudebestand oder den Grünflächen. Insgesamt wurde bei den Fragen und der Diskussion deutlich, dass sich ein großer Teil der Teilnehmer bereits mit den Konversionsflächen beschäftigt hatte und ein bestimmtes Interesse verfolgte. Beispielsweise wurde die Frage nach der Vermarktung einzelner Parzellen von einer Teilnehmerin gestellt, die sich für ein gemeinschaftliches Wohnprojekt engagiert, oder die Frage nach der Öffnung der Cooperstraße<sup>49</sup> stellte eine Anwohnerin des benachbarten Stadtteils.

Am zweiten Tag der Bürgerwerkstatt stellten die externen Planungsbüros drei Planungsvarianten vor und erläuterten, dass die Varianten nicht für sich

---

<sup>49</sup>Eine Straße, die nicht befahrbar ist, da sie innerhalb des Kasernengeländes liegt. Die Öffnung der Straße würde die Zufahrt zu einer Schule erleichtern.

als Ganzes stehen, sondern ihre Elemente über die Varianten hinweg „gemischt“ werden können. Die Varianten unterschieden sich hauptsächlich durch die Aspekte Städtebau, Freiraum- und Verkehrsplanung. Je nach Variante waren die zukünftigen Wohngebiete an die bestehenden Wohnquartiere angebunden oder durch Grünflächen abgegrenzt. Außerdem wurden unterschiedliche Möglichkeiten vorgestellt, wie weit und an welcher Stelle die Straßenbahn in das Viertel geführt werden könnte. Gleichzeitig beinhalteten die Vorschläge unterschiedliche Schulstandorte und Wohnbauformen von Reihenhäusern bis hin zu Mehrfamilienhäusern. Die Varianten waren auf Plänen visualisiert und an Pinnwände gehängt. Die Teilnehmer hatten die Möglichkeit auf Kärtchen zu schreiben, was sie gut oder schlecht an den Varianten fanden. Insgesamt wurden über tausend solcher Kärtchen ausgefüllt und angepinnt. Sie wurden anschließend von dem Moderationsbüro ausgewertet. Obwohl der zweite Tag der Planungswerkstatt ein Samstag und das Wetter sehr schön war, kamen die Teilnehmer wieder zahlreich, etwa 200 Bürger. Auffällig und aussagekräftig im Hinblick auf die Zusammensetzung der Veranstaltungsteilnehmer war, dass es immer Applaus gab, wenn das Thema Reduzierung des Autoverkehrs und die Förderung des ÖPNVs und Radverkehrs angesprochen wurde.

Die städtische Verwaltung war mit der Veranstaltung laut eigener Aussage zufrieden. Sie konnte ihre Vorstellungen vermitteln und stieß nicht auf Widerstand. Nach „Stuttgart 21“ ist in den Verwaltungen vielfach mehr Vorsicht bezüglich der Planung von Großprojekten zu beobachten. Der „Wutbürger“, der Prozesse verlangsamen und verkomplizieren kann, dominiert das Bild, das viele Verwaltungsmitarbeiter in Bezug auf Engagierte zum Ausdruck bringen. Die Bürger wiederum erhielten im Rahmen der Planungswerkstatt viele Informationen und konnten darüber hinaus ihre Gestaltungspläne artikulieren. In den Gesprächen während der Pausen und bei der Besichtigung der Flächen war viel Anerkennung, für die Organisation der Veranstaltung zu hören.

Aus den Vorschlägen der Bürger schlossen die städtischen Akteure, dass die Bürger vergleichsweise realistisch denken und deren Vorstellungen nicht von „Luftschlössern“ dominiert sind. Die Komplexität des Planungsprozesses wurde deutlich. Möglicherweise war vielen Bürgern vorher nicht bekannt, wer Eigentümer der Flächen ist und wie viele Ämter und Mitarbeiter an dem Pla-

nungsprozess beteiligt sind. Eine gewisse Skepsis seitens der Bürger darüber, ob ihre Wünsche und Vorschläge tatsächlich berücksichtigt werden, blieb dennoch bestehen. Dies wurde während der Pausengesprächen der Teilnehmer deutlich. Interessant war zu beobachten, wie einzelne Teilnehmer versuchten ihre Interessen bzw. die ihrer Gruppe zu vertreten und Mitstreiter unter den anderen Teilnehmern zu gewinnen. Besonders die Kleingruppen am zweiten Tag wurden hierfür genutzt. Auf Grundlage der teilnehmenden Beobachtung konnten die Teilnehmer in verschiedene Kategorien eingeteilt werden: die „institutionalisierten“ Bürger, etwa Mitglieder von Wohngruppen; Kaufinteressenten; Anwohner der umliegenden Stadtquartiere; beruflich Interessierte, etwa eine Mitarbeiterin der IHK; am Planungsprozess Interessierte. Je nach Gruppenzugehörigkeit unterschieden sich die Argumente der Teilnehmer. So setzten sich besonders die Anwohner der Konversionsareale für ein autofreies Quartier ein. Durch ein vermehrtes Verkehrsaufkommen könnten sie gestört werden oder weniger Parkplätze zur Verfügung haben. Die Kaufinteressenten engagierten sich für eine kleinteilige Vermarktung, d.h. keine Veräußerung der BImA an einen großen Investor.

Die Dokumentation der Bürgerwerkstatt, inklusive der Auswertung der angepinnten Karten, wurde von dem Moderationsbüro übernommen. Die Wünsche und Vorstellungen der Bürger decken sich interessanterweise in vielen Bereichen mit denen der städtischen Verwaltung, wie ein Vergleich mit der Dokumentation des verwaltungsinternen Werkstattgesprächs aus dem Jahr 2008 ergibt. Die Übereinstimmungen zeigen sich besonders in den Bereichen Freiraum, Wohnraumentwicklung und Verkehr (vgl. Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung 2008).

### **5.2.4 Gründung der Interessengemeinschaft Wohnen auf den Konversionsflächen (IG WaK)**

Am Ende der Bürgerwerkstatt hängte eine Gruppe von Teilnehmern eine Liste aus, auf der sich diejenigen eintragen sollten, die sich auch über die von der Stadt gebotenen Beteiligungsmöglichkeiten hinaus weiter mit der Planung der Konversionsflächen beschäftigen wollten. Ziel dieser informellen Liste sollte die Vernetzung der Bürger untereinander sein, ohne Einbeziehung der städtischen



Verwaltung oder Vertreter politischer Parteien.

Zwei Monate nach der von der Stadt organisierten Bürgerwerkstatt wurde über den so entstandenen Email-Verteiler zu einer selbstorganisierten Planungswerkstatt im Offenen Haus der evangelischen Kirche eingeladen. Die Interessengemeinschaft firmierte zunächst unter dem Titel „Interessengemeinschaft Wohnen auf den Konversionsflächen“, benannte sich jedoch um in „Interessengemeinschaft Leben auf den Konversionsflächen“. Die Federführung übernahmen die AG Konversion der Lokalen-Agenda-21 Gruppe und der Runde Tisch Gemeinschaftlich Wohnen. Das Ziel war es, eine „gemeinsame Perspektive für die Konversionsflächen in Darmstadt zu entwickeln“ (vgl. Einladungsschreiben 10.11.2010). „Wir sehen unsere Beteiligung als Ergänzung zum kommunalen Planungsprozess“ (vgl. ebd.).

### 5.2.5 Fachforen Konversion der Schader-Stiftung – September 2010

Im Rahmen meiner Tätigkeit bei der Schader-Stiftung konzipierte und organisierte ich eine zweitägige Veranstaltung, die sich in vier Fachforen mit den Themen „Zukunftsorientierte Stadtplanung“, „Immobilie und Ökonomie“, „Energie und Infrastruktur“ und „Demographie / Neues Wohnen“ untergliederte. Neben dem Fachpublikum, das u.a. aus Vertretern der Stadt und Planern bestand, wurden auch interessierte Bürger zu den Fachforen eingeladen. Die Teilnehmer konnten wählen, ob sie einzelne der halbtägigen Fachforen oder die Veranstaltung insgesamt besuchten. Das Ziel der Fachforen war es, den Konversionsprozess inhaltlich durch Vorträge und Diskussionen zu bereichern (vgl. Einladung der Schader-Stiftung August 2010). Die Themen wurden mit der städtischen Verwaltung abgestimmt und als wesentlich für den Prozess betrachtet. Die Beiträge der eingeladenen Referenten und Fachmoderatoren, die explizit nicht aus Darmstadt kamen, wurden durch die rege Teilnahme des Publikums in den regionalen Kontext überführt.

Um für die Veranstaltung zu werben, fand vorab ein Pressegespräch mit dem Bau- und dem Sozialdezernenten statt. An diesem Gespräch nahm ich teil, da ich verantwortlich für die Planung und Organisation der Fachforen war. Die beiden Dezernenten betonten, wie der Oberbürgermeister bei anderer Gelegenheit, dass der Konversionsprozess zur Zeit die wichtigste Planungsauf-

gabe der Stadt sei und dafür Partner gebraucht würden. Erwähnenswert ist eine Frage des Journalisten der lokalen Tageszeitung. Er wollte von den beiden Dezernenten wissen, wie sie sich erklären, dass die Darmstädter laut der neusten Umfragen des Statistikamtes mit ihrer Stadt zufrieden sind und sich zugleich durch hohe „Meckerkompetenz“ auszeichnen. Die Antworten darauf waren weniger aufschlussreich als die Frage selbst. Die Presse gilt allgemein als Beobachterin und Spiegel des Alltags. Die Frage impliziert die Beobachtung: der grundsätzlichen Zufriedenheit der Darmstädter Bürger auf der einen und des latenten Unmuts auf der anderen Seite.

Die Fachforen waren weniger gut besucht als erwartet, da die Teilnehmerzahl nicht dem Stand der Anmeldungen entsprach. Die Gesprächsatmosphäre kann als konstruktiv bezeichnet werden. Die Teilnehmer hörten sich die Vorträge ohne Zwischenrufe oder unaufgeforderte Wortbeiträge an. Erst als die Moderation das Publikum aufforderte sich einzubringen, wurden zahlreiche Fragen gestellt. Aus einigen Äußerungen ging hervor, dass viele der Anwesenden an der Planungswerkstatt der Stadt Darmstadt teilgenommen hatten und diese positiv bewerteten.

Hervorzuheben ist die Reaktion einer Stadtverordneten, die ihre Befürchtungen bezüglich der Bürgerbeteiligung zum Ausdruck brachte und auch in dem Bericht der Tageszeitung zitiert wurde.

„Am Ende werde die Politik zum Prügelknaben gemacht, weil sich nicht alle Wünsche erfüllen ließen und weil bis zum Baubeginn auf den Kasernenflächen noch viel Zeit vergehen werde“ (Baczyk 25.09.2010).

Betrachtet man die Aussage fast drei Jahre später – nach der Kommunalwahl –, stellt man fest, dass sich diese Stadtverordnete mittlerweile in der Opposition befindet und sich ihre Partei bei vielen Gelegenheiten negativ über das Tempo der Entwicklung äußert.

Für die vorliegende Untersuchung war besonders das Fachforum zum Thema Bürgerbeteiligung von Interesse. Der wissenschaftliche Vortrag gab einen allgemeinen Überblick über die Begriffe, Verfahren, Nutzen und Risiken von Bürgerbeteiligung. Dieses Fachforum war am besten besucht und es wurden

auffallend viele Fragen gestellt. In der Presse wurde diesem Fachforum ebenfalls ein großer Stellenwert zugeschrieben und relativ ausführlich darüber berichtet.

„Durch Bürgerbeteiligung erhalte die Verwaltung wichtige Impulse, zudem wachse die Akzeptanz von Planungsprojekten in der Bürgerschaft. ‘In vielen Städten wächst der Leidensdruck, weil große Projekte ohne Bürgerbeteiligung gar nicht mehr durchsetzbar sind’, sagte die Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung. ‘Wenn Bürger mit fertigen Plänen konfrontiert werden, gibt es fast immer Ärger’, habe ein Planungsamtsleiter erklärt. Wäre die Aachener Wissenschaftlerin mit den Darmstädter Verhältnissen vertraut, sie hätte auch dort Beispiele zur Bestätigung der Aussage gefunden – von der ICE-Anbindung bis zur Nordostumgehung. Nicht zuletzt diese Erfahrungen mögen die Stadt bewogen haben, bei der Konversion die Bürger umfassend in den Planungsprozess einzubeziehen.“ (Baczyk 25.09.2010:13).

Hier wird deutlich, welchen Stellenwert das Thema Bürgerbeteiligung bei der Stadtentwicklung in Darmstadt hat. Große Stadtentwicklungsprozesse, etwa der Bau einer Umgehungsstraße und die Trassenführung der ICE-Anbindung sind auf Widerstand in der Bevölkerung gestoßen. Aufgrund dieser negativen Erfahrungen wollen sich sowohl die Verwaltung als auch die Stadtverordneten mit dem Thema Bürgerbeteiligung befassen und nutzen die Möglichkeit sich darüber zu informieren. Außerdem waren die engagierten Bürger an den Erfahrungen aus anderen Städten interessiert.

Eines der wichtigsten Ergebnisse aller vier Fachforen war es, in Fragen der Quartiersentwicklung eine langfristige Perspektive einzunehmen, um auf zukünftige Entwicklungen reagieren zu können. Die Dialogorientierung und der fachliche Austausch während des gesamten Prozesses wurde als Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung der Quartiere betrachtet.

### 5.2.6 Wohnprojektetag – September 2010

Der alljährlich stattfindende Darmstädter Wohnprojektetag<sup>50</sup> stand im September 2010 ganz im Zeichen der Entwicklung der Konversionsflächen. Dies wurde zum einen durch den Blick auf das Programm deutlich – ein Vortrag über die Entwicklung der Konversionsflächen in Gießen mit anschließender Diskussion wurde dort angekündigt – und zum anderen durch sofort ins Auge stechende farbige Zettel an vielen Ständen. Auf diesen bekundeten die Wohnprojekte ihr Interesse an Grundstücken bzw. Gebäuden auf den Konversionsflächen. Auf den Zetteln stand „Wir möchten auf eine Konversionsfläche“. Jede Wohnprojektinitiative hatte ein Flipchart und einen Tisch zur Präsentation ihrer Projekte zur Verfügung. Auf den Flipcharts waren Bilder der „Projektler“ und, falls vorhanden, erste Pläne der geplanten Gebäude. Die meisten Wohngruppen verfügen noch nicht über ein Grundstück oder Haus und sehen in den Konversionsflächen großes Potential. Die Veranstaltung war sehr gut besucht.

Die Planungswerkstatt der Stadt Darmstadt wurde mehrfach positiv erwähnt, die Bürger fühlten sich ernst genommen und hatten den Eindruck, Einfluss auf die Entwicklung nehmen zu können. Es wurde jedoch auch mehrfach betont, wie wichtig es sei, sich weiterhin zu engagieren. Bedauert wurde, dass die Stadt zwar die Planungshoheit besitzt, aber nicht Eigentümerin der Flächen ist. Die Kommunalwahlen im März 2011 sollten dazu genutzt werden, durch die „richtige“ Wahlentscheidung den Prozess im Sinne der Wohnprojektinitiativen positiv zu beeinflussen. Hier wurde auf den Oberbürgermeisterkandidat der Grünen angespielt, der allein durch seine Anwesenheit deutlich signalisierte, dass er sich für die geplanten Wohnprojekte einsetzt. Eine Parteikollegin plädierte hingegen dafür, den Entwicklungsprozess der Konversionsflächen nicht zum Wahlkampfthema zu machen. Bisher seien sich alle Dezernenten und Parteien weitgehend einig und dies sei besonders im Hinblick auf die Verhandlungen mit der BImA sehr wichtig. Die Fachforen der Schader-Stiftung wurden positiv erwähnt und auf die nächste Planungswerkstatt im Februar 2011 hingewiesen.

---

<sup>50</sup>Der Wohnprojektetag wird von dem Runden Tisch „Gemeinschaftlich Wohnen Darmstadt“ organisiert. Es handelt sich dabei um eine Selbstpräsentation der Darmstädter Wohnprojekte, um die Besucher zu informieren und Kontakte zu knüpfen.

Viele der anwesenden Personen hatten bereits an der Planungswerkstatt und an den Fachforen der Schader-Stiftung teilgenommen.

### 5.2.7 Veranstaltung im Offenen Haus – November 2010

Im Offenen Haus der Evangelischen Kirche fand eine Veranstaltung mit einer Bundestagsabgeordneten der SPD zum Thema Bürgerbeteiligung statt. Zunächst erläuterte sie, welche direktdemokratischen Einflussmöglichkeiten gesetzlich vorgesehen sind.

Die meisten Teilnehmer sprachen sich für mehr direkte Demokratie aus, dabei wurde kontrovers diskutiert, wer entscheiden darf. Dürfen bei „Stuttgart 21“ nur die Stuttgarter abstimmen, alle Baden-Württemberger oder sogar alle Deutschen? Die Anwesenden plädierten dafür, dass nur die direkt Betroffenen das Recht dazu haben dürften. Die Bundestagsabgeordnete gab zu bedenken, dass von einer guten Zugverbindung alle profitieren oder niemand einen Standort für ein atomares Endlager in seiner Nähe haben möchte, jedoch fast jeder den Atomstrom nutzt. Dieses Phänomen wird als Nimby bezeichnet (Not in my backyard).

Als großes Problem wurde die mangelnde Transparenz genannt. Die Bürger würden nicht rechtzeitig über Großprojekte informiert. In Darmstadt übernahm – nach Aussage einer engagierten Bürgerin – eine Bürgerinitiative die Informationsarbeit zu der geplanten Umgehungsstraße (Nordost-Umgehung), aber nicht die Stadt. Die Ausgestaltung der formellen Beteiligung ist trotz rechtlicher Vorgaben sehr unterschiedlich. Es wurde kritisiert, dass es zu wenig direkte Demokratie gebe, beispielsweise könne das Volk noch nicht einmal den Bundespräsidenten wählen. Auch dass die Kommunalwahlen nur alle fünf Jahre statt finden, bedeute zu wenig Mitsprachemöglichkeit. Die Anwesenden möchten besonders auf Belange ihrer Stadt Einfluss nehmen können.

Die Bürgerwerkstätten zu den Konversionsflächen wurden ausführlich thematisiert. Ein Teilnehmer kritisierte, dass letztendlich die Politik und die Verwaltung die Entscheidung bezüglich der Planung der Konversionsflächen treffen. Er berichtete von einem Beispiel für Bürgerbeteiligung aus dem Darmstädter Stadtteil Eberstadt. Dort wurden die Bürger eingeladen, um sich über die Gestaltung des Rathausvorplatzes auszutauschen. Jeder konnte seine Meinung

und Gestaltungsvorstellungen artikulieren. Die Entscheidung, ein Kompromiss, traf die Politik. Mit dem Ergebnis waren seiner Ansicht nach alle unzufrieden. Ein zufriedenstellendes Ergebnis hätte nach Auffassung des Teilnehmers erzielt werden können, wenn die Bürger sich zusammengesetzt und selbst eine Lösung erarbeitet hätten. Diese Meinung wird jedoch nicht von allen Anwesenden geteilt, da nicht alle Bürger so viel Zeit mitbringen können, um sich so lange zu beraten bis alle zufrieden sind und es fraglich bleibe, ob dieses Verfahren tatsächlich zu einem Konsens geführt hätte.

Das Fazit der Veranstaltung war auf den ersten Blick widersprüchlich. Auf der einen Seite sprachen sich die Teilnehmer gegen Lobbyismus und die Willensdurchsetzung einzelner Politiker aus, vertraten aber auf der anderen Seite selbst ganz bestimmte Interessen. Sie fordern an ihrem Wohnort mehr Mitspracherechte, gestehen diese aber nicht den angrenzenden Stadtteilen zu. Beispielsweise problematisierten die Teilnehmer, dass die am Stadtrand gelegenen Darmstädter Stadtteile an dem Bürgerentscheid zur Nord-Ost-Umgehung teilnehmen konnten, obwohl sie nicht direkt betroffen gewesen seien. Es wurde deutlich, dass die Teilnehmer der Veranstaltung mehr partizipieren möchten, aber dies nicht allen Bürgern zugestehen. Damit verhalten sie sich nicht anders als die Lobbyisten und Politiker, die sie kritisieren. Den engagierten Bürgern ist dies nicht bewusst, da sie sich aus ihrer Sicht für das Allgemeinwohl einsetzen bzw. für das der Betroffenen. Insgesamt war die Gruppe homogen und es kam zu keiner tiefer gehenden Kontroversen.

### **5.2.8 Planungswerkstatt der Interessengemeinschaft „Wohnen auf den Konversionsflächen“ – November 2010**

Die Interessengemeinschaft Wohnen auf den Konversionsflächen (IG WaK) lud zu der Veranstaltung „Lebendige Wohngebiete aus brachliegenden Militärflächen“ ein. In der Einladung hieß es:

Wir möchten Interessen und Bedürfnissen der zukünftigen NutzerInnen auf den Geländen der LINCOLN-Siedlung, der CAMBRAI-/FRITSCH-Kasernen und der JEFFERSON-Siedlung eine Stimme geben. Damit begleiten wir aktiv den kommunalen Planungsprozess

und bringen unsere Ideen kreativ und im Austausch miteinander ein (Herv.i.O.)“ (E-Mail der IG WaK, 10.11.2010).

Die Einladung wurde über den Verteiler, der auf der Planungswerkstatt Konversion entstanden war, verschickt und durch Interessierte, die sich auf dem Wohnprojektetag in die Liste eingetragen hatten, ergänzt. Die städtische Verwaltung wurde zu diesem Termin nicht eingeladen, vielmehr sollten die Ergebnisse an diese weitergereicht werden, damit sie bei der Planung berücksichtigt werden. Aus Sicht der Verwaltung bestand die Befürchtung, dass sich ein paralleler Prozess entwickelt.

Die Veranstaltung fand ebenfalls im Offenen Haus der Evangelischen Kirche statt wie die Veranstaltung mit der Bundestagsabgeordneten. Der Raum war mit mehreren Tischgruppen ausgestattet, die mit Pergamentpapier bespannt waren und auf den Tischen lagen Stifte. Es sollte also offensichtlich die World Café-Methode eingesetzt werden. Der Raum und die Stühle waren voll besetzt, d.h. es nahmen ca. 50 Personen teil. Viele der Anwesenden hatten auch an den vorhergehenden Veranstaltungen zum Thema Konversion und Bürgerbeteiligung teilgenommen.

Ein Vertreter der Agenda-Gruppe Verkehr begrüßte die Anwesenden und erläuterte, wer als Veranstalter fungierte. Bei der IG WaK (später umbenannt in IG LaK: Interessengruppe Leben auf den Konversionsflächen) handelt es sich um einen Zusammenschluss des Runden Tisches Gemeinschaftliche Wohnen und der Lokalen-Agenda-21-Gruppen. Die Entwicklung der Konversionsflächen ist ein Querschnittsthema aller Agenda-Gruppen. Die meisten Teilnehmer der Veranstaltung stammten aus Darmstadt und waren Mitglieder von Wohnprojekten<sup>51</sup> – das ergab eine Publikumsbefragung zu Beginn der Veranstaltung. Der Grund für das große Interesse der Wohngruppen an dem Prozess ist, dass sie auf den Konversionsflächen leben möchten und hier die Chance sehen, ein passendes Grundstück zu finden.

Nach der Begrüßung hielt ein aktives Wohnprojektmitglied einen Einführungsvortrag. Zunächst erläuterte sie, was allgemein unter Bürgerbeteiligung verstanden wird. Dabei bezog sie sich auf unterschiedliche Definitionen. Ihrem

---

<sup>51</sup>Insgesamt gibt es 11 organisierte Wohnprojektinitiativen in Darmstadt.

Verständnis zufolge geht es dabei vor allem um Kooperation – im Gegensatz zur Sichtweise der Vertreter der städtischen Verwaltung. Anhand einer Folie zeigte sie die Beteiligten am Konversionsprozess auf (BImA, Magistrat, Verwaltung, Stadtverordnete, Hessenagentur, Schader-Stiftung usw.). Sie stellte fest, dass alle genannten Akteure unterschiedliche Interessen haben, etwa die BImA so viel Profit wie möglich zu erwirtschaften. Wichtig sei es nun die Interessen der Bürger zu bündeln. Ihr sei aufgefallen, dass die anderen genannten Akteure vor der Planungswerkstatt einen Wissensvorsprung hätten, da sie sich bereits über ihre Ziele geeinigt hätten, aber die Bürger nicht. Dann erläuterte sie die Vorbehalte der Stadt gegenüber Bürgerbeteiligung und ebenso die Vorbehalte der Bürger gegenüber der Stadt. Sie zeigte die Vorteile der Bürgerbeteiligung auf. Der Vortrag verdeutlichte ein großes Misstrauen gegenüber der Verwaltung und der Politik. Es wird stark daran gezweifelt, dass die Stadt ein tatsächliches Interesse an der Beteiligung, in Form von Mitbestimmung der Bürger hat.

Von den Teilnehmern wurde kritisiert, dass die Ergebnisse der Planungswerkstatt noch nicht ausgewertet und veröffentlicht worden seien. Dies wurde auch in dem Presseartikel über die Veranstaltung aufgenommen (vgl. Darmstädter Echo 20.11.2010). Die Teilnehmer der Bürgerwerkstatt gewannen so den Eindruck, dass ihre Ideen nicht in die Planung eingearbeitet würden. Ich nahm an dieser Veranstaltung als Doktorandin teil und hatte nicht die Aufgabe von dem aktuellen Sachstand zu berichten.

Während eines Pausengesprächs mit einem Teilnehmer der Veranstaltung, der von Gießen nach Darmstadt gezogen war, berichtete dieser mir, dass er sofort nach seinem Umzug in Darmstadt eine sehr hohe Partizipationsbereitschaft feststellte – auch die Beteiligung im Internet, z.B. bei der Nord-Ost-Umgehung, sei vergleichsweise hoch. Seine Erfahrungen in Gießen waren anders. Dies bestätigt den Eindruck der Moderatorin der Planungswerkstatt der städtischen Verwaltung: Besonders Nicht-Darmstädtern oder „Neubürgern“ fällt die rege Beteiligung der Darmstädter auf.

In den einzelnen Gruppen an den Tischen wurde über die Themen Verkehr, Gewerbliche Nutzung/ Eigentumsverhältnisse, Ökologische Bauweise/ Flächennutzung, Energiekonzept, Soziale Mischung und Gemeinschaftseinrich-



tungen diskutiert. Ähnlich wie bei der Planungswerkstatt der Stadt nutzten die Vertreter einzelner Wohnprojekte die Chance für ihre Projekte zu werben. Außerdem trat auch wieder eine Gruppe auf, die den autofreien Verkehr fördern möchte. Die Ergebnisse in den Arbeitsgruppen unterschieden sich nach meinem Eindruck nicht wesentlich von denen in der Planungswerkstatt. Nach der Auswertung der Veranstaltung und der Zusendung des Protokolls wurde dieser Eindruck von den Veranstaltern bestätigt.

„Wir waren sehr überrascht, dass sich die Ergebnisse, die wir bei unserer Veranstaltung erhalten hatten sich doch anscheinend sehr denen der Planungswerkstatt ähneln (sic).“ (E-Mail von der IG LaK, 19.12.2010).

So bevorzugten die Teilnehmer eine soziale Mischung, die besonders durch unterschiedliche Wohnbebauung, d.h. sowohl Mehrgeschossbau als auch Einfamilienhäuser, sichergestellt werden soll. Sie wünschen sich eine Nachbarschaft, in der man sich gegenseitig unterstützt. Dabei soll sich die Nachverdichtung in Grenzen halten, so dass viele Freiflächen erhalten bleiben. So wenig wie möglich Autos sollen in den neuen Stadtteilen vorhanden sein, was durch Car-Sharing und verbesserten ÖPNV erreicht werden soll. Die Nahversorgung findet idealerweise über Läden im Viertel statt. Die Häuser sollen Passivhäuser sein. Die Energieversorgung könnte genossenschaftlich organisiert werden.

Kurz nach der Veranstaltung fand eine organisatorische Sitzung der Stadtverwaltung zur Vorbereitung der nächsten Planungswerkstatt statt. Dort thematisierte ich den Unmut der Teilnehmer über die späte Zusendung der Dokumentation der letzten Planungswerkstatt. Inzwischen war sie mit einem Schreiben, das die späte Zusendung entschuldigte, an alle Teilnehmer versendet worden und auf der Website der Stadt zum Herunterladen zur Verfügung gestellt. Mir wurden verschiedene Gründe für die späte Veröffentlichung genannt – Krankheit, Urlaub, hoher Abstimmungsbedarf. Demnach spielen bestimmte Mitarbeiter eine so große Rolle, dass durch deren Ausfall der Bürgerbeteiligungsprozess ins Stocken geraten kann. Für die engagierten Bürger ist dies jedoch nicht nachvollziehbar, da es nicht kommuniziert wurde.

### **5.2.9 Diskussionsrunde mit den Oberbürgermeisterkandidaten – Januar 2011**

Im Januar 2011 fand eine Podiumsdiskussion mit den Oberbürgermeisterkandidaten statt. Als Organisator der Veranstaltung war die Interessengemeinschaft LaK angekündigt. Der Schwerpunkt dieser Veranstaltung lag auf der Frage: „Wie kann aus den Konversionsflächen ein neues umwelt-, generationen- und sozialverträgliches Quartier werden?“ (E-Mail der IG LaK, 9.1.2011). Eingeladen wurde unter anderem über die E-Mail-Verteiler der IG LaK, der Agenda-21-Gruppen und der gemeinschaftlichen Wohnprojekte. Die Veranstaltung wurde teilnehmend beobachtet. Insgesamt waren rund 120 Interessierte anwesend, das Durchschnittsalter war relativ hoch, das heißt, der Großteil der Teilnehmer dürfte sich bereits im Ruhestand befunden haben.

Vor der Veranstaltung hatten die Organisatoren die Oberbürgermeisterkandidaten zu Themen wie Verkehr, Wohnbebauung und Infrastruktur, die sich auf die Entwicklung der Konversionsflächen bezogen befragt, „damit die Kandidaten keine Allgemeinplätze vortragen, sondern konkrete Antworten geben und sich als OB-Kandidaten qualifizieren können“ (Einladung IG LaK, 9.1.2011). Zu Beginn fassten die Interviewer die Ergebnisse kurz zusammen und boten den Kandidaten die Möglichkeit, dazu Stellung zu beziehen. Anhand der Fragen wurde deutlich, welche Interessen die Organisatoren der Veranstaltung vertraten. Viele der Fragen befassten sich mit den Möglichkeiten, wie Wohngruppen auf den Flächen leben und zu günstigen Häusern bzw. Grundstücken kommen können. Ein weiterer Schwerpunkt der Fragen betraf den individuellen Personennahverkehr. Als sich einer der Kandidaten kritisch gegenüber der Reduzierung des Autoverkehrs aussprach, wurde dies von dem Interviewer negativ dargestellt. Sowohl die Kandidaten der Piratenpartei, der Grünen und der CDU als auch der amtierende Oberbürgermeister und Kandidat der SPD betonten die Wichtigkeit von Bürgerbeteiligung. Während der ersten Hälfte der Veranstaltung kamen aus dem Publikum keine Zwischenrufe oder Kommentare.

Bei der anschließenden offenen Fragerunde fiel ein Wortbeitrag aus dem Publikum zum Thema Verkehr durch den emotionalen Tonfall besonders auf.

Eine ältere Dame brachte ihre Sorge um die zu erwartende größere Verkehrsbelastung zum Ausdruck. Die Parkplatzsituation im angrenzenden Stadtteil der Konversionsflächen sei bereits heute schwierig und sie frage sich, wo die zukünftigen Bewohner der neuen Quartiere ihre Pkws abstellen sollten. Bereits bei der Zusammenfassung der Kurzinterviews durch die Organisatoren wurde deren Position zum mobilen Individualverkehr sehr deutlich. Sie präferieren ein autofreies oder zumindest verkehrsarmes Quartier, das durch eine entsprechende Infrastruktur unterstützt werden soll. Die Motive hierfür unterscheiden sich jedoch von dem Anliegen der Frau aus dem Publikum insofern, als sie der Lokalen-Agenda-21 angehören und nicht das Problem der mangelnden Parkplätze sehen, sondern klimapolitische Ziele verfolgen.

Ein anderer Schwerpunkt der Fragen und der Diskussion waren die Rolle und die Einflussmöglichkeiten der Stadt bei dem Verkauf und der Entwicklung der Gebiete. Dadurch, dass die Stadt zwar die Planungshoheit besitzt, jedoch nicht die Eigentümerin ist, kann z.B. die Freihaltung von Grundstücken für gemeinschaftliche Wohnprojekte nicht garantiert werden. Die Mehrheit des Publikums befürwortet den Kauf der Flächen durch die Stadt bzw. das kommunale Wohnungsunternehmen, was sich durch die defizitäre Haushaltslage als schwierig darstellt. Einige Teilnehmer sahen die Rolle des kommunalen Wohnungsunternehmens jedoch durchaus kritisch.

Im Laufe der Diskussion kritisierte der Kandidat der CDU mehrfach die Langsamkeit des Prozesses – eine Beschleunigung sei dringend notwendig. In anderen Städten, etwa in Hanau, seien die Konversionsprozesse wesentlich schneller voran gegangen. Die Stadt müsse selbstbewusster gegenüber der BImA auftreten. Grundsätzlich wurde Unverständnis und Unzufriedenheit darüber geäußert, dass die anscheinend bezugsfertigen Gebäude weiterhin leer stehen. Auffällig war, dass dieser Position die Kandidaten zustimmten, die nicht in der städtischen Verwaltung tätig waren. Im Gegensatz dazu verwiesen der amtierende Oberbürgermeister und der Sozialdezernent auf die qualitätvolle Entwicklung, die Zeit brauche.

Der Schwerpunkt des Presseartikels über die Veranstaltung lag auf den gemeinschaftlichen Wohnprojekten und deren Interesse bzw. Möglichkeiten, auf den Konversionsflächen ein Grundstück oder Gebäude zu erwerben (vgl. Görg

22.01.2011). Auf der Veranstaltung selbst konnte dies nicht als Hauptthema identifiziert werden. In dem Protokoll, das die Veranstalter verschickten, war dieser Schwerpunkt ebenfalls nicht zu erkennen. Grundsätzlich ist von Seiten der Presse eine positive Grundhaltung gegenüber den Wohnprojektgruppen zu erkennen.

Das Protokoll wurde in der bisher letzten E-Mail des Verteilers der IG LaK verschickt. Aufgelöst hat sich die Gruppe jedoch nicht – bei der zweiten Planungswerkstatt verteilte sie Handzettel mit ihren Anforderungen an die Entwicklung der Konversionsflächen.

#### **5.2.10 Zweite Planungswerkstatt – Februar 2011**

Im Rahmen der teilnehmenden Beobachtung der verwaltungsinternen Sitzungen zur Vorbereitung der zweiten Planungswerkstatt wurde deutlich, dass das Verhältnis zur BImA schwieriger geworden war, da die unterschiedlichen Interessen immer mehr ins Gewicht fielen, umso konkreter die Planungen wurden. Für die BImA ist eine nachhaltige Stadtentwicklung keine Priorität, sondern der durch die Veräußerung der Flächen zu erzielende Gewinn. Wie zukünftig mit den Interessengegensätzen umgegangen werden soll, kann von der Verwaltung nicht festgelegt werden, da dies vor allem eine politische Entscheidung ist. So wurde von Anfang an die Option einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme offen gehalten, indem die dafür notwendigen Untersuchungen vorbereitet worden waren. Blicke es bei der kooperativen Zusammenarbeit, d.h. die Stadt schafft Baurecht und die BImA veräußert direkt an Investoren, sollte nach der Planungswerkstatt der Rahmenplan von den politischen Gremien beschlossen und gleichzeitig der landschaftsplanerische und städtebauliche Wettbewerb ausgeschrieben werden. Die Planungswerkstatt sollte dazu genutzt werden, den Rahmenplan vorzustellen und aufzuzeigen, welche Vorschläge der Bürger eingearbeitet worden waren und welche nicht berücksichtigt werden konnten. Im letzterem Fall sollten die Gründe hierfür erläutert werden. Der Vortrag des externen Planungsbüros, das den Rahmenplan erarbeitet hatte, bezeichneten die Verwaltungsmitarbeiter als Schlüssel für die Veranstaltung. Aus diesem Grund sollte der Vortrag vor der Veranstaltung intern abgestimmt und geprobt werden. Auch an diesem Termin nahm ich teil, allerdings erschien

der Planer krankheitsbedingt nicht und es fand kein Probevortrag statt. Der zweite Schwerpunkt der Veranstaltung sollte die Vorbereitung des landschaftsplanerischen und städtebaulichen Wettbewerbs sein. Die Bürger sollten die Möglichkeit haben, an der Wettbewerbsaufgabe mitzuarbeiten, indem sie Ziele bzw. Qualitätskriterien formulieren, die von der Jury berücksichtigt werden sollten. Dazu sollte zu gegebener Zeit eine dritte Planungswerkstatt stattfinden, um die bis dahin vorliegenden Entwürfe mit den Zielen und Kriterien zu vergleichen. Das Ziel der zweiten Planungswerkstatt war weniger die Mitsprache als die Abfrage der Bedürfnisse der Bürger.

Mit den folgenden Zeilen lud die Stadt Darmstadt zur zweiten Bürgerwerkstatt im Februar 2011 ein:

„Im Fokus wird die Rückkopplung und Diskussion des Rahmenplannentwurfs für die Konversionsareale zwischen Bessungen und Eberstadt stehen. [...] Außerdem wollen wir mit Ihnen Kriterien für den städtebaulichen und landschaftsplanerischen Wettbewerb auf der Cambrai-Fritsch-Kaserne/Jefferson-Siedlung erarbeiten und gezielt in einige Gestaltungsfragen zum Wohnen auf den Konversionsflächen einsteigen“ (Einladungsschreiben des Magistrats der Stadt Darmstadt, 28.12.2010).

Wie in der Zeitung und in der Einladung zur ersten Bürgerwerkstatt angekündigt, sollten sich die Bürger von Anfang an verpflichten, an allen Planungswerkstätten teilzunehmen. „Um Kontinuität zu schaffen, ist gewünscht, dass die Teilnehmer der ersten Werkstatt auch in der zweiten und dritten Veranstaltung mitarbeiten“ (Schiner 19.07.2010). Einige Bürger könnten es als Zumutung empfinden, von der Stadt derartig in die Pflicht genommen zu werden. Bürgerschaftliches Engagement und die Teilnahme an solchen Veranstaltungen bedeuteten, seine freie Zeit zur Verfügung zu stellen. Auf den Veranstaltungen oder in der Presse wurde hierzu keine Kritik von Seiten der Bürger angebracht.

Die Begrüßung zur zweiten Bürgerwerkstatt übernahm der Oberbürgermeister. Wie bei der ersten Werkstatt sprach er davon, dass „echte Quartiere der Bürgerschaft“ entstehen werden (vgl. Grüger/Kron/Bastian Februar/März 2011: 3). Er appellierte, an die Interessen aller zu denken und entsprechen-

de Qualitätskriterien für den Wettbewerb festzulegen. Der Oberbürgermeister sah, wie bei der ersten Planungswerkstatt, die Notwendigkeit, die Bürger an das Allgemeinwohl zu erinnern. Dies kann als Misstrauen gegenüber den Teilnehmern verstanden werden. Wie bei der ersten Bürgerwerkstatt empörte sich niemand darüber.

Daran anschließend fand ein moderiertes Gespräch mit dem Baudezernenten und dem Verkaufsleiter der BImA statt. Der Baudezernent betonte die gute Zusammenarbeit mit der BImA und bezeichnete sie als „Partner auf Augenhöhe“. Der Vertreter der BImA hingegen merkte an, dass es bei Konversionsprozessen auch immer Dissense gebe. Als über den Zeitplan und die Verkaufsstrategien gesprochen wurde, zeigte sich die Uneinigkeit direkt. Der Vertreter der BImA äußerte Unverständnis über die Rahmenplanung der Stadt, die den Abriss der Hälfte des Bestands der Lincoln-Siedlung vorsieht. Im Publikum entstand daraufhin empörtes Gemurmel. Die meisten Teilnehmer hoffen, günstige Wohnungen bzw. ganze Gebäude für gemeinschaftliche Wohnprojekte erwerben zu können und haben sich deshalb auf den Bestand konzentriert. Vor diesem Hintergrund ist die Reaktion zu verstehen, dass die Entscheidung, die vermeintlich günstigen, schnell zu beziehenden Kasernen abzureißen, nicht auf Begeisterung stieß. Zu diesem Zeitpunkt der Veranstaltung diese Aussage zu machen, könnte als Kalkül des BImA Verkaufsleiters betrachtet werden. Der Fortgang der Planungswerkstatt hätte negativ verlaufen können, wenn sich die Bürger stärker empört hätten und die Mitarbeiter der Stadtverwaltung und die politischen Vertreter in Erklärungsnot geraten wären. So diente die Planungswerkstatt zwar dazu, den Rahmenplan transparent zu machen und auch über die Abrisspläne zu informieren, aber diese Aufgabe hätte das Planungsbüro im ersten Vortrag gehabt. Dabei wäre der Abriss gleich begründet und im Gesamtkontext betrachtet worden. Seit diesem Zeitpunkt war das Verhältnis zwischen der städtischen Verwaltung und dem Verkaufsleiter von Misstrauen geprägt.

Nach dem moderierten Gespräch hatten die Teilnehmer die Möglichkeit zur Nachfrage. Es meldete sich jedoch lange Zeit niemand. Von einem Teilnehmer wurde dieses Zögern dadurch erklärt, dass alle Forderungen hätten und keine Fragen mehr. Man sei nun über die Phase hinaus, da alle Bescheid wüssten und es nichts Neues mehr gebe. Allerdings gab es dann doch noch Fragen. Die

erste bezog sich direkt auf die Abrisspläne, nämlich, warum so viel abgerissen werden soll. Der Baudezernent erkläre dies, indem er auf die Notwendigkeit zur Verdichtung hinwies. Die folgenden Fragen richteten sich alle an die BI mA und betrafen deren Verkaufsstrategie, etwa, ob auch Ratenzahlungen möglich seien. Außerdem wurde kritisiert, dass es sich um eine staatliche Institution handle, die aber nur an Gewinnmaximierung interessiert sei. Die BI mA sei dem Finanzministerium zugeordnet und an die Gesetzgebung gebunden, die besagt, dass der Marktwert erzielt werden soll, entgegenste der Verkaufsleiter. Die Teilnehmer äußerten ihren Unmut über in ihren Augen zu schnelle Entwicklung, die über ihre Köpfe hinweg geschehe. Außerdem möchten sie die Wohnungen auch von innen besichtigen. Der Baudezernent kommentierte den Fortgang der Veranstaltung damit, dass es sich nicht um eine Verkaufsveranstaltung der BI mA handle. Durch die Art und den Charakter der Fragen wurde deutlich, dass die meisten Teilnehmer ein Interesse an der Entwicklung haben, da sie selbst dort leben möchten.

Nachdem der Rahmenplan vorgestellt worden war, hatten die Teilnehmer abermals die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Diesmal zahlreich genutzt, bezogen sie sich hauptsächlich auf die verkehrlichen und landschaftsplanerischen Überlegungen und beinhalteten die Kritik, dass noch vieles zu ungenau sei. Die Planer konnten dem entgegen, dass es sich lediglich um einen Rahmenplan handle, der kein planungsrechtliches Instrument darstellt. Vieles sei offen gelassen, damit die Wettbewerbsteilnehmer möglichst viel Freiraum hätten, ihre eigenen Ideen einzubringen. Im Anschluss daran wurde das Wettbewerbsverfahren erläutert. Die Bürger sollten in Kleingruppen Botschaften erarbeiten, die die Qualitätsziele für die Wettbewerbsteilnehmer der Cambrai-Fritsch-Kaserne und Jefferson-Siedlung beinhalteten.

Der zweite Tag begann mit einem Vortrag einer Mitarbeiterin des IWU zum Thema gemeinschaftliches Wohnen. Der große Stellenwert, den die städtische Verwaltung den gemeinschaftlichen Wohnprojekten für die Konversionsflächen einräumt, wird dadurch deutlich. In dem Vortrag wurde der Mehrwert sowohl für die Bewohner der Wohnprojekte als auch für das gesamte Quartier dargestellt. Außerdem wurden die bereits in Darmstadt verwirklichten und geplanten Projekte vorgestellt. Da die Stadt nicht Eigentümerin der Flächen ist,

kann sie jedoch nicht beeinflussen, ob die Wohnprojektgruppen ein Gebäude oder Grundstück erwerben können.

Der Schwerpunkt des zweiten Tages lag auf der Wohnumfeldgestaltung der Lincoln-Siedlung. Die Planungen zum Städtebau, zur Landschaft und zum Verkehr wurden konkretisiert. Ein Teilnehmer äußerte sich sichtlich genervt über den Fortgang der Veranstaltung. Für ihn war nicht nachvollziehbar, wieso die Planung bis zu 50% Abriss der Lincoln-Siedlung vorsah. Er schlug vor, ein Stimmungsbild aller Teilnehmer einzufangen. Die Moderatoren waren zunächst nicht auf seine Forderung eingegangen, da es nicht das Ziel sei, abzustimmen. Hier war zum ersten Mal eine etwas gereiztere Stimmung zu spüren. Anders als bei der ersten Planungswerkstatt, bei der die Teilnehmer noch nicht wussten, was auf sie zukommen würde, hatten sie nun augenscheinlich einen höheren Anspruch. Der Teilnehmer, der die Abstimmung über den Rahmenplan forderte, verließ die Veranstaltung und erlebte deshalb nicht, dass die Moderatoren nach der Pause doch auf seinen Vorschlag eingingen und eine Abstimmung zuließen. Es gab keine Meldung zu „Der Rahmenplan geht gar nicht“, es gab einige Meldungen derjenigen, die noch keine abschließende Meinung hatten und die meisten Meldungen schlossen sich der Aussage an „Der Rahmenplan gefällt mir gut“.

In Kleingruppen konnten Ideen und Wünsche zu verschiedenen Themen gesammelt werden, etwa dem Quartierspark<sup>52</sup>. In den Kleingruppen wurde deutlich, dass sich schnell eine Mehrheit für eine bestimmte Meinung findet und diese selten von einzelnen Gruppenmitgliedern kritisiert wird. Beispielsweise sprechen sich mehrere Personen in der Gruppe gegen den Individualverkehr aus und setzen sich für die Förderung des ÖPNV und des Radverkehrs ein. Diejenigen, die ein Auto besitzen, werden sich in solch einer Gruppe wahrscheinlich nicht für mehr kostenfreie Stellplätze einsetzen, da sie sich gegen eine Mehrheit von Autogegnern durchsetzen müssten. In meiner Gruppe wurde über den Quartierspark und die Gestaltung gesprochen. Anscheinend war unter den Anwesenden kein Hunde-Freund, da ein Hundeverbot gefordert wurde.

Auffallend war, wie auch bereits bei der ersten Planungswerkstatt, dass es

---

<sup>52</sup>Der Rahmenplan sieht einen Quartierspark vor, der für unterschiedliche Nutzergruppen geeignet sein soll (siehe Abbildung 2 in Kapitel 5).



immer wieder zustimmenden Applaus bei individualverkehrvermeidenden Themen gab, etwa als die Verkehrsplanerin den Vorschlag machte, mehr Fuß- und Radwege über eine stark befahrene Straße zu realisieren oder, dass das Parken im öffentlichen Raum kostenpflichtig sein sollte. Ebenso wurde der Vorschlag der Aufwertung des Südbahnhofs mit Applaus honoriert. Bei den anderen Vorträgen wurde nie (oder nur vereinzelt) applaudiert. Besondere Zustimmung fand die Idee der Entkopplung von Stellplätzen und Wohneinheiten, was mit einer jährlich zu erneuernden Verpflichtungserklärung keinen PKW zu besitzen, geregelt werden könnte.

Insgesamt waren die Forderungen und Erwartungen deutlich höher als bei der ersten Planungswerkstatt. Es war eine gewisse Ungeduld der Teilnehmer zu spüren. Grundsätzlich hätten die Teilnehmer gerne mehr Alternativen gesehen und diskutiert, etwa andere mögliche Schulstandorte. Der Rahmenplaner versuchte diese Kritik abzufangen, indem er versicherte, dass weiterhin noch alles offen sei, aber die vorangegangenen Planungen nicht stimmig gewesen seien – und die jetzige Möglichkeit die einzig gangbare sei. Am Ende der Veranstaltung forderte die IG LaK, weiterhin bei dem Wettbewerbsverfahren eingebunden zu werden. Der Baudezernent sicherte zu, den Auslobungstext zur Verfügung zu stellen und die Bürger an der Jury zu beteiligen. Darüber berichtete auch die Tagespresse (vgl. Görg 15.02.2011). Insgesamt fiel die Berichterstattung der Tageszeitung positiv aus. Es wurden einige Bürger zitiert, die sich zufrieden über die Veranstaltung und die Berücksichtigung der Bürgerwünsche äußerten. Mit dem Versand der Dokumentation – diesmal zeitnah nach der Veranstaltung – wurden die Bürger aufgefordert, ihr Interesse an einer Mitwirkung in der Jury des Wettbewerbsverfahrens anzumelden (vgl. Schreiben des Magistrats der Stadt Darmstadt, 23.03.2011).

### 5.2.11 Kommunal- und Oberbürgermeisterwahl in Darmstadt

Im Wahlkampf der Kommunal- und Oberbürgermeisterwahl 2011 thematisierten nahezu alle Kandidaten und Parteien die Entwicklung der Konversionsflächen. Grundsätzlich schien Einigkeit über die Prozessbausteine zu herrschen. Die Stadtverordnetenversammlung stimmte den meisten Beschlüssen einstimmig zu, um Geschlossenheit gegenüber der Eigentümerin zu demonstrieren.

Retroperspektiv ist interessant, dass diejenigen, die vor der Wahl mehr Geschwindigkeit bei der Entwicklung forderten, nun an der Regierung beteiligt sind und kein Tempo aufgenommen haben. „Unter Rückgriff auf vergangene Ereignisse, überliefertes Wissen oder auch materielle Substanzen formten sich lokale Umgangsweisen, die sich über die Zeit reproduzieren und die in Form von Handlungsmustern – trotz wechselnder Akteursgruppen – schließlich im Handeln aller Bewohner/-innen der Stadt nachweisbar seien“ (Frank 2012: 299). Die Beobachtung des Konversionsprozesses zeigte, dass trotz der wechselnden politischen Verantwortlichkeiten nach der Kommunalwahl die zeitliche Dimension der Entscheidungsfindung zu einem wiederkehrenden Handlungsmuster führt. Ein Beleg hierfür ist die Beobachtung vor und nach der Kommunalwahl.

### 5.2.12 Koalitionsvertrag der neuen Regierung

Die Koalitionsvereinbarung von Bündnis 90/Die Grünen und der CDU ist für die vorliegende Untersuchung relevant, um die Bedeutung der Bürgerbeteiligung und des Konversionsprozesses für das politische Handeln einordnen zu können. Bereits in der Präambel heißt es:

„Vorhandene stadtpolitische Blockaden müssen gelöst werden, Entscheidungen müssen mit Bürgerbeteiligung besser vorbereitet und schneller umgesetzt werden, die Dynamik unserer Stadt muss in der Kommunalpolitik und der Stadtregierung ihren Ausdruck finden“ (Bündnis 90 Die Grünen/ CDU 2011: 5).

Weiter trägt das erste Kapitel der Koalitionsvereinbarung den Titel „Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern – mehr lokale Demokratie wagen“ (vgl. ebd. 2011: 3). Diese Formulierung ist angelehnt an das Zitat von Willy Brandt, das in Kapitel 3.2 näher ausgeführt wurde. In diesem Zusammenhang ist die Verwendung insofern erstaunlich, als es von einem SPD-Politiker stammt und nicht von den Grünen oder der CDU.

Die Bürgerbeteiligung an erster Stelle zu nennen, impliziert den prioritären Stellenwert, der ihr von der Stadtregierung eingeräumt wird. Quantitativ wurde der Begriff „Bürgerbeteiligung“ in der 60 Seiten langen Vereinbarung siebenmal genannt, der Begriff Konversion hingegen 17 mal. Daran wird die

große Bedeutung, die die Entwicklung der Konversionsflächen für die Darmstädter Stadtpolitik hat, deutlich. So werden die Konversionsflächen in den unterschiedlichsten Kontexten genannt, etwa bei der Einnahmesteigerung durch Steuern, bei der Wettbewerbsfähigkeit im Bezug auf die Ansiedlung von Gewerbe und Unternehmen, der Naherholung und der ÖPNV-Planung. Darüber hinaus befasst sich ein Absatz explizit nur mit der Entwicklung der Konversionsflächen und den damit zusammenhängenden Entwicklungszielen.

„Die militärischen Konversionsflächen, Jefferson- und Lincoln-Siedlung sowie die Cambrai-Fritsch-Kaserne bieten für Darmstadt die einmalige Chance, bei Sanierung, Umwandlung und Neubau die Grundlagen für lebenswerte Quartiere bereits im Entstehungsprozess zu legen“ (ebd. 2011: 49).

An erster Stelle wird das Ziel genannt, Flächen zu kaufen, als zweites die Bürgerbeteiligung und als drittes, die Entwicklung, „wo dies möglich und sinnvoll ist“, zu beschleunigen (vgl. ebd.: 50). Dies muss vor dem Hintergrund des Wahlkampfs betrachtet werden, in dem vor allem von der CDU eine Prozessbeschleunigung gefordert wurde. Insgesamt fällt auf, dass im Zusammenhang mit der Entwicklung und Bebauung Adjektive wie „zügig“ (ebd. 2011: 49), „schnellstmöglich“, „baldmöglichst“ (ebd. 2011: 50) und noch zwei weitere Male „zügig“ (ebd. 2011: 50, 51) verwendet werden, die alle auf den zeitlichen Aspekt abzielen.

Weiterhin wird angekündigt:

„die begonnene Bürgerbeteiligung zur Entwicklung von strategischen Leitbildern für die neuen Quartiere sowie ihre Rolle und ihre Interaktion in/mit der Stadt werden wir fortsetzen und intensivieren. Speziell werden wir auch die Interessenten und Akteure verstärkt ansprechen und einbeziehen, die sich bisher nicht an den partizipativen Prozessen beteiligen oder beteiligen können.“ (ebd. 2011: 50).

Die zukünftige Wohnbebauung der Konversionsflächen soll zu dreißig Prozent aus „besonderen Wohnformen“<sup>53</sup> und zu zwanzig Prozent aus sozialem Wohnungsbau bestehen (vgl. ebd. 2011: 50). Außerdem wird Wert auf die Passivhausbauweise und autofreie Bereiche gelegt. Dies entspricht den Vorstellungen der Teilnehmer der Planungswerkstätten.

### 5.2.13 Ausschusssitzungen der Stadtverordneten – Juni 2011

Der Ausschuss für Liegenschaften und Wirtschaftsförderung sowie der Bauausschuss behandelten in ihren Sitzungen jeweils den städtebaulichen Vertrag im Rahmen der Konversionsflächenentwicklung der Lincoln-Siedlung, Cambrai-Fritsch-Kaserne sowie der Jefferson-Siedlung. Außerdem stand die Rahmenplanung Bessungen-Süd mit dem Entwicklungskonzept der Lincoln-Siedlung auf der Tagesordnung.

Die lokale Presse wies auf die beiden Sitzungstermine hin. In der Regel ist das bei allen Stadtverordnetenversammlungen der Fall, ebenso bei Ausschusssitzungen, die sich aus Sicht der Lokalredakteure mit Themen von hoher stadtpolitischer Relevanz beschäftigen. Grundsätzlich sind die Einladungen zu den Sitzungen auf der Homepage der Stadt Darmstadt zu finden. Das so genannte Parlamentsinformationssystem ermöglicht es, Sitzungsprotokolle, Anträge usw. herunterzuladen. Die Vorsitzenden der jeweiligen Ausschusssitzungen laden zu den öffentlichen Sitzungen ein. Nachdem Zeit und Ort genannt werden, ist in Großbuchstaben und fett zu lesen: „Bürgerinnen und Bürger fragen den Ausschuss und die anwesenden Magistratsmitglieder“, danach folgt die Sitzungsnummer und schließlich die Tagesordnung. Beide Sitzungen fanden im großen Sitzungssaal des Planungsamtes statt.

### Sitzung des Ausschusses für Liegenschaften und Wirtschaftsförderung

An der Ausschusssitzung für Liegenschaften und Wirtschaftsförderung nahmen neben den Stadtverordneten Verwaltungsmitarbeiter, ein Pressevertreter und eine Handvoll interessierter Bürger teil. Der Vorsitzende begrüßte die An-

---

<sup>53</sup>Darunter werden studentisches, genossenschaftliches (Wohnprojekte) und betreutes Wohnen gefasst.

wesenden. Dabei wurden die Gäste, d.h. die interessierten Bürger, als einzige nicht gesondert begrüßt.

Nach der Begrüßung durch den Ausschussvorsitzenden und der Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung wollte dieser sofort auf den ersten Tagesordnungspunkt eingehen. Damit übergang er die angekündigte Bürgerinnenfragestunde. Ein Bürger, der aus diesem Grund zu der Ausschusssitzung gekommen war, machte ihn darauf aufmerksam. Der Stellenwert, den die Bürgerinnenfragestunde einnimmt, ist entsprechend nicht groß. Auf der einen Seite nahmen nur fünf Bürger das Angebot wahr, an der öffentlichen Sitzung teilzunehmen und auf der anderen Seite gewinnt man den Eindruck, dass die Stadtverordneten den Tagesordnungspunkten einen höheren Stellenwert einräumen. Das Anliegen des Bürgers betraf zum einen die Nutzung einer Halle auf einer bereits entwickelten Konversionsfläche und zum anderen die Skateranlage in der Lincoln-Siedlung. Ausführlich erläuterte er seine Bedenken bezüglich der Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen, die keine Räume zur Entfaltung hätten. Zu der Nutzung der Halle lag noch kein Magistratsbeschluss vor, aber der Vorsitzende stellte ein Bürgerbeteiligungsverfahren in Aussicht. Über die Skateranlage diskutierten die Stadtverordneten lange. Ein Mitarbeiter des Planungsamtes verwies auf ein Lärmschutzgutachten, wonach die Skateranlage nicht im Wohngebiet bleiben kann. Die Anlage einzuhausen käme einem Neubau an anderer Stelle gleich. Eine Nutzung vor Einzug der Bewohner komme aus Kostengründen ebenfalls nicht in Frage. Die Eigentümerin verlange 500 Euro Miete und die Kosten für die Umsetzung des vorhandenen Zauns müsse die Stadt tragen. Eine weitere Information relativiert die Notwendigkeit der Anlage, es gebe Ausweichmöglichkeiten, etwa eine neu erbaute Anlage im Bürgerpark.

Nach der Fragestunde wurde der städtebauliche Vertrag behandelt, der im Ausschuss für Liegenschaft und Stadtentwicklung zur Kenntnis genommen und im Bauausschuss beschlossen werden sollte. Dies führte zu einer Grundsatzdiskussion, wie mit den Entscheidungen beim Konversionsprozess umgegangen werden sollte. Es wurde vorgeschlagen, einen eigenen Ausschuss zu etablieren, was aber von den meisten Teilnehmern abgelehnt wurde, da der Sinn der verschiedenen Ausschüsse sei, aus unterschiedlichen Perspektiven zu beraten. Ein

Verwaltungsmitarbeiter wies zudem auf den Lenkungskreis Konversion hin, den offensichtlich nicht alle Teilnehmer kannten. Schließlich einigten sich die Ausschussmitglieder doch auf die Durchführung einer Abstimmung und nahmen den städtebaulichen Vertrag einstimmig an. Im Verhältnis dazu wurde über die andere Vorlage „Rahmenplanung Bessungen-Süd mit Entwicklungskonzept Lincoln-Siedlung“ sehr lange diskutiert. Ein Stadtverordneter der Partei UWI-GA kündigte an, dass er sich enthalten werde, da das Thema zu komplex sei und er nicht alles nachvollziehen könne. Besonders intensiv wurde über den Zeitpunkt debattiert, bis zu dem die Konversionsflächen wieder bewohnt werden können. Der Stadtverordnete der Partei UFFBASSE konnte nicht nachvollziehen, dass 800 Wohnungen auf den Konversionsflächen leer stehen und gleichzeitig die Studierenden keinen Wohnraum finden. Er bezeichnete es als „Verweigerungshaltung“ der Stadt, dass die Entwicklung nicht voran gehe. In anderen Städten, etwa Kassel sei die Entwicklung viel schneller gegangen. Von Seiten der Grünen wurde die lange Dauer mit der qualitätvollen Entwicklung begründet. Ein Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes ergänzte, dass die Wohnungen baurechtlich nicht genehmigt seien und darüber hinaus nicht den baurechtlichen Normen entsprächen.

Ein weiterer Diskussionspunkt war ein sechstöckiges Gebäude im Rahmenplan, das als zu hoch empfunden wurde. Befürchtungen, dass sich auf den Konversionsflächen ein problematisches Stadtquartier wie in Kranichstein entwickeln könnte, wurden geäußert. Dennoch wurde keine Mehrheit für die Herausnahme des Gebäudes aus dem Bebauungsplan gefunden. Am Ende gab es die angekündigte Enthaltung bei mehrheitlicher Zustimmung der Vorlage.

### **Sitzung des Bauausschusses**

Anders als der Vorsitzende des Ausschusses für Liegenschaften und Wirtschaft begrüßte der Bauausschussvorsitzende als erstes explizit die Bürger. Dort waren die Bürger jedoch auch durch ihre hohe Anzahl, nämlich 20, wesentlich präsen- ter. Es mussten Stühle geholt und gerückt werden, um allen einen Platz zu ermöglichen. Die Sitzungssäle sind also grundsätzlich nicht auf großen Andrang ausgelegt.

Der Bauausschussvorsitzende räumte 30 Minuten Fragezeit für die Anliegen

der Bürger ein. Anhand der der gestellten Fragen wurde deutlich, dass etwa die Hälfte der Anwesenden Kleingärtner waren, deren Kleingartenanlage direkt an die Lincoln-Siedlung grenzt. Sie befürchteten aufgrund einer Graphik in der Tageszeitung, dass bei der Umwandlung der Konversionsflächen und einem damit eventuell verbundenen Straßenneubau, ihre Anlage weichen müsse. In der Graphik sei die Kleingärtneranlage neben der Lincoln-Siedlung nicht dargestellt worden. Die Befürchtungen konnten von den anwesenden Mitarbeitern des Planungsamtes relativiert werden. Die Graphik in der Tageszeitung sei ungenau und die Kleingärtner hätten nichts zu befürchten. Es gebe noch keinen Bebauungsplan, bisher handele es sich nur um einen Rahmenplan. Noch vor dem Ende der Bürgerfragestunde bedankten sich die Kleingärtner und verließen die Sitzung.

Die andere Hälfte der anwesenden Bürger bestand fast ausschließlich aus Wohnprojektinteressierten, die sich dafür stark machten, in den Rahmenplan festzuschreiben, dass ein bestimmter Anteil der Flächen für gemeinschaftliche Wohnprojekte reserviert werden soll. Von Seiten der Stadtverordneten wurde dieser Vorschlag unterstützt und die herausragende Bedeutung der Wohnprojekte für die Stadtentwicklung und soziale Stabilität genannt. 30 Prozent der Konversionsflächen würden für Studierende, gemeinschaftliche Wohnprojekte und betreute Wohnformen vorgesehen, weitere 20 Prozent für sozialen Wohnungsbau. Weitere Bürgerfragen bezogen sich auf die verkehrliche Planung und die vorhandene Infrastruktur.

Nach der Fragezeit behandelte auch der Bauausschuss die beiden Vorlagen – städtebaulicher Vertrag und Rahmenplan. Eigentlich waren zuerst andere Tagesordnungspunkte vorgesehen, aus Rücksicht auf die Bürger wurden sie jedoch vorgezogen. In seiner thematischen Einführung betonte der Oberbürgermeister, dass die Anregungen aus den beiden Planungswerkstätten in die Planung eingeflossen seien. Allerdings gebe es einen Zielkonflikt: die qualitätvolle Entwicklung auf der einen Seite und die schnelle Umsetzung auf der anderen Seite. Es brauche Zeit, um die Konversionsflächen zu Stadtteilen zu entwickeln – und nicht nur zu Schlafstätten. Alles was zu dem jetzigen Zeitpunkt nicht bedacht werde, müsse später nachgeholt werden. Abgesehen von den Planungswerkstätten würden sich viele Bürger auch direkt an die Fraktionen wenden und

sich auch auf diese Weise einbringen, ergänzte der Ausschussvorsitzende.

Nachdem eine Mitarbeiterin des Planungsamtes die wichtigsten Punkte des Rahmenplans erläutert hatte, wurde dieser von den Stadtverordneten diskutiert. Dabei wurde, wie im Ausschuss für Liegenschaften und Wirtschaftsförderung, die hohe Komplexität des Konversionsprozesses festgestellt. Um sich gegenüber der BImA positionieren zu können, wurde es als wichtig erachtet, die Entscheidungen im Konsens zu treffen. Wie der Ausschuss für Liegenschaften und Wirtschaft beschloss der Ausschuss die Vorlagen bis auf eine Enthaltung einstimmig.

### 5.2.14 Bürgerforum Stadt und Quartier – Oktober 2011 - April 2012

Auch nach der Durchführung der Fachforen Konversion begleitete die Schader-Stiftung den Bürgerbeteiligungsprozess weiter inhaltlich. So wurde gemeinsam mit dem Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung und dem Planungsamt eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Bürgerforum Stadt und Quartier“ konzipiert. Themen der Veranstaltungen waren „Städtische Identität – Wie die Stadt (zusammen) wächst“, „Platz für Nachbarschaft“, „Infrastrukturelle Versorgung“, „Bürger aktiv“ sowie „Mobilitätsmanagement“. Sie knüpften thematisch an die beiden Planungswerkstätten an. Seit der letzten im Februar 2011 fand keine weitere Bürgerbeteiligung von Seiten der städtischen Verwaltung statt. Ziel war es, alle beteiligten Akteure zusammenzubringen und den Prozess durch gute Praxisbeispiele zu bereichern.

An der ersten Veranstaltung im Oktober 2011 nahmen 130 interessierte Bürger, Mitarbeiter der städtischen Verwaltung und Stadtverordnete teil. Die letzte Planungswerkstatt hatte vor mehr als einem halben Jahr stattgefunden. Der städtebauliche und landschaftsplanerische Wettbewerb war noch nicht ausgetobt worden, obwohl dies der Zeitplan vorsah. Der Oberbürgermeister nutzte das Grußwort, um über die neuesten Entwicklungen und den Stand der Verhandlungen mit der BImA zu berichten. Dabei sprach er von zwei Möglichkeiten der Entwicklung von Konversionsflächen: den Konversionsprozessen, die nach dem Prinzip „sell and forget“ abgewickelt würden und diejenigen, die Wert auf eine nachhaltige Stadtplanung gelegt hätten und mit einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme verbunden würden. Aus den Worten des Oberbür-



germeisters, der sich für eine nachhaltige Stadtentwicklung Darmstadts stark macht, konnte geschlossen werden, dass auch Darmstadt eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme einleiten und somit Eigentümerin der Flächen werden würde. Die Reaktion der Teilnehmer ließ jedoch darauf schließen, dass sie die Aussage nicht auf diese Weise interpretiert hatten. Auch in der Berichterstattung der Presse wurde dies nicht entsprechend formuliert. Bei der Nachbesprechung der Veranstaltung bestätigte der Mitarbeiter der Verwaltung ebenfalls nicht, dass die Maßnahme beschlossen sei, sondern es werde weiterhin an einem kooperativen Weg gemeinsam mit der BImA gearbeitet.

Inhaltlich befasste sich die Auftaktveranstaltung (Oktober 2011) der Reihe „Bürgerforum Stadt und Quartier“ mit der Integration der neuen Quartiere in die Gesamtstadt. Dabei stand die Frage im Raum, ob es eine Darmstädter Identität gebe und wenn dies der Fall sei, was sie ausmache. Die meisten Wortbeiträge stammten von Bürgern, die teils schon viele Jahre in Darmstadt leben, teils auch erst kürzlich zugezogen sind, gebürtige Darmstädter waren jedoch nur wenige dabei. Als eine der ersten Zuschreibungen der Darmstädter Bürger wurde die „Meckerkompetenz“ genannt. Allerdings wurde diese insofern relativiert, als der Darmstädter nur meckere, weil er dadurch etwas bewirken möchte. Die Engagementbereitschaft sei unter den Darmstädtern allgemein sehr groß. Insgesamt konnten sich die Teilnehmer auf keine eindeutige Zuschreibung einigen und legten den Schwerpunkt der Identifikation eher auf kleinteilige Stadtquartiere als auf die Gesamtstadt.

Das zweite Bürgerforum der Reihe im Dezember 2011 beschäftigte sich mit Freiraumplanung. In der Nacht vor der Veranstaltung hatten in Darmstadt Schüler und Studierende das eine Woche besetzte Justus-Liebig-Haus geräumt, das unter anderem für die Stadtverordnetenversammlung genutzt wird. Deren Ziel war es, auf den Mangel an Versammlungsstätten und Wohnraum in Darmstadt aufmerksam zu machen. Der Moderator des Bürgerforums sorgte sich vor der Veranstaltung, dass die Studierenden das Bürgerforum stürmen und stören könnten. Eine Bürgerversammlung in Frankfurt hatte beispielsweise abgebrochen werden müssen, da die Referenten durch Trillerpfeifen gestört wurden und keine Diskussion mehr möglich war. Die städtische Verwaltung in Darmstadt teilte diese Bedenken nicht. Die „Besetzer“ hätten – wie es auch in der

Tageszeitung zu lesen war – das Justus-Liebig-Haus besenrein verlassen und seien während der gesamten Besetzung friedlich und diskussionsbereit gewesen. Zu keinem Zeitpunkt war während der Besetzung eine aggressive Grundhaltung zu spüren. Diese Haltung scheint bei den meisten Darmstädter Bürgern vorherrschend zu sein, weder bei den Bürgerforen noch bei anderen Veranstaltungen sind störende Personen aufgefallen. Ein interessantes inhaltliches Ergebnis der Veranstaltung war, dass sich die anwesenden Bürger keine fertig geplanten Freiräume wünschen, sondern die Gestaltung selbst in die Hand nehmen wollen. Eine Teilnehmerin sprach von einem „Acker“, den die Bürger selbst bestellen möchten.

Über die infrastrukturelle Versorgung der zukünftigen Quartiere wurde auf der dritten Veranstaltung der Reihe diskutiert (Januar 2012). Dabei wurde der Wunsch der Bürger nach kleinteiliger Versorgung im Quartier deutlich, d.h. vor allem die Gewährleistung der fußläufigen Erreichbarkeit von Lebensmittelgeschäften. Die Anzahl der zukünftigen Bewohner der Konversionsgebiete werde, so der Referent, jedoch nicht ausreichen, um Angebote der Nahversorgung rentabel bewirtschaften zu können. Das Kaufverhalten der Bürger müsste sich dafür erheblich ändern, indem nicht mehr die Sonderangebote im Discounter bevorzugt würden. Die soziale Komponente der Geschäfte wurde betont, da sie besonders für ältere Bürger eine Treffpunktfunktion annehmen.

Die vierte Veranstaltung (März 2012) der Reihe widmete sich dem Thema „Bürger aktiv“. Dabei stellte der Referent fest, dass Darmstadt lange Zeit als „Beteiligungshauptstadt“ gegolten habe. Im Darmstädter Stadtteil Kranichstein sei 1972 deutschlandweit zum ersten Mal bei der Stadtentwicklung eine „Anwaltsplanung“ durchgeführt worden. Bei der Veranstaltung selbst wurde Unmut aus den Reihen der Bürgerschaft geäußert. Die grün-schwarze Regierung sei mit dem Anspruch an mehr Bürgerbeteiligung gestartet, aber würde dem nicht gerecht werden. Auf allen Veranstaltungen der Reihe, die zuvor stattgefunden hatten, war jeweils ein Vertreter des hauptamtlichen Magistrats anwesend, d.h. der Oberbürgermeister oder die Baudezernentin. Bei der vierten Veranstaltung nun, die sich inhaltlich mit Bürgerbeteiligung befasste, war dies nicht der Fall, was den Teilnehmern negativ auffiel. So blieb die Frage unkommentiert stehen, warum die Darmstädter Politik nicht die Bildung von

Ortsbeiräten unterstützt. Einer der Teilnehmer forderte die anwesenden Stadtverordneten auf, sich zu erkennen zu geben. Insgesamt war die Veranstaltung von einer negativen Stimmung gegenüber der Stadt geprägt. Das Freiburger Praxisbeispiel, das im Rahmen der Veranstaltung vorgestellt wurde, verstärkte diesen Unmut weiter<sup>54</sup>. Die Teilnehmer äußerten das Gefühl, mit ihren Anliegen kein Gehör zu finden und betrachteten ihr Engagement als nicht gewollt. Dieser Konflikt trat nicht zum ersten Mal zutage. Ein Teilnehmer, der auch an der Veranstaltung im Offenen Haus der evangelischen Kirche teilgenommen und dabei von der Bürgerbeteiligung im Darmstädter Stadtteil Eberstadt berichtet hatte, meldete sich auch bei dem Bürgerforum zu Wort, um erneut dieses Beispiel zu nennen (vgl. Kapitel 5.2.7). Dies zeigt, dass zum einen Teile der Teilnehmer auf den Veranstaltungen zur Bürgerbeteiligung einem gleichbleibenden Personenkreis angehören und zum anderen, dass bestimmte inhaltliche Positionen immer wieder vertreten werden.

Die letzte Veranstaltung im April 2012 befasste sich mit Mobilitätsmanagement. Wie bereits bei den Planungswerkstätten deutlich wurde, gibt es in Darmstadt viele Bürger, die sich für die Reduzierung des Individualverkehrs und den Ausbau des ÖPNVs einsetzen. So wurde auch über die Möglichkeiten von autofreiem Wohnen diskutiert. Die Stimmung auf dieser Veranstaltung war, im Gegensatz zu der vorherigen nur fünf Wochen zuvor, wieder positiv, der Unmut über die Politik wurde nicht mehr geäußert. Die Diskussion und die Fragen richteten sich alle auf das Thema der Veranstaltung. Da es das letzte Bürgerforum der Reihe war, sprach die Baudezernentin der Stadt Darmstadt ein Schlusswort. Dieses beinhaltete keine neuen Erkenntnisse über die Weiterentwicklung und die Verhandlungen mit der BImA, was jedoch keinen merklichen Unmut der Teilnehmer erzeugte.

Alle Veranstaltungen der Reihe waren mit 80 bis 130 Teilnehmern gut besucht. Anwesend waren neben den interessierten Bürgern viele Stadtverordnete. Die Diskussionen waren angeregt und es wurden viele Fragen gestellt.

---

<sup>54</sup>Der Referent aus Freiburg berichtete, dass es in jedem Stadtteil Bürgervereine gibt, die bei wichtigen Entscheidungen, die ihren Stadtteil betreffen, von der Politik gehört werden.

### **Exkurs: Gestaltungsbeirat**

Die Stadt Darmstadt berief im Februar 2012 erstmals einen Gestaltungsbeirat ein, dessen Aufgabe es ist, Empfehlungen für Darmstädter Bauprojekte zu geben. Die Mitglieder dürfen ausdrücklich nicht in Darmstadt leben oder arbeiten. Darüber hinaus ist festgelegt, dass sie zwei Jahre vor und nach der Beiratstätigkeit nicht in Darmstadt bauen oder planen dürfen.

Eines der Themen der konstituierenden Sitzung war der geplante Hotelbau neben der Goldenen Krone – eine Gaststätte, die „Kultstatus“ besitzt. Die Goldene Krone ist das einzige Haus der Darmstädter Innenstadt, das nicht den Bombenangriffen während des Zweiten Weltkriegs zum Opfer fiel (vgl. Dozert 2006: 526). Seit vielen Jahren wird es als Kneipe und Veranstaltungsort genutzt. Direkt daneben stand ein baufälliges Gebäude, das abgerissen und durch einen Hotelneubau ersetzt werden sollte. Die direkte Nachbarschaft zu einem Hotel ließ befürchten, dass der Veranstaltungsbetrieb auf lange Sicht eingeschränkt werden würde. Bei der öffentlichen Sitzung des Gestaltungsbeirats gab es die Möglichkeit, an der Diskussion teilzunehmen, Fragen zu stellen und Kritik zu äußern. Zu erwarten gewesen wäre die Teilnahme vieler junger Menschen, die sich für den Erhalt ihrer Ausgehstätte einsetzen und gegen die Bebauung Stimmung machen. Tatsächlich waren nur eine Handvoll jüngerer Menschen anwesend, deren Wortbeiträge sich mit der „Rettung der Krone“ befassten. In Anbetracht der Tatsache, dass es in Darmstadt nicht viele Orte gibt, an denen gefeiert werden kann, ist das scheinbar geringe Interesse zunächst schwer erklärbar. Keiner der Beiträge zeichnete sich durch einen aggressiven Tonfall aus oder wurde unaufgefordert vorgetragen. Das disziplinierte Verhalten erinnerte an das der Teilnehmer der Bürgerbeteiligungsveranstaltungen, obwohl der Personenkreis hier ein ganz anderer war. Allerdings vermittelte der Gestaltungsbeirat, dass er von dem Hotelneubau abraten würde und keine Proteste notwendig waren.

### **Exkurs: Die Geschichte der Sanierung des Darmstädter Martinsviertels**

Der folgende Abschnitt beschreibt die Geschichte der Sanierung des Darmstädter Martinsviertels, um aufzuzeigen, wie in Darmstadt Stadtplanung mit der

Bevölkerung in der Vergangenheit verhandelt wurde. So wird deutlich, dass die Einbeziehung der Bürger bei der Stadtentwicklung in Darmstadt nicht neu ist und eine vergleichsweise lange Tradition hat. Dies stellte der Referent bei der Veranstaltung „Bürgerforum Stadt und Quartier“ ebenfalls fest. Inwiefern es sich über Informationen hinaus um tatsächliche Mitgestaltung handelt, wird in diesem Exkurs beleuchtet. Dabei geht es nicht um eine vollständige Darstellung, sondern darum, wiederkehrende Strukturen aufzuzeigen.

Das Martinsviertel, das nördlich der Darmstädter Innenstadt liegt und sowohl an den Herrngarten, den größten und ältesten Park Darmstadts, als auch an Gebäude der Technischen Universität angrenzt, kann trotz der enormen Zerstörungen Darmstadts im Zweiten Weltkrieg noch alte Bausubstanz aufweisen. Historisch betrachtet war die Einwohnerstruktur nach dem Krieg tendenziell von sozial schwächeren Schichten geprägt, was sicherlich an den günstigen Mieten lag (vgl. Wiest 2011: 227).

1970 wurde die Metroplan GmbH, ein Planungsbüro aus Heidelberg, beauftragt, eine Grundlagenuntersuchung für die Sanierung des Martinsviertels durchzuführen. Eine Sanierung wurde von verschiedenen Standpunkten aus als notwendig erachtet, viele Gebäude waren in einem sehr schlechten Zustand und die verkehrliche Situation war problematisch, nicht zuletzt wegen mangelnder Parkmöglichkeiten (vgl. Metroplan 1972: 4). Im Mittelpunkt der Sanierungspläne stand die so genannte Osttangente, eine vierspurige Straße, die mitten durch das Viertel verlaufen sollte. Damit wäre der Abriss von vielen Häusern verbunden gewesen.

Die Pläne zur Sanierung des Martinsviertels, die vor allem durch den Widerstand der Bevölkerung zu scheitern drohten, können beispielhaft angeführt werden, um zu zeigen, wie lange die Planungsprozesse in Darmstadt dauern und wie schwierig es ist, die Bürger, aber auch die Stadtverordneten von stadtplanerischen Ideen zu überzeugen (vgl. Stumme 2007: 13). Gleichzeitig kann gezeigt werden, dass auch in der Vergangenheit der Widerstand der Bevölkerung sich nicht gewaltsam äußerte. In Hannover-Linden etwa wurden Häuser besetzt, um die Sanierungspläne zu verhindern (vgl. Brech 1977: 52). Seit den 60er Jahren wurde darüber diskutiert, den innerstädtischen Verkehr zu entlasten, indem eine Straße durch das Martinsviertel geführt werden sollte. Dane-

ben war die Ausweitung der Technischen Hochschule (heutige TU) in Richtung des Martinsviertels ein wichtiges Thema. „Neu war der Vorschlag, die Bewohner des Martinsviertels durch einen Sanierungsbeirat an den Untersuchungen, den Planungen und der Bewertung unterschiedlicher Vorschläge zu beteiligen“ (ebd.: 14). In diesem Beirat saßen neben Vertretern von Institutionen, etwa der Handwerkskammer und des Magistrats, auch Experten und Bürger<sup>55</sup>. Bei den Bürgern handelte es sich um Betroffene des Planungsgebiets, genauer um ein Mitglied des Bezirksvereins, eine Erzieherin, eine Hausfrau, einen Mieter und einen Studierenden. Die Hauptaufgaben des Planungsbeirats waren, den Planungsprozess kritisch zu begleiten und in die Öffentlichkeit zu kommunizieren. Nach der fünften Sitzung wurde er jedoch nicht wieder einberufen (vgl. Metroplan 1972: 38). Es werden unterschiedliche Gründe für die Auflösung des Beirats genannt. So beschreibt Metroplan in seiner Dokumentation: „Es scheint, als ob die Bildung einer oppositionellen Fraktion, die insbesondere in der 5. Sitzung mit konkreten Anträgen zur Verkehrssituation zu Tage trat, nicht gewünscht wurde, obwohl der Ausgleich unterschiedlicher Vorstellungen doch zu den Aufgaben eines Beirats gehören sollte“ (Metroplan 1972: 8). Zu einer ähnlichen Auffassung kam die wissenschaftliche Begleitforschung<sup>56</sup>: „In diesem Gremium kam es schon bald zu erheblichen Konflikten, als diese drei Mitglieder Entscheidungen des Magistrats kritisierten“ (Brech et al. 1977: 42). Stumme, der 40 Jahre später im Auftrag der Stadt Darmstadt die Geschichte des Martinsviertels beschreibt, begründet die Auflösung des Beirats mit einem Zitat des damaligen Stadtbaurats: „Nachdem eine Gruppe von Mitgliedern des Planungsbeirats begonnen hatte, grundsätzliche gesellschaftliche Fragen zu erörtern, ist der Beirat nach ‘erfolgsversprechendem Anfang in Begriffsverwirrungen und Methodenstreit stecken geblieben’“ (vgl. Stumme 2007 zit. n. Reißer DE 19.11.71). Festzuhalten bleibt: Die Stadt war grundsätzlich bereit, die Bürger zu beteiligen, aber die tatsächliche Umsetzung funktionierte nicht. Möglicherweise sollte die Beteiligung lediglich der Information dienen und nicht einer direkten Einmischung.

---

<sup>55</sup>Die Bürger wurden von einer Bewohnerversammlung ausgewählt.

<sup>56</sup>Im Auftrag des damaligen Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau untersuchte das IWU u.a. Partizipationsverfahren unter Einsatz von Anwaltsplanern in Darmstadt (vgl. Brech et al. 1977).

Aufschlussreich ist, wie Stumme (2007) die Dokumentation der Metroplan GmbH bewertet, die in Form einer Broschüre veröffentlicht wurde. Er bezeichnet sie als „missglückt“ (ebd. 15). Die Gestaltung der Broschüre ist in der Tat auf den ersten Blick ungewöhnlich – sie hebt sich von den bisherigen Veröffentlichungen der Stadt Darmstadt deutlich ab. Zahlreiche Karikaturen etwa sollen die Inhalte bildlich und mit Humor vermitteln. Die gewählte Sprachform ist für jeden Leser verständlich, die Gliederung ist klar und die einzelnen Abschnitte sind knapp gehalten. Vermutlich sollte niemand durch einen zu langen Text abgeschreckt werden. Insgesamt ist ein deutlicher Wille zu einer Einbeziehung der Bürger, die über die bloße Information hinausgeht, herauslesbar. So wird bereits in der Einführung erläutert, dass es unterschiedliche Interessen gibt und „dies der politischen Öffentlichkeit überlassen [werden muss], die unterschiedlichen, einander widersprechenden Ziele unter einen Hut zu bekommen“ (Metroplan 1972: 4). Stumme kommentiert die Broschüre wie folgt: „Zusammen mit den als volkstümlich-populär gedachten Texten in der Broschüre und einer Reihe von wenig seriösen Karikaturen fühlen sich weder die Martinsviertler noch die Kommunalpolitiker ernst genommen und das Vertrauen in die Untersuchungsergebnisse ist verspielt“ (Stumme 2007: 16). Nun kann an dieser Stelle nicht belegt werden, ob die Bewohner dies tatsächlich so empfunden haben oder ob dies schlicht eine Interpretation von Stumme ist, der nicht dokumentiert, wie er zu dieser Aussage kommt. Die Zusammenarbeit mit Metroplan war nach Fertigstellung des Gutachtens beendet. In dem Gutachten wurden verschiedene Szenarien beschrieben, u.a. wie die Osttangente verlaufen, wie die Erweiterung der Technischen Hochschule in das Gebiet des Martinsviertels ausfallen, wie die Straßenbahn geführt werden, wie die Bebauungsdichte festgelegt werden könnte und welche Abbruchmaßnahmen damit jeweils verbunden wären (vgl. Metroplan 1972: 14 ff.). Um die Bürger bei der Entscheidungsfindung einbeziehen zu können, entwarf Metroplan ein Bewertungssystem<sup>57</sup>. Stumme kommt zu dem Ergebnis, dass sich das Gutachten „als wenig relevant für die anstehenden Sanierungsaufgaben zeigte“ (Stumme 2007:

---

<sup>57</sup>Das Bewertungssystem sollte den Bürgern bei der Beurteilung der Planalternativen helfen, indem Noten vergeben und Gewichtungen vorgenommen werden konnten, um sich z.B. für den Abriss oder den Erhalt alter Bausubstanz zu entscheiden (vgl. Metroplan 1972: 30 ff.)

14).

Im Mai 1972 fand eine Bewohnerversammlung mit dem Oberbürgermeister und dem Stadtrat statt, bei der deutlich wurde, dass die von der Politik präferierte Osttangente und der damit verbundene Straßendurchbruch von den Bewohnern weiterhin nicht akzeptiert wurden (vgl. Stumme 2007: 16). Im selben Monat beschloss die Stadtverordnetenversammlung, das gesamte Martinsviertel als Sanierungsgebiet festzulegen, was es bis heute geblieben ist. Das ein Jahr zuvor in Bonn verabschiedete Städtebauförderungsgesetz<sup>58</sup> regelt die Durchführung von Sanierungsmaßnahmen und schreibt die Einbeziehung der Bewohner vor. Eine architektonische Diplomarbeit beschäftigte sich zu dieser Zeit mit der Thematik der Osttangente. Diese Arbeit empfiehlt, die Straße weiter nördlich zu führen, was von Seiten der Politik aufgegriffen wurde. Außerdem gab man die Pläne der Ausdehnung der Technischen Hochschule auf. In den folgenden Monaten bis 1973 herrschte Stillstand, zumindest was die Planung anbelangte.

Festgehalten werden soll hier, dass es bereits in den 70er Jahren eine breite Öffentlichkeit gab, die sich an der Stadtplanung aktiv beteiligte und die von der Stadt Darmstadt insofern unterstützt wurde, als 1973 beschlossen wurde, Anwaltsplaner einzusetzen und zu finanzieren (vgl. Kapitel 3.3.4). Erfahrung mit dieser Form der Bürgerbeteiligung konnte bereits in dem Darmstädter Stadtteil Kranichstein gesammelt werden. Problematisch war, dass es im Gegensatz zu Kranichstein keine organisierte Gruppe gab, an die sich die Anwaltsplaner hätten wenden können. Aus diesem Grund richteten die Anwaltsplaner eine Bürgersprechstunde ein und suchten das Gespräch zu den wichtigsten Vertretern von Institutionen, die im Martinsviertel eine Rolle spielten. Besonders durch die Pressearbeit der Anwaltsplaner gelang es, eine Gruppe von Bürgern zu aktivieren und zu vertreten (vgl. Brech et al. 1977: 44). Die Osttangente war ein Thema, zu dem viele eine Meinung hatten – die Mehrheit war gegen den Bau und konnte von den Anwaltsplanern darin unterstützt werden, Argumente gegen den Bau zu finden und zu artikulieren. Der Rahmenplan für

---

<sup>58</sup>Das Städtebauförderungsgesetz wurde ins Leben gerufen, um eine planungsrechtliche Grundlage für städtebauliche Sanierungsaufgaben zu schaffen. Bedingung für die Anwendung des Gesetzes sind erhebliche bauliche und funktionelle Mängel (vgl. Streich 2005: 420).



das Martinsviertel wurde im April 1975 vorgelegt. Dieser beinhaltete trotz der Arbeit der Anwaltsplaner weiterhin die Osttangente als vierspurige Straße.

1976 wurde die Bürgerinitiative Martinsviertel gegründet und gleichzeitig verabschiedete die Stadtverordnetenversammlung den Rahmenplan für die Sanierung des Viertels und damit auch die Realisierung der Osttangente, was von den Bewohnern jedoch weiterhin abgelehnt wurde (vgl. ebd.: 48). Kurz vor der Kommunalwahl 1977 schlossen sich die Gegner der Osttangente in der „Wählergemeinschaft Darmstadt“ zusammen und konnten noch andere Bürgerinitiativen aus anderen Stadtteilen Darmstadts aktivieren, die sich mehrheitlich ebenfalls mit Verkehrsthemen beschäftigten (vgl. Brech et al. 1977: 50). Sie verzeichneten einen großen Erfolg: Sie konnten mit 8% der Stimmen in die Stadtverordnetenversammlung einziehen. Die SPD verlor ihre Mehrheit, so dass Darmstadt nun von CDU und FDP regiert wurde. Fraglich war nun, wie es mit der Anwaltsplanung weitergehen sollte, da diese von der SPD initiiert und von der CDU eher abgelehnt worden war. Durch die Popularität der Anwaltsplanung, nicht zuletzt wegen der wissenschaftlichen Begleitforschung des IWU, änderte sich nach der Wahl zunächst nichts.

„Für diese Legislaturperiode und wahrscheinlich noch darüber hinaus dreht sich in dieser Stadt die ganze Politik um die Verkehrsplanung, im Extrakt also um deren umstrittene Bestandteile Osttangente und Ostautobahn“ (FAZ 22.2.78).

Ende des Jahres 1978 lag ein neues Gutachten zum Generalverkehrsplan, der die gesamtstädtische verkehrliche Entwicklung Darmstadts beschreibt, vor. Es knüpfte an die Pläne der 60er Jahre an, die vorsahen, die beiden Autobahnen im Norden und Osten von Darmstadt miteinander zu verbinden. Eine Gruppe von Stadtplanern legte hierzu eine Alternative vor, die durch Umwege an die Öffentlichkeit gelangte (vgl. Stumme 2007: 25). Von Seiten der Bevölkerung gab es dafür große Zustimmung. Die SPD, die zuvor wie die CDU an dem Bau der Osttangente festgehalten hatte, entschied sich nun dagegen. 1980 veröffentlichte Stadtbaurat Reißer eine Broschüre „Arheilger Allee. Die Achse der Vernunft“, um die Bürger doch noch von den Durchbruchplänen zu überzeugen. „Die Zeit ist reif, in der dünnst besiedelten und baulich schlechtesten Zone des

Martinsviertels Leben und Fortschritt zu schaffen und die benachbarten Bereiche in verkehrsberuhigte Wohnquartiere zu verwandeln“ (Stadt Darmstadt 1980:1). Der Ausgang der nächsten Wahl zeigte, dass sich die Bürger davon nicht beeindrucken ließen. Die CDU erzielte ein schlechteres Ergebnis als bei der vorherigen Wahl, die Wählergemeinschaft Darmstadt (WGD) hingegen gewann Stimmen hinzu, so dass sie mit der SPD eine Koalition bilden konnte (vgl. Stumme 2007: 27). Nun gelang es endgültig, die Durchbruchstraße durch das Martinsviertel zu verhindern. Die Bebauung von frei gehaltenen Grundstücken für die geplante Straße wurde schnell vorangetrieben. Hauptsächlich beschäftigte man sich nun im eigentlichen Sinne mit der Sanierung des Viertels, d.h. mit der Neuordnung der Blockinnenräume, der Modernisierung veralteter Bausubstanz und dem Umbau von Straßen und Plätzen (vgl. Stumme 2007: 28). Vor allem für die Bedürfnisse von Familien mit Kindern sollten Räume gestaltet werden, zudem mussten mehr Parkmöglichkeiten geschaffen werden.

Stumme stellt in seinem Fazit fest: „Die Sanierung des Martinsviertel ist eine Erfolgsgeschichte“ (ebd.: 55). Er macht dies unter anderem am Festhalten an der Sozialplanung fest. Diese wurde von einer Arbeitsgruppe, die direkt dem Oberbürgermeister unterstellt war, entwickelt. Sie sorgte dafür, die alten Bewohner nicht aus dem Viertel zu vertreiben und die alte Bausubstanz weitgehend zu erhalten. Dies alles wäre jedoch nicht möglich gewesen, wenn die Osttangente verwirklicht worden wäre, da ein erheblicher Teil des alten Gebäudebestands hätte abgerissen werden müssen und das Viertel durch eine vierspurige Straße geteilt gewesen wäre. „Eine große Zahl von Kneipen aller Art, Freizeit- und Begegnungsstätten von Vereinen mit ihren Einrichtungen und die gute Ausstattung mit Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und alte Menschen sorgen für einen lebendigen Stadtteil, der trotz vieler Veränderungen einen guten Teil seines alten Flairs erhalten hat“ (Stumme 2007: 56).

Bemerkenswert sind die Parallelen zur jüngeren Geschichte Darmstadts. Die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP zerbrach 2009 an den Debatten zur Nord-Ost-Umgehung, einer weiteren geplanten Umgehungstraße, 2,8 km lang, davon 1,2 km unterirdisch, die den innerstädtischen Verkehr entlasten sollte. Am 30. September 2008 war deren Bau von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden. Diese Entscheidung stieß auf enormen Widerstand

der Darmstädter Bevölkerung, so dass es am 7. Juni 2009 zu einem Bürgerentscheid kam. 55% stimmten gegen den Bau, aber das benötigte Quorum von 25% der Stimmberechtigten wurde nicht erreicht -- es fehlten 204 Stimmen. Nach dem Bürgerentscheid waren die Grünen nicht länger bereit, die Straße zu bauen. Der Oberbürgermeister richtete daraufhin ein lokales Dialogforum ein, das „offene Fragen klären, für punktuelle Interessenkonflikte Lösungsangebote erarbeiten und bis zum Jahresende Handreichungen für die anstehende erneute Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung geben“ sollte (Pleines 20.11.2009). Die Bürgerinitiative „Darmstadt-Ohne-Nordostumgehung“ verließ das Dialogforum nach der 3. Sitzung, da es nicht ergebnisoffen gewesen sei. Letztlich stimmte die Stadtverordnetenversammlung am 4. Februar 2010 dem Satzungsbeschluss für den Bau der Nordostumgehung zu, jedoch ohne die Stimmen der Grünen. Aufgrund der neueren politischen Entwicklungen – dem Wahlsieg der Grünen bei den Kommunalwahlen und der Oberbürgermeisterwahl am 27. März 2011 – wird die Nordostumgehung nun doch nicht gebaut werden.

### Schlussfolgerungen

Anhand der Planungsgeschichte des Martinsviertels wird deutlich, wie bedeutend das Thema Verkehr für die Bürger ist. Damals wie heute werden Bürgerinitiativen gegründet, um gegen die Pläne der Stadt vorzugehen. Darüber hinaus muss festgestellt werden, dass in den 70er Jahren in Darmstadt vielfältige Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung bei der Stadtplanung gemacht wurden. Neben der durch das Städtebauförderungsgesetz festgelegten Einbeziehung der Bevölkerung ist die Methode der Anwaltsplanung hervorzuheben. Nach amerikanischem Vorbild ist die Anwaltsplanung, die die Interessen der Bürger wahrt und ihnen hilft, eine Stimme zu haben, bundesweit erstmals in Darmstadt-Kranichstein eingesetzt und aufgrund der dortigen Erfahrungen ebenfalls im Martinsviertel angewendet worden (vgl. Brech et al. 1977: 15). Allerdings wurden seitdem keine Anwaltsplaner engagiert. Im Gegensatz dazu wendete auch Hannover Anwaltsplanung an und seitdem gilt sie dort als probates Mittel. „Das Spektrum, das Anwaltsplanung abdeckt, wird in Deutschland nirgendwo so deutlich wie in Hannover, wo seit mehr als 30 Jahren Anwaltsplanung

auf unterschiedliche Weise praktiziert wird“ (vgl. [www.buergergesellschaft.de](http://www.buergergesellschaft.de)). Darmstadt wird in diesem Kontext nicht mehr benannt.

„Mit ungeübten und mit ihren ausführlichen Erläuterungen viel zu langatmigen Planern auf der einen Seite und misstrauischen Bürgern auf der anderen Seite, die nicht glauben wollten, dass die ihnen vorgestellten Vorschläge tatsächlich Diskussionsgrundlage und keine fertige Planung sind, entstand nur ein recht mühsamer Dialog, zudem voller Missverständnisse“ (Stumme 2007: 31). Anhand der Beschreibung der Situation von Stumme ist eine gewisse Kontinuität erkennbar, die mit den Planungswerkstätten für die Konversionsflächen fortgesetzt wurde. Die städtische Verwaltung ist verpflichtet, die Bürger an der Planung zu beteiligen, aber ist von deren Abstraktionsniveau anfänglich nicht überzeugt. Die Bürger wiederum sind skeptisch und haben kein Vertrauen darauf, dass ihre Vorschläge tatsächlich bei der Planung berücksichtigt werden. Das oben genannte Zitat könnte demnach auch im Anschluss an die Planungswerkstätten 2010 und 2011 entstanden sein. Über das Misstrauen und die Skepsis hinaus wurde jedoch auch damals nicht über zivilen Ungehorsam oder eskalierende Konflikte berichtet.

## 5.3 Überlegungen zur Eigenlogik Darmstadts

### 5.3.1 Faktor Zeit

Die Entwicklung der Konversionsflächen zu neuen Wohngebieten ist ein komplexer Prozess, wie die einzelnen Prozessmeilensteine verdeutlichen. Dies ist in jeder Stadt der Fall und ist nichts für Darmstadt Spezifisches. Anders verhält es sich bezüglich der Zeitstrukturen. Von Anfang an gab es bezüglich des Zeitplans für die Konversion und damit auch für die Bürgerbeteiligung Retardationen. Um zu zeigen, an welchen Stellen die angekündigten Schritte verschoben wurden und es zu Verzögerungen kam, sind die Berichterstattung der lokalen Presse und die auf die Konversion bezogenen Aussagen der politischen Entscheider aufschlussreich. In nahezu jedem Artikel wird angekündigt, welche weiteren Schritte zu welchem Zeitpunkt geplant sind oder wann der Prozess abgeschlossen sein wird. Es ist auffallend, dass während des gesamten Untersuchungszeitraums die zeitliche Dimension des Prozesses von allen beteiligten

Akteuren immer wieder thematisiert wurde. Anfang 2010 ist zu lesen:

„Mehr als 300 Hektar Militärf Flächen hat die US-Armee vor zwei Jahren geräumt. 64 Hektar davon sollen in den nächsten Jahren Wohngebiete werden“ (Görg 02.02.2010).

Hier werden dem Leser zwei Dinge verdeutlicht: Seit zwei Jahren sind die Flächen bereits unbewohnt und bis sie wieder bewohnt werden können, werden noch weitere Jahre vergehen. In einem Artikel eine Woche später heißt es: „Mit einem ‘langwierigen Prozess’, der bis zu sechs Jahre dauern könne, rechnet Wenzel“ (Görg 08.02.2010). Nur eine weitere Woche später meldet die Zeitung:

„Erst Ende dieses Jahres soll das 24,3 Hektar große Areal mit den 33 Wohnblocks von der Eigentümerin, der Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten (BImA) verkauft werden“ (Görg 19.02.2010).

Aussagekräftig ist, die Annahme zu diesem Zeitpunkt, dass die Lincoln-Siedlung Ende des Jahres verkauft werden soll und dies als zu lang angesehen wird, was durch das Adverb ‘erst’ deutlich wird. Von den vormals genannten sechs Jahren ist nicht mehr Rede.

Nachdem die erste Planungswerkstatt stattgefunden hatte, ist in dem Bericht im August 2010 zu lesen:

„Für das Cambrai-Fritsch-Areal ist ein städtebaulich-landschaftsplanerischer Wettbewerb vorgesehen, der Ende 2011 abgeschlossen sein soll“ (Baczyk 23.08.2010).

Dabei wurde schon ein Jahr zuvor der geplante Wettbewerb bekannt gegeben. „Noch für dieses Jahr [2009 Anm. d. V.] kündigte Baudezernent Dieter Wenzel den Beginn eines städtebaulichen Wettbewerbs an“ (Baczyk 15.05.2009). Zu dem damaligen Zeitpunkt hatte noch keine Planungswerkstatt stattgefunden, das heißt, die Bürger wären nicht an dem Prozess beteiligt worden, wenn die ursprünglichen Zeitpläne tatsächlich eingehalten worden wären. Nach den Fachforen der Schader-Stiftung wurde in der Überschrift des Presseberichts wieder die zeitliche Komponente betont, anstatt auf die Inhalte der Veranstaltung hinzuweisen. „‘Konversion kann zehn Jahre dauern’“ (Gruner 10.09.2010).

Dieses Prinzip fand ebenfalls bei der Berichterstattung zur zweiten Planungswerkstatt Anwendung. Die Zeitung titelte nicht mit einem Ergebnis, sondern zitierte abermals den damaligen Baudezernenten mit einer Aussage zum Zeithorizont. „Lincoln-Siedlung soll noch 2011 bewohnt werden“ (Görg 15.02.2011). Auf der Veranstaltung hatte der Verkaufsleiter der BImA dies jedoch nicht bestätigt. Dort wurde deutlich gemacht, dass die Entwicklung der beiden anderen Gebiete (Cambrai-Fritsch-Kaserne und Jefferson-Siedlung) noch länger dauern würde als die der Lincoln Siedlung, da hier der Wettbewerb vorgeschaltet werden sollte. So hatte die zweite Planungswerkstatt explizit das Ziel, Kriterien für diesen zu formulieren.

„Mit einem Zeitraum von etwa drei Jahren rechnet Dezernent Wenzel, bis der Bebauungsplan für das Cambrai-Fritsch/Jefferson-Areal beschlossen sein könnte“ (Görg 15.02.2011).

An den Wettbewerb waren zwei weitere Planungswerkstätten gekoppelt. Im Mai 2011 beschloss die Stadtverordnetenversammlung das Wettbewerbsverfahren und die Umsetzung inklusive Zeitplan. Demnach war die dritte Planungswerkstatt im Februar 2012 und die vierte im Juni 2012 vorgesehen (vgl. Stadtplanungsamt 10.05.2011: 3 f.) Da der Wettbewerb auch Anfang 2013 noch nicht ausgeschrieben war, gab es somit auch keine weiteren Planungswerkstätten.

Nach den ersten beiden Planungswerkstätten fanden Kommunalwahlen statt, die zu einem Regierungswechsel führten. Die SPD-Regierung wurde durch eine Grün-Schwarze Koalition abgelöst. Damit änderten sich die jeweiligen Erwartungen oder zumindest die öffentlichen Forderungen an das Tempo des Prozesses. Im Wahlkampf war es vor allem die CDU, die zu einer Beschleunigung des Prozesses aufrief und der Regierung mangelndes Verhandlungsgeschick gegenüber der BImA vorwarf (vgl. Kapitel 5.2.9). Die Entwicklung so schnell wie möglich voran zu treiben, ist dann auch im Koalitionsvertrag verschriftlicht worden. So heißt es: „Durch die *zügige* Entwicklung der Konversionsflächen [...] werden die direkten Steuereinnahmen sowie die Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich steigen [Hervorh. d. Verf.]“ (Bündnis 90 Die Grünen/CDU 2011: 14). „Wir streben die *zügige* Bebauung der Konversionsflächen [...]

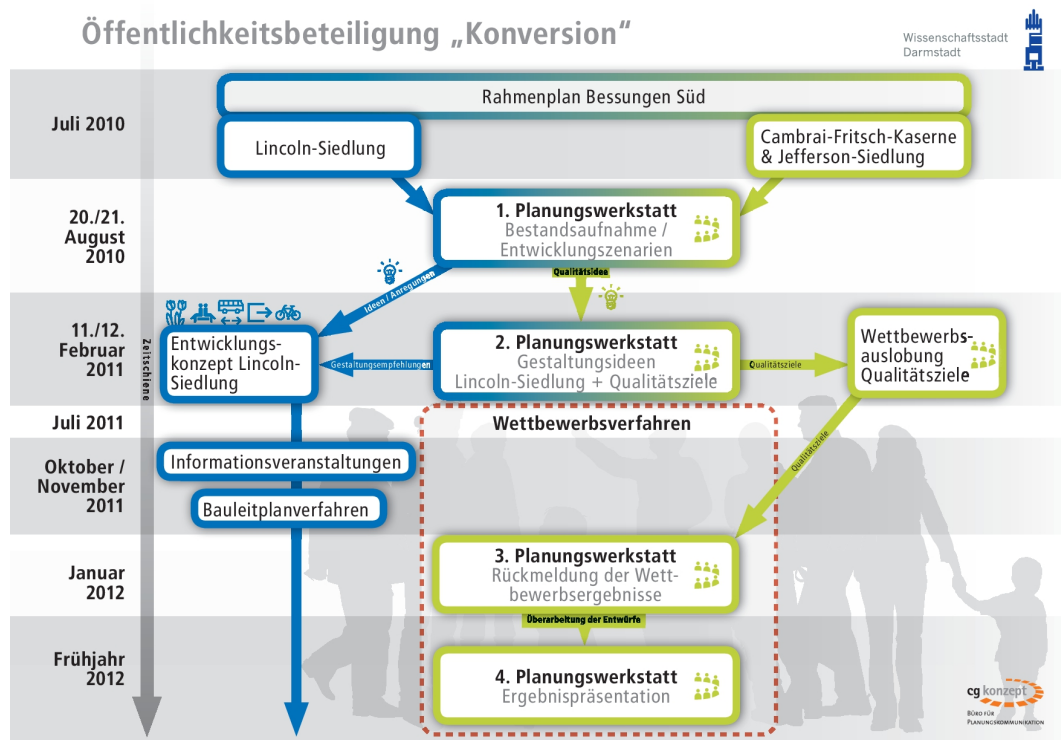


Abbildung 5.4: Zeitplan der Öffentlichkeitsbeteiligung, wie er auf der zweiten Planungswerkstatt präsentiert wurde (Grüger et al. 2011)

an [Hervorh. d. V.]“ (ebd. 49). In allen weiteren Passagen zur Konversion wird auf eine schnelle Entwicklung verwiesen: „beschleunigen“; „schnellstmöglich“; „baldmöglichst realisieren“; „zügig zu entwickeln“ (ebd. 50). Nachdem es auch mit der neuen Regierung keine sichtbaren Fortschritte gab, begann die nun in der Opposition befindliche SPD den scheinbaren Stillstand zu kritisieren.

Die Analyse der Zeitstrukturen macht demnach zwei Dinge deutlich. Unabhängig von den amtierenden politischen Parteien und Personen dauert die Entwicklung der Konversionsflächen länger als von den Akteuren erwartet und in der Öffentlichkeit kundgetan. Bevor die Entscheidungsträger eine Entscheidung fällen, wird lange abgewogen. Dabei fällt auf, dass auch nach der Beschlussfassung der Stadtverordneten nicht direkt gehandelt wird. Die Kommunalwahl und der damit zusammenhängende Regierungswechsel legen die Vermutung nahe, dass die Zeitstruktur sich parteiunabhängig fort schreibt, da sich auch danach nichts verändert hat. Die andere Auffälligkeit ist der Umgang

der Bürger mit der Dauer des Konversionsprozesses. Obwohl die Presseberichterstattung immer wieder auf die langen Zeithorizonte des Prozesses hinwies, war die Empörung der Öffentlichkeit nur gering. Die Verärgerung bzw. das Unverständnis äußerten sich im Beobachtungszeitraum nicht anders als über Leserbriefe. Die Presseberichterstattung war teilweise provokativ, indem Titel ausgewählt wurden, die auf die Langsamkeit und lange Dauer der Entwicklung abzielten. Die Empörung und der Druck von Seiten der Bevölkerung, der dadurch aufgebaut wurde, war dennoch verhältnismäßig gering.

### 5.3.2 Institutionalisierte Konflikt

„Da nicht absehbar ist, dass die Stadt angesichts ihrer finanziellen Situation die Flächen trotz ihres Vorkaufsrechts selbst erwerben kann, legt sie Wert auf die Zusammenarbeit mit der BImA – und auf die Möglichkeit, über Bebauungspläne Einfluss auf die Entwicklung nehmen zu können.“ (Görg 02.02.2010).

Nachdem das US-Militär die Flächen an die BImA übergeben hatte, sollte es mit der Stadt eine kooperative Zusammenarbeit geben. Dies wurde von beiden Seiten sowohl in der Presse als auch bei öffentlichen Veranstaltungen stets betont. In der gemeinsamen Erklärung zur Konversion heißt es:

„Die Parteien beabsichtigen im Interesse der zügigen Entwicklung der Konversionsflächen neben einer kooperativen Zusammenarbeit eine fortlaufende wechselseitige Abstimmung und gegenseitige rechtzeitige Information zum Verfahrens- und Planungsstand sowie alle sonstigen für die Erreichung der Konversionsziele wesentlichen Angelegenheiten“ (Wissenschaftsstadt Darmstadt 18.02.2010).

Interessanterweise wurde auch hier von einer „zügigen Entwicklung“ gesprochen. Als im August die Planungswerkstatt stattfand, wurde weiterhin die gute Zusammenarbeit versichert. Allerdings stellte dort der BImA Verkaufsleiter fest, dass es bei solchen Prozessen immer auch Dissens gebe. Der Planungsdezernent dagegen war bemüht die Zusammenarbeit als konstruktiv darzustellen.

Dass die Zusammenarbeit wohl nicht so reibungslos verlief, wie dargestellt, wurde der Öffentlichkeit zum ersten Mal im Oktober 2010 deutlich, als es



um die Zwischennutzung einiger Gebäude durch das Studentenwerk ging. Hier wurde der BImA Verkaufsleiter in der Presse zitiert.

„Eine solche Nutzung erfordere jedoch ein Einvernehmen mit der Stadt, ‘das zur Zeit nicht besteht’“ (Damm 28.10.2011).

Erstmalig wurden die ins Stocken geratenen Verhandlungen zwischen Stadt und BImA von der Presse thematisiert. Deutlich wurde, dass bei bestimmten Punkten keine Einigkeit erzielt werden konnte. In diesem Fall gibt die BImA der Stadt implizit die Schuld daran, dass das Studentenwerk die Wohnungen nicht zur Zwischennutzung mieten konnte. Damit wird der Handlungsdruck auf die Stadt erhöht.

Dass sich das Verhältnis zwischen der Stadt und der BImA zunehmend verschlechterte, wurde besonders auf der zweiten Planungswerkstatt im Februar 2011 deutlich. Der dort präsentierte Rahmenplan beinhaltet, große Teile der Bestandsgebäude abzureißen. Aus Sicht der BImA ist dies nicht wünschenswert, da sie im Rahmen ihrer Wertermittlung sowohl den Boden als auch die Gebäude einbezieht und bei Erhalt des Bestandes entsprechend höhere Werte erzielt. Im selben Jahr beschlossen die Stadtverordneten die vorbereitenden Untersuchungen für die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme. Würde diese zum Einsatz kommen, wäre die Stadt selbst Eigentümerin. Dennoch wurde weiterhin an dem kooperativen Weg mit der BImA festgehalten. Was nicht heißt, dass nicht öffentlich der BImA als Eigentümerin die Schuld für die Verzögerungen gegeben wurde. Die Stadt Darmstadt möchte möglichst wenig Folgekosten tragen und die BImA den maximalen Gewinn erwirtschaften. Eine nachhaltige Stadtentwicklung steht dabei nicht im Vordergrund. Für die Bürger ist schwer nachvollziehbar, wie über so viele Jahre verhandelt werden kann, ohne dass ein Ergebnis erzielt wird, da im Grunde die öffentliche Hand mit sich selbst verhandelt. Wie bereits beschrieben, fanden die angekündigten Planungswerkstätten im Frühjahr 2012 nicht statt. Die Gründe wurden weder in der Presse noch auf anderen öffentlichkeitswirksamen Wegen kommuniziert. Dass es keine positive Entwicklung bezüglich der Verhandlungen gibt, wird bei der Auftaktveranstaltung der Reihe „Bürgerforum Stadt und Quartier“ deutlich. In der Begrüßung erläuterte der Oberbürgermeister, dass die städtebauliche

Entwicklungsmaßnahme wahrscheinlich der einzige Weg sei, um eine nachhaltige Stadtentwicklung durchzuführen. Möglicherweise sollte damit Druck auf die BImA ausgeübt werden. In der Folgezeit wird der Unmut der Bürger immer größer, was an den zahlreichen Kommentaren und Leserbriefen der lokalen Zeitung zu erkennen ist.

Der institutionalisierte Konflikt zwischen der Stadt und der Eigentümerin relativiert die Bürgerbeteiligung – besonders bezüglich deren Einfluss. Die erarbeiteten Vorschläge der Bürger, wie die Konversionsflächen entwickelt werden könnten, müssen nicht von der Eigentümerin berücksichtigt werden. Die BImA ist den Darmstädter Bürgern nicht verpflichtet, sondern beruft sich auf ihren gesetzlichen Auftrag, einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen, der dem Bundeshaushalt zufließt. Im Gegensatz dazu ist die Stadt Darmstadt verantwortlich gegenüber ihren Einwohnern und an einer positiven Entwicklung interessiert. Die Entscheidungsträger, der Magistrat und die Stadtverordneten, möchten wieder gewählt werden und sind damit auch an das Wohlbefinden der Bürger gebunden. Vor dem Hintergrund der kommunalen Finanzlage und der erforderlichen Einsparung bedeutet die Durchführung der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme eine hohe Belastung für den städtischen Haushalt. So ist es möglicherweise auch aus Sicht der Stadt von Vorteil, dass die Entwicklung so viel Zeit braucht. Als Grund für die Verzögerung werden die schwierigen Verhandlungen mit der BImA genannt. Die Bürger werden über diesen Konflikt nur stellenweise informiert. Immer dann, wenn von Bürgerseite nachgehakt wird, wird auf die stockenden Verhandlungen hingewiesen. Gleichzeitig wird der Druck auf die BImA erhöht, indem die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme als Handlungsoption immer häufiger von den städtischen Vertretern genannt wird.

Der Konflikt zwischen der Stadt Darmstadt und der BImA ist durch deren unterschiedliche Interessen erklärbar. So hat die Stadt Darmstadt das Ziel einer nachhaltigen Stadtentwicklung, die dem wachsenden Bedarf an Wohnraum gerecht werden muss und die entsprechenden Infrastrukturen für ein funktionierendes Quartier fördert. Dem gegenüber steht die BImA, deren gesetzlicher Auftrag es ist, hohe Gewinne zu erzielen. Dazwischen stehen die Bürger, die an einer schnellen Entwicklung und an Wohnraum interessiert sind. Die Eigen-

tumsverhältnisse und die sich daraus ergebenden unterschiedlichen Interessen finden sich auch in anderen Städten. Entscheidend ist der Umgang damit. Wie gehen Politik und Verwaltung damit um und welche Konsequenzen hat dies für die Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung? Wie gezeigt, finden sich in Darmstadt hierbei Spezifika, die auf die eigenlogischen Strukturen zurückzuführen sind.

#### 5.3.3 Annäherung an eine Bewertung

Die Bewertung des Prozesses wird durch die in Kapitel 3.4 beschriebenen Kriterien – Effektivität, Legitimität, Sozialkapital, Qualifizierung – vorgenommen. Zunächst muss jedoch festgestellt werden, dass die Evaluation des Prozesses explizit nicht das Ziel der vorliegenden Untersuchung ist. Vielmehr handelt es sich um eine Annäherung, die dazu dient, Antworten auf die Untersuchungsfrage zu finden, um eigenlogische Strukturen zu identifizieren. Da der Prozess noch nicht abgeschlossen ist, ist die Analyse, wie groß der Einfluss der Bürgerbeteiligung auf die Planung war, ohnehin noch nicht möglich. Dennoch erlaubt die Fülle des Materials, das durch die empirische Untersuchung gewonnen wurde, einige Schlüsse.

Betrachtet man die Effektivität der bisherigen Bürgerbeteiligung, muss sich dies auf die Rahmenplanung und die damit zusammenhängenden politischen Beschlüsse beschränken. Das Ziel der beiden Planungswerkstätten war es, die Anregungen und Ideen der Bürger zu berücksichtigen und in die Pläne aufzunehmen. Da es sich bei der Rahmenplanung um ein informelles Planungsinstrument handelt, kann noch nicht beurteilt werden, inwiefern diese in den formellen Plänen, das heißt den Bebauungsplänen, berücksichtigt werden. Daneben ist die Planung für die Cambrai-Fritsch-Kaserne und Jefferson-Siedlung noch völlig offen, da hier bis zum Abschluss der Beobachtung lediglich die Kriterien für den Wettbewerb erarbeitet wurden. Der Wettbewerb ist nicht ausgeschrieben, somit kann hier auch keine Bewertung erfolgen. Ob die Anregungen der Bürger in die Formulierung der Wettbewerbsaufgabe Eingang finden. Im Rahmenplan der Lincoln-Siedlung ist die Anregung der gemischten Bebauung aufgenommen worden, ob die soziale Durchmischung gelingen wird, kann erst beurteilt werden, wenn die Bewohner eingezogen sind. Deutlich

wird abermals die Zeitstruktur. Es werden noch einige Jahre vergehen, bis hier abschließend eine Bewertung erfolgen kann.

Das Bewertungskriterium der Legitimität kann ebenfalls nur schwer auf den untersuchten Prozess angewendet werden. Aus Sicht der Stadtverwaltung diente die Erarbeitung des Rahmenplans gemeinsam mit den Bürgern als Legitimation des Rahmenplans gegenüber den Stadtverordneten. Die teilnehmende Beobachtung der Ausschusssitzung machte deutlich, dass dies als gewichtiges Argument betrachtet wurde. Das spürbare Misstrauen der politischen Vertreter gegenüber der Stadtverwaltung und dem Magistrat wurde durch die Bürgerbeteiligung relativiert.

Die teilnehmende Beobachtung der Veranstaltungen zeigt, dass viele Interessenvertreter anwesend, jedoch beteiligungsferne Gruppen nicht zu identifizieren waren. Wie bereits beschrieben, nahm sowohl an den Planungswerkstätten als auch an den anderen Veranstaltungen ein nahezu identischer Personenkreis teil. Die meisten verfügen über entsprechend hohes Sozialkapital. Eine Erklärung dafür sind die Beteiligungsmethoden und die Art und Weise, wie die Bürger sich einbringen können und angesprochen werden. An einer Beteiligungsveranstaltung teilzunehmen, erfordert eine gewisse Bereitschaft, sich in die Strukturen einzudenken und den Mut zu haben, vor anderen zu sprechen oder seine Meinung zu vertreten und zu verschriftlichen. Um nicht die „Immergleichen“ zu beteiligen, müssten andere innovative Wege gewählt werden, sowohl was die Formate und Methoden anbelangt als auch was die Ansprache angeht.

Die Bürger, die regelmäßig an den Veranstaltungen teilnahmen, konnten sich sicherlich Wissen über Stadtplanung und -entwicklung aneignen. Viele der Teilnehmer verfügten bereits über Grundlagenwissen. Auffallend war, dass sich die Bürger sehr gut mit der Materie auskannten. So sind unter den Teilnehmern auch ehemalige Mitarbeiter des Planungsamtes zu finden, die im Ruhestand weiterhin Interesse und Freude an dem Thema Stadtentwicklung haben. Neben der fachlichen Qualifikation eigneten sich die Teilnehmer auch soziale Kompetenzen an. Besonders durch die Gruppenarbeiten bei den Planungswerkstätten wurde dies deutlich. Auf die Kriterien, die für den landschaftsplanerischen und städtebaulichen Wettbewerb erarbeitet wurden, einigten sich die Teilnehmer,

indem Kompromisse gefunden wurden. In einigen Fällen überzeugten auch bestimmte Bürger die anderen von ihrer Meinung.

Die teilnehmende Beobachtung der verschiedenen Veranstaltungen ergab, dass es ein bestimmter Personenkreis ist, der sich für die Stadtentwicklung interessiert und engagiert – ferner den Beteiligungsprozess auch dominiert. Dieser Kreis wird stark von den gemeinschaftlichen Wohnprojektinitiativen und der Lokalen-Agenda-Gruppe geprägt. Bisher wurden keine Formate eingesetzt, die dem entgegen wirken. Ob der Prozess als erfolgreich bewertet werden kann, bleibt offen, da dies erst nach der Umsetzung evaluiert werden kann.

#### 5.3.4 Zwischenfazit

Die ausführliche Beschreibung aller Veranstaltungen im Beobachtungszeitraum wird im Folgenden genutzt, um zu analysieren, inwieweit sich aus diesem empirischen Material die fünf Arten von Strukturen – Sozial-, Zeit-, Gefühls-, politische und Raumstrukturen – ableiten lassen und in welcher Form sie sich zeigen. „Städtische Strukturen (wie alle Strukturen) finden [...] in der handelnd-fühlenden Praxis ihren Ausdruck und ihre Realisierung“ (Löw/ Noller 2010: 258). Punktuelle Vergleiche mit anderen Städten helfen dabei.

Durch die teilnehmende Beobachtung aller beschriebenen Darmstädter Veranstaltungen kann ein großes Interesse an der Entwicklung der Konversionsflächen und eine hohe Engagementbereitschaft der Darmstädter Bürger festgestellt werden. Im Gegensatz zu einigen anderen Konversionsstandorten<sup>59</sup> kamen zahlreiche Bürger zu den Veranstaltungen, auch wenn diese an sonnigen Samstagen stattfanden. Über 200 Teilnehmer an einer Planungswerkstatt ist überdurchschnittlich, wie die Moderatorin der Planungswerkstatt aus eigener Erfahrung bestätigte. Bezogen auf die Einwohnerzahl Darmstadts ist es hingegen nur ein verschwindend geringer Teil, dies ist jedoch den meisten Bürgerbeteiligungsprozessen immanent. Dass die Darmstädter sich grundsätzlich für ihre Stadt interessieren und sich entsprechend einsetzen und engagieren, ist auch eines der zentralen Ergebnisse der Analyse der Gesprächsreihe „Typisch Darmstadt“ (vgl. Löw/ Noller/ Süß 2010).

---

<sup>59</sup>In Osnabrück berichtete die Presse, dass nur wenige Bürger dem Aufruf der Stadt folgten, bei der Planung der Konversionsflächen mitzuwirken (vgl. Lahmann-Lammert 11.04.2008).

In Heidelberg gibt es ebenfalls große Konversionsflächen, die innenstadtnah gelegen sind. Die Teilnehmerzahl an den Bürgerveranstaltungen ist vergleichbar mit der in Darmstadt. Auch dort nahmen viele Anwohner der angrenzenden Stadtteile teil und gemeinschaftliche Wohnprojektgruppen waren vertreten. Heidelberg und Darmstadt weisen viele strukturelle Ähnlichkeiten auf, etwa bezüglich der Bevölkerungszahl, der Prägung durch Universität<sup>60</sup> und wissensgenerierende Unternehmen. Besonders im Hinblick auf die beiden genannten Faktoren Zeit und Umgang mit dem institutionalisierten Konflikt zwischen Kommune und BI mA unterscheiden sie sich jedoch wesentlich. Noch bevor die Flächen an die BI mA übergeben worden sind, wurde in Heidelberg eine städtische Gesellschaft gegründet, die die Flächen erwerben wird. Damit soll sichergestellt werden, dass die Stadt ihre Entwicklungsziele erreicht. Dabei ist auch eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme nicht ausgeschlossen. Die *Zeitstrukturen* in Darmstadt unterscheiden sich signifikant von denen Heidelbergs (vgl. Kapitel 5.3.1). Zu nennen ist die lange Dauer der Abwägung von Entscheidungsprozessen. Die Analyse der Zeitpläne in Darmstadt ergab, dass die geplanten Meilensteine, etwa der Verkauf von Teilflächen oder der Beginn des landschaftsplanerischen und städtebaulichen Wettbewerbs, sich über mehrere Jahre hinweg verschoben haben. Den Entscheidungsträgern zufolge gab es dafür stichhaltige Gründe. Die Bedeutung der Flächen für die Darmstädter Stadtentwicklung ist hoch. Befürchtungen, bei der Entwicklung Fehler zu begehen oder bei der Planung etwas nicht zu bedenken, führten dazu, dass Entscheidungen lange nicht getroffen und möglichst alle Optionen offen gehalten wurden. Gleichzeitig bedeutet die Entscheidung, die Flächen als Stadt selbst zu erwerben einen erheblichen finanziellen Aufwand. So wurde lange Zeit an zwei parallelen Entwicklungen gearbeitet – dem kooperativen Weg mit der BI mA und der Vorbereitung der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme, die zur Folge hat, dass die Stadt selbst Eigentümerin der Flächen wird. Der Versuch einen kooperativen Weg mit der BI mA zu gehen, wird von Verwaltungsmitarbeitern als äußerst schwierig beschrieben und als Grund für die mangelnde

---

<sup>60</sup>Die Prägung durch die Universität fällt in den beiden Städten jedoch unterschiedlich aus. Darmstadt gilt im Gegensatz zu Heidelberg nicht als traditionsreiche Universitätsstadt. Erst seit 1997 trägt die vormals Technische Hochschule Darmstadt den Titel Universität und das Promotionsrecht hat sie erst seit 1901 (vgl. Wiest 2011: 82).

Transparenz bezeichnet. Der städtebauliche und landschaftsplanerische Wettbewerb wurde nicht gestartet, um kein Baurecht zu schaffen. Damit sollte verhindert werden, dass sich der Anfangswert der Flächen erhöht. Dies konnte nicht in der Presse kommuniziert werden, da es die Befürchtung gab, dass das Verhältnis zur BImA nachhaltig gestört bzw. die Verhandlungen negativ beeinflusst werden könnten.

Ein weiteres Ergebnis der Prozessanalyse ist, dass die Darmstädter zwar schnell verärgert und unzufrieden, jedoch keine „Wutbürger“ sind. „Der Darmstädter knöttert gerne, weil er etwas bewirken möchte“ (Teilnehmerin BF 1 Städtische Identität). Ziviler Ungehorsam, als Instrument den Bürgerwillen durchzusetzen, ist in Darmstadt weder in der Vergangenheit (vgl. Kap. 5.2.14) noch bei der aktuellen Stadtentwicklungspolitik eingesetzt worden. Auch wenn auf den Veranstaltungen Themen besprochen wurden, die zu Kontroversen zwischen „der“ Stadt und den Bürgern führten, sind die Diskussionen nicht entgleist. Unaufgeforderte Wortbeiträge oder Zwischenrufe sind auffallend selten bzw. gar nicht zu beobachten. Im Gegensatz zu anderen Städten laufen die Diskussionen harmonisch ab. In Frankfurt etwa kam es zu einem Eklat, wie die FAZ titelt: „Eklat bei Bürgerforum zum Kulturcampus“ (FAZ: 17.5.2011). Die Veranstaltung wurde abgebrochen, da etwa 60 Teilnehmer lärmten, sobald einer der Referenten das Wort ergriff. Auch eigene teilnehmende Beobachtungen von Frankfurter Veranstaltungen machten diesen Gegensatz deutlich. Bei einer Podiumsdiskussion etwa sollten die Veranstaltungsteilnehmer erst in der zweiten Hälfte zu Wort kommen, tatsächlich warteten die Bürger nicht ab und riefen bereits in den nicht für sie vorgesehenen Rahmen rein, so dass der Moderator das ursprüngliche Veranstaltungskonzept ändern musste. In Darmstadt wird das Nicht-einverstanden-sein erst artikuliert, wenn den Teilnehmern das Wort erteilt wird.

Eine weitere Form, den Unmut über die „Darmstädter Verhältnisse“ kundzutun, sind Leserbriefe und die Kommentarfunktion auf der Internetplattform der lokalen Tageszeitung. Es kann festgestellt werden: Die Darmstädter verhal-

ten sich „brav“<sup>61</sup> und Konflikte werden auf sachlicher Ebene ausgetragen. Wie die Beschreibungen der Veranstaltungen zeigen, gab es viele Situationen, die Konfliktpotenzial bargen, etwa die Ermahnung der Bürger durch den Oberbürgermeisters, nicht nur die eigenen Interessen zu vertreten und insbesondere die Verschiebung der Zeitpläne. Dennoch üben sich die Darmstädter in Geduld. Ein ehemaliger Stadtverordneter der lokalen Partei UFFBASSE drückte zu verschiedenen Gelegenheiten seine Verwunderung aus, dass die Gebäude auf den Konversionsflächen noch nicht besetzt wurden. Es kann davon ausgegangen werden, dass dieses „brave“ Verhalten auf die *Gefühlsstruktur* zurückzuführen ist, das heißt die Gefühlsstruktur in diesem Verhalten Ausdruck findet.

Weiterhin auffallend ist, dass auf nahezu allen Veranstaltungen der gleiche Personenkreis anzutreffen war<sup>62</sup>. Der Wunsch der Darmstädter Verwaltung nach einer kontinuierlichen Teilnahme an allen Veranstaltungen, wie er in der Einladung zur ersten Bürgerwerkstatt formuliert wurde, erfüllte sich demnach. Dahinter stand der Gedanke, die Bürger zu „Experten“ zu machen und nicht bei jeder Veranstaltung von Neuem alles erklären zu müssen. Den Verwaltungsmitarbeitern ist aufgefallen, dass sich dieser Personenkreis auch bei anderen Stadtentwicklungsfragen engagiert, etwa bei der Nord-Ost-Umgehung. Dies wird jedoch durchaus kritisch betrachtet. Dadurch, dass es sich immer um die gleichen Bürger mit einem bestimmten Interessenhintergrund handelt, kann nicht von dem Bürgerwillen der Darmstädter gesprochen werden. Die Beleuchtung der *Sozialstruktur* im Sinne der Eigenlogikforschung sowie vor dem Hintergrund der sozialen Ungleichheitsforschung ergab, dass es ein bestimmter Kreis von Personen mit viel sozialem, kulturellem und ökonomischem Kapital ist, der an der Bürgerbeteiligung und der Stadtentwicklung teilhat. Dies ist nicht nur in Darmstadt zu beobachten, sondern auch in anderen Städten mit entsprechend hohem Anteil an Akademikern. Bedeutend dabei ist, dass die Diskussionen in jeder Stadt spezifisch verlaufen.

---

<sup>61</sup>Der Begriff „brav“ stellt keine Wertung dar, sondern beschreibt ein Verhalten, das der allgemein anerkannten Norm entspricht. Alltagssprachlich wird das Adjektiv vor allem in Bezug auf Kinder verwendet, die sich an die Regeln der Erwachsenen halten und sich entsprechend benehmen. Ein braves Kind fällt nicht negativ auf.

<sup>62</sup>Dies ergab die Auswertung der Teilnehmerlisten aller Veranstaltungen zum Thema Konversion und Bürgerbeteiligung sowohl der Stadt Darmstadt als auch der Schader-Stiftung.



Die Beobachtungen zeigten außerdem, dass sich viele der aktiven Bürger „institutionalisieren“, was auf die *politischen Strukturen* Darmstadts zurück zu führen ist. Die Wohngruppen schlossen sich zum Runden Tisch für gemeinschaftliches Wohnen zusammen, die Bürger, die sich mit dem Konversionsprozess befassen, gründeten eine Interessengemeinschaft. Die damaligen Gegner des Durchbruchs durch das Martinsviertel formierten sich als Wählergemeinschaft (vgl. 5.2.14). Einige engagierte Mitglieder der Bürgerinitiative gegen die Nord-Ost-Umgehung sind heute Stadtverordnete im Stadtparlament. Es bleibt also in der Regel nicht bei unverbindlicher Beteiligung. Ganz im Gegensatz zu dem allgemeinen Trend der temporären und themenbezogenen Beteiligung sind die engagierten Darmstädter Bürger bereit, sich längerfristig einzubringen und sich zu organisieren. Ein weiterer Beleg hierfür ist die Partei UFFBASSE, eine linke Wählervereinigung, die 2001 mit zwei Sitzen ins Darmstädter Stadtparlament einzog und seitdem dort vertreten ist. Alles in allem bestätigen auch diese Beobachtungen das regelkonforme „brave“ Verhalten der Darmstädter.

Die Analyse der Veranstaltungen – ergänzt durch den historischen Prozess – zeigt den großen Stellenwert, den das Thema Verkehr hat. Dieses Ergebnis kann möglicherweise durch die spezifischen *Raumstrukturen* erklärt werden. Der Stadtraum ist von mehrspurigen Straßen geprägt, die direkt in das Stadtzentrum führen. Nach der „Brandnacht“ von dem 11. auf den 12. September 1944 war die Darmstädter Altstadt nahezu vollständig zerstört. Der Wiederaufbau der Stadt war sehr autofreundlich. Ein so genannter mehrspuriger „Cityring“ umgibt die Innenstadt. Seit vielen Jahren verursachen hohe Einpendlerzahlen ein entsprechendes Verkehrsaufkommen. Lösungen hierfür werden seit langer Zeit diskutiert, wie zuletzt die Nord-Ost-Umgehung. Jedes Jahr werden die Grenzen für die zulässige Feinstaubbelastung überschritten. Viele LKWs nutzten Darmstadt als Abkürzung, um von der A5 auf die A3 zu gelangen – nun gibt es ein Durchfahrtsverbot. Durch die Konversion werden neue Stadtquartiere entstehen, deren Bewohner die Verkehrslage weiter verschärfen könnten, so die Befürchtung einiger Veranstaltungsteilnehmer. Räumlich betrachtet liegen die Konversionsflächen zwischen zwei Stadtteilen, die sich unabhängig von den angrenzenden Konversionsflächen entwickelt haben. Durch die Umzäunung sind Gebiete entstanden, die nicht mehr durchwegbar sind.

Sie können als Inseln im Stadtgefüge beschrieben werden. Mit dem Abzug des Militärs und den angehörigen Familien sind das Gelände und die Gebäude nun unbewohnt. Die zivile Nachnutzung bedeutet eine Wiederbelebung und die Herausforderung der Integration in die alten Strukturen und Stadtteile. Verbunden ist damit auch wieder mehr Verkehr. Sicherlich ist die Sorge vor dem erhöhten Verkehrsaufkommen nicht lokal spezifisch, sondern in vielen anderen Städten ebenfalls zu finden. Erst der Umgang mit der Problematik lässt auf die Eigenlogik schließen. So kann die Betrachtung aller genannten Strukturen nur im Zusammenspiel auf die Eigenlogik Darmstadts hindeuten.

## 6 Fazit und Schlussfolgerungen für die Eigenlogik Darmstadts

Die Ergebnisse der Untersuchung des Bürgerbeteiligungsprozesses bei den Konversionsflächen und die dabei offengelegten Strukturen und Verhaltensweisen der beteiligten Akteure bestätigen viele Erkenntnisse der Studie „Typisch Darmstadt“ (Löw/Noller/Süß 2010). Als erstes ist die lange Abwägung von Entscheidungen zu nennen. Als zweites die hohe Engagementbereitschaft vieler Bürger und zuletzt das „brave“ Verhalten der Darmstädter – Löw und Noller (2010) beschreiben das Temperament Darmstadts „als friedliebend, ordentlich und diplomatisch“, das heißt als „phlegmatisch“<sup>63</sup> (ebd. 263).

Allerdings wurde die vorliegende Untersuchung unabhängig davon durchgeführt und die Ergebnisse nicht als gegeben betrachtet, um im Sinne der qualitativen Sozialforschung offen für Neues und Überraschendes zu sein. Nicht nur der Forschungsansatz von „Typisch Darmstadt“ war ein völlig anderer als bei der vorliegenden Untersuchung, sondern auch das Forschungsziel. Das Ziel von „Typisch Darmstadt“ war es, den Charakter Darmstadts zu analysieren. Im Gegensatz zu der Erforschung der Eigenlogik ist dabei lediglich die Gefühlsstruktur die maßgeblich dominante, da es nicht darum geht das Ganze der Stadt zu erfassen. „Typisch Darmstadt“ basiert auf der Auswertung und Interpretation einer Veranstaltungsreihe, die von der Schader-Stiftung und der TU Darmstadt durchgeführt wurde. Zu verschiedenen Themen, etwa öffentlicher Raum, Verkehr oder Integration, fanden Diskussionsrunden mit Experten auf dem Podium und interessierten Bürgern statt. Als Experten wurde jeweils ein Wissenschaftler der TU Darmstadt, ein Mitglied einer Bürgerinitiative (oder eines Vereins), ein Mitarbeiter der städtischen Verwaltung und ein engagierter Bürger auf das Podium geladen, um gemeinsam mit dem Publikum die unter-

---

<sup>63</sup>Löw und Noller beziehen sich auf die klassische Temperamentenlehre und die Einteilung in Choleriker, Sanguiniker, Melancholiker und Phlegmatiker (vgl. Löw/ Noller 2010: 263).

schiedlichsten Themen zu diskutieren (vgl. Löw/Noller/Süß 2010: 10). Diese Diskussionsabende wurden transkribiert, damit soziologische Interpretationen möglich wurden. Wie bei den meisten öffentlichen Veranstaltungen nahm auch bei dieser Veranstaltungsreihe nur ein bestimmter Ausschnitt der städtischen Gesellschaft teil (vgl. Löw/ Noller/ Süß 2010: 12). Diese Beobachtung konnte in dieser Untersuchung für die Planungswerkstätten und Bürgerforen bestätigt werden – es waren immer wieder die gleichen Personengruppen anwesend.

Im Folgenden werden zwei mögliche Erklärungen angeführt, weshalb der Darmstädter Bürgerbeteiligungsprozess auf diese bestimmte Weise verläuft und die Akteure sich spezifisch verhalten. Erstens ist Darmstadt durch seine historische Stellung als Residenz- und Beamtenstadt geprägt. „Adorno/Horkheimer [weisen] darauf hin, dass Residenzstädte mit ‘lebendige[r] künstlerische[r] Tradition [...] in scharfem Gegensatz etwa zu Mittelstädten der Industriegebiete’ stünden “ (Häußermann/ Siebel 2004: 83; zit. n. Horkheimer/ Adorno 1983: 13). Zweitens ist Darmstadt der Sitz einer Universität, zweier Fachhochschulen und vieler wissenschaftlicher Institutionen. 1997 verlieh die hessische Landesregierung der Stadt Darmstadt den Titel „Wissenschaftsstadt“ Darmstadt.

### 6.1 Die Residenz- und Beamtenstadt Darmstadt

Ein wichtiger Aspekt, um die stadtspezifischen Strukturen zu verstehen und deuten zu können, ist die historische Entwicklung einer Stadt. So wird von einer Manifestation der Strukturen und Verhaltensmuster über die Zeit ausgegangen. Es folgt jedoch kein umfassender historischer Abriss über Darmstadt, sondern eine punktuelle Darstellung wichtiger stadtgeschichtlicher Stationen.

Darmstadt wird bereits 1567 zur Residenzstadt, an Bedeutung gewinnt Darmstadt jedoch erst 1806 als es zur Hauptstadt Hessens wird und Ludewig I. vom Landgraf zum Großherzog aufsteigt (vgl. Deppert/ Häussler 1997: 5). Das Leben in einer Residenzstadt ist von den Herrschern und dem damit zusammenhängenden Hof- und Verwaltungsapparat geprägt. Für die räumliche Gestalt Darmstadts ist besonders die städtische Erweiterung ab 1810, die nach dem Architekten und Stadtplaner benannte „Mollerstadt“, prägend. Durch das Be-

völkerungswachstum wurde westlich der Altstadt ein neues Quartier für die wohlhabendere Bevölkerung errichtet. 1899 wird die Künstlerkolonie auf der Mathildenhöhe gegründet, was für große nationale und internationale Anerkennung sorgt. Eine Kontinuität ist besonders bezüglich der Prioritätensetzung zugunsten des Verkehrs zu erkennen. Bereits 1905 beschloss die Stadtverordnetenversammlung einen Straßendurchbruch durch die Altstadt, um eine Straßenbahnlinie zu bauen (vgl. Wiest 2011: 56). Mehrere Häuser wurden daraufhin abgerissen, so dass diese Entscheidung durchaus das Stadtbild prägte. Von Seiten der Bürger gab es damals keinen Widerstand, da es als fortschrittlich betrachtet wurde. „Die Darmstädter des Jahres 1905 können zufrieden sein: Sie genießen den höchsten Lebensstandard im Großherzogtum, dazu den Glanz der Hauptstadt, des Hofes und der Garnison.“ (Wiest 2011: 5).

Besonders aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die in Kapitel 2.1.1 beschriebene Studie von Lindemann aus dem Jahr 1952. Für die vorliegende Arbeit sind weniger die Ergebnisse der Studie von Interesse als die Beschreibung der damaligen Situation Darmstadts und des historischen Abrisses. So wird festgestellt, dass vor dem Zweiten Weltkrieg ein „engerer Kontakt der Bevölkerung mit der Verwaltung [bestand], als es vielleicht in anderen, wenn auch sonst gleichgroßen Städten sein mag“ (Lindemann 1952: 5). Begründet wird dies durch den sehr hohen Anteil an Beschäftigten im öffentlichen Dienst (40%) und den dazugehörigen Familien. Wenn man nicht selbst in der Verwaltung tätig war, war die Wahrscheinlichkeit hoch, dass dies jedoch Verwandte, Freunde oder Bekannte waren. Auch die Handwerker oder andere Dienstleister zählten entsprechend viele Beamte oder Verwaltungsangestellte zu ihren Kunden. „Das angenehme ruhige Leben in dieser Stadt zog auch aus anderen Teilen Deutschlands ehemalige Beamte und Offiziere nach ihrer Pensionierung an, deren Anwesenheit den Charakter der ‘Beamtenstadt’ unterstrich“ (Lindemann 1952: 4).

Ein drastischer Einschnitt in die Stadtentwicklung und -geschichte stellten die immensen Zerstörungen während des Zweiten Weltkriegs dar. Eine direkte Folge war die Verlegung der hessischen Landesregierung nach Wiesbaden, was mit einem Bedeutungsverlust der Behörden und der Verwaltungen einherging (vgl. Deppert 1997: 6). Lindemann stellt jedoch fest, dass „in den altansässigen

Darmstädtern die Erinnerung an die alte Tradition als Verwaltungszentrum nicht erloschen ist und Darmstadt auch heute [Anm.d.V. 1950] noch, wenn auch nicht mehr im alten Ausmaß, eine ‘Beamtenstadt’ ist“ (Lindemann 1953: 9). Vor diesem Hintergrund wird der noch heute bestehende Ruf deutlich. Das „angenehme, ruhige Leben“, das dafür sorgte, dass noch mehr Beamte nach Darmstadt kamen, charakterisiert auch die aktuelle Lage in Darmstadt und das Verhalten der Darmstädter – sowohl der Bürger als auch der Politik und Verwaltung. Über die Generationen hinweg scheint diese Prägung Bestand zu haben. Die „Zurückhaltung“ und das „brave“ Verhalten kann durch das Leben in einer ehemaligen Residenz- und Beamtenstadt konstatiert werden.

Dies ist den Bürgern stellenweise bewusst und wird als Erklärung für negative Entwicklungen genutzt. Exemplarisch sei hier ein Kommentar auf der Website der lokalen Presse zitiert.

“Darmstadt wie eh und je. Es stellt ja keine neue Tatsache dar, dass in Darmstadt ständige Diskussionen bis zur Entscheidungsreife mehr als 20 Jahre benötigen. Die Darmstädter Provinzpolitiker jeglicher Couleur haben halt alle den Beamtenvirus mit der Muttermilch eingesogen“ (Echo-Online 20.09.2011).

Das Verhalten der Politiker wird durch die Prägung als Beamten erklärt, hierbei werden keine Unterscheidungen zwischen den Parteien getroffen. Darmstadt gilt auf den ersten Blick weiterhin als „konservative Beamtenhochburg“ (vgl. Wiest 2011: 76).

Grundsätzlich gibt es viele Bürger, die sich beteiligen und verstärkt bei der Entscheidungsfindung einbezogen werden möchten. Entscheidend ist, wie sie sich dabei verhalten – in der Regel ruhig und unaufgeregt – und welche Themen einen großen Teil der Stadtgesellschaft bewegen. Einfluss darauf, welche Themen und Projekte dies sind, hat die Gestalt der Stadt, d.h. die räumlichen Strukturen. In Heidelberg, das keine Zerstörungen durch den Zweiten Weltkrieg aufweist, etwa, sind die Bürger sehr aktiv, wenn es um die Gestaltung und den Erhalt der historischen Altstadt geht. Da Darmstadt zu fast 80% Prozent zerstört und wieder aufgebaut werden musste, ist ein anderer Umgang mit dem städtebaulichen Erbe erkennbar. Als es jedoch um die Mathildenhöhe ging

und dort ein gestiftetes Museum gebaut werden sollte, wurden einige Bürger aktiv, um dies zu verhindern. Der Widerstand und die Empörung waren so groß, dass die Stadt Diskussionsveranstaltungen organisierte und letztendlich das bereits geschaffene Baurecht wieder rückgängig machte, was finanzielle Folgen für die Stadtkasse hatte. Bei diesen Veranstaltungen war wieder ein bestimmtes Klientel anwesend. So waren die Fragen aus dem Publikum von einem ausgeprägten Sachverstand. Ebenso die Kommentare zu den Vorträgen, die auf sachlicher Ebene argumentierten, warum der Museumsbau an dieser Stelle und mit den geplanten Exponaten nicht richtig sei. Die Beiträge zeichneten sich besonders durch das Faktenwissen aus, beispielsweise welche Bilder dem Jugendstil zuzuordnen sind und welche nicht. Die Bürger nahmen sich also nicht nur Zeit an den Diskussionsveranstaltungen teilzunehmen, sondern bereiteten sich dafür auch vor. Mit Argumenten und Wissen wurde der Bau verhindert – ein weiteres Beispiel, bei dem weder ziviler Ungehorsam noch andere Protestformen angewendet wurden.

## 6.2 Die Wissenschaftsstadt Darmstadt

Seit 1997 trägt die Stadt Darmstadt als erste deutsche Stadt den vom Land Hessen verliehenen Titel „Wissenschaftsstadt“. Nur zwei weitere Städte – Fürth und Straubing – führen diesen offiziellen Titel.

„Zur Wissenschaftsstadt musste Darmstadt nicht erst gemacht werden, sie hat es sich über Jahrhunderte selbst verdient. Heute arbeitet jeder zehnte Darmstädter in Forschung und Entwicklung. Den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften in der Stadt kann die Region alleine schon lange nicht mehr decken. Zahlen, die für sich sprechen, in einer Stadt, die Wissen schafft.“ (Feuck 2007: 10).

Das Selbstverständnis der Stadt ist demnach stark von den Institutionen und Unternehmen geprägt, die durch Forschung Wissen generieren. So ist es nicht weiter verwunderlich, dass knapp 20 Prozent der Beschäftigten einen Hochschulabschluss haben, im Bundesdurchschnitt sind es 13 Prozent (vgl. Feuck 2007: 20; Statistisches Bundesamt 2013). Die Bürgerumfrage der Stadt Darmstadt ergab, dass 2009 56,3% der befragten Einwohner über Abitur, einen

Fachhochschul- oder Hochschulabschluss verfügen, dies sind rund 15 Prozent mehr als der Bundesdurchschnitt (vgl. Bachmann 1/2010: 16). Die städtische Gesellschaft ist geprägt von hochqualifizierten Arbeitnehmern. Diese nehmen überdurchschnittlich häufig an den Veranstaltungen der Stadt teil. Dadurch verlaufen die Diskussionen auf eine spezifische Weise. Die Bürgerbeteiligung hat einen gewissen Grad der „Akademisierung“ erreicht, selbst wenn Darmstadt, wie bereits beschrieben, nicht zu den klassischen Universitätsstädten gezählt werden kann.

Die Technische Universität und die Hochschule sind auf technische Studiengänge ausgerichtet, auch wenn es bereits seit der Gründung gesellschaftswissenschaftliche Fachbereiche gibt. „Das Profil der einzigen Technischen Universität in Hessen ist von den Realien geprägt, d.h. von den Natur-, Technik- und Ingenieurwissenschaften“ (Dotzert et al. 2006: 912). Damit ist auch die Beobachtung verbunden, dass sich innerhalb der Universität keine ausgeprägte Protestkultur entwickelte, wie etwa an der Goethe-Universität in Frankfurt, wo sich diese besonders bei den geistes- oder sozialwissenschaftlichen Fachbereichen bildete. Dies zeigt der Vergleich der 68er Bewegung zwischen Darmstadt und Frankfurt. So verlief die „Studentenrevolte von 1968 [...] an der THD<sup>64</sup> moderater [...] als an den klassischen Universitäten“ (Dotzert et al. 2006: 912). Auch Frankfurt ist keine „klassische“ Universitätsstadt, jedoch sind die genannten Fachbereiche wesentlich einflussreicher und größer als in Darmstadt.

Die Berufs- und Arbeitssoziologie betrachtet unter anderem, welchen Einfluss das Berufsleben auf die soziale Identität hat (vgl. Heinz 1995: 43). „Wir gehen davon aus, dass berufsbezogene Lern- und Entwicklungsprozesse nicht nur der Qualifizierung für Arbeitstätigkeiten dienen, sondern die gesamte Persönlichkeitsentwicklung beeinflussen“ (Heinz 1995: 11). Bezogen auf Darmstadt und den hohen Anteil von Arbeitnehmern im wissenschaftlichen Bereich und in der Vergangenheit im öffentlichen Dienst kann damit das rationale und abwägende Verhalten erklärt werden.

Die erste Veranstaltung des „Bürgerforums Stadt und Quartier“ beschäftigte sich mit dem Thema städtische Identität. Hier wurde unter anderem darüber

---

<sup>64</sup>Bis 1997 hieß die heutige TU Darmstadt Technische Hochschule Darmstadt, abgekürzt TH.



diskutiert, ob die Bürger sich mit dem Titel „Wissenschaftsstadt“ identifizieren. Darüber hinaus wurde die Frage gestellt, ob der Titel tatsächlich einen Einfluss auf die Alltagserfahrung hat. Der Großteil der Teilnehmer empfand es lediglich als ein Label, das nichts mit ihnen und ihrem Leben zu tun hat. Allerdings wurde die Stadtgeschichte als bedeutend für die Identität beschrieben. Dennoch ist das Leben in einer Wissenschaftsstadt anders als etwa in einer Industriestadt – dieser Aussage wird wahrscheinlich niemand widersprechen. Auch wenn es den Darmstädtern nicht bewusst ist, hat das zu Hause sein in einer „Wissenschaftsstadt“ einen Einfluss auf die eigene Lebenswelt. Die Präsenz der wissengenerierenden Unternehmen und die der Studierenden sind prägend. Die teilnehmende Beobachtung der Veranstaltungen und die Auswertung der Presse ergaben, dass die Diskussionen auf einem hohen Niveau abliefen. Die Teilnehmer waren immer gut informiert, so dass von einer „Akademisierung“ der Bürgerbeteiligung gesprochen werden kann.

### 6.3 Die Eigenlogik der Stadt Darmstadt

Das vorliegende Forschungsprojekt hatte zum Ziel, den gesamten Bürgerbeteiligungsprozess bei den Konversionsflächen zu begleiten. Schon zu Beginn des Konversionsprozesses kam es allerdings zu Verzögerungen und die erste Planungswerkstatt fand viel später statt als vorgesehen. Es war unklar, ob die Untersuchung in dem geplanten Zeitraum überhaupt durchgeführt werden kann. Nach der Teilnahme an der ersten Planungswerkstatt wurde deutlich, dass es genügend Material gab und der Beobachtungszeitraum wurde auf die vier bis zu diesem Zeitpunkt angekündigten Planungswerkstätten festgelegt. Allerdings kam es nach den ersten beiden Werkstätten erneut zu Verzögerungen. Der geplante städtebauliche und landschaftsplanerische Wettbewerb ist bis zum jetzigen Zeitpunkt (Ende 2013) nicht ausgeschrieben und aus diesem Grund fanden auch die anderen beiden Planungswerkstätten noch nicht statt. Zunächst erschien das problematisch für den Abschluss der Untersuchung und die Fertigstellung der Arbeit, aber es zeigte sich, dass dies eines der wichtigsten Ergebnisse ist: Planungsprozesse in Darmstadt brauchen sehr viel Zeit, da Entscheidungen nicht getroffen werden und dennoch kommt es zu keinem

Widerstand aus der Bevölkerung.

Wendet man das in Kapitel 3.1 genannte Kategorienschema der politischen Partizipation auf den Darmstädter Koverversionsprozess und andere Darmstädter Stadtentwicklungsprojekte an, dann fällt auf, dass die Stufen vier (ziviler Ungehorsam) und fünf (politische Gewalt gegen Personen und Sachen) nicht oder so gut wie nie zu beobachten sind. In anderen Städten ist dies nicht so. Beispielsweise sei hier auf die Reaktionen der Sanierungspläne im Darmstädter Martinsviertel und in Hannover-Linden-Süd erinnert. In beiden Städten sollten wegen des Baus einer Straße Häuser abgerissen werden. In Hannover besetzte eine Bürgerinitiative ein Haus, in Darmstadt wurde eine Wählergemeinschaft gegründet (vgl. Brech et al. 52). In Hamburg etwa wird sogar von einer Tradition der Hausbesetzungen gesprochen (vgl. Butzlaff/Hoeft/Kopp 2013: 54). Während des Konversionsprozesses kam es nie zu Besetzungen der Kasernen, jedoch wurden zwei andere Häuser und das städtische Justus-Liebig Haus, wie bereits in Kapitel 5.2.14 beschrieben, besetzt. Auch wenn es sich hierbei um zivilen Ungehorsam handelte, bestätigt die Art und Weise, wie die Besetzung und Räumung ablief, die Beobachtung des „braven“ Darmstädters.

„Am Donnerstagnachmittag gegen 15 Uhr ist in der Neckarstraße 5 die erste Hausbesetzung in Darmstadt seit mindestens zehn Jahren friedlich zu Ende gegangen. Die rund fünfzehn Hausbesetzer sagten der Polizei zu, die mitgebrachten Gegenstände – vor allem Getränke, aber auch Stühle, Putzlappen und Klobürsten – aus dem Haus zu räumen und zu gehen.“ (Femppel 04.06.2010).

Bei einer weiteren Besetzung der gleichen Gruppe wenige Monate später wurden nach der Räumung nicht etwa weitere Besetzungen oder Widerstände angekündigt, sondern eine Verschriftlichung ihrer Forderungen in Form eines Konzeptes (vgl. Wickel 18.10.2010). Zu einer Eskalation oder Verhärtung des Konflikts kam es nicht. Die Presseberichterstattung nach der Besetzung des Justus-Liebig Hauses von Schülern und Studierenden bestätigt dies ebenfalls.

„Die Hausbesetzung, nebenbei, klingt wilder als sie abläuft. Unterhalb einer Büste von Carlo Mierendorff sind auf einem Plakat Regeln aufgeführt, die sich die Besetzer gegeben haben. Danach

soll nichts kaputt gemacht und die Toiletten sauber gehalten werden ('Unisex-Toilette nur nachts'). Im Haus herrscht Rauchverbot. Eine wahrhaft revolutionäre Hausbesetzung“ (Pleines 18.11.2011).

Auch bei anderen Großprojekten wie der Nord-Ost-Umgehung gab es zwar organisierten Widerstand, aber dieser war nie gewaltsam. Wenn man das gebaute Darmstadt und die Darmstadt spezifischen Probleme, die Art, wie politische Entscheidungen getroffen werden, welche Themen auf die politische Agenda kommen und wie sich die Bürger einmischen, betrachtet, dann fällt auf, dass die „Langsamkeit“ und das „brave“ Verhalten sich immer wieder zeigen. Der Bürgerbeteiligungsprozess bei der Entwicklung der Konversionsflächen steht dabei als Sinnbild. Der Wohnungsmarkt in Darmstadt ist angespannt, so dass es sehr leicht sein wird, die Flächen an den Höchstbietenden zu veräußern. Die Wohnungsnot bzw. der Unmut zeigt sich dennoch nicht in der Art, dass die Gebäude besetzt werden, um den Druck auf die Eigentümer oder die politischen Entscheider zu erhöhen. Offensichtlich gibt es in Darmstadt keine Gruppe, die zu diesem Mittel greift.

Eine weitere Erklärung, ergänzend zu den bereits ausgeführten, für das „brave“ Verhalten der Darmstädter Bürger könnte eine andere Art der Einflussnahme sein. Vermutlich nutzen etwa die Wohnprojektinitiativen ihr überdurchschnittliches soziales Kapital, um Kontakte zu den politischen Entscheidern zu knüpfen, um für ihre Interessen zu werben. So nahm beispielsweise der amtierende Oberbürgermeister an dem Wohnprojekttag 2010 teil. Eine These könnte entsprechend lauten, dass sie zivilen Ungehorsam nicht nötig haben.

Wenn die Beobachtung also ist, dass die Darmstädter sich in der Regel „brav“ verhalten und auf Veranstaltungen nicht unaufgefordert sprechen oder dazwischen rufen, was bedeutet das dann für „Neubürger“? Die moderne Gesellschaft zeichnet sich u.a. durch flexible Arbeitnehmer aus, die ihren Wohnort zugunsten ihres Arbeitsplatzes wechseln (vgl. Sennett 2000). Besucht der „Neuzuzügler“ mehrfach Darmstädter Veranstaltungen und betätigt sich als Zwischenrufer, wird er vermutlich von den anderen Teilnehmern streng angeschaut und möglicherweise sogar gemäßregelt. Entweder wird er nicht mehr zu solchen Veranstaltungen gehen oder sich entsprechend anpassen. Die Eigenlogik zeigt sich demnach auch im Verhalten der Stadtbewohner. Je länger man in einer

Stadt lebt, umso mehr passt sich das eigene Verhalten dem Verhalten der anderen Bewohner an. Dieser Einfluss ist bei den unterschiedlichsten Gruppen zu beobachten, etwa bei den Punks, die nicht laut pöbelnd „schnorren“. Den Beobachtungen zufolge bedeutet dies auch, dass das Verhalten der Bürger bei öffentlichen Veranstaltungen erlaubt, auf die Eigenlogik zu schließen und über dieses Verhalten hinaus, Verhalten in vergleichbaren Situationen zu prognostizieren.

Die Bürger engagieren sich, da sie etwas bewegen möchten. Dabei spielt die soziale Herkunft insofern eine Rolle, als sie die Themen beeinflusst, die aufgegriffen werden. Die Gründe für das Engagement oder auch das Gegen-Etwas-Sein wird von den Bürgern mit dem Allgemeinwohl erklärt. Im Falle des geschenkten Museums geht es darum, die „Verschandelung“ eines zukünftigen potentiellen Weltkulturerbes zu verhindern. Nun ist die große Kunst der Bürgerbeteiligung, dafür zu sorgen, dass sich nicht nur ein bestimmtes Klientel einmischt und vermeintlich für alle spricht, sondern auch die Interessen der anderen Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen. Sicherlich interessieren sich beispielsweise bei der Museumsdebatte nicht alle Bevölkerungsgruppen dafür, trotzdem sollte es das Ziel sein, ein möglichst breites Meinungsbild zu erhalten.

Die vorliegende Untersuchung fand im Rahmen der Erforschung der Eigenlogik der Städte statt und folgt somit dem Verständnis vom „Ganzen der Stadt“. Betrachtet werden konnte jedoch nur ein Ausschnitt – Bürgerbeteiligung bei der Stadtentwicklung. Daran beteiligen sich wie bereits mehrfach erwähnt auch im besonderen Maße bestimmte Bürger und nicht alle Darmstädter, dennoch sind verschiedene Akteursgruppen und Institutionen involviert, die die Stadt an sich ausmachen und prägen (vgl. Kapitel 5.1). Darüber hinaus konnten alle für die Eigenlogik relevanten Strukturen – Zeit-, Sozial-, Gefühls-, Raum-, und politische Strukturen – analysiert werden. Damit sind Rückschlüsse auf andere städtische Bereiche und Politikfelder möglich, etwa auf die Sozial- und Kulturpolitik. Die spezifischen Strukturen und das entsprechende Verhalten der Akteure werden sich sowohl bei anderen Themen als auch bei anderen Akteuren wieder zeigen lassen. Dies stellt eine weitere Forschungsaufgabe dar.

Zum Schluss kann festgestellt werden, dass der Mehrwert der Eigenlogikforschung im Hinblick auf Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung darin besteht,

dass passgenaue Formate und Beteiligungsmethoden entwickelt und eingesetzt werden können. So eignen sich Formate wie Planungswerkstätten in einer Industriestadt möglicherweise weniger, da dort überdurchschnittlich viele Bürger im Schichtdienst arbeiten und andere Themen die Stadtbevölkerung bewegt als in einer Universitätsstadt. Wie durch die Analyse des Darmstädter Prozesses gezeigt werden konnte, beeinflussen die eigenlogischen Strukturen den Prozess so stark, dass es zunächst gilt, sie zu identifizieren und dann entsprechend zu berücksichtigen. Intuitiv funktioniert dies bereits in einigen Städten erfolgreich, besonders dort, wo von einer Beteiligungskultur gesprochen wird, in anderen Städten ist dies nicht der Fall. Eine Evaluation der Prozesse mithilfe der genannten Bewertungskriterien – Effektivität, Legitimität, Sozialkapital, Qualifizierung – ist notwendig, um zu überprüfen, ob die Ziele erreicht wurden. Vereinfacht ausgedrückt: Je nachdem, wie eine Stadt „tickt“, müssen spezifische, das heißt passgenaue Formate angewandt und die Prozesse entsprechend gesteuert werden. Gleichzeitig kann dies auch bedeuten, dass durch die Erforschung der Eigenlogik die eingespielten Routinen aufgedeckt werden und daran angesetzt werden kann, diese zu verändern und gezielt dagegen zu steuern. Damit wird ein Beitrag von wissenschaftlicher Forschung für die Praxis geleistet.



## Abbildungsverzeichnis

5.1	Luftbild der Konversionsflächen . . . . .	73
5.2	Rahmenplan der Konversionsflächen . . . . .	75
5.3	Prozessablauf . . . . .	86
5.4	Zeitplan der Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	135





## Literaturverzeichnis

- Alscher, Mareike 2010: Engagement und Engagementpolitik in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 23 (4), S. 63–73.
- Amann, Klaus/Stefan Hirschauer 1997: Die Befremdung der eigenen Kultur: Ein Programm. In: Hirschauer, Stefan/Klaus Amann (Hrsg.): *Die Befremdung der eigenen Kultur*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 7–52.
- Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung 07.01.2010: Gemeinsame Erklärung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und der Wissenschaftsstadt Darmstadt zur Konversion: Hg. Wissenschaftsstadt Darmstadt.
- Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung 15.01.2010: Lenungskreis Konversion Darmstadt: Hg. Wissenschaftsstadt Darmstadt.
- Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung 2008: Konversion Cambrai-Fritsch-Kaserne: Rahmenbedingungen zur künftigen Entwicklung. Dokumentation der fachlichen Beiträge im Rahmen des Werkstattgesprächs vom 14. April 2008: Hg. Wissenschaftsstadt Darmstadt.
- Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung 23.07.2008: Magistratsvorlage-Nr. 2008/0313: Magistratsbeschluss-Nr. 388: Hg. Wissenschaftsstadt Darmstadt.
- Arnold, Alexia 2010: Reorientation durch Wissenschaftstransfer: Eine wissenschaftsgeschichtliche Rekonstruktion der Darmstadt-Studie (1948-1954) aus soziologischer Perspektive. Baden-Baden and Bonn: Nomos.
- Bachmann, Günther 1/2010: Statistische Mitteilungen: Darmstadt fragt nach 2: Hg. Wissenschaftsstadt Darmstadt.
- Bachmann, Günther et al 2012: Statistische Mitteilungen.

- Baczyk, Daniel 15.05.2009: "Bislang sind das Parallelwelten": US-Flächen - St.-Barbara-Siedlung bald in privater Hand - Städtebaulicher Wettbewerb noch 2009 - "Tag des offenen Tors". Darmstädter Echo.
- Baczyk, Daniel 23.08.2010: Die alten Bäume auf den US-Flächen sollen bleiben: 240 Bürger beteiligen sich an Planungswerkstatt für Konversion im Darmstädter Süden - Besichtigungstour. Darmstädter Echo.
- Baczyk, Daniel 25.09.2010: Enttäuschungen sind unvermeidlich: Stadtplanung - Hohe Erwartungen an Umwandlung der US-Flächen - Chancen und Risiken der Bürgerbeteiligung. Darmstädter Echo.
- Beck, Ulrich 2008: Jenseits von Klasse und Nation. Soziale Welt ., 59 (4), S. 301–325.
- Beck, Ulrich 1986: Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Becker, Elke/Carolin Runkel 2010: Zivilgesellschaft in räumlichen Arenen. In: Becker, Elke/Enrico Gualini/Carolin Runkel/Rupert Graf Strachwitz (Hrsg.): Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Stuttgart: Lucius & Lucius, S. 121–203.
- Berger, Peter L./Thomas Luckmann 2007: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit: Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Berking, Helmuth 2008: "Städte lassen sich an ihrem Gang erkennen wie Menschen" - Skizzen zur Erforschung der Stadt und der Städte. In: Berking, Helmuth/Martina Löw (Hrsg.): Die Eigenlogik der Städte. Frankfurt am Main and New York: Campus Verlag, S. 15–31.
- Berking, Helmuth 2013: StadtGesellschaft: Zur Kontroverse um die Eigenlogik der Städte. Leviathan, 41 (2), S. 224–237.
- Berking, Helmuth/Jochen Schwenk 2011: Hafenstädte: Bremerhaven und Rostock im Wandel. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

- Bernhard, Michèle 2012: Konversion. Bürgerforum Stadt und Quartier: Dokumentation der Veranstaltungsreihe der Schader-Stiftung im Rahmen des Entwicklungsprozesses der Konversionsflächen in der Wissenschaftsstadt Darmstadt: Oktober 2011 - April 2012. Darmstadt. [http://www.schaderstiftung.de/docs/dokumentation\\_buergerforum\\_konversion\\_stadt\\_und\\_quartier.pdf](http://www.schaderstiftung.de/docs/dokumentation_buergerforum_konversion_stadt_und_quartier.pdf).
- Bernt, Matthias/Miriam Fritsche 2008: Kooperation - mit wem? Bewohnerbeteiligung im "Stadtumbau Ost". In: Vetter, Angelika (Hrsg.): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 237–258.
- Bischoff, Ariane/Klaus Selle/Heidi Sinning 1996: Informieren, Beteiligen, Kooperieren: Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren, Methoden und Techniken. Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.
- Bode, Ingo/Adalbert Evers/Ansgar Klein (Hrsg.) 2009: Bürgergesellschaft als Projekt: Eine Bestandsaufnahme zu Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bogumil, Jörg/Lars Holtkamp 2013: Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung: Eine praxisorientierte Einführung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb.
- Bogumil, Jörg/Werner Jann 2005: Verwaltung und Verwaltungswissenschaft in Deutschland: Einführung in die Verwaltungswissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bourdieu, Pierre 1983: Ökonomische Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Bd. Sonderband 2 der Zeitschrift Soziale Welt. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 183–198.
- Braun, Sebastian 2001: Bürgerschaftliches Engagement - Konjunktur und Ambivalenz einer gesellschaftspolitischen Debatte. *Leviathan*, 29 (1), S. 83–109.

- Brech, Joachim/Greiff Rainer et al 1977: Anwaltsplanung: Eine empirische Untersuchung über ein Verfahren zur gerechteren Verteilung von Sachverstand in Planungsprozessen; Forschungsprojekt BMBau RS II 6-704102-75.04(1977)/ im Auftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. 03, Städtebauliche Forschung Bd. 74. Bonn-Bad Godesberg.
- Bündnis 90 Die Grünen/ CDU 2011: Aufbruch für Darmstadt - gemeinsam Verantwortung übernehmen: Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90/ Die Grünen Darmstadt und CDU Darmstadt für die Legislaturperiode 2011-2016.
- Busch, Lüder 2009: Bürgerbeteiligung in der städtebaulichen Planung - das Beispiel der kreisangehörigen Städte Schleswig-Holsteins. o. O.
- van der Busch, Uwe 2007: Bevölkerungsvorausschätzungen für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte: Eine Projektion für den Zeitraum von 2007 bis 2030 und eine Trendfortschreibung bis 2050. Report Wiesbaden, (Nr. 270).
- Butterwegge, Christoph 2012: Krise und Zukunft des Sozialstaates. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Butzlaff, Christoph/Christoph Hoeft/Julia Kopp 2013: "Wir lassen nicht mehr alles mit uns machen!": Bürgerproteste an und um den öffentlichen Raum, Infrastruktur und Stadtentwicklung. In: Marg, Stine/Lars Geiges/Felix Butzlaff/Franz Walter (Hrsg.): Die neue Macht der Bürger. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb.
- Damm, Nico 28.10.2011: BImA: Kasernen zum Teil für Studenten nutzbar: Wohnsituation: Einschätzungen zur aktuellen Lage von Studierenden. Darmstädter Echo.
- Deppert, Fritz/Christian Häussler 1997: Darmstadt. Erfurt: Sutton.
- Detting, Wanfried 2007: Vom Rand in die Mitte? Perspektiven der Bürgergesellschaft. Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 20 (2), S. 7–14.

- Dopfer, Jaqui/Nicola Below/Martin Führ 2011: Wissensgenerierung im Rahmen partizipativer Stadtentwicklungsprozesse am Beispiel von München und Frankfurt: Vorstudie im Rahmen des LOEWE-Schwerpunktes "Eigenlogik der Städte". Sofia-Studien zur Institutionenanalyse Bd. Nr. [20]11,1. Darmstadt: Sofia.
- Dörner, Andreas/Ludgera Vogt 2008: Das Geflecht aktiver Bürger: Kohlen - eine Stadtstudie zur Zivilgesellschaft im Ruhrgebiet. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- Dotzert, Roland 2006: Stadtlexikon Darmstadt. Stuttgart: Theiss.
- Düsener, Kathrin 2010: Integration durch Engagement? Migrantinnen und Migranten auf der Suche nach Inklusion. Bielefeld: Transcript.
- Emnid, TNS August 2012: Bürgerbeteiligung und Infrastrukturplanung: Managment Report. August 2012. Bielefeld.
- Evers, Adalbert 2009: Bürgerschaftliches Engagement: Versuch, einem Allerweltsbegriff wieder Bedeutung zu geben. In: Bode, Ingo/Adalbert Evers/Ansgar Klein (Hrsg.): Bürgergesellschaft als Projekt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 66–79.
- Femppel, Birgit 04.06.2010: Hausbesetzung mit friedlichem Ende: Einer der Eigentümer des ehemaligen Telekom-Bürogebäudes verzichtete auf eine Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs. Darmstädter Echo.
- Feuck, Jörg 2007: Wissenschaftsstadt Darmstadt. Darmstadt: Technische Universität Darmstadt.
- Flick, Uwe 2005: Qualitative Sozialforschung: Eine Einführung. Roro-Rowohlts Enzyklopädie Bd. 55654. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag.
- Foucault, Michel 1992: Was ist Kritik? Berlin: Merve-Verlag.

- Frank, Sybille 2012: Eigenlogik der Städte. In: Eckardt, Frank (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 281–309.
- Frank, Sybille/Jochen Schwenk/Silke Steets/Gunter Weidenhaus 2013: Der aktuelle Perspektivenstreit in der Stadtsoziologie. *Leviathan*, 41 (2), S. 197–223.
- Geertz, Clifford 1994: Dichte Beschreibung: Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gehring, Petra 2008: Was heißt Eigenlogik? Zu einem Paradigmawechsel für die Stadtforschung. In: Berking, Helmuth/Martina Löw (Hrsg.): Die Eigenlogik der Städte. Frankfurt am Main and New York: Campus Verlag, S. 153–167.
- Geiges, Lars/Tobias Neef/Pepijn van Dijk 2013: "Wir hatten es irgendwann nicht mehr im Griff": Occupy und andere systemkritische Proteste. In: Marg, Stine/Lars Geiges/Felix Butzlaff/Franz Walter (Hrsg.): Die neue Macht der Bürger. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, S. 178–216.
- Geißel, Brigitte 2008: Wozu Demokratisierung der Demokratie? Kriterien zur Bewertung partizipativer Arrangements. In: Vetter, Angelika (Hrsg.): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 29–48.
- Geißler, Rainer 2006: Die Sozialstruktur Deutschlands: Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gensicke, Thomas 2010: Monitor Engagement. Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009: Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. o. O. <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Monitor-Engagement-Nr-2,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>, 8.8.2013.

- Ginski, Sarah/Barbara Koller/Gisela Schmitt 2012: IBA Berlin 2020. Sondierungspapier: "Wohnungsbau und öffentliche Förderung". Aachen. [http://www.pt.rwth-aachen.de/files/dokumente/pt\\_materialien/pt\\_materialien\\_29.pdf](http://www.pt.rwth-aachen.de/files/dokumente/pt_materialien/pt_materialien_29.pdf), 22.9.2013.
- Girtler, Roland 2004: Der Strich: Soziologie eines Milieus. Wien: LIT.
- Gläser, Jochen/Grit Laudel 2009: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse: Als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Goebel, Jan/Martin Gornig/Hartmut Häußermann 2012: Bestimmt die wirtschaftliche Dynamik der Städte die Intensität der Einkommenspolarisierung? Resultate für deutsche Stadtregionen. *Leviathan*, 40 (3), S. 371–398.
- Görg, Wolfgang 02.02.2010: Regeln für „die wichtigste Zukunftsaufgabe“: Militärflächen: Stadt und Bundesanstalt wollen Rahmenvereinbarung über Entwicklung früherer US-Areale abschließen. *Darmstädter Echo*, S. 13.
- Görg, Wolfgang 08.02.2011: Chance für Rosenhof und Lotse? Stadtentwicklung - Auf den alten US-Militärflächen wollen Wohnprojekte Fuß fassen, doch die Bedingungen sind unklar. *Darmstädter Echo*.
- Görg, Wolfgang 15.02.2011: Einzug noch in diesem Jahr? Stadtplanung: Baudezernent Wenzel rechnet für Mai mit Beschluss über Rahmenplan für ehemalige US-Militärflächen - Bürgervertreter als Preisrichter bei städtebaulichem Wettbewerb. *Darmstädter Echo*.
- Görg, Wolfgang 19.02.2010: Lincoln-Siedlung steht Ende des Jahres zu Verkauf: Militärflächen - Gelände soll als nächste US-Fläche vermarktet werden - Stadt und Bundesanstalt unterzeichnen Rahmenvereinbarung über künftiges Vorgehen. *Darmstädter Echo*.
- Görg, Wolfgang 27.09.2010: "Maßstab für ganz Darmstadt": Stadtplanung - Wissenschaftler für alternative Wohnformen auf früheren Militärflächen -

Tagung bei Schader-Stiftung - Stadt plant weiter "Planungswerkstätten" zur Bürgerbeteiligung. Darmstädter Echo.

Görg, Wolfgang 08.02.2010: Bürger sollen bei Planung für US-Gelände mitreden: Immobilien: Baudezernent will Öffentlichkeit beteiligen - Parlament billigt Vereinbarung. Darmstädter Echo.

Görg, Wolfgang 22.01.2011: OB-Kandidaten diskutieren Nutzung der ehemaligen US-Militärflächen: Konversionsflächen: Alle wollen die Bürger mitreden lassen. Darmstädter Echo.

Göttinger Institut für Demokratieforschung 2011: Neue Dimensionen des Protests? Ergebnisse einer explorativen Studie zu den Protesten gegen Stuttgart 21. o. O. <http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2010/11/Neue-Dimensionen-des-Protests.pdf>.

Grüger, Christine/Dirk Kron/Corina Bastian Februar/März 2011: Ergebnisdokumentation: Zweite Planungswerkstatt "Konversion" am 11. und 12. Februar 2011 in der Lichtenbergschule, Darmstadt. Freiburg.

Gruner, Paul-Hermann 10.09.2010: "Konversion kann zehn Jahre dauern": Planung: Vier Fachforen in der Schader-Stiftung zur Entwicklung der Stadtquartiere auf einstigen US-Flächen. Darmstädter Echo.

Gualini, Enrico 2010: Zivilgesellschaftliches Handeln und bürgerschaftliches Engagement aus stadtentwicklungspolitischer Perspektive: kritische Überlegungen zur Thematik. In: Becker, Elke/Enrico Gualini/Carolin Runkel/Rupert Graf Strachwitz (Hrsg.): Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Stuttgart: Lucius & Lucius, S. 3–22.

Guggenberger, Bernd 2003: Bürgerinitiativen. In: Andersen, Uwe/Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske + Budrich, S. 44–48.

Haller, Christoph/Katharina Janke/Holger Pietschmann 2011: 40 Jahre Städtebauförderung. Berlin.



- Hanesch, Walter (Hrsg.) 2011: Die Zukunft der "Sozialen Stadt": Strategien gegen soziale Spaltung und Armut in den Kommunen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Harth, Annette/Ulfert Herlyn/Gitta Scheller/Tessin/wulf 2012: Stadt als lokaler Lebenszusammenhang: Gemeindestudien als Ansatz in der Stadtsoziologie. Wiesbaden: Springer VS.
- Haumann, Sebastian 2011: "Schade, daß Beton nicht brennt...": Planung, Partizipation und Protest in Philadelphia und Köln 1940-1990. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Häußermann, Hartmut 1994: Das Erkenntnisinteresse von Gemeindestudien: Zur De- und Rethematisierung lokaler und regionaler Kultur. In: Derlien, Hans-Ulrich/Uta Gerhardt/Fritz W. Scharpf (Hrsg.): Systemrationalität und Partialinteresse. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 223–245.
- Häußermann, Hartmut 2011: "Soziologie der Städte": Eine Rezension. In: Kemper, Jan/Anne Vogelpohl (Hrsg.): Lokalistische Stadtforschung, kulturalisierte Städte. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 158–171.
- Häußermann, Hartmut/Walter Siebel 2004: Stadtsoziologie: Eine Einführung. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Heinz, Walter R. 1995: Arbeit, Beruf und Lebenslauf: Eine Einführung in die berufliche Sozialisation. Weinheim: Juventa-Verlag.
- Hierlemann, Dominik/Robert Vehrkamp/Anna Wohlfahrt 2010: Politik beleben, Bürger beteiligen - Charakteristika neuer Beteiligungsmodelle. o. O. <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-7746FC7A-020C9D81/bst/BST-Politik-beleben-Web.pdf>.
- Holm, Andrej 2010: Wir bleiben alle! Gentrifizierung - städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung. Unrast transparent / Soziale Krise Bd. 2. Münster: Unrast.

- Hradil, Stefan 2012: Soziale Ungleichheit: Eine Gesellschaft rückt auseinander. In: Hradil, Stefan (Hrsg.): Deutsche Verhältnisse. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, S. 155–188.
- Kaase, Max 2003: Politische Beteiligung/ Politische Partizipation. In: Andersen, Uwe/Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske + Budrich, S. 495–500.
- Kemper, Jan/Anne Vogelpohl 2011: "Eigenlogik der Städte"? Kritische Anmerkungen zu einer Forschungsperspektive. In: Kemper, Jan/Anne Vogelpohl (Hrsg.): Lokalistische Stadtforschung, kulturalisierte Städte. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 15–38.
- Kersting, Norbert (Hrsg.) 2008a: Politische Beteiligung: Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kersting, Norbert 2008b: Innovative Partizipation: Legitimation, Machtkontrolle und Transformation. Eine Einführung. In: Kersting, Norbert (Hrsg.): Politische Beteiligung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11–39.
- Kersting, Norbert 2008c: Evaluation dialogischer Beteiligungsinstrumente. In: Kersting, Norbert (Hrsg.): Politische Beteiligung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 270–292.
- Klages, Helmut 2001: Brauchen wir eine Rückkehr zu traditionellen Werten? Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29/ 2001, S. 7–14.
- Klages, Helmut/Angelika Vetter 2013: Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene: Perspektiven für eine systematische und verstetigte Gestaltung. Berlin: edition sigma.
- Klages, Helmut/Carmen Daramus/Kai Masser 2004: Vertrauensverlust in der Demokratie - Lösen Beteiligungsstrategien das Problem? Speyer.

- Klatt, Johanna/Franz Walter/David Bebnowski 2011: Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement. Gesellschaft der Unterschiede Bd. 3. Bielefeld: Transcript.
- Koop, Alexander/Daniela Röß/Christina Tillmann 2011: Mitwirkung mit Wirkung oder: Wie können Bürger effektiv und effizient in die Gestaltung von Politik eingebunden werden? vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung, 2 (2), S. 106–110.
- Krais, Beate 2004: Soziologie als teilnehmende Objektivierung der sozialen Welt: Pierre Bourdieu. In: Moebius, Stephan/Lothar Peter (Hrsg.): Französische Soziologie der Gegenwart. Konstanz: UVK, S. 171–210.
- Kron, Dirk/Christine Grüger 2010: Kurzdokumentation: Planungswerkstatt Konversion: Darmstadt - Lichtenbergschule am 20./21. August 2010. Freiburg.
- Kubicek, Herbert/Barbara Lippa/Alexander Koop 2011: Erfolgreich beteiligt? Nutzen und Erfolgsfaktoren internetgestützter Bürgerbeteiligung ; eine empirische Analyse von 12 Fallbeispielen. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Kühn, Manfred 2010: Strategiebildung in Städten - zwischen Government und Governance, Planung und Politik. In: Hutter, Gérard/Thorsten Wiechmann (Hrsg.): Strategische Planung. Reihe Planungsrundschau Bd. 18. Kassel: Uwe Altrock.
- Kuhn, Yvonne 2011: Legitimationsprobleme direkter Partizipation - Wie kann Bürgerbeteiligung die Demokratie verbessern? Politische Psychologie, 1 (1), S. 67–82.
- Lahmann-Lammert, Rainer 11.04.2008: Bürgerbeteiligung fast ohne Bürger: Abzug der Briten: Auftaktveranstaltung zum Perspektivplan Konversion. Neue Osnabrücker Zeitung.
- Lamnek, Siegfried 2010: Qualitative Sozialforschung: Lehrbuch. Weinheim and Basel: Beltz.

- Levine, Robert V./ Norenzayan Ara 1999: The Pace of Life in 31 Countries. *Journal of Cross-Cultural Psychology*, 30 (2), S. 178–205.
- Lindemann, Klaus Anton 1952: Behörde und Bürger: Das Verhältnis zwischen Verwaltung und Bevölkerung in einer deutschen Mittelstadt. Monographie Bd. 8. Darmstadt: Roether.
- Lindner, Rolf 2003: Robert E. Park. In: Käsler, Dirk (Hrsg.): Von Auguste Comte bis Norbert Elias. München: Beck, S. 213–229.
- Lindner, Rolf 2007: Die Entdeckung der Stadtkultur: Soziologie aus der Erfahrung der Reportage. Frankfurt am Main and New York: Campus Verlag.
- Löw, Martina 2001: Raumsoziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Löw, Martina 2008: Soziologie der Städte. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Löw, Martina 2011: Städte als sich unterscheidende Erfahrungsräume: Grundlagen für eine sinnverstehende Stadtsoziologie. In: Herrmann, Heike (Hrsg.): Die Besonderheit des Städtischen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 49–67.
- Löw, Martina/Peter Noller 2010: Eine Insel der Glückseligen? Gefühltes Darmstadt: Zufriedenheit, Phlegma und Entschleunigung. In: Löw, Martina/Peter Noller/Sabine Süß (Hrsg.): Typisch Darmstadt. Frankfurt am Main and New York: Campus Verlag, S. 256–273.
- Löw, Martina/Peter Noller/Sabine Süß (Hrsg.) 2010: Typisch Darmstadt: Eine Stadt beschreibt sich selbst. Frankfurt am Main and New York: Campus Verlag.
- Mayntz, Renate 2009: Über Governance: Institutionen und Prozesse politischer Regelung. Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln Bd. 62. Frankfurt am Main and New York: Campus Verlag.
- Mayring, Philipp 2010: Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken. Studium Paedagogik. Weinheim: Beltz.

- Mensch, Kirsten 2011: Gemeinschaftliches Wohnen - Der Versuch einer Definition. *wohnbund-informationen*, (1), S. 8–11.
- Michel, Boris 2011: Neue Wege in der Stadtforschung oder fragwürdige Abstraktionen? Zur 'eigenlogischen' Lesart der 'Neuen Stadtsoziologie'. In: Kemper, Jan/Anne Vogelpohl (Hrsg.): *Lokalistische Stadtforschung, kulturalisierte Städte*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 118–136.
- Müller, Hans-Peter 2012: Werte, Milieus und Lebensstile: Zum Kulturwandel unserer Gesellschaft. In: Hradil, Stefan (Hrsg.): *Deutsche Verhältnisse*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, S. 189–212.
- Nanz, Patrizia/Miriam Fritsche 2012: *Handbuch Bürgerbeteiligung: Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb.
- Niedermayer, Oskar 2012: Parteien und Wahlen: Die Entwicklung des politischen Wettbewerbs. In: Hradil, Stefan (Hrsg.): *Deutsche Verhältnisse*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, S. 383–402.
- Osthorst, Winfried/Rolf Prigge 2003: *Die Großstadt als Bürgerkommune: Eine Fallstudie über die Entwicklung des zivilgesellschaftlichen Engagements und der kommunalen Demokratie in der Freien Hansestadt Bremen*. PraxisReihe VerwaltungsReform Bd. 7. Bremen: Kellner.
- Park, Robert 1974: Die Stadt als räumliche Struktur und sittliche Ordnung. In: Atteslander, Peter/Bernd Hamm (Hrsg.): *Materialien zur Siedlungssoziologie*. Neue wissenschaftliche Bibliothek Soziologie Bd. 69. Köln: Kiepenheuer & Witsch, S. 90–100.
- Paulsen, Friedrich/Freia Stallmann/Zimmer Annette 2008: Schach dem Parlament: Lokalvereine machen Ratsentscheidung rückgängig. In: Vetter, Angelika (Hrsg.): *Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 149–170.
- Pfenning, Uwe/Christina Benninghaus 2009: Partizipativer Wandel - methodischer Wandel: Neue und klassi-

- sche Formen der Bürgerbeteiligung im Vergleich. o. O.  
[http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag\\_pfenning\\_benighaus\\_091218.pdf](http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_pfenning_benighaus_091218.pdf), 28.07.2013.
- Pleines, Harald 18.11.2011: Studenten besetzen Justus-Liebig-Haus: Protest: Schellenberg: Bis Samstagabend müssen sie raus. Darmstädter Echo.
- Pleines, Harald 20.11.2009: Bürgerinitiative "Darmstadt ohne Nordostumgebung" verlässt Lokales Dialogforum. Darmstädter Echo.
- Przyborski, Aglaja/Monika Wohlrab-Sahr 2009: Qualitative Sozialforschung: Ein Arbeitsbuch. München: Oldenbourg.
- Putnam, Robert D. (Hrsg.) 2001: Gesellschaft und Gemeinsinn: Sozialkapital im internationalen Vergleich. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Reichertz, Jo 1992: Beschreiben oder Zeigen: Über das Verfassen ethnographischer Berichte. Soziale Welt ., 43 (3), S. 331–350.
- Renkamp, Anna 2011: Fallstudie: Die Hamburger Schulreform. Gütersloh. [http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-64267089-5C8EECA2/bst/xcms\\_bst\\_dms\\_34575\\_34576\\_2.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-64267089-5C8EECA2/bst/xcms_bst_dms_34575_34576_2.pdf), 01.08.2013.
- Renner, Mechthild 2006: Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an der Stadtentwicklung - ein Überblick mit Beispielen und Projekten. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Bürgermitwirkung in Stadtentwicklungsprozessen. Bd. Heft 1.2007. Bonn: Selbstverlag, S. 1–16.
- Rodenstein, Marianne 2008: Die Eigenart der Städte – Frankfurt und Hamburg im Vergleich. In: Berking, Helmuth/Martina Löw (Hrsg.): Die Eigenlogik der Städte. Frankfurt am Main and New York: Campus Verlag, S. 261–312.
- Rucht, Dieter 2003: Neue soziale Bewegungen. In: Andersen, Uwe/Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske + Budrich, S. 421–425.
- Schader-Stiftung 2010: Dokumentation und Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der Fachforen zur Konversion in Darmstadt

- „Zukünftige Quartiere in der Stadt“ am 24. und 25. September 2010 im Schader-Forum. Darmstadt. [http://www.schaderstiftung.de/docs/dokumentation\\_fachforen\\_konversion.pdf](http://www.schaderstiftung.de/docs/dokumentation_fachforen_konversion.pdf).
- Schiner, Sabine 19.07.2010: Konversion: Stadt ruft zum Mitmachen auf: Stadtplanung - "Bürger als Impulsgeber gefragt": 100 freie Plätze für die Planungswerkstatt am 20. und 21. August. Darmstädter Echo.
- Schmid, Christian 2011: Henri Lefebvre und das Recht auf die Stadt. In: Holm, Andrej/Dirk Gebhardt (Hrsg.): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Hamburg: VSA-Verlag, S. 25–51.
- Schmidt, Manfred G. 2010: Demokratietheorien: Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schnell, Rainer/Paul Bernhard Hill/Elke Esser 1995: Methoden der empirischen Sozialforschung. München: Oldenbourg.
- Schröder, Carolin 2010: Akteure der Stadtteilentwicklung: Wie Verwaltung, Politik und Bürgerschaft Beteiligung definieren. München: oekom verlag.
- Schubert, Hans-Joachim 2007: The Chicago School of Sociology: Theorie, Empirie und Methode. In: Klingemann, Carsten (Hrsg.): Soziologisches Erbe. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 119–166.
- Selle, Klaus 2005: Planen. Steuern. Entwickeln: Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land. Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.
- Selle, Klaus 2010: Gemeinschaftswerk? Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der Stadtentwicklung: Begriffe, Entwicklungen, Wirklichkeiten, Folgerungen: Kurzgutachten für das Nationale Forum für Engagement und Partizipation. o. O. [www.pt.rwth-aachen.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=135&Itemid=93](http://www.pt.rwth-aachen.de/index.php?option=com_content&view=article&id=135&Itemid=93).
- Selle, Klaus 2011: "Particitainment" oder: Beteiligen wir uns zu Tode? Wenn alle das Beste wollen und Bürgerbeteiligung dennoch zum Problem wird.

- Sennett, Richard 2000: Der flexible Mensch: Die Kultur des neuen Kapitalismus. München: Siedler.
- Siebel, Walter 2010: Planende Verwaltung. In: Becker, Elke/Enrico Gualini/Carolin Runkel/Rupert Graf Strachwitz (Hrsg.): Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Siebel, Walter 2013: Stadt, Ungleichheit und Diversität. *Leviathan*, 41 (2), S. 238–263.
- Simmel, Georg 1903: Die Grossstädter und das Geistesleben. In: Petermann, Th (Hrsg.): Die Grossstadt. Vorträge und Aufsätze zur Städteausstellung. Bd. 9. Dresden, S. 185–206.
- Stadt Heidelberg 2012: Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung in Heidelberg: Hg. Amt für Stadtentwicklung und Statistik. Heidelberg.
- Stadtplanungsamt 10.05.2011: Wettbewerbsverfahren ehemalige Cambrai-Fritsch-Kaserne mit Jefferson-Siedlung: Hg. Wissenschaftsstadt Darmstadt.
- Stadtplanungsamt 18.05.2011: Rahmenplanung Bessungen-Süd mit Entwicklungskonzept Lincoln-Siedlung: Hg. Wissenschaftsstadt Darmstadt.
- Stadtplanungsamt 19.08.2009: Mittelanmeldung für den Nachtragshaushalt Kostenstelle 061-040-1000 "Konversion": Hg. Wissenschaftsstadt Darmstadt.
- Stadtplanungsamt 28.10.2009: Konversion, Einleitung zur vorbereitenden Untersuchung: Hg. Wissenschaftsstadt Darmstadt.
- Statistisches Bundesamt 2013: Bildungsstand: Bevölkerung nach Bildungsabschluss in Deutschland. o. O. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/Bildungsstand/Tabellen/Bildungsabschluss.html>.
- Steier, Frederick/Bo Gyllenpalm/Juanita Brown/Sabine Bredemeier 2008: World Café. Förderung der Teilhabekultur. In: Kersting, Norbert (Hrsg.): Politische Beteiligung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.



- Streich, Bernd 2011: Stadtplanung in der Wissensgesellschaft: Ein Handbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Taylor, Ian R./Karen Evans/Penny Fraser 1996: A tale of two cities: Global change, local feeling, and everyday life in the North of England : a study in Manchester and Sheffield. International library of sociology. London and New York: Routledge.
- Vetter, Angelika (Hrsg.) 2008a: Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Vetter, Angelika 2008b: Lokale Bürgerbeteiligung: Ein wichtiges Thema mit offenen Fragen. In: Vetter, Angelika (Hrsg.): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9–27.
- Vortkamp, Wolfgang 2003: Partizipation und soziale Integration in heterogenen Gesellschaften: Louis Wirths Konzeption sozialer Organisation in der Tradition der Chicagoer Schule. Opladen: Leske + Budrich.
- Whyte, William Foote 1996: Die Street Corner Society: Die Sozialstruktur eines Italienviertels. New York and Berlin: W. de Gruyter.
- Wickel, Marc 18.10.2010: Hausbesetzer arbeiten an Konzept: Protest: Demonstranten fordern ein Wohn- und Kulturzentrum - Zu Dialog mit der Stadt bereit. Darmstädter Echo.
- Wiest, Ekkehard 2011: Darmstadt zur Zeit der Jahrhundertwende (1880 - 1914). Darmstadt: stmv.
- Wissenschaftsstadt Darmstadt 12.07.2010: Einladung zur ersten Planungsworkstatt für Darmstädter Bürgerinnen und Bürger: Brief. o. O.
- Wissenschaftsstadt Darmstadt/Bundesanstalt für Immobilienaufgaben 18.02.2010: Gemeinsame Erklärung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Wissenschaftsstadt Darmstadt zur Konversion.

Zimmer, Annette 2009: Bürgerschaftliches Engagement - Thema von Lehre und Forschung? In: Bode, Ingo/Adalbert Evers/Ansgar Klein (Hrsg.): Bürgergesellschaft als Projekt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 80–100.

Zimmermann, Karsten 2008: Eigenlogik der Städte - Eine politikwissenschaftliche Sicht. In: Berking, Helmuth/Martina Löw (Hrsg.): Die Eigenlogik der Städte. Frankfurt am Main and New York: Campus Verlag, S. 207–230.

## Wissenschaftlicher Werdegang

### Studium

10/2005 - 03/2009 Diplom-Soziologie, Geschichte und Psychologie  
(TU Darmstadt)

10/2003 - 10/2005 Geschichte und Soziologie (M.A.) (TU Darmstadt)

### Berufliche Tätigkeit

seit 03/2013 Stadt Heidelberg: Wissenschaftliche Mitarbeiterin

01/2010 - 02/2013 Schader-Stiftung: Wissenschaftliche Volontärin